A5800F

IWK

Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

11. JAHRGANG, März 1975, HEFT 1

URSULA MITTMANN: Das Postulat der innerparteilichen Demokratie. Der Dampfersubventionsstreit 1884/85

HANS-HARALD MÜLLER: Vom „Proletarier" zur „Roten Fahne". Untersuchungen zur politischen Biographie und zum autobiographischen Roman „Vaterlandslose Gesellen" von Adam Scharrer

HORST-RÜDIGER JARCK: Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Staatsarchiv Bückeburg

TATSURU MIYAKE: Ergebnisse und Tendenzen der neueren japanischen Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

HANS-DIETER HELLIGE: Die Sozialisierungsfrage in der deutschen Revolution von 1918/19. Zu einigen Neuerscheinungen

FORSCHUNGS- UND PUBLIKATIONS-VORHABEN
NEUE LITERATUR * TAGUNGSBERICHTE

ZEITSCHRIFTEN REPRINTS

International Review for Social History

Edited by the International Institute for Social History, Amsterdam

Bd. I — IV und Supplementband (alles Erschienene) Leiden 1936 — 1939
Neudruck Frankfurt / M. 1968. Lwd. 4to DM 500.—
pro Band broschiert DM 100.—

Fortsetzung:

Bulletin of the International Institute of Social History, Amsterdam

Bd. I — X (alles Erschienene). Leiden 1937 — 1955.
Neudruck Glashütten im Taunus 1974. In 9 Bänden, geb. Lwd. DM 850.—
pro Band broschiert, Bd. I - II, V — X, je Band DM 80.—
Bd. III/IV DM 100.—

International Review of Social History

Edited by the International Institute of Social History, Amsterdam.

Bd. 1 — 17. Assen 1956 — 1972. Teilweiser Neudruck
Glashütten im Taunus 1974 / 1975
Bd. 1 — 17 broschiert. Subskriptionspreis pro Band DM 120.—
Später pro Band DM 150.—
Bd. 1 — 7 lieferbar, Band 8 — 12 im Druck, Band 13 — 17

Bd. 1 — 7 lieferbar; Bd. 8 — 12 im Druck; Bd. 13 — 17 lieferbar 1975.

VERLAG DETLEV AUVERMANN KG

D - 6246 Glashütten im Taunus · Zum Talblick 2 · Tel. (02674) 6 15 60

IWK

Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Im Auftrage der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Henryk Skrzypczak

Inhalt

URSULA MITTMANN: Das Postulat der innerparteilichen Demokratie. Der Dampfersubventionsstreit 1884/85 . . . . . S. 1

HANS-HARALD MÜLLER: Vom „Proletarier" zur „Roten Fahne". Untersuchungen zur politischen Biographie und zum autobiographischen Roman „Vaterlandslose Gesellen" von Adam Scharrer . . . . . S. 30

HORST RÜDIGER JARCK: Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Staatsarchiv Bückeburg . . . . . S. 60

TATSURU MIYAKE: Ergebnisse und Tendenzen der neueren japanischen Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung . . . . . S. 69

FORSCHUNGS- UND PUBLIKATIONSVORHABEN zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und angrenzender Gebiete 23. Bearbeitet von Ursel Fadle . . . . . S. 79

HANS-DIETER HELLIGE: Die Sozialisierungsfrage in der deutschen Revolution von 1918/19. Zu einigen neueren Darstellungen . . . . . S. 91

NEUE LITERATUR

Michael Neumüller, Liberalismus und Revolution, Düsseldorf 1974 *(Dorothea Fitterling)* . . . . . S. 101

Karl Marx. Verker i utvalg. Redigert av Jon Elster og Einhart Lorenz (Karl Marx. Werke in Auswahl), 7 Bde., Oslo 1970/71 *(Lutz Mez)* . . . . . S. 102

Karl Marx und Friedrich Engels, Die russische Kommune. Hrsg. von Maximilien Rubel, München 1972 *(Thomas Kohl)* . . . . . S. 105

Ernst Reuter. Schriften, Reden. Hrsg. von Hans E. Hirschfeldt † und Hans J. Reichardt, Bd. 1 und 2, Berlin 1972/73 *(Hermann Weber)* . . . . . S. 106

Rudi Dutschke, Versuch, Lenin auf die Füße zu stellen, Berlin 1974 *(Otto Martin Hoffmann)* . . . . . S. 107

Geschichte der politischen Ökonomie. Grundrisse. Von einem Autorenkollektiv, Berlin 1973 *(Gunnar Stollberg)* . . . . . S. 110

Herrmann und Gerda Weber, Lenin-Chronik. Daten zu Leben und Werk, München 1974 *(Dirk H. Müller)* . . . . . S. 112

1/75
März

Eric C. Kollman, Theodor Körner. Militär und Politik, München 1973 *(Josef Weidenholzer)* . . . . . S. 113

Karl Heinz Roth, Die 'andere' Arbeiterbewegung und die Entwicklung der kapitalistischen Repression von 1880 bis zur Gegenwart, München 1974 *(Monika Kramme)* . . . . . S. 114

Richardt Burkhardt, Ein Kampf ums Menschenrecht, Hundert Jahre Tarifpolitik, Stuttgart 1974 *(Gerhard Beier)* . . . . . S. 115

Herbert Scherer, Bürgerlich-oppositionelle Literaten und sozialdemokratische Arbeiterbewegung nach 1890, Stuttgart 1974 *(Monika Kramme)* . . . . . S. 118

Eckhard Biechele, Der Kampf um die Gemeinwirtschaftskonzeptionen des Reichswirtschaftsministeriums im Jahre 1919, Diss. FU Berlin 1973 *(David Barclay)* . . . . . S. 119

Willi Lüdecke, Der Film in Agitation und Propaganda der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung (1919 - 1933), Berlin 1973 *(Reinhold F. Bertlein)* . . . . . S. 122

Reinhard Crusius und Manfred Wilke, Elemente einer Theorie der Gewerkschaften im Spätkapitalismus, Berlin 1971 *(Uta Stolle)* . . . . . S. 123

Joachim Bergmann, Otto Jacobi und Walter Müller-Jentsch, Gewerkschaften in der BRD, Frankfurt/M. 1974 *(Gerhard Beier)* . . . . . S. 125

GERHARD BEIER: Probleme der Gewerkschaftsforschung. Kolloquium aus Anlaß des 50. Jahrestages der Eröffnung des Instituts für Sozialforschung . . . . . S. 128

SIGRID KRÜGER und WALTER MOMPER: 5. Jahrestagung der International Association of Labour History Institutions (IALHI) . . . . . S. 135

BERICHTIGUNGEN, ERGÄNZUNGEN UND BRIEFE AN DIE REDAKTION . . . . . S. 139

DAS POSTULAT DER INNERPARTEILICHEN DEMOKRATIE. DER DAMPFERSUBVENTIONSSTREIT 1884/85

Von Ursula Mittmann

Der sogenannte Dampfersubventionsstreit war eine der heftigsten Kontroversen zwischen den Parlamentariern der Sozialdemokratie und den Mitgliedern in den Organisationen, die diese Partei vor dem Ersten Weltkrieg erlebt hat. Aus den Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Reichstagsfraktion über die Bewertung von Regierungsvorlagen zur Subvention von Postschiffahrtslinien nach Übersee, [1] über das Problem der Einordnung dieser Frage in den Zusammenhang der von allen Sozialdemokraten abgelehnten Kolonialpolitik [2] bzw. über den prinzipiellen oder nur pragmatischen Charakter eines positiven oder negativen Votums der Fraktion bei der Abstimmung im Reichstag entstand im Frühjahr 1885 ein solch starker „Krakeel" in den Parteimitgliedschaften des In- und Auslandes, daß die Partei in die ernste Gefahr einer Spaltung geriet.

Die Proteste der Mitglieder, die der Züricher „Sozialdemokrat" (künftig zitiert: „S.D.") publik machte, richteten sich pauschal gegen die 'Führer' im Parlament, so daß sich an diesem Streit besonders deutlich der Prozeß der Willensbildung zwischen Fraktion und Partei beobachten läßt. Dabei wird sich zeigen, daß die These der marxistisch-leninistischen Forschung,[3] die im Anschluß an Lenin behauptet, es habe sich um einen „Sieg der Partei" und eine „Unterwerfung der Fraktion" gehandelt, [4] differenziert werden muß. Vielmehr läßt sich dieser Konflikt, dessen Schärfe z.T. ein Symptom der Überreizung durch die Belastungen des Sozialistengesetzes war, [5] als Machtkampf zweier Führungsgruppen innerhalb der Partei charakterisieren, der nach publizistischer Mobilisation breiterer Mitgliederkreise durch einen Kompromiß vorläufig beigelegt wurde.

1 Zu den Regierungsvorlagen im Reichstag auf Exportförderung mit Hilfe der Subvention von Postschiffahrtslinien nach Afrika, Ostasien, Samoa, Australien und zur allgemeinen Problematik des Bismarckschen Sozialimperialismus vgl.: Hans-Ulrich Wehler, *Bismarck und der Imperialismus,* Köln 1969, S. 239 - 257.

2 Zur Argumentation der Gemäßigten und der Radikalen vgl.: Hans-Christoph Schröder, *Sozialismus und Imperialismus,* Hannover 1968, S. 125 - 136. – Karl Friedrich Brockschmidt (Kurt Brandis), *Die deutsche Sozialdemokratie bis zum Fall des Sozialistengesetzes,* Stuttgart 1929, S. 85 - 92, stand zur Beurteilung Bebels dessen Briefwechsl mit Engels nicht zur Verfügung.

3 Horst Bartel, *Marx und Engels im Kampf um ein revolutionäres deutsches Parteiorgan 1879 - 1890,* Berlin 1961; ders., *Die historische Rolle der Zeitschrift 'Sozialdemokrat' in der Periode des Sozialistengesetzes,* in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* (künftig zitiert: *ZfG),* Jg. 4 (1956), S. 265 - 290; Heinrich Gemkow, *Dokumente des Kampfes der deutschen Sozialdemokratie gegen Bismarcks Kolonialpolitik und gegen den Rechtsopportunismus in den Jahren 1884/5,* in: *Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* (künftig zitiert: *BzG),* Jg. 1 (1959), S. 350 - 368; Ernst Engelberg, *Revolutionäre Politik und Rote Feldpost 1878 - 90,* Berlin 1959, S. 95 ff., bes. S. 150 ff. und Gustav Seeber, *Wahlkämpfe, Parlamentsarbeit und revolutionäre Politik,* in: *Marxismus und deutsche Arbeiterbewegung,* Berlin 1970, S. 219 - 330 und S. 277 f.; Dieter Fricke, *Die deutsche Arbeiterbewegung 1869 - 90,* Leipzig 1964, S. 154 und S. 280 ff.; ders., *Bismarcks Prätorianer,* Berlin 1962, S. 125 ff.

4 Wladimir Iljitsch Lenin, *Über zwei Briefe,* in: ders., *Werke,* Bd. 15, Berlin 1962, S. 295 f.

5 Franz Mehring, *Geschichte der deutschen Sozialdemokratie,* Bd. 2, in: ders., *Gesammelte Schriften,* Bd. 2, Berlin 1960, S. 621; Robert Michels, *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie,* 3. Aufl., Stuttgart 1970, S. 136.

Mit dem Odium des 'Kompromisselns' war dieser Ausgleich, der schließlich zustande kam, für die Minorität der Fraktion unter Bebels Führung behaftet, weil er den sachlichen Gegensatz zwischen den Marxisten [6] und Lassalleanern bzw. den gemäßigten der ehemals zur Eisenacher Richtung gehörenden Abgeordneten (u.a. Auer und Grillenberger) verdeckte. In der Parteiöffentlichkeit war es vor allem der Versuch der Fraktionsmajorität, die Zeitung „S.D." einer Zensur zu unterwerfen, der die stärksten Proteste provozierte, während die sachliche Kontroverse ein Anlaß war, der nicht voll durchdiskutiert wurde. Das gibt Grund zu der Frage, in welcher Weise das Postulat der innerparteilichen Demokratie zu verstehen sei, das gerade von der Minorität der Fraktion in diesem Zusammenhang formuliert worden ist. [7]

Dem Einwand, es habe sich unter dem Sozialistengesetz um eine Extremsituation gehandelt, kann entgegengehalten werden, daß gerade die Beschränkung des innerparteilichen Kommunikationsflusses durch das Ausnahmegesetz im Zusammenhang mit der Radikalisierung des aktiven Teils der Parteimitgliedschaft eine paradigmatische Situation schuf, in der die Grenzen und die Möglichkeiten einer demokratischen und kämpferischen Mitgliederpartei besonders deutlich wurden. Die Konfrontation erlangte durch die Beteiligung der Mitglieder an der Diskussion eine Schärfe, die nur noch von der Opposition der 'Jungen' 1890/91 und im Spaltungsprozeß während des Weltkrieges erreicht wurde. Aber weder war die einfache Lösung des Konflikts durch den Parteiausschluß möglich [8] noch ließ man es bis zum Zerbrechen der Einheit von Fraktion und Partei kommen. [9] Durch diese beiden Arten innerparteilicher Konfliktsbewältigung sind zwar in der Geschichte der Sozialdemokratie entscheidende Weichen gestellt worden. Im Frühjahr 1885 war der Zwang zur Verständigung aber offensichtlich zu groß. Außerdem lassen die vergleichsweise mild gestimmten Erinnerungen der beteiligten Politiker [10] darauf schließen, daß in einer noch 'apparatlosen' [11] Periode der Parteiorganisation, in der die maßgebenden Leute noch in enger freundschaftlicher Kampfgemeinschaft

6 Zur Frage, inwieweit hier marxistisch argumentiert wurde, vgl.: Heinz-Josef Steinberg, *Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie*, 3. Aufl., Hannover 1972, S. 30 - 35. – Engels z.B. schlug eine flexiblere Taktik als Bebel vor, siehe Engels an Bebel, Brief vom 30.12.1884, in: *August Bebels Briefwechsel mit Friedrich Engels*, hrsg. von Werner Blumenberg, s' Gravenhage 1965, S. 210 f.; Engels an Liebknecht, Brief vom 29.12.1884, in: *Wilhelm Liebknecht, Briefwechsel mit Karl Marx und Friedrich Engels*, hrsg. von Georg Eckert, Den Haag 1963, S. 284 f.

7 Vgl. Ernst Engelberg, *a.a.O.*, S. 150 ff.

8 Vgl. hier die Abgrenzung von anarchistischen Bewegungen: 1878 bis 1880 durch Ausschluß von Wilhelm Hasselmann und Johann Most; 1890/91 durch Ausschluß der 'Jungen' Eugen Ernst, Bruno Wille, Werner u.a. Ähnlich die Diskreditierung des Staatssozialismus durch den Ausschluß Louis Vierecks und Bruno Geigers.

9 Die Flügelkämpfe zwischen Marxisten und Revisionisten bzw. den marxistischen Linken und dem Parteizentrum ließen sich nicht mehr durch Ausschlüsse entscheiden: nach dem Verdikt der Fraktion gegen Karl Liebknecht im Januar 1916 und gegen die Kreditgegner im März 1916 kam es zur Spaltung der Sozialdemokratie.

10 August Bebel auf dem Parteitag in Chemnitz, vgl. *Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Chemnitz vom 15. – 21.9.1912*, Berlin 1912, S. 391 f.; Eduard Bernstein, *Sozialdemokratische Lehrjahre*, Berlin 1928, S. 155 - 163. Wilhelm Blos, *Denkwürdigkeiten eines Sozialdemokraten*, 2 Bde., München 1919, Bd. 2, S. 24 - 137. Paul Kampffmeyer, *Unter dem Sozialistengesetz*, Berlin 1928, S. 217 f.; ders., *Georg von Vollmar*, München 1930, S. 54 - 64. Auffallenderweise erwähnte Ignaz Auer, *Nach 10 Jahren. Material und Glossen zur Geschichte des Sozialistengesetzes*, London 1889, diese Affäre mit keinem Wort.

11 Vgl. Alexander Schifrin, *Parteiapparat und Parteidemokratie*, in: *Die Gesellschaft*, Jg. 7 (1930), S. 505 - 528, hier S. 511.

auch Flügelkämpfe wie persönliche Kontroversen austrugen, ein Konsensus u.U. verhältnismäßig schnell gefunden werden konnte. [12]

Die Problematik einer institutionellen Sicherung der innerparteilichen Demokratie, die später in der Sozialdemokratie im Anschluß an Robert Michels' Thesen und in Auseinandersetzung mit Lenins Organisationsmodell erörtert wurde, [13] kam damals nur insofern in den Blick, als man den „S.D." ganz bewußt als Medium der Information und Kritik einsetzte. Damit wurde aber die Doppelfunktion des Zentralorgans deutlich, das sowohl das innerparteiliche Forum der Diskussion als auch das wichtigste Mittel möglicher Manipulation war, ohne daß diese Ambivalenz auf der Seite der Verfechter demokratischer Entscheidungsprozesse als Negativum empfunden worden wäre. [14] Dem lagen innerhalb der Sozialdemokratie verschiedene Definitionen von 'Demokratie' zugrunde. [15]

Die Chronologie der Ereignisse, d.h. das Ineinander von Meinungsverschiedenheiten, Mißverständnissen, Abwiegelungs- und Ausgleichsversuchen sowie das Weiterschwelen des Konflikts im Sommer 1885 ist bereits mehr oder weniger ausführlich dargestellt worden. [16] Im Rahmen dieser Untersuchung kann daher auf eine erneute Darlegung des Sachverhalts, der nicht kontrovers ist, verzichtet werden. Es gibt jedoch Divergenzen in der Interpretation und Wertung, [17] und darum soll hier anhand einer systematischen Fragestellung die Problematik des Streits untersucht werden.

Die Analyse muß sich vor allem auf die Aussagen der unmittelbar beteiligten Abgeordneten, Journalisten und Agitatoren stützten, [18] mit der für die Untersuchung auch anderer Massen-

12 Vgl. den Rückblick in der Situation der Parteispaltung bei: Karl Kautsky, *Eine mahnende Erinnerung*, in: *Die Neue Zeit* (künftig zitiert: *NZ)*, Jg. 34 (1916), Bd. 2, S. 65 ff.; Heinrich Dietz, *Antwort auf die 'mahnende Erinnerung' von K. Kautsky, a.a.O.*, S. 138 ff. Karl Kautsky, *Nochmals die Frage der Dampfersubvention, a.a.O.*, S. 272 ff.

13 Vgl. dazu die Diskussion um Schifrins Aufsatz (vgl. Anm. 11.) und die von Fritz Bieligk u.a. herausgegebene Publikation: *Die Organisation im Klassenkampf*, Berlin 1931, in: *Die Gesellschaft*, Jg. 8 (1931), S. 166 - 178, S. 460 - 471, und S. 472 - 477.

14 So noch heute der Tenor in der historischen Forschung der DDR (vgl. Anm. 3), die sich in der Beurteilung z.T. auf Engels beruft, der alle politisch-taktischen Probleme unter dem Aspekt der Revolutionierung der Verhältnisse behandelte.

15 Vgl. dazu die Übersicht bei Klaus von Beyme, *Artikel Demokratie*, in: *Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft*, (künftig zitiert: *SDG)*, Freiburg, Basel und Wien 1966 ff., Bd. 1, Spalten 1111 - 1158.

16 Besonders ausführlich: Vernon L. Lidtke, *The Outlawed Party. Social Democracy in Germany 1878 - 90*, Princeton, New Jersey, 1966, S. 193 - 210.

17 Vgl. z.B. die Beurteilung dieses Streits durch den Parteihistoriker Mehring (s. Anm. 5), die Fraktion habe sich „im historischen Rechte befunden" (*a.a.O.*, S. 619); ungeachtet ihrer unterschiedlichen Forschungsergebnisse beziehen sich Robert Michels, *a.a.O.*, S. 442, Karl F. Brockschmidt, *a.a.O.*, S. 92 und Heinrich Gemkow, *Dokumente . . .*, auf Mehring; wenig schlüssig: Thomas Höhle, *Franz Mehring*, 2. Aufl. Berlin 1958, S. 192 f.

18 Die Quellenlage ist verhältnismäßig günstig: wegen der räumlichen Trennung (Berlin – Leipzig – Zürich – London) der wichtigsten Repräsentanten wurde die Auseinandersetzung z.T. schriftlich geführt, so daß sich in den Nachlässen August Bebel, Eduard Bernstein, Julius Motteler, Karl Kautsky, Herrmann Schlüter, Georg von Vollmar, Wilhelm Liebknecht (alle im Internationalen Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam) und Paul Kampffmeyer (im Archiv der Sozialen Demokratie, Bonn-Bad Godesberg) eine Reihe von Briefen findet, dazu die Zuschriften aus den Vereinen an die Redaktion des *S.D.*, z.T. publiziert von Rudolf Rothe, *Zum Streit um die Dampfersubvention*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Bd. 1 (1961), S. 109 - 118; wichtig die Nummern des *S.D.* vom Dezember 1884 bis Mai 1885, z.T. publiziert von Heinrich Gemkow, *a.a.O.*, sowie die bereits

phänomene charakteristischen Einschränkung, daß die überlieferten Zeugnisse vor allem aus der Sicht der mittleren Führerschaft bzw. der Spitzengruppe stammen. Die Basis der Partei – die Wähler und die nicht zum inneren Kreis der 'Corpora' gehörenden Anhänger und Mitglieder [19] – blieb als Adressat dieser Auseinandersetzungen weitgehend stumm. In einem innenpolitischen Klima von Polizeiterror und Denunziation und bei der allgemeinen Behinderung durch eine reaktionäre Vereinsgesetzgebung waren diese Gruppen der Partei nur eingeschränkt artikulationsfähig. Man ist daher in bezug auf die öffentliche Meinung in den Wahlkreisen auf die Mutmaßungen der jeweiligen Abgeordneten angewiesen. [20]

Im Gegensatz zu der hier für notwendig erachteten Unterscheidung von Wählern und Parteimitgliedern als nicht identischen und eigentümlich strukturierten Gruppen innerhalb der Partei ist aber z.B. in den Briefen Friedrich Engels' an die Parteiführer in Deutschland immer nur von den 'proletarischen Massen' oder den 'Wählern' die Rede, ohne daß der wesentliche Unterschied zwischen einer amorphen, nur am Tage der Wahl sowie anonym handelnden Menge und den aktiven bzw. aktivierbaren Gruppen in den Organisationen deutlich würde. [21]

Ohnehin beschränkte sich die Rolle der Wähler als Korrektiv parlamentarischer Entscheidungen darauf, als Zeugen für oder gegen eine bestimmte Politik zu fungieren. In dem Konflikt um die Dampfersubventionen jedoch haben sich nur die Abgeordneten der gemäßigten Richtung auf die Interessen ihrer Wäher berufen. „Man erklärt", schrieb Bebel an Schlüter, „das Prinzip komme nicht in Frage, man müsse 'praktisch' sein, den 'Arbeitern helfen', Wahlkreispolitik spielt natürlich eine große Rolle". [22] Und Heinrich Dietz, einer der wärmsten Befürworter der Regierungsvorlage im Reichstag, erzählte Schlüter, es sei „in unseren Kreisen eine sehr starke Strömung für die Postschiffe vorhanden. Es vergeht kein Tag, der nicht einige Briefe bringt, die alle energisch das Eintreten für die Subvention fordern". [23] Nicht umsonst war Dietz Abgeordneter für den zweiten Hamburger Reichstagswahlkreis. Aber auffallend war, daß trotz des für solche Wählerinteressen negativen Ausgangs des Parteikonflikts die Sympathisanten bei der folgenden Reichstagswahl 1887 ihr Votum noch zahlreicher für sozial-

edierten Briefwechsel zwischen Bebel und Engels, *a.a.O.*, S. 206 - 231; zwischen Liebknecht und Marx und Engels, *a.a.O.*, S. 284 ff.; *Eduard Bernstein, Briefwechsel mit Friedrich Engels,* hrsg. von Helmut Hirsch, Assen 1970, S. 316 - 327; *August Bebels Briefwechsel mit Karl Kautsky,* hrsg. von Karl Kautsky jr., Assen 1971, S. 31 - 39, und S. 366 f.

19 Zur Organisation unter dem Sozialistengesetz vgl. neben Engelberg auch: Karl-Alexander Hellfaier, *Die deutsche Sozialdemokratie während des Sozialistengesetzes 1878 - 90,* Berlin 1958.

20 Vgl. *Fränkische Tagespost* vom 20.4.85 (Grillenberger): „. . . Fast sämtliche Wahlkreise, welche socialdemokratische Vertreter in den Reichstag geschickt haben, resp. die daselbst wohnenden Socialisten verhielten sich gegenüber der, dazu noch herzlich untergeordneten Frage stillschweigend . . ., während ein anderer Teil direkt zustimmend zu dem Verhalten der Fraktionsmehrheit sich äußerte, ohne jedoch den S.D. in Gegenangriffen zu incommodiren . . ." NL Vollmar 3428/6.

21 Charakteristisch in einem Brief Engels' an Bebel: „. . . Daß die Macht der Bewegung auch die bürgerlichen Elemente der Partei mit sich fortgerissen und die Fraktion sich auf der Höhe ihrer Wähler halten wird . . . ", vom 11./12.12.84, in: *Briefwechsel, a.a.O.*, S. 201. Zu dem hier zugrundeliegenden Parteibegriff vgl.: Hans Mommsen, Artikel *Arbeiterbewegung,* in: *SDG,* Bd. 1, Spalten 273 - 313, bes. Spalte 303.

22 Bebel an Schlüter, NL Bebel, 43/31, Brief vom 15.12.84.

23 Dietz an Schlüter, NL Schlüter, 30/9, Brief vom 15.12.84. Vgl. auch: Heinrich Dietz, (vgl. Anm. 12), und Wilhelm Blos, *a.a.O.*, Bd. 2, S. 126.

demokratische Kandidaten abgaben und sich die ernsten Querelen an der Spitze der Partei offensichtlich nicht in der Wählergunst auswirkten.

Die Artikulation der Opposition, die von Kritik bis zur Drohung reichte, [24] war jedoch die Sache der Organisierten, die gegen diese Art einseitiger und von allen prinzipiellen Bedenken losgelöster Interessenpolitik protestierten und die Gefahr „opportuner Oppositionspolitik" [25] beschworen. Entsprechend empfahl Eduard Bernstein, der Redakteur des „S.D.", dem 'Roten Feldpostmeister' Julius Motteler, er könne Ignaz Auer, der mit der Mehrheit der Fraktion für die Vorlagen votierte, ruhig „die Gegenüberstellung von Genossen und 'Wählern' unter die Nase reiben". [26]

Wenn man also diesen Parteikonflikt und seine Beilegung im Hinblick auf den innerparteilichen Willensprozeß untersuchen will, wird man, um der Gefahr einer unzulässigen Vermengung der Parteiebenen zu entgehen, von der Tatsache ausgehen müssen, daß es sich zunächst um eine Meinungsverschiedenheit unter Parlamentariern handelte. Dadurch, daß sie von der Minorität der Fraktion (5 bzw. 6 von 24 Abgeordneten) [27] vor das größere Forum der Parteiaktivisten getragen wurde, sich damit zu einem Flügelkampf ausweitete und unter Mitwirkung breiterer Gruppen entschieden wurde, ist die Annahme zunächst berechtigt, daß es sich hier um ein Schulbeispiel demokratischer Willensbildung gehandelt habe, d.h. um die Behauptung der Richtlinienkompetenz bei der 'Partei' und nicht bei den 'Führern' in der Fraktion.

In der Tat wurde das Votum der Fraktionsmajorität, das zunächst innerfraktionell, weil sich die Gruppen nicht einigen konnten, auf Freigabe der Abstimmung lautete, [28] aufgrund der Proteste aus den Parteivereinen korrigiert: in zweiter und dritter Lesung stimmte die Fraktion der Sozialdemokraten gegen die umstrittene Vorlage. [29] Solche Korrekturen in der Stimmabgabe sind jedoch nicht per se Kriterien einer innerparteilichen Demokratie. Auch in anderen, nicht nach dem Grundsatz demokratischer Organisation strukturierten Parteien konnten es sich die Parlamentarier nur selten leisten, am Willen und an den Interessen ihrer Wähler vorbei Politik zu machen.

24 Der aus Berlin ausgewiesene Rackow vom Communistischen Arbeiterbildungsverein (CABV), London, forderte z.B. im *S.D.* Jg. 1885, Nr. 7, mit dem Hinweis auf Moritz Rittinghausen den Ausschluß der gemäßigten Abgeordneten, vgl. dazu: Kautsky an Bebel, vom 10.3.85, in: *Briefwechsel* S. 34 f.: „Aber Gott behüte uns vor unseren Freunden!" und Auer an Motteler, Brief vom 2.4.85, in: *NL Motteler,* 301/14.

25 Protestbrief der Frankfurter Genossen, sog. „Frankfurter Erklärung", in: *NL Kampffmeyer,* Nr. 42; vgl. Heinrich Gemkow, *a.a.O.,* S. 366 ff.

26 Bernstein an Motteler, Brief vom März 1885, in: *NL Motteler,* 339/1.

27 Zu den widersprüchlichen Angaben über die Minorität vgl.: Susanne Miller, *Das Problem der Freiheit im Sozialismus,* 3. Aufl. Frankfurt/M. 1967, S. 194, Anm. 52. Bebel nannte: Liebknecht, Vollmar, Stolle, Rödiger, – Harm („Letzterer nicht sicher". Bebel an Schlüter, Brief vom 15.12.84, in: *NL Bebel,* 43/31); vgl. auch Bebel an Engels, Brief vom 28.12.84, in: *Briefwechsel,* S. 207, und Bernstein an Engels, Brief vom 15./16.11.84, in: *Briefwechsel,* S. 310.

28 „Auf diese Weise erlebt die Welt und die Partei das Schauspiel des Gegeneinanderstimmens, ohne die Gründe für und wider zu kennen". Bebel an Schlüter, *ebd.;* Bebel an Engels, *ebd.*

29 *Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages,* VI. Leg., 1. Sess., 3. Bd., S. 1777 ff. und S. 1845 ff.

Nach dem Verständnis sozialdemokratischer Anhänger kam jedoch der Fraktion im Parteiaufbau ein anderer Stellenwert zu, als man ihn in bürgerlichen Parteien den Abgeordneten zuerkannte. [29a] Das hatte seine Ursache einerseits in der nie – zumal nicht in der Bismarckzeit – problemlosen Beteiligung der Sozialdemokratie an politischen Wahlen, Parlamentsarbeit und Ausrichtung der Agitation auf Wählermobilisation und Mandaterwerb. Allzusehr widersprachen die Verfassungskonstruktion des Deutschen Reiches und die Zusammensetzung und Funktion des Reichsparlaments den Vorstellungen über eine wirkliche Repräsentation des Volkes, wie sie in der Arbeiterbewegung lebendig waren. Zum anderen spielte die Organisationsgeschichte der Sozialdemokratie eine Rolle, d.h. der im Gegensatz zu den locker organisierten bürgerlichen Fraktions- und Honoratiorenparteien primäre Vereinscharakter dieser politischen Partei, die die Parlamentarier in die Gesamtpartei ein- und unterordnete. In der Sozialdemokratie sandte man erst in zweiter Linie Abgeordnete ins Parlament und hielt es daher für selbstverständlich, daß diese einer institutionalisierten Beauftragung und Kritik unterlagen, angefangen von der Interpellation der Kandidaten und ihrer Verpflichtung auf aktive Parteiarbeit bis zur Berichterstattung in der Wahlkreisorganisation und auf den Parteitagen.

Die sozialdemokratische Fraktion war daher nicht so zu definieren, wie es das Landgericht Berlin während der Parteispaltung 1917 in Analogie zu den bürgerlichen Parteien getan hatte: „Die Parteibetätigung gipfele in der Fraktion, d.h. in der Geltendmachung der Bestrebungen der Partei in der Volksvertretung". [30] Vielmehr zeigte sich gerade an den Konflikten in der Zeit des Sozialistengesetzes, daß die Legalität der Abgeordnetentätigkeit die Fraktion zu einem bevorrechteten Führungsorgan innerhalb der illegalen Parteiorganisation machte, was die Genossen zu ständiger Wachsamkeit, Kritik, ja Gereiztheit gegenüber den Parlamentariern provozierte. Denn die Weisungsbefugnis der Partei gegenüber der Fraktion gehörte nach dem Grundsatz der Souveränität des Volkes gegenüber seinen Mandatsträgern zum Selbstverständnis der Sozialdemokratie. Dieses stolze Gefühl artikulierte z.B. Johann Philipp Becker sehr deutlich nach Beilegung des Konflikts, als er erfreut konstatierte, „daß sich die Masse der Partei korrekt und demokratisch erwiesen und namentlich gezeigt hat, daß die Souveränität nicht in der Mitte der Fraktion, sondern im Schoße der Partei ruht. Bei solcher Grundlage gibt's für die Partei keine Gefahr". [31]

29a Die Entwicklung gegensätzlicher Strukturen in den bürgerlichen und den sozialdemokratischen Parteien, besonders deutlich sichtbar an der Führungsposition der Fraktionen, war ein sehr komplexer Vorgang. Es kann auf ihn hier nur sehr summarisch eingegangen werden, jedoch ist er das Thema meiner Dissertation über die Fraktionen von Sozialdemokratie und Zentrum, die demnächst im Druck vorliegen wird. Zur Orientierung über die Parlamentarismus-Diskussion und die Organisationsstruktur verweise ich auf die Arbeiten von Gustav Seeber, Susanne Miller und Thomas Nipperdey: Gustav Seeber, *Wahlkämpfe, Parlamentsarbeit und revolutionäre Politik*, in: *Marxismus und deutsche Arbeiterbewegung*, Berlin (O) 1970, S. 219 - 330; Susanne Miller, *Das Problem der Freiheit im Sozialismus*, 3. Aufl. Frankfurt/M. 1967, S. 92 f.; Thomas Nipperdey, *Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918*, Düsseldorf 1961.

30 *Leipziger Volkszeitung*, Nr. 60, vom 13.3.1917, 2. Beilage: Urteilsbegründung der I. Zivilkammer des Landgerichts Berlin im Zivilverfahren der *Vorwärts*-Redakteure gegen den Parteivorstand wegen Entreißung des *Vorwärts* aus der Verfügungsgewalt der Berliner Parteiorganisation.

31 Becker an Schlüter, Brief vom 19.6.85, in: *NL Schlüter*, 16/6.

Die Frage Paul Singers an Eduard Bernstein: „Wer hat denn den Entrüstungsschwindel in die Welt gesetzt? " [32] rührt an das wesentliche Problem: wie kann sich innerparteiliche Demokratie überhaupt ereignen? Auch trotz der Proteste der Gegner der Fraktionspolitik gegen diese „unwürdige Insinuation" [33] und die „Unterstellung der 'Entrüstungsmache' " [34] muß nach den Kräften gefragt werden, die einen Prozeß innerparteilicher Willensbildung von unten nach oben zu evozieren in der Lage sind. Es ergibt sich nämlich in bezug auf die Akzentuierung demokratischer Forderungen eine interessante Divergenz in den Äußerungen aus den Mitgliederreihen und denen der maßgebenden Persönlichkeiten. Während die Parteimitglieder aus ihrem Selbstgefühl als Mandanten die Einhaltung demokratischer Spielregeln um ihrer selbst willen, als Verwirklichung eines Parteiprinzips, erwarteten, [35] erscheinen die 'demokratischen Massen' in den Überlegungen der Fraktionsminorität und der Redaktion des „S.D." viel eher als ein Mitel zur Pression im Ringen der Parteiführer um die Politik im Parlament. [36]

Wenn Bebel etwa im Dezember 1884 während der Fraktionsberatungen, die nicht in seinem Sinne verliefen, androhte, seinen Standpunkt in einer Broschüre vor die weitere Parteiöffentlichkeit zu tragen, [37] wenn er die Redaktion des „S.D." dazu anhielt, seine (und ihre) prinzipielle Negation der Kolonialpolitik unmißverständlich und autoritativ im Zentralorgan zu vertreten, [38] so versprach er sich von einer solchen Öffentlichkeitsarbeit sowohl eine Stärkung und Klärung der revolutionären Energie der Parteigenossen als auch durch diese ein Gegengewicht gegen die 'Versumpfung' der Fraktion und ein Druckmittel gegen die Opportunitätspolitik ihrer Mehrheit. „Es ist gut, daß Nazi [Auer] im S.D. sich verteidigt", schrieb er im Januar 1885 an Motteler, [39] nachdem sich wieder herausgestellt hatte, daß die legalen Arbeiterzeitungen im Reich die Mitglieder nur im Sinne der Fraktionsmajorität unterrichte-

32 Singer an Bernstein, Brief vom 26.3.85, in: *NL Kampffmeyer,* Nr. 1; ähnlich: Grillenberger an Motteler, Brief vom 23.3.85, in: *NL Motteler,* 556/8.

33 Protestbrief der Barmer Genossen an den *S.D.*, vom 18.5.85, in: *NL Kampffmeyer,* Nr. 41; vgl. auch Rudolf Rothe, *a.a.O.*, S. 114 f.

34 Randbemerkung Mottelers auf einem Brief Bebels an die Redaktion vom 31.3.85, in: *NL Kampffmeyer,* Nr. 2.

35 „Die Grundgesetze der Demokratie, welche wir lehren, sollen auch praktische Geltung haben. Das Grundgesetz aber heißt: Unterwerfung des individuellen Handelns unter die Beschlüsse der Majorität . . . Wir brauchen wohl nicht noch zu erklären, daß wir den Mitgliedern der Fraktion keine größeren (aristokratischen) Rechte einräumen, und stellen aus diesem Grunde den Stimmen der Majorität – – in der Fraktion, diese einstimmige Meinung von mehreren hundert Frankfurter Genossen gegenüber. Von welchen jede Stimme genau denselben Wert und Gewicht hat wie *jede* in der Fraktion". *(Frankfurter Erklärung,* vgl. Anm. 25); ähnlich: Offenbacher Genossen an den *S.D.*, am 1.5.85,in: *NL Kampffmeyer,* Nr. 31; vgl. auch Rudolf Rothe, *a.a.O.*, und Heinrich Gemkow, *a.a.O.*

36 Vgl. Vollmar über die gemäßigten Fraktionskollegen: „Die Leute verrennen sich immer mehr in den Autoritarismus und es ist eine Einwirkung der demokratischen Masse der Partei sehr vonnöten". Brief an Julia, vom 17.4.85, in: *NL Vollmar,* 2750.

37 Bebel an Schlüter, Brief vom 15.12.84, in: *NL Bebel,* 43/31.

38 Bebel an Motteler, Brief vom 21.12.84, in: *Nl Bebel,* 40/57-58.

39 Bebel an Motteler, Brief vom Januar 85, in: *NL Bebel,* 40/61.

ten, [40] „damit hat man doch nunmehr die Möglichkeit, los zu schießen. Einstweilen werde ich mein Pulver schonen bis zur Verhandlung in der Fraktion, fällt dort die Beratung abermals ungünstig aus, dann hau auch ich los. Ede [Bernstein] muß entschiedener noch den prinzipiellen Boden behandeln ".[41]

Bebels Kalkül bei dieser Taktik war in der gegebenen Situation unter dem Ausnahmegesetz durchaus richtig, wie die Protestschreiber an die Redaktion des „S.D." und die Polizeiberichte über die Agitation Bebels und Liebknechts beweisen. [42] Nach den Reichstagswahlen im Herbst 1884, die der Sozialdemokratie erstmals 24 Mandate brachten, hatte aber Engels die Lage der Partei analysiert und Bernstein darauf hingewiesen, daß möglicherweise „die kleinbürgerlichen Elemente unter den Führern . . . momentan in den Massen hier und da den Hintergrund finden, der ihnen bisher fehlte". [43] So kam bei aller Zuversicht auf den „unabhängigen Sinn" [44] der Parteibasis doch auch die Gefahr der Verwässerung des revolutionären Wollens durch die Massen selber in den Blick, die sich zu dieser Zeit wegen der allzu deutlichen Klassenkampflage noch nicht einstellte, mit der Engels aber in seinem taktischen Konzept nüchtern rechnete. [45]

Die vermittelnde Position Liebknechts in dem Streit um die Dampfersubventionen, [46] die sogar auf Vorschläge von Engels zurückging, wurde aus diesem Grunde von Bernstein zurückgewiesen. „Ich fasse die Sache als einen 'Test'fall für die politische Haltung unserer Partei überhaupt auf", schrieb er an Engels, „und bin daher mit dem Dir zugeschriebenen Vermittlungsvorschlag . . . nicht einverstanden. Unsere Leute müssen doch schließlich einmal Farbe bekennen". [47]

40 Z.B.: *Hamburger Bürgerzeitung* (Frohme), dazu: Bebel an Motteler, Brief vom 13.6.85, in: *NL Bebel,* 40/75; *Fränkische Tagespost* (Grillenberger); *Berliner Volksblatt* (Blos/Hasenclever); *Sächsisches Wochenblatt*; vgl. Hans-Christoph Schröder, *a.a.O.*, S. 126 ff. – Wichtig auch Geiser und Viereck, vgl. Ulrich Heß, *Louis Viereck und seine Münchener Blätter für Arbeiter 1882 - 89,* Dortmund 1961. – Kautsky an Bebel, Brief vom 8.11.84, in: *Briefwechsel,* S. 24.

41 "[Bernstein] soll nur nicht hinter dem Berge halten, jetzt gibt's kein anderes Mittel als frei mit der Sprache herauszugehen". Bebel an Motteler, Brief vom 9.2.85, in: *NL Bebel,* 40/63.

42 Vgl.: Bericht des Berliner Polizeipräsidenten vom 6.7.85, in: Reinhard Höhn, *Die vaterlandslosen Gesellen,* Bd.1, Köln 1964, S. 240 ff.

43 Engels an Bernstein, Brief vom 11.11.84, in: *Briefwechsel,* S. 307 f.

44 Engels an Bebel, Brief vom 20.10.85, in: *Briefwechsel,* S. 239.

45 Engels an Bernstein, Brief vom 11.11.84, in: *Briefwechsel,* S. 307 f.: „. . . was bisher reaktionäre Strömung bei einzelnen, kann sich jetzt als notwendiges Entwicklungsmoment – lokal – bei den Massen reproduzieren. Das würde eine veränderte Taktik nötig machen, um die Massen weiterzuführen, ohne deshalb die schlechten Führer obenauf [kommen] zu lassen".

46 *S.D.*, Nr. 2, vom 8.1.84. Manuskript im *NL Vollmar,* 3428. Engels' Gedankengang: Brief an Liebknecht vom 29.12.84, in: *Briefwechsel,* S. 284 f.; Brief an Schumacher (publiziert von Karl Kautsky in: *NZ,* Jg. 34 (1916), Bd. 2, S. 273 f.), Brief an Bebel vom 30.12.84, in: *Briefwechsel,* S.210 ff.

47 Bernstein an Engels, Brief vom 15.1.85, in: *Briefwechsel,* S. 317.

Für die Minorität der Fraktion unter Bebels Führung stellte sich in dieser Situation, in der es ihr nicht gelang, die Kollegen von ihrer Meinung zu überzeugen, das Problem, die Auseinandersetzung aus dem Rahmen der Fraktion hinauszuverlegen, weil die Unterstützung durch die Mitglieder in den Organisationen die einzige Chance bot, sich durchzusetzen und zugleich in der Partei die eigene Politik nachdrücklich publik zu machen. Da die Massen aufgrund ihrer Radikalisierung durch das Ausnahmegesetz aufnahmebereit waren für eine politische Theorie und Praxis der Negation und des grundsätzlichen Widerspruchs [48] gegen den bestehenden Staat, war eine Appelllation an die Parteimitglieder sinnvoll, wie sich am Erfolg dieser Kampagne gezeigt hat. Die Labilität dieses Radikalismus, als dessen Prototyp weniger August Bebel, als vielmehr sein Fraktionskollege Georg von Vollmar anzusehen ist, [49] resultierte aus dem Übergewicht des Emotionellen vor der intellektuellen Einsicht und erwies sich nach dem Fall des Sozialistengesetzes in einer Zeit der Konsolidierung der Partei und des relativen Aufschwungs als ungenügend begründet. [50]

Man kann daher die These wagen, daß auch das Postulat innerparteilicher Demokratie seine Exzessivität in diesem Konflikt nicht aus sich heraus gewann, sondern deshalb, weil den Bemühungen einer kleinen Gruppe einflußreicher Männer die Stimmung in weiten Parteikreisen entgegenkam. Für den linken Flügel der Parteiführung ging es in einem Prozeß wechselseitiger Aktivierung und Eskalation um die Vermittlung von Einsicht in die grundlegenden Erfordernisse revolutionärer Politik an die Parteimitglieder [51] und um die Durchsetzung eben dieser Politik im Kreise der Parlamentarier. Radikale Stimmung unter den Anhängern und revolutionäres Wollen einiger Führer ergänzten einander und suggerierten einen breiten Konsens und das Funktionieren demokratischer Willensbildung in der Partei.

Die Zeitgenossen aber haben den Ausgang dieses Konfliktes als einen Sieg Bebels und seiner Clique bezeichnet, [52] eine Einschätzung, die auch der der Marxisten in der Parteiführung entsprach: „Bei allen bisherigen Debatten sind wir moralisch Sieger geblieben und haben unsere Ausführungen auf die Schwankenden den Eindruck nicht verfehlt. Letzteres wurde allerdings wirksam unterstützt durch die Stimmung in der Partei, über die man sich heute nicht mehr täuscht". [53]

48 Vgl. aber auch: Bernstein an Engels, Brief vom 16.11.84: der negierende Standpunkt werde nicht mehr gänzlich beibehalten werden können, weil die Fraktion schon ins Gewicht falle. In: *Briefwechsel,* S. 311; ähnlich auch Vollmar an Julia, Brief vom 22.12.84, in: *NL Vollmar* 2750.

49 Vgl. Heinz-Josef Steinberg, *a.a.O.*, S. 30 ff.

50 In die Periode von 1890 - 1914 fällt z.B. das Aufkommen revisionistischer Theorien und die Ausbildung reformistischer Praxis. Für die Sozialdemokratie allgemein war typisch die Abneigung gegen „Schreihälse . . ., welche meinen, *radikal* müßte notwendig auch *brutal* sein". Auer an Motteler, Brief vom 13.11.82, in: *NL Motteler,* 301/6.

51 „Die Klassenlage des Proletariats erzeugt sozialistisches *Wollen,* nicht aber sozialistisches *Erkennen*". Karl Kautsky an Victor Adler, Brief vom 25.10.01, in: Victor Adler, *Briefwechsel mit August Bebel, Karl Kautsky u.a.,* Wien 1954, S. 375.

52 Z.B. Joseph Morgensterin der *Augsburger Abendzeitung,* zitiert in: *Frankfurter Zeitung* , vom 15.6.85; vgl. auch Reinhard Höhn, *a.a.O.*, Bd. 1, S. 242, und Dieter Fricke, *Bismarcks Prätorianer,* S. 126.

53 Bebel an Motteler, Brief vom 5.12.85, in: *NL Bebel* 40/90; vgl. auch Engels an Bernstein, Brief vom April 1885, in: *Briefwechsel,* S. 320; Bebel an Engels, Brief vom 7.12.85, in: *Briefwechsel,* S. 247.

Daß die Dampfersubventionsaffäre sich vor allem als ein Kampf des Zentralorgans „S.D." und der ihn tragenden Gruppe mit der Fraktionsmajorität abgespielt hat, ist bekannt und braucht hier nicht eigens abgehandelt zu werden. Der „S.D." war jedoch nicht erst im Frühjahr 1885 in eine Kontroverse mit den Abgeordneten geraten. Vielmehr spielte er seit seiner Gründung im Herbst 1879 – als einziges offizielles Blatt im Rang einer Parteiinstitution –, bei der Polarisation der beiden Flügel 'Gemäßigte' und 'Radikale' [54] eine entscheidende Rolle. Wie die Mehrheitsverhältnisse in den Parteivereinen lagen, ist schwer zu entscheiden; jedenfalls war das Zentralorgan das einzige kontinuierliche Forum für die gesamte Partei zur Auseinandersetzung über die Programmatik und Taktik sowie die anfallenden Streitfälle. Diese konnten schon deswegen nicht ausbleiben, weil offensichtlich in der Fraktion die Vertreter einer Politik von Fall zu Fall [55] oder eines theoriefeindlichen Praktizismus [56] zahlreicher waren als die Wortführer einer konsequent revolutionären Politik, [57] für die sich die Redaktion des „S.D." engagierte. Zwar konnte die sogenannte 'farblose Arbeiterpresse' die Parteimitglieder in größerem Maßstab mit Informationen und Kommentaren versorgen als der illegal erscheinende „S.D.". Aber dessen Sprache kam bei den Genossen gut an [58] und stützte die Autorität der Parteiführer Liebknecht, der als Herausgeber fungierte, und Bebel, der der eigentliche spiritus rector war.

Diese Gruppe von Parteipolitikern um den „S.D." verstand sich als der eigentliche Sprecher der Parteimassen gegenüber den 'spießbürgerlichen' Führern in der Fraktion. [59] Neben Bebel und Liebknecht wären noch Vollmar (MdR) zu nennen, in Zürich neben Bernstein vor allem Julius Motteler und in London in der Nähe von Friedrich Engels der Herausgeber der „Neuen Zeit", Karl Kautsky. In dem hier erörterten Fragenkomplex ist darum eine Meinungsverschiedenheit zwischen Bebel und den Zürichern besonders interessant, die sich aus dem Versuch Bernsteins entspann, die berühmt-berüchtigte Erklärung der Fraktion gegen den „S.D." vom 20.3.85 [60] nicht abzudrucken, sondern mit einem Brief an die Abgeordneten zu beantworten. „Du als Einzelner", schrieb ihm Bebel am 31.3.85, [61] „kannst in diesem Ton nicht einer Mehrheit von Personen, die denn doch formell die Leiter sind, entgegentreten. Wenn Du Dich

54 Vgl. hier insbesondere die Darstellung bei Vernon L. Lidtke, *a.a.O.*, S. 263 - 290.

55 „. . . de chute en chute! . . .", wie Bernstein erbost konstatierte. Brief an Engels vom 15.1.85, in: *Briefwechsel*, S. 317.

56 Prototyp dieser politischen Haltung: Ignaz Auer; vgl. dazu: Parvus, *Der Auersche Praktizismus*, in: *NZ*, Jg. 19 (1900/01), Bd. 2, S. 679 - 84; Heinz-Josef Steinberg, *a.a.O.*, S. 111 - 125, und S. 28 ff. Vgl. Bebel an Motteler, Brief vom 21.12.84: „Hätte Auer mehr studiert, er stünde auf einer anderen Seite". In: *NL Bebel* 40/58.

57 Bebel führte dies auf Eigenheiten des Marxschen bzw. Lassalleschen Denkens zurück: „Die Lassallesche Auffassung streift die Dinge an der Oberfläche und gestattet große Freiheit, die Marxsche Auffassung erfordert scharfes Denken und Konsequenz im Handeln und . . . scharfen Kampf gegen die Landläufigkeit". An Motteler, Brief vom 21.12.84, in: *NL Bebel* 40/57 .

58 Bebel an Engels, Brief vom 5.7.85, in: *Briefwechsel*, S. 231. Zur steigenden Auflage des *S.D.* und zur Verbreitung vgl.: Ernst Engelberg, *a.a.O.*, S. 192 f. und S. 284 ff.; Dieter Fricke, *Bismarcks Prätorianer*, S. 77, S. 131 und S. 245.

59 Zur Sorge der Marxisten wegen der unzulänglichen Repräsentanz der Proletarier in der Fraktion vgl. besonders die Briefwechsel Bebel/Engels und Bernstein/Engels; sehr deutlich: Engels an Liebknecht, Brief vom 4.2.85, in: *Briefwechsel*, S. 285 f. und Engels/Bebel, Briefe vom 19.6. und 22.6.85, in: *Briefwechsel*, S. 226 ff.

60 Publiziert erst in *S.D.* Nr. 14, vom 2.4.85.

61 *NL Kampffmeyer*, Nr. 2

gegen die Übergriffe der Fraktion verwahrtest, hattest Du recht, Du mußtest aber die Erklärung, wenn auch unter Protest, abdrucken und die Entscheidung zwischen Dir und der Fraktion dem nächsten Kongreß überlassen. Das wär' korrekt. Eigenmächtig kannst Du den Abdruck gegen den Willen von 17 oder 20 nicht verwehren, das geht absolut nicht, auch wenn die 17 oder 20 noch so unrecht haben". Dazu bemerkte Julius Motteler, [62] die Redaktion erscheine in dem Fall nicht mehr „als Einzelner", „wo sie im Namen der Partei deren Ehre und Prinzipien und die loyalen Intentionen ihrer Mitarbeiter vertritt". In der Fraktion aber nahm man daran Anstoß, daß die Redaktion des „S.D." , „indem sie 'im Interesse der Gesamtpartei' gehandelt zu haben betonte, die Fraktion scheinbar in Gegensatz zur Gesamtpartei erscheinen lasse".[63] Und auch Liebknecht und Bebel nahmen den Zürichern diese Taktik übel, die die formelle Parteileitung in einen „gehässigen Gegensatz" [64] zu den Massen brachte. Für das Problem der innerparteilichen Demokratie ist daher die Frage von Bedeutung, ob die Zeitung „S.D." tatsächlich ein offenes Forum der Diskussion und der Meinungsfreiheit für alle Gruppen in der Partei war und ob sie somit als taugliches Medium demokratischer Willensprozesse fungieren konnte.

Hier kann jedoch von vornherein darauf hingewiesen werden, daß es nicht im Sinne der radikalen Führungsgruppe liegen konnte, allen Meinungen im „S.D." uneingeschränkt Raum zu geben. Der „S.D." war als ein Kampforgan gedacht – sowohl gegen die anarchistelnden Umtriebe von Johann Most und Wilhelm Hasselmann als auch gegen die staatssozialistischen Tendenzen, die von Wilhelm Blos, Louis Viereck und Bruno Geiser publik gemacht wurden. Als Zentralorgan sollte er der Erziehung der Parteimassen dienen, das den Kommunikationsfluß von der führenden Zentrale zur Basis vermitteln und die Aktivität der im illegalen Untergrund wirkenden Genossen koordinieren sollte. Alles Insistieren auf 'Meinungsfreiheit', 'innerparteilicher Preßfreiheit' etc. gerade im Frühjahr und Sommer 1885 darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß es nicht darum ging, allem und jedem zum Ausdruck zu verhelfen.

Im Interesse der Parteimitglieder ging es aber auch um die sonst im Reich beschnittene Möglichkeit, radikale Kritik an der Fraktion, die offiziell nicht die Rolle der Parteileitung spielen durfte, zu üben. In diesem Sinne hatte der „S.D." die Funktion institutioneller Sicherung dieses Grundrechts aller Parteigenossen. Man darf jedoch über der Tatsache, daß die Reichstagsfraktion als die einzige legale Körperschaft der Partei unter dem Sozialistengesetz die beauftragte Parteileitung war, nicht vergessen, daß ihre aus diesem Amt herrührende Autorität sich nicht messen konnte mit der Autorität, die Bebel und Liebknecht genossen. [65] Die Kritikfähigkeit und -möglichkeit an der durch sie und den „S.D." geübten Führung hätte daher ebenso zur 'Preß- und Meinungsfreiheit' in der Partei gehört, um die so erbittert gestritten wurde.

62 Randbemerkung Mottelers auf dem Brief Bebels an Bernstein vom 31.3.85, in: *NL Kampffmeyer*, Nr. 2.

63 Randbemerkung Moettelers auf dem Telegramm der Parteileitung (gez. Liebknecht, Hasenclever, Grillenberger) vom 16.4.85 gegen die Erklärung des *S.D.*, in *S.D.* Nr. 16 vom 16.4.85, in: *NL Motteler*, 777/11.

64 Liebknecht an Bernstein, Brief vom 16.4.85, in: *NL Kampffmeyer*, Nr. 14.

65 Die faktische Leitung der Partei lag bei einem fraktionellen Subkomitee (Auer, Bebel, Grillenberger, Hasenclever, Liebknecht) bzw. bei den Organisationszentralen Hamburg (Auer) und Leipzig (Bebel), vgl. Karl Alexander Hellfaier, *a.a.O.*, S. 80 f., sowie Dieter Fricke, *Die deutsche Arbeiterbewegung*, S. 135 f. und S. 152 f.

Offensichtlich herrschte jedoch eine gewisse Einseitigkeit im Blatt, nicht nur in bezug auf den Inhalt, sondern vor allem in der Art und Weise, wie die Redaktion Stellungnahmen der gemäßigten Politiker, die von der Linie der Zeitung abwichen, den Lesern darbot. Nicht von ungefähr kamen die Klagen und die Aversionen gegen den „S.D." bei Leuten wie Auer und Grillenberger, die sich für den Vertrieb des Blattes sehr solidarisch einsetzten [66] und sich trotz der Querelen mit der Redaktion und der mangelnden publizistischen Unterstützung von deren Seite in der Lage sahen, als „isolierte Führer . . . den Erbpächtern der 'revolutionären Gesinnung' die Hölle verdammt heiß zu machen". [67] Schon 1882 hatte Auer auf Mottelers Frage nach Artikeln für das Zentralorgan geantwortet, [68] es werde einem das Schreiben für den „S.D." sehr schwer gemacht. „Ich glaube zwar auch so radikal wie irgendeiner zu sein, aber diese Blutseuche, die sich im Blatte manchmal breit macht, die paßt mir nicht . . . Wenig sympathisch ist mir auch, wie der S.D. fortgesetzt Skandal in der Partei anregt, das Herumreiten auf den in Z[ürich] mißliebigen Abgeordneten sollte für die Zukunft ganz entschieden unterbleiben". Und Grillenberger meinte nach der Beilegung des Dampfersubventionskonfliktes, als Bernstein mit Viereck eine neue Kontroverse wegen dessen Staatsozialismus begann, [69] jetzt werde in Zukunft niemand mehr in Deutschland, „der nicht zu den Päpsten gehört, im S.D. gegen den S.D. polemisieren . . . Das Blatt ist einmal das Organ der Herren Bebel, Liebknecht und Ede [Bernstein], und *jede* andere Meinung darin verpönt". [70]

Sogar Bebel konnte nicht umhin, die Eskalation der gegenseitigen Unterstellungen und Beleidigungen zu bremsen und die Züricher zur Ordnung zu rufen. [71] Dabei ging es ihm in diesem aktuellen Konflikt, bei dem er zunächst in hoffnungsloser Minderheitsposition war, um die Vermeidung taktischer Fehler. „Unsere Aufgabe muß es sein, die Dummheiten, welche die reaktionären Heißsporne in der Majorität begehen, entsprechend auszunutzen, uns selbst aber vor Fehlern streng zu hüten". [72] Er wollte seine Sachentscheidungen in der Fraktion durchgesetzt sehen, und darum mißbilligte er Insinuationen [73] und hielt sich lieber an die Taktik, „andere ins Unrecht zu setzen". [74]

66 Grillenberger ermöglichte den illegalen Druck des *S.D.* bei Wörlein & Co. in Nürnberg; Bernstein an Adler, Brief vom 10.9.90, in: *Briefwechsel,* S. 59; die Gruppe um Auer in Hamburg organisierte Druck und Vertrieb für das nördliche Verteilungsgebiet. Vgl. Jürgen Jensen, *Presse und politische Polizei. Hamburgs Zeitungen unter dem Sozialistengesetz 1878 - 1890,* Hannover 1966, S. 155 f.

67 Auer an Motteler, Brief vom 23.5.85, in: *NL Motteler,* 301/21.

68 Auer an Motteler, Brief vom 26.6.82, in: *a.a.O.,* 301/5.

69 Ernst Engelberg, *a.a.O.,* S. 109 - 115; Heinz-Josef Steinberg, *a.a.O.,* S. 35 ff. Vgl. Grillenberger an Motteler, Brief vom 26.11.85: „Du weißt, ich bin kein Freund □ 's [Vierecks] . . . Aber was ihm von Ede [Bernstein] angetan wurde, das geht nicht den□ an sich an, sondern *jeden,* der sich erlaubt, eine *eigene* Meinung zu haben und einmal in die Lage kommen *könnte,* dieselbe im 'Züricher' aussprechen zu müssen". *NL Motteler,* 556/12.

70 Grillenberger an Motteler, Brief vom 23.11.85, in: *NL Motteler,* 556/11.

71 Bebel an Motteler, Brief vom 19.1.85, in: *NL Bebel,* 40/60 (Mißbilligung eines Spottgedichtes auf die Fraktion in: *S.D.* Nr. 1 vom 2.1.85); Bebel an Bernstein, Brief vom 31.3.85, in: *NL Kampffmeyer,* Nr. 2 (vgl. oben S. 10 f.).

72 Bebel an Motteler, Brief vom 23.5.85, in: *NL Bebel,* 40/70.

73 Bebel an Motteler, Brief vom 3.4.85, in: *NL Bebel,* 40/68; Bebel an Bernstein, Brief vom 12.4.85, in: *NL Kampffmeyer,* Nr. 3.

74 Bebel an Bernstein, vgl. Anm. 71.

Der „S.D." war nach den Intentionen seiner geistigen Väter „die verantwortungsvollste Stelle" [75] in der Partei, und nicht umsonst legte Engels so viel Wert darauf, daß diese Institution des Zentralorgans in den Händen seiner Gesinnungsgenossen blieb. Als einzige Zeitung der deutschen Partei, die konsequent im radikalen und marxistischen Sinne geführt werden konnte, waren der „S.D." zusammen mit der Züricher Druckerei und Buchhandlung sowie der wissenschaftlichen Revue „Die Neue Zeit" unter der Redaktion von Kautsky ihnen mehr wert als alle legalen Blätter im Reich. [76]

Der Umstand jedoch, daß das Zentralorgan anscheinend in hohem Grade das Organ einer Gruppe – dazu einer zahlenmäßig noch geringen 'Klicke' innerhalb der Parteiführung – war, legt die Vermutung nahe, daß bei Auseinandersetzungen mit dem anderen, stärkeren Flügel der Partei und der Fraktion vom Standpunkt der Parteilichkeit aus im „S.D." argumentiert und in der Partei agitiert wurde. Mangelnder „höherer Überblick" [77] und die „erschreckende Naivität" [78] der neuen Abgeordneten und der kontinuierlich wachsenden Anhängerschaft legten es nahe – jedenfalls für die theoretisch sehr bewußte Gruppe um Bebel – im Zentralorgan eher autoritativ aufzutreten als unverbindlich die in der Partei gängigen Ansichten vorzustellen und das Urteil darüber den Genossen zu überlassen. „Und wenn unsere Leute zu einfältig sind . . . zu begreifen", mahnte Bebel im Herbst 1885, [79] „müßt Ihr sie im Blatt bevormunden . . . Ihr müßt Euch bei Eurem Kritikeramt ein wenig in die Haut eines deutschen Staatsanwalts denken, und da ist ein Schritt zu viel besser als ein solcher zu wenig".

Hinter solchen taktischen Kniffen stand bei den Linken die Sorge, auf die Dauer könne eine Spaltung der Sozialdemokratie in eine kleinbürgerlich-demokratische Reformpartei und einen revolutionär-marxistischen Zweig der Arbeiterbewegung nicht aufzuhalten sein und man müsse daher frühzeitig darum kämpfen, mittels des wichtigsten Kommunikationsorgans die Bewegung in der Hand zu behalten. Dagegen betonte Auer, dem alle aus Prinzipienfestigkeit provozierten Zerreißproben zuwider waren, [80] „daß niemand an eine Spaltung denkt, daß es aber den Leuten zum Halse heraushängt, wenn offen und versteckt die persönliche Hetzerei fortgeführt wird". [81]

Demokratie ist aber – nach einer aus seiner revisionistischen Periode stammenden Definition Bernsteins – eine „Hochschule des Kompromisses", [82] innerparteiliche Demokratie demnach der Ausgleich divergierender Taktiken und Zielvorstellungen. [83] In diesem Sinne paßte 'Demokratie' sicher nicht in das Konzept einer klassenkämpferischen Partei, die die Prinzipienlosigkeit mit Recht als die Quelle des Opportunismus erkannte. So wenig es eine Kooperation

75 Bebel an Derossi, Brief vom 23.9.79, in: *NL Bebel,* 11/4.

76 Engels an Bebel, Brief vom 22./24.6.85, in: *Briefwechsel,* S. 228.

77 Vollmar an Julia, Brief vom 1.2.85, in: *NL Vollmar,* 2750.

78 Bebel an Motteler, Brief vom 12.1.85, in: *NL Motteler,* 40/59.

79 Bebel an Motteler, Brief vom 3.11.85, in: *NL Bebel,* 40/87.

80 Auer an Motteler, Brief vom 14.5.85: „Wieder großer Fraktionsradau . . . Möge der Teufel alle eigensinnig-ehrgeizigen Tröpfe holen, die an all der Unruhe schuld sind". In: *NL Motteler,* 301/19.

81 Auer an Motteler, Brief vom 30.5.85, in: *NL Motteler,* 301/22.

82 Eduard Bernstein, *Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Sozialdemokratie,* Stuttgart 1899, S. 126.

83 Darauf zielten die „mahnenden Erinnerungen" Kautskys 1916 ab (vgl. Anm. 12): die Einheit der Partei sei nicht durch die Disziplinierung der Minderheit und des *S.D.* bewahrt worden, sondern durch den Kompromiß mit den innerparteilichen Gegnern.

mit dem bestehenden Staat geben konnte, so wenig war auch ein Kompromiß mit denen, selbst in der eigenen Partei, möglich, die um gewisser Vorteile willen bereit waren, sich mit den Verhältnissen zu arrangieren, um auf dem Boden vorgefundener Gesellschaftsordnung Verbesserungen zu erreichen. Ganz typisch für die gereizte Reaktion vieler Genossen war z.B. der fälschlich Motteler zugeschriebene Züricher Zirkularbrief, [84] in dem es u.a. hieß: „die Dampfersubvention an und für sich würde den Stein des Anstoßes nicht gegeben haben, wenn nicht der Mehrheit der Fraktion das Klassenbewußtsein abhanden gekommen wäre. Die Herren fangen an, sich mit der heutigen Gesellschaft auszusöhnen . . ., damit hat aber unsere Partei ihren revolutionären Charakter verloren und als solche keinen Sinn mehr".

Vor allem Liebknecht, dem die Einigkeit in der Partei über alles ging, ohne daß er sie immer wirksam gefördert hätte, erregte sich über das „doppelte Spiel" der Züricher und bestand darauf, daß jeder das Recht seiner Ansicht habe. „Aber kein Genosse hat das Recht, wenn ihm einige seiner Kollegen nicht gefallen, deshalb in der Partei gegen sie zu hetzen". [85] Wie ein Sakrileg aber mußte den Radikalen Auers Sarkasmus erscheinen, daß man „mit Rechthaberei, Schrullen und zurechtgetüftelten Schulmeinungen" weder ein großes Blatt redigiere noch eine „halbwegs respekatble Partei" leite. „Wo Menschen sind, sind Meinungen, und wer sich da nicht aufs Nachgeben und Ausgleich versteht, der muß beiseite treten oder das Zeug zum Terrorisieren haben. Zum letzteren aber braucht man Leute, die geneigt sind, sich terrorisieren zu lassen, an der genügenden Anzahl solcher Leute fehlt es freilich vorläufig noch in der Fraktion". [86]

Damals und auch später war dies der springende Punkt bei der Polarisation innerhalb der Partei, daß es z.B. in der Fraktion zu viele gab, die sich einen Dreck um das „Züricher Indianergeheul" [87] der Marxisten scherten, wie Grillenberger sich drastisch ausdrückte. Nach dem Gesetz der Majorität hätte sogar die Minderheit damit zufrieden sein müssen, wenn man sie nicht majorisierte. Aber zumal Bebel wollte keinerlei Aufweichung der Front in den eigenen Reihen gegen den Bismarckstaat – 'Demokratie' konnte in diesem Fall nicht 'Kompromiß' heißen und bot im Gegenteil die einzigartige Chance der Mobilisation der Parteimitglieder, die in die politische Negation gefühlsmäßig einstimmten. [88] Diese Haltung sachlich zu vertiefen und gleichzeitig die andersdenkenden Kollegen in der Fraktion durch die Proteste der Mitglieder in die eigene politische Richtung zu treiben, mußte Ziel der innerparteilichen Taktik sein. Bebel bestand deshalb nicht ohne Grund darauf, daß die Redaktion

84 Mitgeteilt in einem Brief Auers an Motteler vom 23.5.85, in: *NL Motteler,* 301/20. Bebel vermutete als Absender Joseph Joos, der mit geschäftlichen Angelegenheiten des *S.D.* betraut war: „Das Schlimme ist nur, daß . . . solche Briefe aus Unverstand mißbraucht werden . . . Die Majorität traut Euch und uns . . . jede Niedertracht zu". Bebel an Motteler, Brief vom 23.5.85, in: *NL Bebel,* 40/69.

85 Liebknecht an Bebel, Brief vom 28.5.85, in: *NL Bebel,* 127.

86 Auer an Motteler, Brief vom 2.4.85, in: *NL Motteler,* 301/14.

87 Grillenberger an Motteler, Brief vom 2.2.85: „Von Krakehlern à la 'roter August' lasse ich mir meine Abstimmung nicht 'vorzeichnen' . . .". In: *NL Motteler,* 556/7.

88 Vgl.: „Wir gehören nicht zu denjenigen, welche sich, nachdem wir unsere Vertreter zahlreicher denn je ins Parlament geschickt, Wunderdinge von der parlamentarischen Tätigkeit derselben versprochen haben; wir wissen sehr wohl, daß die Emanzipation der Arbeiter nicht in den Parlamenten ausgefochten wird, aber gerade deswegen hätten wir von unseren Vertretern eine markigere Sprache, ein schärferes Betonen unseres revolutionären Standpunktes gewünscht". Resolution der Barmer Genossen vom 18.5.85, in: *NL Kampffmeyer,* Nr. 41.

nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht habe, Briefe der Genossen zu veröffentlichen. „Ob sie der Majorität oder der Gesamtfraktion genehm sind, darauf kommt es nicht an. Das wäre ein schöner Zustand, wenn nur die von der Fraktion oder der Mehrheit der Fraktion geteilte Meinung allein im Blatt zum Ausdruck kommen könnte". [89]

Zu Beginn der Auseinandersetzungen aber, als sich Bebel, Vollmar und Liebknecht in der Fraktion nicht durchsetzen konnten, beklagte Bebel als eine der Folgen des Sozialistengesetzes, „daß . . . eine Presse fehlt, die scharf und offen eingreift und Klarheit schafft . . . Der S.D. genügt nicht". [90] Noch Mitte Januar berichtete Bernstein an Engels, daß die Genossen viel zu gut geschult seien, um ohne Not gegen ihre Führer zu revoltieren. Außerdem fühlten sie sich isoliert und keiner wage, der erste zu sein; eigentlich bedürfe es jedoch nur eines Signals. „Würde ich aber z.B. mein Vertrauen mißbrauchen, so könnte ich, das ist meine Überzeugung, in diesem Augenblick einen Sturm gegen die Fraktionsmehrheit entfesseln. Ich tue das nicht, denn ich sage mir, wenn die Blase reif ist, so platzt sie auch ohne mein Zutun, und ich mag die Verantwortung für die eventuelle Spaltung nicht auf mich nehmen, aber ebenso wenig mag ich abwiegeln". [91]

Die Rolle der Vorreiter bei der Protestwelle gegen die Fraktion übernahmen Mitgliedschaften sozialdemokratischer deutscher Emigranten im Ausland. Den Anfang machten die Züricher, [92] die gegen Bernsteins Widerspruch eine scharfe Resolution gegen die Fraktionspolitik beschlossen, [93] dann folgten Resolutionen der Vereine in London, Brüssel und Kopenhagen. [94] Von den Genossen im Inland wurden diese Proteste prompt zustimmend beantwortet [95] und eigens betont, daß man gerade darum die Schützenhilfe von außerhalb so dankbar annehme, weil die innerparteiliche Kommunikation durch das Ausnahmegesetz so sehr erschwert sei. [96]

Es könnte demnach den Anschein haben, als sei der Anstoß zu der parteiweiten Opposition tatsächlich nicht von der Gruppe um Bebel und den „S.D.", sondern von der Basis bewußter und fortschrittlicher Parteianhänger gekommen. Es läßt sich sogar eine gewisse Distanz der führenden Leute zu der emotional aufgeladenen Versammlungs- und Resolutionseuphorie

89 „Ich konstatiere dies hiermit ausdrücklich, damit E[de] sich nicht einschüchtern läßt, sondern feststeht". Bebel an Schlüter, Brief vom 30.1.85, in: *NL Bebel,* 43/36; ähnlich Bebel an Motteler, Brief vom 3.4.85, in: *NL Bebel,* 40/68, und Engels an Bebel, Brief vom 4.4.85, in: *Briefwechsel,* S. 219.

90 Bebel an Engels, Brief vom 28.12.84, in: *Briefwechsel,* S. 207.

91 Bernstein an Engels, Brief vom 15.1.85, in: *Briefwechsel,* S. 318.

92 *S.D.* Nr. 4, vom 10.1.85. Manuskript im *NL Motteler,* 339/2-4,5.

93 Bernstein an Engels, Brief vom 15.1.85, in: *Briefwechsel,* S. 318 f.

94 Londoner Resolution vom 31.1.85 in: *S.D.* Nr. 7, vom 12.2.85. – Brüsseler Resolution vom 2.2.85, Kopenhagener Resolution vom 23.2.85, in: *S.D.,* Nr. 10, vom 12.5.85; vgl. auch Heinrich Gemkow, *a.a.O.*

95 Zustimmungserklärungen im *S.D.,* Nummern 5, 7, 9, 10, 11.

96 „Denn die Fraktion weiß ja ganz genau, daß wir Genossen . . . nicht in der Lage sind, Versammlungen abzuhalten, wo wir über derartige Angelegenheiten beraten können. Aus diesem Grunde ist das Vorgehen der Züricher Genossen zu billigen". Undatierte Zuschrift aus Elberfeld an den *S.D.,* in: *NL Kampffmeyer,* Nr. 38.

konstatieren. [97] Dennoch muß betont werden, daß das 'Platzen der Blase' bzw. bereits ihr Reifen nicht zu inszenieren gewesen wäre ohne die propagandistische Leistung des „S.D." und der radikalen Abgeordneten. [98] Im Ernst hätte dies auch keiner der beteiligten Politiker abgestritten, wenn man auch gerade bei den Radikalen dazu neigte, die revolutionäre Energie und besonders die Fähigkeit zur Initiative bei den Parteimassen zu übertreiben und den Anteil der Führer bei der Evokation einer Massenaktion herunterzuspielen. [99]

In einem wütend abrechnenden Brief hat Ignaz Auer die Taktik Bebels und seiner Freunde in Zürich analysiert, [100] deren Intransigenz er für ein parteisprengendes Element hielt. [101] Auer argumentierte aus der Defensive; schärfer als die Sympathisanten in den Vereinen erkannten die Gegner Bebels in der Parteiführung die verschiedenen Stufen der 'Entrüstungsbewegung', durch die die öffentliche Meinung innerhalb der Partei beeinflußt werden sollte. Schon bald wurde deutlich, daß der „S.D." durch argumentative Parteinahme für die Position der Fraktionsminorität und nicht durch unparteiische Darlegung beider Standpunkte sich an der Diskussion beteiligte. [102]

Dagegen forderte Auer, die Redaktion habe in solchen Fällen „zu lavieren und Meinungen, die in der Sache, pro und contra, sich im Blatte breit machen wollten, in den Korrespondententeil zu verweisen. Statt dessen ging aber das Stimmungsmachen im Blatte los". [103] Nr. 51 des „S.D." [104] im Dezember 1884 habe bereits erzählen können, daß die Regierung keine Gründe für die Vorlage vorzuweisen habe, Nr. 1 im Januar 1885 machte die Entdeckung, „'daß sich der Zusammenhang der Dampfersubventionsvorlage mit der Kolonialpolitik immer deutlicher zeige' und fügt[e] daran den freundlichen Wink: desto mehr Ursache haben aber die Vertreter der 'Arbeiterklasse, dem ganzen Treiben gegenüber auf der Hut zu sein' . . . Nr. 6 brachte einen geharnischten Artikel, den die Redaktion selbst zeichnete, worin . . . das Wesen der 'prinzipiellen Fragen' klar gestellt wurde, und nachdem so alles hübsch bestellt und die Stimmung präpariert war, da schleppte in Nr. 7 das große R [105] das Opfer herbei . . .".

97 Vgl. Kautsky an Bebel, Brief vom 10.3.85, in: *Briefwechsel*, S. 34 f. – Bernstein an Engels (vgl. Anm. 93). – Dagegen sehr zufrieden Bebel an Motteler, Brief vom 19.1.85, in: *NL Bebel*, 40/60 und 9.2.85: „Anbei Mitteilungen über die Resolutionen . . . von Leipzig . . , natürlich werden wir den Vorwurf auf uns nehmen müssen, auch diese veranlaßt zu haben. Sei es drum". *a.a.O.*, 40/64.

98 Motteler und Richard Fischer in Zürich, vgl. Kautsky, *a.a.O.*, S. 274; Sabor in Frankfurt; vgl. Bernstein an Engels, Brief vom 15.1.85, in: *Briefwechsel*, S. 318; Vollmar in München, vgl. *S.D.*, Nr. 8 vom 19.2.85; Bebel in Hamburg und Leipzig, Bebel an Engels, Brief vom 19.6.85, in: *Briefwechsel*, S. 225.

99 Vgl. Bebel an Engels, Brief vom 5.7.85: die allgemeine Lage erzeuge mehr Klassenhaß und zerstöre mehr Illusionen über die parlamentarisch erreichbare Sozialreform, „als 20 sog. Arbeiterblätter . . . vertuschen können". In: *Briefwechsel*, S. 231, S. 226 und S. 237; ähnlich an Bernstein, Brief vom 16.7.85, in: *NL Bebel*, 6/3.

100 Auer an Motteler, Brief vom 2.4.85, in: *NL Motteler*, 301/14.

101 Auer an Motteler, Brief vom 8.12.85, in: *a.a.O.*, 301/35.

102 Z. B. Bernsteins Artikel: *Über 'prinzipielle Fragen'*, in: *S.D.*, Nr. 6 vom 5.2.85. Publiziert bei Horst Bartel, *a.a.O.*, S. 245 ff.

103 Vgl. Anm. 100.

104 Auf einem Notizzettel Bernsteins, in: *NL Motteler*, 339/6, war die Schrittfolge der Taktik des *S.D.* vermerkt, bei Nr. 51 (1884) die Anmerkung: „Stimmung machen!".

105 Gemeint: Rackow, vgl. Anm. 24.

Verletzend und überaus erbitternd wirkten Taktlosigkeiten der Redaktion, die jedem klar machten, daß für die Vertreter der Fraktionspolitik kein Raum im Zentralorgan war: z.B. die Versendung der scharfen und z.T. beleidigenden Züricher Resolution im Separatabzug und die Kommentierung eines Auerschen Artikels über die Haltung der Fraktionsmehrheit in der Dampfersubventionsfrage. Zum Verständnis der Reaktion der Fraktionsmehrheit im Verlauf des Streites, die schließlich versuchte, der Redaktion des „S.D." eine Information der Parteiöffentlichkeit gegen die Mehrheit zu untersagen, muß man wissen, daß diese Fälle sich bereits im Januar abspielten, der „S.D." also den Beginn des persönlich gefärbten Konfliktes zu verantworten hatte.

Was die Verwendung der Züricher Resolution betraf, so hat Bernstein später bestritten, dafür verantwortlich gewesen zu sein, [106] während Bebel einige Wochen später im März gegenüber den Zürichern bedauerte, daß sie sich ihre sonst unanfechtbare Position durch die Versendung der Resolution vor der Veröffentlichung im Blatt erschwert hätten. [107] Am 19.1.85 jedoch hatte er selber an Motteler geschrieben, sie würden gut tun, sich mit der Resolution zu beeilen. „Ich bin überzeugt, man wird sehr entrüstet sein in der Fraktion und die Geschichte als eine Rache von mir ansehen. Ist mir egal. Man wird aber auch versuchen, die Versendung zu hintertreiben . . .". [108] Grillenberger protestierte daraufhin erbost gegen solche Taktiken der Redaktion und drohte, er werde „keinen Finger mehr für das Blatt rühren", denn als Lausbuben lasse man sich nicht behandeln. [109]

„Es fällt mir nicht im Traume ein", stellte Auer in bezug auf seine 'demokratische' Haltung klar, [110] „den Genossen in Z[ürich] oder sonst irgendwo das Recht zu bestreiten, solche oder beliebig andere Resolutionen zu fassen.Ebensowenig habe ich gegen den Abdruck derselben im Blatt, durchaus unzulässig aber war die Art der Versendung im Separatabzug. Diese Art des Vorgehens mußte auf die Massen der Genossen den Eindruck machen, als ob die Partei in Gefahr sei".

Auch Liebknecht, dessen redaktionelle Bemerkungen im „S.D." zwar ausgleichend gemeint waren, aber wie Sticheleien genommen und der Redaktion angelastet wurden, [111] führte die Zuspitzung des Streites auf die Tendenz dieser Resolution zurück, eine Art Plebiszit in der Partei gegen die Fraktionsmehrheit zu inszenieren. Gegen diese „Ungehörigkeit" habe sich die spätere Fraktionserklärung gerichtet, nicht gegen den freien Austausch der Meinungen über eine umstrittene Sache. [112]

106 Bernstein an Engels, Brief vom 15.1.85, in: *Briefwechsel,* S. 317, Anm. 3.

107 Bebel an Bernstein, Brief vom 31.3.85, in: *NL Kampffmeyer,* Nr. 2.

108 Bebel an Motteler, Brief vom 19.1.85, in: *NL Bebel,* 40/60.

109 Grillenberger an Motteler, Brief vom 2.2.85, in: *NL Motteler,* 556/7.

110 Auer an Motteler, Brief vom 2.4.85, in: *a.a.O.,* 301/14.

111 Engels an Bernstein, Brief vom 15.5.85, in: *Briefwechsel,* S. 321; S. 317, Anm. 3.

112 Liebknecht auf einer Wählerversammlung in Offenbach vom 14.7.85. Vgl. *Berliner Volksblatt,* Nr. 165, vom 15.7.85, in: *NL Vollmar,* 3428/42. – *Fränkische Tagespost,* Nr. 166, vom 18.7.85; *Deutsches Wochenblatt,* vom 2.8.85, in: *NL Motteler,* 1380/48.

Für die Fortsetzung der innerparteilichen Sachdiskussion, zumal im Zentralorgan, zwischen den Gruppen der Marxisten, der 'Gemäßigten' und alten Lassalleanern sowie den Rodbertusianern [113] ist die sogenannte Schwänzchen-Affäre [114] mit Auers Artikel „In Sachen Dampfersubvention" [115] über den Streit im Frühjahr 1885 hinaus von weiterreichender Bedeutung gewesen. Auer war von der Redaktion mehrfach gebeten worden, den Standpunkt der Mehrheit darzulegen, und man hatte sogar versichert, seine Ausführungen nicht mit Redaktionsnoten „belästigen" zu wollen. [116] Nachdem sich Auer schließlich bereit gefunden hatte, mußte er jedoch lesen, wie seine Ausführungen in einen „redaktionellen Waschlappen gewickelt" und der Lächerlichkeit preisgegeben worden waren. [117] Die Folge war, daß Politiker wie Auer und Grillenberger in Zukunft darauf verzichteten, im Zentralorgan zu Gehör zu kommen und stattdessen auf die legale Arbeiterpresse auswichen und das einzige offizielle Organ der Partei ganz der marxistischen Gruppe Bebel/Bernstein/Engels überließen. [118]

Die Verärgerung der Abgeordneten der Mehrheit, die durch solche Taktiken der Redaktion bereits irritiert waren, steigerte sich noch durch den Abdruck der verschiedensten Protestresolutionen aus den Vereinen des In- und Auslandes, die in jeder der „S.D."-Ausgaben Stimmung gegen die Politik der Mehrheit machten. [119] Dabei kamen die Gegenseite, die Sympathisanten der Dampfersubvention oder auch diejenigen, die zwar Gegner der Vorlage waren, aber doch von Streitereien über Prinzipien nichts hielten, [120] nicht genügend zu Wort. Besonders während der zweiten Protestwelle im April / Mai, die sich gegen die Fraktionserklärung richtete, drohte Auer mit Gegenmaßnahmen, falls weiter „Erklärungen zugunsten der Fraktion bloß beim Namen genannt werden . . ., während die Anzapfungen der Gegner . . . in ihren saftigsten Stellen zum Abdruck kommen". [121] Daß dagegen Zuschriften wie die des Communistischen Arbeiterbildungsvereins London, verfaßt von Rackow, ohne Redaktionsnoten ins Land gingen, war nicht geeignet, „jeden Mißton fernzuhalten" und „der Sache die persönliche Spitze abzubrechen". [122] Der Krakeel war provoziert und der Ort, wo man ihn austrug, das Zentralorgan, wegen der einseitigen Redaktionsführung mehr ein Mittel der „Plebisziterei" [123] geworden, statt das allen Genossen zugängliche Diskussionsforum zu bilden, wo in Sachdiskussionen ein demokratischer Entscheidungsprozeß in Gang kommen konnte.

113 Vgl. Vernon Lidtke, *a.a.O.*, S. 210 ff.; Ernst Engelberg, *a.a.O.*, S. 109 ff.; Heinz-Josef Steinberg, *a.a.O.*, S. 35 ff.; vgl. Anm. 69.

114 „. . . gelegentlich der von Zürich gegen uns inszenierten Subventionshetze . . ." So Grillenberger an Motteler, Brief vom 26.11.85, in: *NL Motteler*, 556/12.

115 *S.D.*, Nr. 5, vom 29.1.85.

116 Auer an Motteler, Brief vom 2.4.85, in: *NL Motteler*, 301/14.

117 *Ebd.*

118 Im Vergleich zum *S.D.* steigerte sich in den letzten Jahren des Sozialistengesetzes die Auflage der legalen Blätter. Vgl. auch Grillenberger an Motteler, Brief vom 23.3.85: „Daß in letzter Zeit die Abonnentenzah *noch* mehr gesunken hat wohl seine Ursache in den fortgesetzten Angriffen und Lästerungen des Blattes gegen die Fraktion . . .", in: *NL Motteler*, 556/8.

119 Bebel an Motteler, Brief vom 9.2.85: „. . . auch kann er [Bernstein] Artikel mit Chiffren oder Namen jederzeit abdrucken: er soll nur nicht hinter dem Berge halten". In: *NL Bebel*, 40/63.

120 Grillenberger an Motteler, Brief vom 23.3.85: auch Genossen, die keine Anhänger der Subvention seien, seien sehr empört über den *S.D.* „Die Nachwirkung wird sich . . . noch zeigen, und zwar ohne daß man eine 'Entrüstungsbewegung' gegen Euch zu *machen* braucht, wie das gewisse Herren gegen uns *versuchten*". In: *NL Motteler*, 556/8.

121 Auer an Motteler, Brief vom 23.5.85, in: *NL Motteler*, 301/20.

122 Auer an Motteler, Brief vom 2.4.85, in: *NL Motteler*, 301/14.

123 Liebknecht an Bernstein, Brief vom 15.4.85, in: *NL Kampffmeyer*, Nr. 13.

„Übrigens scheint der Hauptärger der zu sein", meinte Engels nach der Veröffentlichung der Fraktionserklärung, [124] „daß man sie schließlich doch gezwungen hat, gegen die Dampfervorlage zu stimmen, an der sie im Innersten der Seele hingen". Dennoch ist diese Interpretation, die allein auf die sachlichen Aspekte des Streits zielte, zu einfach, und sein Eindruck, „die Herren von der Fraktionsmajorität wollen sich also doch als 'Macht' konstituieren", [125] traf eher die innerparteiliche Situation nach der wochenlangen Rangelei pro und contra Regierungsvorlage. Bereits vor der Abstimmung im Reichstag am 23. März, die von seiten der gesamten Fraktion ganz im Sinne der Minorität bzw. der Parteiöffentlichkeit, wie sie im „S.D." zum Ausdruck kam, ablehnend ausfiel, hatte der Konflikt einen Punkt erreicht, an dem das Ringen um eine bestimmte politische Konzeption umschlug in einen Machtkampf um Positionen, die Einfluß und Kontrolle garantieren konnten.

Gerechterweise wird man zunächst beachten müssen, daß es nicht im Interesse der Gesamtpartei liegen konnte, wenn die Mitglieder in eine schwer heilbare Konfrontation zu ihren Abgeordneten getrieben wurden. Man hatte sich bei Erlaß des Sozialistengesetzes zu der 'Anti-Geheimbundstaktik' entschieden, [126] und es war wenig sinnvoll, die allein legal arbeitenden Genossen durch die Äußerungen des illegalen Zentralorgans bei der Staatsanwaltschaft bloßzustellen. Selbst Bebel, der aus innerparteilichem Kalkül wie in diesem Fall die Auseinandersetzung möglichst weit trieb, hatte kein Verständnis dafür, wenn durch Unvorsichtigkeiten des „S.D." die überaus gefährdete und labile Taktik der Verbindung von illegaler Untergrundagitation und friedlich-gesetzlicher Parlamentsbeteiligung gestört wurde. [127] Die Abgeordneten bedankten sich für die „hohe Ehre, im Reichstag für *jeden* Blödsinn, der drinsteht, verantwortlich gemacht zu werden" [128] – andererseits konnten sich die Parlamentarier eine Desavouierung des 'offiziellen' Parteiorgans nicht leisten, wie sich 1882 bei der Affäre um Blos und Hasenclever gezeigt hatte. [129] Die entscheidende Frage in der Fraktion und der Parteiführung war daher die Kontrolle des Blattes im Konfliktfall, nachdem man eingesehen hatte, daß sich die Linie des „S.D." nicht vom gemäßigten Flügel dekretieren ließ. In Zürich hatte man sich auf der Augustkonferenz 1882 zwischen den Abgeordneten und der Redaktion und Expedition des „S.D." darauf geeinigt, daß beleidigende Angriffe unter den Genossen nicht ohne Genehmigung des leitenden Subkomitees veröffentlicht werden sollten. [130] Im übrigen war der Redaktion 'Preßfreiheit' zugesichert worden. [131]

124 Engels an Bebel, Brief vom 4.4.85, in: *Briefwechsel*, S. 218.

126 Vgl. dazu Ernst Engelberg, *a.a.O.*, besonders das im Anhang publizierte Kopierheft Mottelers über die Taktik der Sozialdemokratie.

127 Bebel an Motteler anläßlich des Chemnitz-Freiberger Geheimbundprozesses, Brief vom 23.8.85: „Im Blatt ist viel unverantwortliches Zeug geschrieben worden und die Redaktion täte gut . . . , ein wenig mehr aufzupassen . . .". *NL Bebel*, 40/81.

128 Grillenberger an Motteler, Brief vom 2.2.85, in: *NL Motteler*, 556/7.

129 Blos und Hasenclever hatten den *S.D.* im Reichstag desavouiert. Vgl. *Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages*, V. Leg., I. Sess., 1. Bd., S. 1777 ff. und S. 1845 ff. Darauf drohte Bernstein mit Demission. Vgl. seinen Artikel: *Entweder – oder*, in: *S.D.*, Nr. 51, vom 15.12.81; eine Fraktionskommission (sowie Bebel und Auer) erklärte dann den *S.D.* weiterhin zum offiziellen Organ. Vgl. *S.D.*, Nr. 8, vom 16.2.82.

130 Antrag von Blos und Auer auf der Züricher Augustkonferenz 1882, Protokoll in: *NL Motteler*, 1480/1.

131 Notizzettel Vollmars in: *NL Vollmar*, 3427.

Konkrete Schritte der Fraktionsmehrheit gegen die Redaktionsführung des „S.D.", die über bloße Rüffel hinausgingen, [132] versuchte man mit der Einrichtung einer fraktionellen Kontrollkommission zu unternehmen. Diese „Preßgalgenkommission", [133] an der sich Blos, Hasenclever, Grillenberger, [134] Singer und noch ein Fraktionskollege [135] beteiligten, hatte jedoch trotz des einmütigen Vorgehens der Mehrheit [136] wenig Erfolg. Die Fraktionszensur scheiterte an der Hartnäckigkeit Bernsteins, dem Bebel Rückendeckung gab [137] und der darum der Opposition und den Protesten der Genossen auch weiterhin Publizität verschaffte.

Um diesem Krakeel doch schließlich einen harten Dämpfer aufzusetzen, beschloß man in der Fraktion gegen den Widerspruch von Bebel, Liebknecht, Vollmar, Bock, Stolle und Sabor [138] jene Erklärung, die dem „S.D." den weiteren Abdruck von Resolutionen gegen die Fraktionspolitik verbot, weil das Zentralorgan nicht in Opposition zur Fraktion treten dürfe. Zweifellos wäre die Mehrheit der Fraktion besser beraten gewesen, wenn sie mit diesem Verdikt gegen die innerparteiliche Pressefreiheit die ohnehin zum Widerspruch geneigten Mitglieder nicht noch mehr gereizt hätte. Dabei hatte Liebknecht es sogar erreicht, daß die Tendenz des Ukas sich nicht allgemein gegen die Redaktion des „S.D.", sondern „gegen die Plebisziterei und den appel au peuple (à la Schweitzer)" richtete. [139] Jedoch auch dies mußte auf selbstbewußte Parteimitglieder beleidigend wirken, wenn man ihnen unterstellte, ihr Protest sei unmotiviert und nur der Aufstachelung durch eine bestimmte Zeitung zuzuschreiben.

132 Blos beantragte im Januar einen Rüffel gegen die Redaktion, „und er hatte Grund dazu". Bebel an Motteler, Brief vom 19.1.85, in: *NL Bebel,* 40/60.

133 Bernstein an Kautsky, Brief vom 6.3.85, in: *NL Kautsky,* D V / 32; Kautsky an Bebel, Brief vom 10.3.85, in: *Briefwechsel,* S. 218; Bebel an Bernstein, Brief vom 31.3.85, in: *NL Kampffmeyer,* Nr. 2.

134 Grillenbergers Vorwurf gegen die Redaktion war, daß das Blatt sich einmischte, obgleich in der Fraktion beschlossen worden war, keine Polemik zu führen, so lange die Abgeordneten nicht endgültig beschlossen hätten; so habe man die Kontroverse verschärft; in: *Fränkische Tagespost,* vom 20.4.85, in: *NL Vollmar,* 3428/6.

135 Frohme, Viereck, Geiser? Auer? Liebknecht? Liebknecht war an der Fraktionskommission, die nach der Erklärung vom 2. April alle Einsendungen vor der Drucklegung prüfen sollte, als Chefredakteur beteiligt. Vgl. Liebknecht an Bernstein, Brief vom 16.4.85, in: *NL Kampffmeyer,* Nr. 14.

136 Der rechte Flügel besprach sich in Sonderkonferenzen; vgl. Wilhelm Blos, *a.a.O.,* Bd. 2, S. 127 f.

137 Als Bebel von der Fraktionskommission im Mai 1885 erfuhr (Liebknecht hatte ihn nicht informiert), teilte er Motteler mit, „daß ich zu dieser Censusbehörde mich nicht zählte". Bebel an Motteler, Brief vom 23.5.85, in: *NL Bebel,* 40/69.

138 Diese Namen veröffentlichte der Communistische Arbeiterbildungsverein London; sie waren ihm von Vollmar mitgeteilt worden. Vgl. *NL Kampffmeyer,* Nr. 55. – Kautsky an Bernstein, Brief vom 11.5.85, in: *Briefwechsel Engels/Bernstein,* S. 436. Liebknecht berichtete an Bernstein am 20.3.85, Vollmar und Bebel seien bei der Abstimmung nicht dabei gewesen, er selber habe sich enthalten und einer aus der Fraktion habe dagegen gestimmt. In: *NL Kampffmeyer,* Nr. 10; ähnlich Vollmar an Julia, Brief vom 19.3.85, in: *NL Vollmar,* 2750; Bebel an Bernstein, Brief vom 31.3.85, in: *NL Kampffmeyer,* Nr. 2; Bebel an Engels, Brief vom 8.4.85, in: *Briefwechsel,* S. 220 f.

139 Liebknecht an Bernstein, Brief vom 20.3.85, in: *NL Kampffmeyer,* Nr. 10.

In diesem Augenblick, das erkannte Auer sehr deutlich, [140] war die Beilegung des Konfliktes nicht nur wegen der Anhäufung persönlicher Insinuationen, sondern vor allem wegen der Beteiligung breiter Parteikreise an der Diskussion überaus schwierig. „Je größer die Partei wird, und je mehr [in]folgedessen neue Elemente in den einzelnen Gruppen und wirksamen Faktoren zur Geltung gelangen, desto mehr wird naturgemäß das auf alter Bekanntschaft und Waffenbrüderschaft beruhende Freundschaftsverhältnis bei der Regelung unserer Angelegenheiten in den Hintergrund treten und an dessen Stelle sich ein gewisser Formalismus breit machen." [141]

Formalistisch gedacht waren die Einsetzung der „Preßgalgenkommission", der Ukas vom 20.3. bzw. 2.4.85 und vor allem auch die Auflage an die Redaktion, alle zu publizierenden Einsendungen aus den Parteivereinen zuvor der Fraktionskommission zur Begutachtung vorzulegen. [142] Damit wollte man einer neuerlichen Protestwelle gegen die Erklärung der Fraktion zuvorkommen – eine Idee, die von Liebknecht stammte, der einerseits die Kollegen von der Mehrheit in bezug auf den „S.D." beruhigen wollte, andererseits es für ein „unsäglich skandalöses Schauspiel" hielt, wenn die Genossen gegen die Abgeordneten opponierten.[143] Diese Maßnahmen konnten aber in der gegebenen Situation gar nicht anders als eine Offenlegung der 'Diktaturgelüste' der Fraktion wirken und zugleich wie ein Offenbarungseid über ihre unzulängliche Kommunikation mit und Autorität bei den Anhängern im Land. [144]

Wenn sich auch gezeigt hatte, daß der „S.D." nur in eingeschränktem Maße ein echtes Medium innerparteilicher Sachdiskussion und demokratischer Willensbildung war, weil er sonst seiner Aufgabe, erzieherisch und aufklärend zu wirken [145] nicht hätte gerecht werden können, so war doch die Kritikfähigkeit dieser Zeitung gegenüber den privilegierten Abgeordneten in sich bereits ein Garant gegen eventuelle Selbstherrlichkeit der Führer.

Die Parteimitglieder reagierten äußerst empfindlich auf alles, was den Eindruck hervorrief, als müßten die Genossen wie unmündige Kinder von 'Obergenossen' geführt werden. Darüber darf auch die häufige, positive Verwendung dieses Begriffs 'Führer' nicht hinwegtäuschen. [146]

140 Auer an Motteler, Brief vom 2.4.85: „Die 'spontan' entstandene Bewegung war im Flusse und die Zeit des 'Abwiegelns' vorüber . . . Die Genossen bestanden auf ihrem 'Recht' und die Redaktion wollte – Recht haben . . . .". In: *NL Motteler,* 301/14.

141 *Ebd.*

142 Vgl. Anm. 135 und 137.

143 Liebknecht an Bernstein, Brief vom 20.3.85, in: *NL Kampffmeyer,* Nr. 10; diesbezügliche Mahnungen in den Briefen vom 11.4., 16.4., und 28.4.85, in: *NL Kampffmeyer,* Nr. 12, 14 und 15.

144 Vgl. z.B. die Bemerkung der *Frankfurter Zeitung* vom 10.4.85: „Der Erlaß der Reichstagsfraktion beweist aber auch, wie die Herren die Preßfreiheit verstehen; eine Kritik der Parteileitung wird nicht geduldet. Basta". – Vgl. auch Engels an Bebel, Brief vom 4.4.85, Bebel an Engels vom 8.4.85, in: *Briefwechsel,* S. 218 - 221 und Engels an Bernstein, vom 15.5.85, in: *Briefwechsel,* S. 320 ff.

145 „In *Taktik und Prinzip* lag ihm in erster Linie die geistige Führung ob; in beiden Hinsichten hatte er zugleich den rückhaltlosesten Meinungsaustausch zu ermöglichen". Julius Motteler, *Kopieheft* S. 22, in: Ernst Engelberg, *a.a.O.,* S. 251.

146 Ursächlich hing dies mit dem Charakter der Arbeiterbewegung als Emanzipationsbewegung zusammen; vgl. die hämische Äußerung der *Augsburger Abendzeitung* (Juni 1885), „kleine Geister" wollten von Führerschaft nichts wissen: „'Wir sind alle Führer', versicherte kürzlich ein minder hervorragender 'Genosse' und sprach seinen Parteifreunden gewiß aus der Seele". In: *NL Vollmar,* 3428/20.

Formal war zwar die Fraktion zur Parteileitung berufen worden, als durch das Sozialistengesetz die alte Organisationsstruktur zerschlagen worden war. Aber die Fraktionsmitglieder hatten in ihrer Eigenschaft als Abgeordnete der Sozialdemokratie im Reichsparlament nur Sprecherfunktion, [147] und für ihre Stellung und Autorität bei den Genossen hing sehr viel von der Intensität des Kontaktes und dem Funktionieren der Kommunikation ab. 'Führer' konnte nur sein, wer im Einklang mit den Massen ihren Willen auszudrücken und ihre Aktionen zu koordinieren verstand. [148]

Die Periode des Ausnahmegesetzes hat der Sozialdemokratie – z.T. gerade wegen ihres emanzipatorischen Impulses und des demokratischen Postulats – Störungen der innerparteilichen Kommunikation gebracht. Die daraus resultierenden Konflikte zwischen den Mitgliedern und der Parteiführung bzw. zwischen den verschiedenen Gruppen in Partei und Fraktion lagen weniger in der Notwendigkeit von Führung überhaupt begründet, sondern in der gewissermaßen unnatürlichen Leitung der Partei durch die Abgeordneten.

Wie bereits erwähnt, war die Fraktion der sozialdemokratischen Abgeordneten nicht auch per se die Spitze der Partei. Ihre Führungsposition und die Funktionen einer zentralen Parteileitung waren ihr seit 1878 unter dem Zwang des Sozialistengesetzes, das die Organisationsarbeit unter Strafe stellte, zugefallen, wobei es sich jedoch immer nur um eine ad hoc-Verfügung der Parteitage handelte. Der Theorie und den Statuten nach war sie kein zentrales Organ der Partei, sondern lediglich die Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Vertreter im Parlament, die Abordnung der Genossen in einer bürgerlichen Institution. Daraus resultierten dann Fragen wie: „Warum legen Abgeordnete, die sich im direkten Widerspruch mit der Majorität ihrer Wähler befinden und Kritik nicht vertragen können, nicht ihr Mandat nieder? " [149]

Nur mit der Schützenhilfe der protestierenden Parteimitglieder konnte Bebel seine Politik, für die er in der Fraktion selbst bei dem zweiten Exponenten des linken Flügels, Liebknecht,

147 Vgl. *Bayerischer Landbote*, Nr. 128, vom 9.6.85: „Nicht seiner schönen Augen willen besitzt Herr Bebel einen tatsächlich großen Einfluß auf seine Genossen, sondern deshalb, weil der jederzeit mit diesen einig ging, ihren Wünschen in rückhaltloser Weise Geltung verschaffte". In: *NL Vollmar*, 3511. – Protestbrief der Königsberger Genossen vom 8.4.85: „Wir treiben keinen Personenkultus, brauchen aber auch keine Bevormundung. Die Abgeordneten sind der Arbeiter wegen, nicht die Arbeiter der Abgeordneten wegen da". In: *NL Kampffmeyer*, Nr. 32.

148 „Die Führer, die Abgeordneten der Partei, genießen ein nicht geringes Ansehen unter ihren Genossen. Sie genießen es, weil und soweit sie Männer des Vertrauens sind. Stimmen ihre Handlungen mit dem in der Partei herrschenden Geiste überein, so können sie der wirksamsten Unterstützung stets sicher sein". *Bayerischer Landbote* vom 5.5.85, in: *NL Vollmar*, 3428.

149 Protestbrief aus Gumbinnen vom 8.4.85, in: *NL Kampffmeyer*, Nr. 36.

keine konsequente Unterstützung fand, [150] durchsetzen. Als die Fraktion jedoch, die sich diesem Druck schließlich bei der Abstimmung gebeugt hatte, in Verteidigung gegen die beständigen Angriffe forderte, „daß das Parteiorgan unter keinen Umständen in Gegnerschaft zur Fraktion treten darf", [151] war dies für diejenigen Gruppen in der Partei, die die Taktik der Pression von der Basis her unterstützt hatten, [152] ein Angriff auf die elementare Kritikmöglichkeit und Kontrollfähigkeit, deren die Parteimitglieder bedurften, um sich wirklich wie Auftraggeber und nicht wie Parteiuntertanen zu fühlen. Vollmar bezeichnete dies als „Übergang vo[m] demok[ratischen] Prinzip zum Autoritarismus", da dann der Wille der Mehrheit der Fraktion unter allen Umständen und immer in der Partei maßgebend zu sein hätte. [153] Und die Genossen aus Gumbinnen fragten: „Darf die Partei nicht mehr ihre Ansichten, wenn sie von denen der Herren Abgeordneten abweichen, im Partei-Organ aussprechen? Oder will man etwa auch vom beschränkten Wählerverstande sprechen wie weiland vom beschränkten Untertanenverstande? " [154]

Es widersprach daher auch allen Regeln der Parteilogik, wenn die Stimmen der Majorität und der Minorität bei der Abstimmung im Reichstag geheim gehalten wurden. [155] Nachdem Vollmar jedoch die Namen der Subventionsgegner dem Communistischen Arbeiterbildungsverein in London mitgeteilt und dieser sie in einem Rundbrief verbreitet hatte, [156] wertete die Fraktionsmehrheit auch dies als 'Stimmungsmache' und 'Pressionsversuch'. Man polemisierte gegen Vollmar in der legalen Arbeiterpresse, um den Eindruck zu verwischen, daß die Parteimitglieder insgesamt gegen die wenigen Abgeordneten der Mehrheit stünden, während Vollmar in einem Interview mit der „Berliner Volkszeitung" den „unverkennbar autoritären

150 Hier muß einmal auf die unklare Haltung Liebknechts eingegangen werden, der die Position der Minorität entscheidend schwächte, als er im Gegensatz zu Bebel und Vollmar die Frage der Dampfersubventionen zu einer nicht-prinzipiellen Frage erklärte (Bebel an Schlüter, Brief vom 27.12.84, in: *NL Bebel*, 43/32), durch die Veröffentlichung der unmaßgeblich gedachten Ideen von Engels in dieser Frage (*S.D.* Nr. 2, vom 8.1.85) die Partei verwirrte und durch ungezeichnete Artikel im *S.D.* die Mehrheit verärgerte. Durch dieses Verhalten, das von ihm als mittlere Position zwischen den extremen Gegenspielern Bebel und Blos/Hasenclever/Frohme/Geiser versöhnend gemeint war, trug er nur zur Verbitterung bei. Über seine „Vertuschungsmanier" beklagte sich Bebel oft, z.B. Bebel an Schlüter, Brief vom 27.12.84, in: *NL Bebel*, 43/2; an Motteler vom 12.1., 19.1., 27.6. und 6.7.85, in: *a.a.O.*, 40/59, 60, 71 und 80; an Bernstein vom 22.5. und 16.7.85, in: *a.a.O.*, 6/2, 3. – Dazu Liebknecht an Bernstein: „Mir kommt es bloß auf das Wohl und die Einheit der Partei an, keinem soll Unrecht geschehen". In: *NL Kampffmeyer*, Nr. 12. Auf einen Leserbrief von Liebknecht in der *Leipziger Volkszeitung*, Nr. 275 vom 28.11.98, schrieb ihm Bebel am 1.12.98: „Wie damals selbst von der Fraktionsmehrheit Dein Umschwingen vom schärfsten Opponenten zu einem Vermittlungsmann à tout prix beurteilt wurde, davon scheinst Du nichts zu ahnen . . . Wer kann denn solche Meinungswandlungen mitmachen? Da muß jedes Vertrauen zum Teufel gehen". In: *NL Bebel*, 34 a.

151 *S.D.*, Nr. 14, vom 2.4.85.

152 Grillenberger an Motteler am 2.2.85: „. . . es muß eben *Narren* auch geben – aber ein unverschämter Pressionsversuch bleibt es deswegen doch". In: *NL Motteler*, 556/7.

153 Notizzettel Vollmars, in: *NL Vollmar*, 3427.

154 In: *NL Kampffmeyer*, Nr. 36.

155 Grundsätzlich wurde aus den Beratungen und Abstimmungen in der Reichstagsfraktion nichts veröffentlicht (behauptet im *Vorwärts*, Nr. 59 vom 10.3.1904, Rubrik *Parteinachrichten)*. 1915 kam es z.B. zum Konflikt, weil der *Vorwärts*-Redakteur Ströbel Interna aus den Fraktionssitzungen veröffentlicht hatte.

156 In: *NL Kampffmeyer*, Nr. 55. – Vgl. Anm. 138.

Zug" solcher „Heimlichthuerei" herausstellte. [157] Für die Partei sei dies gefährlich, dagegen erleichtere die Veröffentlichung von Abstimmungsergebnissen die Entscheidung in Parteistreitigkeiten.

Auf schärfsten Widerspruch stieß die Passage der Erklärung vom 2. April: „Nicht das Blatt ist es, welches die Haltung der Fraktion zu bestimmen, sondern die Fraktion ist es, welches die Haltung des Blattes zu kontrollieren hat". So formuliert, warf sich die Fraktion „zum absoluten Herrscher über die Haltung des Parteiorgans" auf, wie Bebel mit Recht protestierte. [158] „Der S.D. ist darnach nicht mehr Parteiorgan, sondern Fraktionsorgan, den Parteigenossen jede Meinungsäußerung, die der Fraktion unangenehm oder unbequem ist, untersagt, und die Preßfreiheit, die das Programm für alle fordert, ist für die eigenen Parteigenossen eine leere Phrase". Die Parteigenossen erregten sich daher über diese Erklärung der Fraktion noch weit mehr als über die Frage der Dampfersubventionen und deren Bedeutung in sozialdemokratischer Politik. Hier ging es ganz konkret um das innere Leben der Partei, und selbst wenn ein Politiker wie Engels später meinte, die „sozialistengesetzliche Fraktionsdiktatur" sei notwendig gewesen und auch vortrefflich geführt worden, [159] so war die Beschränkung der innerparteilichen Kommunikation auf eine Art Belehrung von oben eine Zumutung. Die Heftigkeit der Attacken aus den Parteivereinen machte dies deutlich.

Das postulierte Verhältnis zwischen Partei und Parteiabgeordneten, das demokratisch strukturiert sein sollte, wurde durch das Verdikt gegen den „S.D." umgekehrt. Statt daß die Abgeordneten als Sprachrohr der Partei im Parlament fungierten, während sich die Mitglieder zunächst im Zentralorgan artikulierten, wäre durch eine so weitreichende Zensur des „S.D." die einzige Zeitung, die hinreichend offen argumentieren konnte, zu einem Sprachrohr der Abgeordneten gemacht worden. Daß der „S.D." ohnehin faktisch in starkem Maße das Medium einer kleinen Gruppe der Parteiführung war, spielte für die Parteianhänger, die sich über die Fraktionsdiktatur erregten, offensichtlich keine Rolle.

In dieser Situation hatte es daher die Redaktion des „S.D." nicht mehr nötig, 'Stimmung zu machen'. Über den Ukas schwieg sich Bernstein aus, bis er aufgrund der Beschuldigungen, die Redaktion beteilige sich an dem „Vertuschungssystem", [160] in Nr. 16 vom 16.4.85 die Zurückhaltung damit erklärte, daß sie im Interesse der Meinungsäußerung aus der Gesamtpartei, deren Belange hier berührt würden, geübt worden sei. [161] Damit identifizierte sich

157 *Hamburger Bürgerzeitung*, vom 27.6.85, in: *NL Vollmar*, 3428/26.

158 Bebel an die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, Brief vom 5.4.85, in: *NL Bebel*, 42/4,5, publiziert in: *Briefwechsel Bebel/Kautsky*, S. 366 f.

159 Engels an Kautsky, Brief vom 23.2.91, in: *Friedrich Engels' Briefwechsel mit Karl Kautsky*, hrsg. von Benedikt Kautsky, Wien 1955, S. 284.

160 „Bei solch unwürdiger Zensur erklärt sich die Verschleppung und Schwächung der von verschiedenen Gruppen eingesandten Resolutionen und Proteste . . . Wir erklären uns . . . durchaus nicht einverstanden mit der Redaktion, welche alles als ein Mißverständnis von Seite der Partei hinzustellen sucht, wir verurteilen ein Vertuschungssystem, welches nur Schlimmes im Gefolge haben muß". So der CABV in London, in: *NL Kampffmeyer*, Nr. 55.

161 Diese Erklärung der Redaktion ging allerdings nur in die Auslandsvereine; für die Inland-Ausgaben war sie durch ein Telegramm des Fraktionsvorstandes verhindert worden. In: *NL Motteler*, 777/11. Motteler stritt das „demonstrative Eintreten in die Diskussion der streitigen Sache" ab, es habe sich um eine „rein geschäftliche Bekanntgabe" gehandelt. Randbemerkung, *ebd.* Vgl. auch Anm. 63 und 64.

der „S.D." mit der Gesamtpartei und verschärfte grundsätzlich die Frontstellung zwischen Fraktion und Parteimitgliedern. [162] Dazu kamen die Auseinandersetzungen in den Resolutionen aus den Parteivereinen über die Frage „Fraktions- oder Parteiorgan? ", die die Ausgaben Nr. 14, 16, 17, 18 und 19 des „S.D." füllten. [163]

Engelberg hat darauf aufmerksam gemacht, daß die Parteimitglieder unter dem Ausnahmegesetz so gut wie keinen Einfluß auf die Fraktion über gewählte innerparteiliche Organe geltend machen konnten, – daß daher, im Interesse innerparteilicher Demokratie, zumindest das Zentralorgan unabhängig bleiben mußte. [164] Bezeichnenderweise verhinderte die Fraktionsmajorität im Sommer 1885 sogar die Abhaltung eines Parteikongresses, die mehrfach aus den Parteivereinen gefordert worden war. [165] Man versprach sich eine „Klärung der Situation" und eine „Verhütung ähnlicher Vorkommnisse für die Zukunft", [166] aber Bebel und seine Freunde in der Fraktion, die diese Anträge unterstützten, blieben in der Minderheit. [167]

Jedoch auch später konnte nur in geringem Maße über statutenmäßig gesicherte Parteiinstitutionen ein Druck auf die Fraktion ausgeübt werden, da die verfassungsrechtliche Stellung der Abgeordneten das imperative Mandat ausschloß und darüber interessanterweise in der Sozialdemokratie ein Konsensus bestand. [168] Dennoch: eine Fraktion, die sich institutionell von der Basis abzusichern suchte, indem sie gegenüber den Mitgliedern in den Parteiorganisationen als geschlossene Körperschaft auftrat und zugleich als Führungsorgan die autoritative Vorentscheidung über die Richtlinien der Parteipolitik beanspruchte, gegen die dann praktisch nicht mehr opponiert werden konnte, war in der Sozialdemokratie nicht denkbar.

Auch ohne die massive Gegenwehr von Parteiführern wie Bebel [169] mußten Abgeordnete, die eine solche innerparteiliche Reglementierung versuchten, einen so eklatanten Gegensatz zu den Parteimitgliedern provozieren, daß bei entsprechender Polarisation in den Führungsgruppen eine Spaltung in gefährliche Nähe rückte. Man müsse u.U. die Konsequenzen ziehen

162 Liebknecht an Bernstein, Brief vom 16.4.85: „Ich verstehe Dich nicht mehr. Wie kannst Du . . . in aller Eile und zu einer Zeit, wo es nicht mehr rückgängig gemacht werden kann, eine Erklärung veröffentlichen, welche den Streit einfach fortsetzt . . .". In: *NL Kampffmeyer,* Nr. 14.

163 Vgl. die Nrn. vom 2.4., 16.4., 23.4., 30.4. und 7.5.85.

164 Ernst Engelberg, *a.a.O.*, S. 153.

165 Notizzettel Auers: auf mehrere Anträge aus der Partei hin habe man die Einberufung eines Kongresses beraten, jedoch negativ entschieden, – weil die Reichstagswahlen noch zu fern seien [!]. In: *NL Kampffmeyer,* Nr. 59.

166 Resolution der Münchener Genossen vom 13.5.85, in: *NL Kampffmeyer,* Nr. 43; ähnlich die Barmer Genossen am 18.5.85, in: *a.a.O.*, Nr. 41; vgl. auch Rudolf Rothe, *a.a.O.*, S. 112 ff.

167 Bebel an Motteler, Brief vom 23.5.85, in: *NL Bebel,* 40/69; Bebel an Engels, Brief vom 5.7.85, in: *Briefwechsel,* S. 230; *S.D.*, Nr. 29, vom 16.7.85.

168 Anträge auf Einführung von Blankoverzichtserklärungen der Abgeordneten gegenüber den sie nominierenden Parteivereinen wurden in den Organisationen abgelehnt, weil man dahinter Polizeispitzel vermutete, die die Sozialdemokratie diskreditieren sollten. Vgl. Eduard Bernstein, *Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung,* 3 Bde., Berlin 1907 - 1910, Bd. 2, S. 207.

169 Bebel an Bernstein, Brief vom 12.4.85: „Verbietet die Fraktion die Aufnahme von Erklärungen seitens der Parteigenossen, so erkläre ich sofort meinen Austritt aus der Fraktion". In: *NL Kampffmeyer,* Nr. 3.

und an die Partei appellieren, meinte Bebel, [170] „da Unterdrückung Spaltung und Bruch bedeutet". [171]

Allerdings muß die Frage, auf wessen Seite sich voraussichtlich die Mehrheit der Partei im Ernstfall geschlagen hätte, unbeantwortet bleiben, da trotz aller in diesem Konfliktfall erwiesener Solidarität zwischen linker Führungsclique und Parteimassen [172] die Auswirkungen von Sezessionen unter den Bedingungen des Ausnahmegesetzes nicht vorauszusehen waren. Aus diesem Grunde scheuten die Vertreter der beiden extremen Richtungen vor einem endgültigen Bruch zurück, [173] und die breite Mitte hatte ohnehin für Spaltungstendenzen nicht viel Verständnis. [174]

Durch eine Kompromißformel, die zwischen Fraktion und Redaktion ausgehandelt wurde, ließ sich im Frühjahr 1885 die Spaltungsgefahr wieder entschärfen. Verhältnismäßig schnell [175] – ein Zeichen für die Scheu vor einer Probe auf Biegen und Brechen bei den Beteiligten! – veröffentlichte man nach den heftigen Protesten gegen den Ukas vom 2. April eine gemeinsame Erklärung, in der beide Kontrahenten das Insistieren auf ihrem Recht aufgaben. Die Fraktionsmehrheit verzichtete auf den Anspruch, den „S.D." einer strengen Zensur zu unterwerfen und unter allen Umständen eine uneingeschränkte Unterstützung ihrer Politik durch die Partei im Land zu erhalten, während die Redaktion des „S.D." – nach Sicherung der innerparteilichen Pressefreiheit – sich dazu verstand, die Fraktion ihrer Loyalität zu versichern.

Es versteht sich, daß nach der vorangegangenen Aufregung dieser Kompromiß z.T. nicht verstanden wurde und die Proteste und verständnislosen Zuschriften aus der Partei nicht mit einem Male zum Ende kamen. Die Abgeordneten wurden auch weiterhin attackiert, die Redaktion aber versuchte, den Eindruck des Umfallens zu kaschieren, indem sie noch des längeren [176] Protestbriefe abdruckte, u.a. in Nr. 17 zusammen mit der Kompromißerklärung von Fraktion und Redaktion den überaus scharfen Brief der Frankfurter Genossen. [177] Es entsprach auch dies dem Selbstgefühl der aktiven Genossen, daß sie sich ebenso wenig von der Redaktion wie von den Abgeordneten autoritativ über das belehren lassen wollten, was zu entscheiden sie sich selber für fähig hielten.

170 Bebel an Engels, Brief vom 8.4.85, in: *Briefwechsel,* S. 220 f. – An die Fraktion schrieb Bebel u.a.: „Nach meiner Auffassung hat die Fraktion mit dem Verbot der Veröffentlichung ihr nicht konvenierender Meinungen . . . ihre Kompetenz weit überschritten. Ich halte mich . . . für verpflichtet, . . . zu erklären, daß ich mich an jene Kundgebung als Parteigenosse nicht gebunden erachte und daß der erste Versuch . . . , dem . . . Grundsatz der Unterdrückung der Meinungsäußerung . . . praktisch Geltung zu verschaffen, mich veranlaßt, die Konsequenzen . . . zu ziehen . . .". Vgl. Anm. 158.

171 Bebel an Bernstein, Brief vom 12.4.85, in: *NL Kampffmeyer,* Nr. 3.

172 Vgl. den *Briefwechsel Bebel/Engels* vom 19.6. – 5.7.85, S. 224 - 231.

173 Vgl. besonders Kautsky (Engels) an Bernstein, Brief vom 30.6.85, in: *Briefwechsel Engels/Bernstein,* S. 436.

174 Vgl. Anm. 81, S. 17.

175 *S.D.,* Nr. 17, vom 23.4.85.

176 Vgl. Anm. 163.

177 Vgl. Anm. 25 und 35. – Wegen dieses Briefes kam es zu einer längeren Kontroverse zwischen der Frankfurter Organisation und dem Abgeordneten Frohme, in die Bebel auf seiten der Mitglieder eingriff.

Zunächst ist der Kompromiß zwischen „S.D." und Fraktion, – wenn man so will, dieses Stillhalteabkommen, das schließlich zugunsten des radikalen Flügels ausschlug [178] –, von den Parteimassen, die man vorher mobilisiert hatte, nicht verstanden und z.T. auch nicht akzeptiert worden. Gerade bei den besonders intransigenten Anhängern, die den „S.D." am bereitwilligsten durch Resolutionen unterstützt hatten, war es schwer, sie dazu zu bewegen, freiwillig auf den Abdruck ihrer Zusendungen zu verzichten, weil „des grausamen Spiels genug" sei. [179]

Die Auseinandersetzungen pro und contra Fraktion setzten sich noch den Sommer 1885 über fort, nachdem sie den eigentlichen Anlaß der Dampfersubventionskontroverse längst hinter sich gelassen hatten. Hier flossen auch lokale Streitigkeiten und persönliche Gehässigkeiten mit ein, die das innerparteiliche Klima vergifteten. [180] Im Herbst gewannen die Konflikte wieder mehr die Höhe theoretischer und ideologiekritischer Auseinandersetzungen, so daß die Resonanz in den breiten Massen naturgemäß nicht mehr so stark war. [181]

Um noch einmal die Frage, ob es sich hier um die Verwirklichung innerparteilicher Demokratie gehandelt habe, aufzunehmen, ist zunächst festzuhalten: selbst bei diesem sich über einige Monate hinziehenden Streit, in den breite Parteigruppen verwickelt und engagiert waren, spielte sich die eigentliche Inszenierung wie auch die Beilegung und Lösung der Kontroverse mit Hilfe einer Kompromißformel nicht auf der Ebene der Parteibasis ab. Die demokratischen Massen, d.h. die aktiv am Parteileben teilnehmenden Genossen des In- und Auslandes, spielten zwar mit in dem Ringen um die Macht in der Führungsgruppe, aber begonnen und entschieden wurde es auf der oberen Ebene durch Übereinkunft der 'Führer'. Wichtig war allerdings der Umstand, daß es eine nicht geringe Rolle spielte, welche der konkurrierenden Cliquen in der Führungsgruppe die beste Resonanz und die breiteste Unterstützung durch die Mitglieder fand.

In diesem Sinne ist die Mitwirkung politisierter und selbstbewußter Parteianhänger am politischen Wirken der Parlamentarier und in den Entscheidungsprozessen über konkrete politische Inhalte – außerhalb der periodischen Wahlkämpfe mit ihrem für die regierungsamtliche Wahlpolitik bezeichnenden appel au peuple [182] – in der Arbeiterbewegung praktiziert worden. Für die bürgerliche Gesellschaft des deutschen Kaiserreiches waren dieses Postulat innerparteilicher Demokratie und die Versuche zu seiner Verwirklichung atypisch und als solche besorgniserregend. Ängstliches Wunschdenken sah in solchen harten Parteikonflikten auch gern die Symptome eines Selbstzerfleischungsprozesses, wie man ihn von den Sozialisten des Auslandes kannte.

178 „Wir haben alle Ursache, mit dem Erfolg des Streits im Frühjahr zufrieden zu sein. Die Mehrheit hat erfahren, daß sie mit der Partei nicht spielen darf, und wird sich ganz bedeutend in Acht nehmen . . . ". Bebel an Kautsky, in: *Briefwechsel*, Nr. 42, vom 16.10.85. Zur Ausschaltung des rechten Flügels seit dem Frühjahr 1885 bis zum Herbst 1887 (Kongress in St. Gallen) vgl. Vernon Lidtke, *a.a.O.*, S. 210 - 290.

179 Bebel an Motteler, Brief vom 23.5.85, in: *NL Bebel*, 40/69.

180 Z.B. der Streit Frohme-Bebel.

181 Vgl. Anm. 69.

182 Seit 1878 verknüpfte man bei der Reichstagsauflösung die Ausschreibung der Neuwahl mit einer Frage an die Wähler, so daß sich die Reichstagswahl zu einer Art Plebiszit über die vom Parlament gegenüber der Regierung abgelehnten Vorlagen gestaltete: 1878 – Sozialistengesetz; 1887 – Septennat; 1893 – Militärvorlage Caprivis; 1907 – Kolonial- und Weltpolitik.

Diese Partizipation der Mitglieder an der Politik der Partei aber charakterisierte die deutsche Sozialdemokratie und gab ihr im deutschen Parteiensystem des bürgerlichen Parlamentarismus jene Anziehungskraft auf weite Kreise der Bevölkerung, die sich nicht aus dem Anreiz konkreter Vorteile durch wirksame Interessenvertretung erklären läßt. [183] Vielmehr war das Postulat der Demokratie in Partei und Gesellschaft – so unscharf es auch gefaßt war und wie oft es verfehlt wurde – eines jener Elemente, das geeignet war, breite Anhängermassen im Widerspruch zur bestehenden Ordnung zu integrieren. [184] Die Fraktion aber war gewissermaßen ein vorgeschobener Posten im System des bürgerlichen Parlamentarismus und damit eine Nahtstelle zur bürgerlichen Gesellschaft. Bei ihrem Versuch, innerparteiliche Demokratie durch die Beschneidung von Mitspracherechten zu blockieren, hatte sie gegen dieses Postulat verstoßen und sich damit vielen Genossen als gefährliches Einbruchstor für kleinbürgerlichen Opportunismus in Sachfragen [185] und hochnäsige Diktaturgelüste in Parteikonflikten enthüllt.

Dennoch traf wohl die beruhigende Erklärung Auers, mitten aus der Hitze des Streits an einen Genossen in Amerika geschrieben, [186] noch am ehesten die Bedeutung dieser Auseinandersetzung: „Diese Affäre hat übrigens das Gute gehabt, nach links und rechts hin ernüchternd zu wirken. Es war überschüssiger Dampf, der da bgelassen wurde, und insofern ist die Geschichte sehr nützlich gewesen . . . Gewiß erlebt auch unsere Partei im Laufe der Zeit noch Wandlungen, aber jetzt ist der Zeitpunkt für eine solche nicht da".

Die Lautstärke des 'Dampfersubventionsstreites' darf tatsächlich nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die wirklichen Wandlungen der Sozialdemokratie still unter der Oberfläche vollzogen. Das geschah sowohl bei dem entscheidenden Machtkampf der Führungsgruppen bis zum Parteikongreß in St. Gallen 1887, aus dem der linke Flügel gestärkt hervorging, [187] als auch bei dem Prozeß der Vereinheitlichung der Parteiideologie auf der Basis eines Vulgärmarxismus [188] und bei der Veränderung der sozio-psychologischen Struktur der Parteimit-

183 Wegen ihrer Skepsis gegenüber dem Parlamentarismus und wegen des Klassenkampfes gegen das Proletariat konnte die SPD keine besonders lockenden Verbesserungen der Lage ihrer Wähler anbieten; ihre Hoffnung lag vor allem in der Zukunft und einer grundlegenden Veränderung der Verhältnisse, das unterschied sie wesentlich von den Bauern- und Agrarbewegungen.

184 Zur Herausbildung einer 'subculture' innerhalb der Arbeiterbewegung vgl.: Gunther Roth, *The Social Democrats in Imperial Germany*, Totawa, New Jersey 1963; Heinz-Josef Steinberg, *a.a.O.*; Dieter Groh, *Negative Integration und revolutionärer Attentismus*, Frankfurt/M. 1973.

185 Bebel schreibt am 7.9.85 anDerossi bezüglich der „Mehrzahl unserer Führer,die an die Höhe der sozialen Entwicklung nicht glauben und daher sich in den schlimmsten Illusionen wiegen und sich einbilden, noch mit kleinsten Mittelchen . . . was erreichen zu können". In: *NL Bebel*, 11/5; am 15.12.84 schreibt er an Schlüter: „Das Sozialistengesetz hat den Gesichtskreis unserer Leute verengt . . . statt der Prinzipienpolitik greift die Opportunitätspolitik um sich. Wie lange das geht und wie weit das geht, weiß ich nicht. Kommt die Mehrheit nicht zur Einsicht ihres total falschen Weges, dann führt das schließlich zum Krach". In: *NL Bebel*, 43/31; vgl. auch die Protestschreiben an den *S.D.* bei Rudolf Rothe, *a.a.O.*, und Heinrich Gemkow, *a.a.O.*

186 Auer an Weber, Brief vom 4.5.85, in: *Kleine Korrespondenz*, IISG.

187 Vgl. Vernon Lidtke, *a.a.O.*, S. 263 - 290. Die *Berliner Volkstribune*, Nr. 11, vom 15.10.87, schrieb damals in einer kritischen Würdigung des St. Gallener Kongresses: „. . . . und wenn es jemals einen rechten Flügel der Sozialdemokratie gegeben hat, heute gibt es ihn nicht mehr". In: *NL Motteler*, 1381/54.

188 Vgl. Heinz-Josef Steinberg, *a.a.O.*, S. 27 - 40.

gliedschaften wie der Führerschaft nach dem Fall des Sozialistengesetzes in einer Periode der Parteikonsolidierung. [189]

Das Postulat innerparteilicher Demokratie blieb von diesen Wandlungen unbetroffen. Aber die Versuche zu seiner Realisierung fanden später nicht mehr den nützlichen und einer temperamentvollen Diskussion so förderlichen Widerpart in der Gruppe der Abgeordneten. In den späteren schweren Auseinandersetzungen [190] ließ das Fehlen einer klaren Frontstellung – Parteimitglieder contra Fraktion qua Parteileitung – das Problem innerparteilicher Demokratie weniger eindeutig in den Blick kommen, bzw. es war geprägt von den negativen Erfahrungen mit der Verknöcherungstendenz großer Organisationen.

189 Vgl. Dieter Groh, *a.a.O.*, passim.

190 Die Opposition der 'Jungen' 1890/91 richtete sich undifferenziert gegen die Gesamtfraktion und den Parlamentarismus allgemein; ihr Pech war jedoch, daß sie keinen Sprecher aus dem engsten Führungszirkel gewinnen konnte, das trug u.a. zu ihrer schnellen Niederlage bei.

VOM "PROLETARIER" ZUR "ROTEN FAHNE" UNTERSUCHUNGEN ZUR POLITISCHEN BIOGRAPHIE UND ZUM AUTOBIOGRAPHISCHEN ROMAN "VATERLANDSLOSE GESELLEN" VON ADAM SCHARRER

Von Hans-Harald Müller *

„Nur die Bayern kennen mich fast noch nicht. Meine Schuld ist es nicht", [1] schreibt Adam Scharrer 1947 mit einem Seitenblick auf seine Heimat Bayern, als er, aus dem sowjetischen Exil nach Mecklenburg zurückgekehrt, noch erleben kann, daß drei seiner Romane in der DDR gedruckt werden. Nicht nur die Bayern kannten Adam Scharrer nicht: als er am 2. März 1948 starb, widmete ihm im Gebiet der drei westlichen Besatzungszonen – mit Ausnahme der kommunistischen Zeitungen – nur die linksliberale „Tägliche Rundschau" einen Nachruf, in dem es u.a. hieß: „Für die aufbauenden demokratischen Kräfte in Deutschland ist sein Tod ein schwerer Verlust. Adam Scharrer war ein aufrechter Kämpfer für Demokratie und Sozialismus". [2] Möglicherweise wäre der bundesrepublikanischen Literaturwissenschaft nicht nur der Tod, sondern auch Leben und Werke Adam Scharrers verborgen geblieben, wenn nicht 1960 Jürgen Rühle den – als mißlungen einzuschätzenden – Versuch unternommen hätte, Scharrers literarische Verdienste mit dessen Gegnerschaft zum 'orthodoxen Kommunismus' der KPD zu begründen. [3]

„Wenn heute über Adam Scharrer geschrieben wird, dann geschieht es zumeist anläßlich eines Gedenktages", [4] klagte Wolfgang Lehmann 1963 im Hinblick auf die Scharrer-Forschung der DDR in seinem Aufsatz „Die Zeit Adam Scharrers". Den ersten Versuch, Scharrers gegen Ende der Weimarer Republik entstandene Romane in einen literaturgeschichtlichen Zusammenhang zu den literarischen Leistungen der Arbeiterschriftsteller und proletarisch-

* Herrn Fritz Hüser vom „Archiv für Arbeiterdichtung und Soziale Literatur" in Dortmund und Herrn Jan Hans von der „Arbeitsstelle für Exilliteratur an der Universität Hamburg" verdanke ich hilfreiche Auskünfte, Herrn Professor Dr. Alfred Kantorowicz und Herrn Professor Dr. Hans Manfred Bock die Genehmigung zum Zitieren aus bislang unpublizierten Manuskripten. Der „Akademie der Künste der Deutschen Demokratischen Republik" danke ich für die Genehmigung, das Adam-Scharrer-Archiv zu benutzen und für die Erlaubnis, aus den dort vorhandenen Dokumenten zu zitieren.

1 Adam Scharrer, *Über mich selbst*, in: *Tägliche Rundschau* vom 15. Mai 1948. Die dort abgedruckte Fassung entspricht der Nr. 68 im Adam-Scharrer-Archiv. Die Archivmaterialien werden stets zitiert nach den laufenden Nummern, die ihnen zugewiesen worden sind von: Horst Schurig, *Vorläufiges Findbuch des literarischen Nachlasses von Adam Scharrer (1889 - 1948)*. Herausgegeben und vervielfältigt von den Literatur-Archiven der Deutschen Akademie der Künste zu Berlin, Berlin 1960.

2 r., *Der Tod Adam Scharrers*, in: *Tägliche Rundschau*, vom 5.3.1948.

3 Vgl. Jürgen Rühle, *Literatur und Revolution. Die Schriftsteller und der Kommunismus*, München 1963, S. 139 - 140. Rühle meint, daß Scharrers KAPD-Zugehörigkeit sich literarisch dahingehend auswirkte, „daß seine Bücher weit farbiger und volkstümlicher waren als die linientreue Agitationsliteratur der Bredel und Genossen" (S. 139). Diese Behauptung stützt Rühle (ibd.) im wesentlichen auf einen Text, der nicht von Adam Scharrer stammt. Dieser Text steht als redaktionelle Einleitung in: *Das Vier-Männer-Buch. Erlebnisnovellen von Barthel, Jung, Scharrer, Wöhrle.* Berlin 1929, S. 5/6 (unpaginiert). Verfasser dieses Einleitungstextes ist mit ziemlicher Sicherheit der damalige Leiter des Verlages „Der Bücherkreis", Dr. Karl Schröder.

4 Wolfgang Lehmann, *Die Zeit Adam Scharrers*, in: *Neue Deutsche Literatur* Jg. 11 (1963), H. 3, S. 163 - 171. Von dieser Beurteilung nahm Lehmann aus die Arbeit von Jürgen Bonk, *Adam Scharrer*, in: *Adam Scharrer, Erwin Strittmatter* (= Schriftsteller der Gegenwart, 3), Berlin (Ost) 1962, S. 7 - 71.

revolutionären Schriftsteller zu bringen, hat 1972 Alfred Klein in seiner Arbeit „Im Auftrag ihrer Klasse. Weg und Leistung der deutschen Arbeiterschriftsteller 1918 - 1933" unternommen. Kleins Arbeit ist konzipiert unter zwei Hypothesen, die u.a. auch mit seinen eigenen Forschungsergebnissen zu Adam Scharrer in einem problematischen Zusammenhang stehen. Zum einen betrachtet Klein als die zentrale Aufgabe der proletarisch-revolutionären Literatur „die bewußte Parteinahme" für und den „Kampf um die massenhafte Hervorbringung" des Typs des 'proletarischen Revolutionärs'; [5] zum anderen sieht er die Möglichkeit der Verwirklichung dieser Aufgabe seit der Gründung der KPD gesetzmäßig gebunden an die „Übereinstimmung mit den Bestrebungen dieser Partei": „ohne ein positives Verhältnis zu der höchsten Klassenorganisation der deutschen Arbeiterschaft war sie nicht zu realisieren". [6]

Wenngleich ich im folgenden mit der Untersuchung der politischen Biographie Adam Scharrers und des autobiographischen Romans "Vaterlandslose Gesellen" in erster Linie einen empirischen Beitrag zur Erforschung der politischen Konzeption und Rezeption des 'literarischen Linksradikalismus' [6a] am Ende der Weimarer Republik zu liefern beabsichtige, will ich doch nicht ausschließen, daß die Untersuchung auch zur Diskussion um die empirische Begründbarkeit und theoretische Angemessenheit der von Klein gewählten Hypothesen einen Beitrag zu leisten vermag.

I

Der Forschungsstand zur Biographie Adam Scharrers wurde 1963 vom „Lexikon sozialistischer deutscher Literatur" so zusammengefaßt: „Scharrer war Sohn eines Gemeindehirten; der Existenzkampf der Dorfarmen vermittelte ihm erste soziale Erfahrungen. Nach seiner Gesellenprüfung als Schlosser durchwanderte er Süd- und Westeuropa. Bei der Arbeit in

5 Alfred Klein, *Im Auftrag ihrer Klasse. Weg und Leistung der deutschen Arbeiterschriftsteller 1918 - 1933.* Berlin und Weimar 1972, S. 209. Zum Zusammenhang vgl. den ganzen Abschnitt *Die Gestalt des revolutionären Arbeiters, a.a.O.*, S. 200 - 219.

6 Alfred Klein, *a.a.O.*, S. 156. Zu diesem Gesetz, das in der Literaturgeschichtsschreibung der DDR über die Weimarer Republik generell 'gilt', vgl. auch Friedrich Albrecht, *Deutsche Schriftsteller in der Entscheidung. Wege zur Arbeiterklasse 1918 - 1933,* Berlin und Weimar 1970, S. 133: „Es war nicht mehr möglich, am Kampf der Arbeiterklasse teilnehmen zu wollen und zugleich das Wirken der KPD abzulehnen oder zu ignorieren".

6a Nach Abschluß des vorliegenden Beitrags erschien die zweibändige Arbeit von Walter Fähnders und Martin Rector, *Linksradikalismus und Literatur. Untersuchungen zur Geschichte der sozialistischen Literatur in der Weimarer Republik,* Bd. 1: 1918 - 1923; Bd. 2: 1924 - 1932; Reinbek bei Hamburg, November 1974. Der von Walter Fähnders besorgte zweite Band enthält ein Kapitel (S. 243-263) über Adam Scharrer, das sich mit den Intentionen des vorliegenden Beitrags kaum berührt, auf das ich im folgenden aber verweise, wo es meine Angaben über Scharrers politische Biographie ergänzt. – Fähnders' und Rectors Darstellung des literarischen Linksradikalismus ist wegen des ihr zugrunde liegenden Quellenreichtums eine eindrucksvolle Forschungsleistung; wegen ihrer Theoriearmut sowohl in der historisch-soziologischen als auch in der literaturwissenschaftlichen Dimension wird der Wert der Arbeit jedoch weitgehend auf den einer Materialsammlung reduziert. Die der Arbeit zugrunde gelegte „Dichotomie" (Bd. 2, S. 50) zwischen 'organisiertem Linksradikalismus', der ex definitione nur außerhalb der KPD anzutreffen ist, und 'ultralinken' Tendenzen innerhalb der KPD (vgl. Bd. 2, S. 43 - 45 u.ö.) bleibt weitgehend nominalistisch; die politische und ästhetische Bewertung des literarischen Linksradikalismus nach dem Vorbild der proletarisch-revolutionären Literatur im Umkreis der KPD am Ende der Weimarer Republik bleibt problematisch nicht nur, weil auch im Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller (BPRS) „linkssektiererische Positionen" (Bd. 2, S. 207) anzutreffen sind – von denen Fähnders allerdings behauptet, sie seien „bald korrigiert" (ibid.) worden. Fähnders' Untersuchung der Rezeption der Romane Scharrers und Plieviers durch die KPD vermag diese These nicht zu stützen.

norddeutschen und westdeutschen Metallbetrieben und Werften wuchs er ins Industrieproletariat hinein, überwand gleichzeitig Reste eines kleinbäuerlichen Individualismus und Handwerker-Anarchismus und nahm in wachsendem Maße bewußt an den organisierten Klassenkämpfen des Proletariats teil. Die Erkenntnisse, die er im 1. Weltkrieg als Infanterist und Rüstungsarbeiter gewann, führten ihn in den Spartakusbund und dann in die KPD. Später schlug er sich (bis 1933) auf die Seite der linkssektiererischen Kommunistischen Arbeiter-Partei, deren Einfluß auf seine Romane jedoch gering blieb. Scharrer entwickelte sich vom Arbeiterkorrespondenten zum politischen Journalisten. Er arbeitete seit Mitte der zwanziger Jahre an der theoretischen Zeitschrift der KAPD 'Proletarier' mit und wurde Redakteur an der 'Kommunistischen Arbeiterzeitung'. Als Vierzigjähriger schrieb er 1929 seinen ersten Roman 'Vaterlandslose Gesellen'. Nach dem Beginn der faschistischen Herrschaft lebte er illegal in Berlin, bis er 1933 nach Prag floh. 1935 fand er in der Sowjetunion Asyl. Die Jahre des Exils führten zu entscheidenden politischen, weltanschaulichen und künstlerischen Klärungen. Von der Sowjetunion aus griff er mit seinem literarischen Werk und in Rundfunkansprachen in den antifaschistischen Kampf ein. Nach der Befreiung kehrte er 1945 in die Heimat zurück und nahm, besonders im Kulturbund, Anteil an der demokratischen Erneuerung". [7]

Für die Biographie des am 13.7.1889 in Kleinschwarzenlohe/Bayern geborenen Adam Scharrer gibt es bis 1914 im wesentlichen drei Arten von Quellen: von ihm selbst verfaßte Autobiographien; [8] die Erzählungen bzw. Romane, die über seine Jugendjahre und Wanderjahre als Schlosser und Dreher berichten; [9] persönliche Dokumente im Adam-Scharrer-Archiv. [10]

7 *Lexikon sozialistischer deutscher Literatur. Von den Anfängen bis 1945. Monographisch-biographische Darstellungen,* Halle (Saale) 1963, S. 440-441. Die Tätigkeit Scharrers als Redakteur an der *Kommunistischen Arbeiter-Zeitung (KAZ)* wird von Alfred Klein, *a.a.O.*, S. 252 aus nicht überzeugenden Gründen in Frage gestellt.

8 Im *Scharrer-Findbuch* (vgl. Anm. 1) sind unter den Nummern 53 - 73 ungedruckte, unter den Nummern 187 - 191 gedruckte Autobiographien Scharrers aus der Zeit nach 1945 vorhanden. Zwei Autobiographien aus der Zeit vor 1945 hat Alfred Klein in seinem Dokumentenanhang abgedruckt: eine ohne Titel aus dem Jahre 1929, die im *Vier-Männer-Buch* (vgl. Anm. 3) zuerst gedruckt erschien (bei Klein: S. 680 - 682) und eine unter dem Titel *Über mich selbst* aus: *Deutsche Zentral-Zeitung* vom 17. September 1934 (bei Klein: S. 687 - 690). – Eine bislang unbekannte autobiographische Darstellung Scharrers aus dem Jahre 1932 befindet sich im Besitz von Alfred Kantorowicz, der zu dieser Zeit eine Publikation unter dem Arbeitstitel: *Die deutsche Jugend ringt mit der Zukunft"* vorbereitete. In dieser Publikation sind 40 Kurzporträts von in der Weimarer Republik bekannten Schriftstellern versammelt, die z.T. in der *B.Z. am Mittag* vorabgedruckt erschienen, in Buchform aber nie publiziert wurden. Als Grundlage für die Kurzporträts ließ sich Kantorowicz von jedem Schriftsteller eine knappe autobiogarphische Darstellung schicken (Informationen von Alfred Kantorowicz). Die autobiographische Darstellung Scharrers ist, durch Anführungszeichen kenntlich gemacht, in Kantorowicz Darstellung eingearbeitet.

9 Vgl. 1. Adam Scharrer, *Auch eine Jugend,* in: *Das Vier-Männer-Buch,* S. 191 - 237; 2. ders., *Ippen IV,* in: *Der Bücherkreis,* Jg. 5 (1929), H.1, S. 5 - 8; 3. ders., *Aus der Art geschlagen. Reisebericht eines Arbeiters,* Berlin 1930; 4. ders., *In jungen Jahren,* Berlin (Ost) 1946. Die Nr. 4 stellt zu einem beträchtlichen Teil eine Überarbeitung von Nr. 3 dar. Nr. 4 erschien zuerst russisch 1940.

10 Am informationsreichsten sind hier die 29 Arbeitsbescheinigungen Scharrers, die im Scharrer-Archiv unter der Nr. 517 gesammelt sind. Vgl. dazu *Scharrer-Findbuch,* S. 122 f.

Was an den Erzählungen bzw. Romanen tatsächlich autobiographisch ist und was nicht, läßt sich kaum entscheiden; die Dokumente bilden dazu eine zu schmale Beurteilungsbasis. [11]

Speziell zur politischen Biographie Scharrers bis 1914 läßt sich wenig sagen. In der Erlebnisnovelle „Auch eine Jugend" schreibt Scharrer, der seiner Herkunft nach Dorfproletarier war und 1906 seine Gesellenprüfung als Schlosser ablegte: [12] „Wohl war ich schon in der Lehre organisiert, aber das war nur eine Protestäußerung. Ich hätte mich ebenso bereitwillig der ersten besten geheimen Räuberbande angeschlossen, oder aber auch vielleicht einer Brandstifterkolonne, wenn diese exisitert hätte. In diesem Rufe standen überdies auch in dem schwarzen Bayern noch 'die Roten'. Und dieser Ruf war es auch, der mich anzog. Aber darüber hinaus bin ich nicht tiefer eingedrungen. Das war mir alles zu gelehrt". [13] Wann Scharrer der SPD beigetreten ist, läßt sich nicht feststellen. [14] Festzustehen scheint, daß sich seine Einstellung zur gewerkschaftlichen Organisation und politischen Betätigung mit dem Erlebnis der großen Werftarbeiterstreiks von 1913 [15] änderte; in einer autobiographischen Darstellung schreibt er dazu: „Ich schloß mich schon früh der sozialistischen Arbeiterbewegung an, doch ich glaubte nicht an den Sozialismus. Ich hielt ihn ebenfalls für einen 'Trost'. Mein Anschluß war lediglich ein Protest; ich fühlte mich solidarisch mit den Geächteten, den Verleumdeten, den 'Verbrechern', wie man die 'Roten' vor dem Kriege titulierte. Das innere Erwachen folgte, als ich den großen Werftarbeiterstreik in Deutschland aktiv miterlebte. Als Zehntausende durch ihre spontane Arbeitsverweigerung das Gesicht der 'gottgewollten Ordnung' veränderten, begriff ich, daß der Sozialismus die kämpfende Tat der Arbeiterklasse ist". [16]

11 Die im Scharrer-Archiv unter Nr. 517 vorhandenen Arbeitsbescheinigungen vermögen nur zu dokumentieren, daß Scharrer an einem Großteil der Stationen, über die er in *Aus der Art geschlagen* berichtet, tatsächlich gearbeitet hat. Über die Authentizität der geschilderten Erlebnisse ist damit noch nichts gesagt. Einige Episoden aus *Aus der Art geschlagen* sind in der späteren Überarbeitung in *In jungen Jahren* nicht unbeträchtlich geändert.

12 Scharrers Gesellenprüfungszeugnis vom 8.11.1906 ist im Scharrer-Archiv unter Nr. 522 vorhanden.

13 Adam Scharrer, *Auch eine Jugend*, S. 225 - 226. Ein entsprechender Passus fehlt in dem späteren Roman *In jungen Jahren*, vgl. dort S. 151 u. d S. 159.

14 Adam Scharrer, *In jungen Jahren*, S. 214 schreibt, daß „Heinrich Sperber", unter dessen Namen er stets seine literarischen Jugenderinnerungen formuliert, um 1908 der Sozialistischen Jugend angehört habe; ob diese Mitteilung autobiographisch ist, läßt sich nicht feststellen. In einer Autobiographie, die Scharrer 1943/44 in der UdSSR anfertigte und 1945 überarbeitete (Scharrer-Archiv Nr. 53, vgl. *Findbuch* S. 31) schreibt er nur: „Ich gehörte vor dem Weltkrieg 1914 - 18 der sozialdemokratischen Partei an".

15 Vgl. dazu Adam Scharrer, *Aus der Art geschlagen*, S. 241 - 257.

16 Zitiert nach der Anm. 8 beschriebenen Autobiographie Scharrers (im Ms. von Alfred Kantorowicz S. 226). Vgl. auch die übereinstimmende Darstellung in *Aus der Art geschlagen*, S. 269: „Meine Stellung zu meinem bisherigen Leben war negativ. Was es in dieser Welt zu bejahen gibt, das wußte ich nicht. Die Lehre des Sozialismus schien mir mit der Praxis nicht übereinzustimmen. Ich glaubte daran, wie man an den lieben Gott glaubt, und ich glaubte wieder gerade deswegen nicht daran. Mein Leben kam mir zeitweise überflüssig, unsagbar lächerlich vor. Daß ich es nicht fortwarf, war der Mangel an Aktivität, die auch dazu noch notwendig ist. Ich trieb auf der Oberfläche des Geschehens, haltlos, lachend, weinend, bis der Strom, in dem so viele schwimmen, sich staute, mich mit ihnen emporhob. Als Tausende von der Werft gingen, als durch ihren Willen sich das Gesicht einer Stadt veränderte, als der regelmäßige Ablauf des alltäglichen Lebens unterbrochen wurde, als alle Zeitungen lobten, was bisher gewesen, und verdammten, was entstehen könnte, wenn es nach dem Willen der Rebellen ginge – zerriß der Schleier vor meinen Augen".

Über sein Verhalten im Ersten Weltkrieg schreibt Scharrer in einer Autobiographie aus dem Jahre 1934: „Was kam, das war der Krieg. Nun war es auch vorbei mit der Freiheit des Vagabundierens. Eine Zeitlang versuchte ich, mich den Fängen der Häscher zu entziehen, doch die Schlingen zogen sich immer enger. Als Zwangssoldat marschierte ich dann ins 'Feld', wurde kommandiert. Bei der Vorbereitung des großen Munitionsarbeiterstreiks in Berlin 1917 fand ich Gelegenheit, meinem Haß gegen das imperialistische Massenmorden Ausdruck zu geben. Ich hatte unterdessen gelernt, daß der Kampf um die Freiheit des Menschen nur möglich ist als Kampf aller Unterdrückten gegen die Unterdrücker. Daß diese Freiheit eine andere ist, als die Freiheit des Vagabunden". [17]

Als gesichert kann gelten, daß Scharrer während des Ersten Weltkrieges dem Spartakusbund beitrat [18] und, seit 1917 in Kontakt mit den Berliner Revolutionären Obleuten, sich an den Rüstungsarbeiterstreiks von 1917 und 1918 aktiv beteiligte. [19] Nach Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) betätigte sich Scharrer in deren linker Gewerkschaftsopposition in Berlin, [20] um nach der Abspaltung der linkskommunistischen Opposition auf dem Heidelberger Parteitag der KPD(S) [21] zu den ersten Mitgliedern [22] der Anfang April 1920 gegründeten Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands (KAPD) zu gehören.

Nach der grundlegenden Arbeit von Hans Manfred Bock über „Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 - 1923" hatte Scharrer in der Berliner Organisation der KAPD „von Anfang an eine starke Position". [23] Diese Position behielt er sowohl nach Abspaltung des föderalistischen Flügels der KAPD um Franz Pfemfert im Februar 1921 [24] als auch nach dem Ausschluß der KAPD-Gründergruppe um Karl Schröder, Alexander Schwab und Bernhard Reichenbach im März 1922. Die Gründe für den Ausschluß der Schröder-Gruppe sind im Verhältnis der KAPD zur Kommunistischen Internationale zu sehen. Der 3. Kongreß

17 Adam Scharrer, *Über mich selbst*, in: *Deutsche Zentral-Zeitung*, vom 17. September 1934; abgedruckt bei Klein, *a.a.O.*, S. 687 - 690, hier S. 688.f.

18 Vgl. die Autobiographie Nr. 53 (Adam-Scharrer-Archiv): „Während des Krieges trat ich dem Spartakusbund bei".

19 Vgl. hierzu die knappe Scharrer-Biographie bei: Hans Manfred Bock, *Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 - 1923. Zur Geschichte und Soziologie der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten), der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands und der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands* (= Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Bd. 13), Meisenheim am Glan 1969, S. 440. – Über die Rüstungsarbeiterstreiks berichtet Scharrer in seinem Roman *Vaterlandslose Gesellen.*

20 Vgl. dazu Hans Manfred Bock, *a.a.O.*, S. 239 und S. 440. Die Bewertung des KPD(S)-Beitritts von Scharrer bei Klein, *a.a.O.*, S. 252, ist irreführend: für Scharrer war die KPD(S) nur eine Durchgangsstation auf dem Wege, der zur Gründung der KAPD führte.

21 Vgl. dazu Hans-Manfred Bock, *a.a.O.*, S. 139 - 152.

22 Vgl. dazu *a.a.O.*, S. 239 und S. 440. In den nach 1933 entstandenen Autobiographien schreibt Scharrer aus naheliegenden Gründen zumeist: „Seit dem Jahre 1920 bin ich parteilos" (zitiert nach Nr. 53 im Scharrer-Archiv, vgl. Nr. 58 u.ö.). Von 1933 bis an sein Lebensende war Scharrer in der Tat parteilos.

23 Hans-Manfred Bock, *a.a.O.*, S. 248.

24 Vgl. dazu Hans-Manfred Bock, dessen Arbeit ich für die Geschichte der KAPD folge, vor allem S. 281 - 287 und die knappe Zusammenfassung bei: Olaf Ihlau, *Die roten Kämpfer. Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im Dritten Reich*, Meisenheim am Glan 1969, S. 17 f.

der Komintern hatte Ende Juli 1921 beschlossen, die KAPD habe sich entweder binnen zwei Monaten mit der VKPD zusammenzuschließen oder aus der Kommunistischen Internationale auszutreten. [25] Als die KAPD sich durch diesen Beschluß „ihrer lezten Hoffnung auf ein Arrangement mit der KI beraubt" [26] sah, betrieb die Gruppe um Karl Schröder die Realisierung ihres ehrgeizigen Plans der Gründung einer eigenen Kommunistischen Arbeiter-Internationale (KAI). Diese Pläne stießen auf dem Parteitag der KAPD im September 1921 auf erheblichen Widerstand. Auf der Zentralausschuß-Sitzung der KAPD im März 1922 erhob im Namen der Berliner Organisation Adam Scharrer scharfe Einwände gegen die Gründung einer Kommunistischen Arbeiter-Internationale. [27] Am 7. März 1922 schloß die Berliner Parteiorganisation der KAPD Karl Schröder aus [28]; die weiteren Mitglieder der Schröder-Gruppe wurden entweder im Verlauf dieser Auseinandersetzung aus der Partei ausgeschlossen oder traten selbst aus. [29]

Politisch war die KAPD seit Ende 1922 schon nahezu bedeutungslos; durch die internen Richtungs- und Führungskämpfe war sie „an den Rand des organisatorischen Chaos" gebracht: „Der übriggebliebene KAPD-Restbestand nahm in der Folgezeit einen zunehmend sektiererischen Charakter an, dessen Hauptmerkmale, ein fast hysterischer Verbalradikalismus und missionarischer Unfehlbarkeitsanspruch, besonders während der Versuche verschiedener linkskommunistischer Organisationen deutlich wurden, im Jahre 1926 eine Einheitsfront der ultralinken Gruppierungen zu schaffen". [30]
Während die KAPD den von der Allgemeinen Arbeiter-Union Einheitsorganisation (AAUE) [31] unter Franz Pfemfert seit Ende 1925 verfolgten Plan der Bildung eines 'Spartakusbundes linkskommunistischer Organisationen' ablehnte, [32] führte ein unter der Leitung von Adam Scharrer 1926 unternommener Versuch, den Restbestand der KAPD mit der Gruppe um den 1926 aus der KPD ausgeschlossenen Reichstagsabgeordneten Ernst Schwarz und seine Zeitschrift „Eiserne Linke" zu verschmelzen, im Juni 1927 zum Erfolg. [33] Durch diesen Zusammenschluß stieg die Mitgliederzahl der KAPD zeitweilig von ca. 2 000 wieder auf ca. 6 000 an. Da ein Teil der Ortsgruppen der KAPD in dem Zusammenschluß jedoch „eine Gefährdung grundsätzlicher Programmpunkte" [34] sah und sich von der KAPD abspaltete, konnte die Verbindung der „Eisernen Linken" mit der KAPD deren Verfallsprozeß nicht aufhalten. Der Anschluß der Schwarz-Gruppe an die KAPD löste in der Folgezeit eine heftige Kontroverse insbesondere zwischen der KAPD und ihrer Gewerkschaftsorganisation, der Allgemeinen Arbeiter-Union (AAU) aus; diese Kontroverse, die offiziell um die Prinzipien der politischen Strategie von Partei und Union geführt wurde, hatte auf der 9. Reichskonferenz der AAU (Ostern 1929) nicht nur die Aufhebung der innerlich zerfallenen Kampfgemeinschaft zwischen Partei und Union zur Folge, sondern auch den Ausschluß Adam Scharrers aus der AAU.

25 Vgl. Olaf Ihlau, *a.a.O.*, S. 23.

26 *A.a.O.*, S. 24.

27 Vgl. Hans-Manfred Bock, *a.a.O.*, S. 248.

28 Vgl. Olaf Ihlau, *a.a.O.*, S. 27, der weitere Motive für den Ausschluß Schröders angibt.

29 *Ebd.*

30 *A.a.O.*, S. 29.

31 Über die Allgemeine Arbeiter-Union Einheitsorganisation, als welche sich der föderalistische Flügel der KAPD unter Führung von Franz Pfemfert und James Broh nach der 4. Reichskonferenz der AAU im Juli 1921 konstituierte, vgl. Hans-Manfred Bock, *a.a.O.*, S. 214-224.

32 Vgl. dazu Olaf Ihlau, *a.a.O.*, S. 29 -31.

33 *A.a.O.*, S. 31 f.

34 *A.a.O.*, S. 33.

Der Hintergrund für die Trennung der AAU von der KAPD, als auch insbesondere für den Ausschluß Adam Scharrers aus der AAU, dürfte jedoch weniger in den behaupteten politischen Differenzen der Organisationen als vielmehr in persönlichen Querelen ihrer Führer zu suchen sein. [35]

Über weitere Aktivitäten Scharrers in der KAPD gibt es bislang keine Zeugnisse; gesichert scheint jedoch, daß Scharrer der KAPD weiter angehörte und in ihr (bis Anfang 1932) die Funktion des Redakteurs der „Kommunistischen Arbeiter-Zeitung" (KAZ) innehatte. [36] Aufgrund von Dokumenten im Adam-Scharrer-Archiv ist nachzuweisen, daß Scharrer von Februar 1924 bis Juni 1928 in der KAP-Druckerei Willy Iszdonat in Berlin als „Korrektor" [37] arbeitete und von Anfang April 1927 bis Januar 1932 mit Unterbrechungen in der „Buchhandlung für Arbeiterliteratur" beschäftigt war, der offiziellen „Ausgabestelle der 'Kommunistischen Arbeiter-Zeitung' und der Monatsschrift 'Proletarier' ". [38]

Das Ausmaß der publizistischen Tätigkeit Scharrers läßt sich zumindest für die „Kommunistische Arbeiter-Zeitung" kaum bestimmen, da die Beiträge für sie in aller Regel anonym erschienen. Im Adam-Scharrer-Archiv sind – mit Ausnahme der im „Proletarier" publizierten Erzählung „Weintrauben" – keine Beiträge Scharrers zu KAPD-Publikationsorganen erhalten;[39] in dem Nachschlagewerk „Veröffentlichungen deutscher sozialistischer Schriftsteller" sind entsprechende Beiträge nicht nachgewiesen. [40] Mit Sicherheit können Adam Scharrer daher m.E. nur die folgenden Aufsätze und Rezensionen in der Zeitschrift „Proletarier" zugeschrieben werden:

35 Dabei spielte auch die Tatsache eine Rolle, daß Scharrer seinen Roman *Vaterlandslose Gesellen* 1929 dem kommunistischen Agis-Verlag anbot, nachdem der KAP-Verlag den Druck aus finanziellen Gründen ablehnen mußte. Vgl. dazu Hans Manfred Bock, *Geschichte des 'linken Radikalismus' in Deutschland* (unveröffentlichtes Manuskript); jetzt dargestellt bei: Walter Fähnders und Martin Rector, *Linksradikalismus und Literatur*, Bd. 2, S. 247.

36 Vgl. dazu Olaf Ihlau, *a.a.O.*, S. 188 und Hans-Manfred Bock (vgl. Anm. 4), *a.a.O.*, S. 13. Der letzte unter Scharrers Signatur „A. Sch." publizierte Artikel erschien unter dem Titel *Politisches Theater*, in: *Kommunistische Arbeiter Zeitung*, Jg. 11 (1930), Nr. 39.

37 Arbeitsbescheinigung vom 2.2.1924 bis 25.6.1928 im Scharrer-Archiv unter Nr. 517 (die einzelnen Arbeitsbescheinigungen sind nicht durchnumeriert). Aus der Existenz einer weiteren Arbeitsbescheinigung für denselben Zeitraum kann geschlossen werden, daß Scharrer drei Tage in der Woche als Dreher in einer Motorenfabrik und den Rest der Woche als „Korrektor" in der Druckerei arbeitete.

38 Briefkopf der Arbeitsbescheinigungen, von denen (Scharrer-Archiv Nr. 517) drei vorliegen: (1) 1.4.1927 bis 25.2.1928; (2) 3.8.1928 bis 6.4.1929; (3) 1.4.1930 bis 16.1.1932. Auf den Arbeitsbescheinigungen ist vermerkt, daß die Entlassung jeweils „wegen Arbeitsmangel" erfolgte.

39 Über das Schicksal des Scharrer-Nachlasses schreibt Horst Schurig, *Scharrer-Findbuch*, S. 7: „Adam Scharrer vernichtete gewöhnlich alles überflüssig gewordene Arbeitsmaterial gleich nach Abschluß seiner Arbeiten. Auf seiner Flucht nach Prag nahm er nur das Manuskript des bis dahin nicht vollendeten Romans *Maulwürfe* mit. Die restlichen schriftlichen Unterlagen konnten später durch die Lebensgefährtin des Schriftstellers in die Sowjetunion gerettet werden. Dort ging jedoch während der Evakurierung fast alles verloren". – Scharrer selbst schreibt in der Autobiographie Nr. 53 (Scharrer-Archiv): „Neben meiner Arbeit als Schlosser beschäftigte ich mich auch mit literarischer Arbeit und schrieb Erzählungen und Reportagen für revolutionäre Zeitungen, die unter kommunistischem Einfluß standen" (dieser Passus ist von Scharrer bei der Überarbeitung gestrichen worden). – Hans Manfred Bock, *a.a.O.*, S. 440 gibt an, Scharrer habe vor seinem Roman *Vaterlandslose Gesellen* einige „dem Expressionismus verpflichtete Prosaveröffentlichungen" verfaßt; für diese Angabe finden sich jedoch bei Bock keine Belege.

40 Vgl. *Veröffentlichungen deutscher sozialistischer Schriftsteller in der revolutionären und demokratischen Presse 1928 - 1945*, Berlin und Weimar 1966, s.v. Scharrer, S. 453-459.

1. Adam [Scharrer] , „Der Kurs der KAPD", in: „Proletarier", Heft 1 (November 1924), S. 3 - 5.
2. Adam [Scharrer] , „Der Kurs der KAPD II", in: a.a.O., Heft 2 (Dezember 1924),S. 17 - 20.
3. Adam [Scharrer] , „Proletarische Kultur und Revolution", in: a.a.O., Heft 3 (Januar 1925), S. 50 - 53.
4. Adam [Scharrer] , „Weintrauben. Erzählung eines Arbeiters", in: a.a.O., Heft 5 (März 1925),S. 104 - 107 und Heft 6 (April 1925),S. 132 - 134.
5. Adam [Scharrer] , „Der heranreifende Weltkrieg", in: a.a.O., Heft 7 (Mai 1925), S. 137 - 142.
6. Adam [Scharrer] , „Der Imperialismus, sein Kampf gegen die erwachenden Kolonien und das Proletariat", in: a.a.O., Heft 9 (August 1925),S. 185 - 189.
7. Adam [Scharrer] , „Die Krise der III. Internationale", in: a.a.O., Heft 10 (Oktober 1925), S. 207 - 211.
8. A.[dam] Sch.[arrer] , [Rez.:] Alexander Rüster, „Schutzzoll oder Freihandel", Frankfurt 1925, in: a.a.O., Jg. 2 (1926), H. 2, S. 24.
9. Adam [Scharrer] , Agrarpolitische Bausteine, in: a.a.O., Jg. 2, Heft 2/3 (April 1926) S. 41 - 44.
10. A.[dam] Sch.[arrer] , [Rez.:] Alexandra Kollontai, „Wege der Liebe", Berlin 1925, in: a.a.O., Jg. 2 (1926), H. 4/5, S. 81/82.
11. Adam [Scharrer] , „Die sterbende KPD", in: a.a.O., Jg. 2 (1926), H. 10, S. 169 - 172.

Die – im übrigen nicht sehr originellen – theoretischen Beiträge Scharrers [40a] verwerte ich nur im Zusammenhang mit der Untersuchung des Romans „Vaterlandslose Gesellen"; an dieser Stelle möchte ich nur kurz auf die Erzählung „Weintrauben" eingehen, weil sie paradigmatisch den engen Zusammenhang autobiographischer und politischer Erfahrungen in der schriftstellerischen Produktion Adam Scharrers bis zu seiner Emigration zeigt.

Der erste Teil der Erzählung erschien im März-Heft 1925 des „Proletariers" – zwei Monate nachdem Scharrer in einem Aufsatz über „Proletarische Kultur und Revolution" die Möglichkeit 'einer proletarischen Kultur schon vor dem Siege des Proletariats' als „Utopie" [41] bezeichnet hatte. Die Erzählung beginnt mit einer Vorstellung des Erzählers in der dritten Per-

40a Auf sie geht z.T. Walter Fähnders in dem Abschnitt *Der Verfall des organisierten Linksradikalismus* ein. Vgl. *Linksradikalismus und Literatur*, Bd. 2, S. 17 - 37.

41 Adam [Scharrer], *Proletarische Kultur und Revolution*, in: *Proletarier* H. 3 (Januar 1925), S. 50 - 53, hier: S. 50. Scharrers Aufsatz ist eine Entgegnung auf den Beitrag von F. Steinhauer, *Proletarische Ideologie*, in: *Proletarier*, H. 2 (Dezember 1924), S. 30 - 31. – In den Argumentationsstil dieser zu Recht theoretisch und praktisch irrelevant gebliebenen Debatte (die jetzt bei Fähnders, *Linksradikalismus und Literatur*, Bd. 2, S. 54 - 63 unter dem Titel „Zur Theorie proletarischer Dichtung" behandelt wird) mag der folgende Passus aus dem Beitrag von Scharrer Einblick geben: „Proletarische Kultur als Ausdruck des Geisteslebens der Klasse, die sich die Aufgabe stellt, der herrschenden Klasse das Privateigentum zu entreißen, zum Ausdruck zu bringen auf künstlerischem und allgemein propagandistischem Gebiet ist entweder der Reflex des Willens der Arbeiterklasse zur Tat, dann geht die Tat voraus, Oder er ist eine Fata Morgana, ein Luftgebilde, eine in sentimental-schwärmerisch angekränkelten Köpfen entstandene fixe Ide er keine proletarische Kultur und Ideologie. Proletarische Kultur kann nur entstehen, wenn eine proletarische Ideologie vorhanden ist, und diese kann nur vorhanden sein, wenn dieser Ideologie, dieser Erkenntnis die Tat auf dem Fuße folgt. Ist dies der Fall, dann gibt es keine großartige Pflege dieser Ideologie oder Kultur, sondern dann gibt es fürs erste einmal eine ganz 'unkultivierte' Revolution, und durch die Revolution die ersten Schritte für eine neue Kultur" (S. 51).,

son, der dann in die erste Person überwechselt: „[. . .] In einer einfachen Wohnung in einem Arbeiterviertel ist Licht. In der Wohnung selbst ein ziemliches Durcheinander. Aus allen Ecken grinst die Einsamkeit. [. . .] Der dort hausende, auf den Sturm lauschend früh ergraute Mann, blättert in Aufzeichnungen. Unschlüssig wendet er Blatt um Blatt und faßt einen Entschluß. Er geht daran, lose Hingeworfenes aufzuschreiben. Eine Geschichte – seine Geschichte. [. . .] Wer sie einst lesen wird, darf keinen Schmuß [sic] erwarten, sondern nur die Wahrheit, schlicht und einfach, die diesem dort oben der Sturm entriß. Vielleicht wird diesen Blättern auch später anvertraut werden, was weiter wurde. – Nun will ich die Geschichte erzählen, diesen Blättern erzählen". [42]

Die Zeit der Erzählung ist das Jahr 1923, ihr Inhalt knapp zusammengefaßt der folgende: Der „Genosse A." wird von seinen Genossen aufgefordert, sich in einem politischen Auftrag, über den „aus ganz natürlichen Gründen" [43] nichts berichtet wird, ins besetzte Ruhrgebiet zu begeben. Der Genosse A. scheut sich, seine schwangere Frau Sophie [44] und seine Tochter Anneliese [45] alleinzulassen, zumal sein Verhältnis zu seiner Frau wegen seiner dauernden politischen Aktivitäten ohnehin belastet ist. [46] A. entschließt sich dennoch, dem Auftrag der Genossen im Ruhrgebiet zu folgen. Nach dem erfolgreichen Abschluß dieses Auftrags erfährt A., daß inzwischen seine Frau gestorben ist. A. fährt nach Berlin zurück, durchlebt eine schwere Krise und findet schließlich eine Genossin, die er „für würdig fand", ihr seinen „Schmerz mitzuteilen" [47] und die ihm mit seiner Tochter hilft, die Krise zu überwinden.

Die Wahrheitsversicherung zu Beginn der Erzählung „Weintrauben" ist kein unverbindlicher Erzähltertopos: die Erzählung hat einen unverschlüsselten autobiographischen Inhalt: Ihre Figuren sind identisch mit Scharrer selbst, seiner ersten Frau, die 1923 starb, [48] seiner Tochter [49] und seiner späteren zweiten Frau. Das problematische Verhältnis zwischen Scharrer und seiner Frau Sophie spielt auch eine Rolle in Scharrers Roman „Vaterlandslose Gesellen", in dem die Frau der Hauptfigur Hans Betzoldt ebenfalls den Namen Sophie trägt.

Weitere literarische Beiträge Scharrers zu Zeitschriften der KAPD sind bislang nicht bekannt geworden. [50] Seine nächsten Erzählungen hat er in der sozialdemokratischen Buchgemein-

42 Anonym [Adam Scharrer], *Weintrauben. Erzählung eines Arbeiters*, in: *Proletarier*, H. 5 (März 1925), S. 104 - 107 und H. 6 (April 1925), S. 132 - 134.

43 *A.a.O.*, S. 106.

44 Der Name wird *a.a.O.*, S. 107 als „S." eingeführt, erst am Schluß als „Sophi " (S. 134).

45 Der Name wird *a.a.O.*, S. 106 als „Annelie", S. 132 als „Anneliese" aufgeführt. – Es scheint, daß Scharrer die Identität der Figuren durch deren Namensangabe nicht von Anfang an preisgeben wollte.

46 Vgl. *a.a.O.*, S. 105 die Schilderung dieser Belastung, die hier in einen allgemeineren Erklärungszusammenhang eingefügt wird.

47 *A.a.O.*, S. 133.

48 Bei den persönlichen Unterlagen und Dokumenten Scharrers findet sich (Scharrer-Archiv Nr. 519) die Bescheinigung über eine Urnenstelle für Scharrers erste Frau Sophie. Datiert ist diese Bescheinigung vom 16.10.1923 (nicht 1925, wie Schurig, *Scharrer-Findbuch*, S. 124, angibt).

49 Vgl. die autobiographische Darstellung Scharrers Nr. 53 (Scharrer-Archiv): „Meine erste Frau hieß Sophie Berlin. Ich lebte mit ihr bis 1923 zusammen, sie starb, und hinterließ eine Tochter, Anneliese Scharrer".

50 Nicht eingerechnet sind bei dieser Feststellung die Auszüge aus Scharrers Romanen, die in der *Kommunistischen Arbeiter-Zeitung (KAZ)* erschinenen. Vgl. Auszüge aus *Vaterlandslose Gesellen*, in: *KAZ*, Jg.11 (1930), Nr. 4 und Nr. 30/31, sowie einen Auszug aus *Aus der Art geschlagen*, in: *KAZ*, Jg. 11 (1930), Nr. 51/52.

schaft „Der Bücherkreis" publiziert, über die ich hier enige Angaben vorausschicken möchte, da über ihr Wirken kaum etwas bekannt ist. „Der Bücherkreis" bestand von Ende 1924 bis 1932 und war in der Unternehmensform einer G.m.b.H., die satzungsmäßig keine Gewinne erwirtschaften durfte, organisatorisch beim Reichsausschuß für sozialistische Bildung der SPD angebunden. In einer Anzeige über die Tätigkeit der Buchgemeinschaft heißt es 1929 in der sozialdemokratischen Zeitschrift „Kulturwille": „Von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wurde 'Der Bücherkreis' geschaffen. Er erhebt eine Mark Monatsbeitrag und liefert seinen Mitgliedern dafür pro Vierteljahr ein Buch frei Haus. Der Bücherkreis, der kein Eintrittsgeld erhebt, bringt neben populärwissenschaftlichen und unterhaltenden Büchern auch Werke heraus, die sich aus der Verbindung mit der Sozialdemokratischen Partei ergeben. Eine illustrierte Monatszeitschrift 'Der Bücherkreis' geht den Mitgliedern gratis zu". [51]
1929 gab „Der Bücherkreis" als „Grundprinzipien" seiner Arbeit an:
„1. Erzieherische Arbeit innerhalb der Arbeiterklasse durch das Mittel der Dichtung.
2. Der Gegenwartsliteratur soll Raum gegeben werden: d.h. jener Literatur, die in irgendeiner Form dem sozialistischen Kampf der Zeit dient.
3. Nach Möglichkeit sollen sozialistische Dichter Deutschlands und der Internationale zu Wort kommen, die Arbeiterklasse beeinflussen, neue Talente wecken, neue Leser schaffen und so dem gesamten sozialistischen Buchhandel zu einer verbreiterten Basis und aussichtsvolleren Position verhelfen.
4. Die Produktion soll systematisch aufgebaut werden, so daß sich ein klares Bild sozialistischer Kulturbestrebungen in Deutschland und in der Internationale ergibt". [52]

Im Jahre 1927 hatte „Der Bücherkreis" 44 500 Mitglieder; seit Ende 1924 hatte er 403 657 Bücher und 1 500 000 Exemplare der Monatszeitschrift „Der Bücherkreis" verbreitet. [53] Die Zahl der abgesetzten Bücher überstieg 1930 die Millionengrenze; über die Mitgliederzahl der Buchgemeinschaft werden keine genauen Angaben mehr gemacht; sie dürfte noch bis 1930 etwa konstant geblieben sein. [54] Dem leitenden Ausschuß des 'Bücherkreises' gehörten ab 1927 an: Arthur Crispien, Albert Horlitz und Dr. Richard Lohmann, [55] letzterer wurde 1930 durch Adolf Rupprecht ersetzt. [56]

51 In: *Kulturwille. Monatsblätter für die Kultur der Arbeiterschaft*, Jg. 6 (1929), H. 5, S. 99. Später wurden noch Treue-, Werbeprämien und andere Vorzüge für die Mitglieder angeboten, vgl. dazu das *Jahrbuch der deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1931*, S. 188.

52 *Jahrbuch der deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1929*, S. 243. In der ersten Nummer der Monatszeitschrift *Der Bücherkreis* (Oktober 1924, S. 4/5) wurde als das „Allerwichtigste" bezeichnet: „Daß sofort die Verbindung aufgenommen wird mit den Geistigen, die für den 'Bücherkreis' tätig sind. Der 'Bücherkreis' enthält ein durchaus neues Moment: er stellt engste geistige Gemeinschaft zwischen Lesern und Schriftstellern her, indem alle Wünsche und Pläne der Leser hinsichtlich der Stoffwahl der Bücher und der Art der Stoffbehandlung – und je mehr solche Wünsche gemeldet werden, um so besser ist es! – von den Zahlstellen gesammelt und auf dem Wege über die Hauptgeschäftsstelle an die Autoren geleitet werden. In dieser unserer Monatsschrift werden sich die Autoren zu solchen Wünschen äußern, sie werden in Debatten über die in ihren Werken aufgeworfenen kulturellen Fragen, falls eine solche Debatte aus den Meinungen des Leserkreises sich ergibt, eintreten, es wird eine Wechselwirkung sich ergeben und eine kulturelle Arbeitsgemeinschaft sich herausbilden, die für den ganzen Kreis von höchstem Wert sein wird".

53 Angaben nach: *Jahrbuch der deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1927*, S. 229.

54 Vgl. die Klagen über die Mitgliederfluktuation in: *Jahrbuch der deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1930*, S. 286.

55 Angaben nach: *Jahrbuch der deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1927*, S. 228.

56 Angaben nach: *Jahrbuch der deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1930*, S. 286.

Die künstlerische Gesamtleitung des 'Bücherkreises', d.h. die Verantwortung für die Auswahl der Bände für die Buchgemeinschaft und die redaktionelle Gestaltung der Monatszeitschrift hat bis Ende 1928 das ehemalige KAPD-Mitglied Friedrich Wendel, [57] seit 1928 [58] das ehemalige KAPD-Mitglied Dr. Karl Schröder [59] innegehabt. Die Vermutung, daß Adam Scharrer, der 1929 in den der KAPD nahestehenden Publikationsorganen keine literarische Wirkungsmöglichkeit mehr hatte, durch Karl Schröder die Publikationsmöglichkeiten in Verlag und Zeitschrift „Der Bücherkreis" zur Verfügung gestellt wurden, liegt auf der Hand, [60] zumal Karl Schröder in der SPD seiner KAPD-Vergangenheit politisch keinesfalls restlos abgeschworen hatte und selbst schriftstellerisch tätig war.

Adam Scharrer hat von 1929 bis 1933 die folgenden Erzählungen und Romane veröffentlicht (chronologische Reihenfolge):

1) Im Januarheft 1929 der Zeitschrift „Der Bücherkreis" erschien die Erzählung „Ippen IV", die in das Korpus literarischer Erinnerungen Scharrers aus der Zeit der Wanderschaft als Schlosser gehören dürfte. [61] Ziel dieser Publikation, die – nach dem Untertitel des Herausgebers – „aus dem ungedruckten Manuskript des Schlossers A. Scharrer" mitgeteilt wurde, mag es gewesen sein, Scharrer den 'Bücherkreis'-Mitgliedern bekanntzumachen, noch bevor er als Autor im 'Bücherkreis'-Verlag in Erscheinung trat.

2) Kurz darauf erschien Scharrers Erzählung „Auch eine Jugend", die einige Jugenderinnerungen zum Inhalt hat, in dem vom 'Bücherkreis' herausgegebenen Band „Das Vier-Männer-Buch. Erlebnisnovellen von [Max] Barthel, [Franz] Jung, [Adam] Scharrer, [Oskar] Wöhrle".

57 Wendel wurde jedoch bereits im Juni 1920 aus der Redaktion der *Kommunistischen Arbeiter-Zeitung* ausgeschlossen, weil er mit dem nationalbolschewistischen Programm der Hamburger KAP (Laufenberg/Wolffheim) sympathisierte; er trat am 13.8.1920 aus der KAPD aus und kehrte zur SPD zurück. Diese und weitere Angaben über Wendel bei Hans Manfred Bock, *a.a.O.*, S. 443 - 444.

58 Indizien für diesen Zeitpunkt sind: (1) im Januar-Heft des Jahrgangs 1929 der Zeitschrift *Der Bücherkreis* stellte sich Karl Schröder als Nachfolger Friedrich Wendels in der Leitung des 'Bücherkreises' vor; (2) im *Jahrbuch der deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1928*, S. 210 heißt es: „ [. . .] Dr. Karl Schörder übernahm inzwischen die Neuleitung der Bücherkreishefte und wirkte auch bei der Aufstellung des Produktionsplanes für das Jahr 1929 entscheidend mit".

59 Über Dr. Karl Schröder, einen der interessantesten 'Linksradikalen' in der Weimarer Republik, der 1924 zur SPD zurückkehrte und sich dort seit 1929 mit anderen KAP-Anhängern zusammenschloß, als Literaturkritiker beim *Vorwärts* arbeitete und selbst mehrere in der Weimarer Republik vielgelesene Romane verfaßte, gibt es noch keine monographische Darstellung. Grundlegende Informationen über seine politische Tätigkeit geben Hans-Manfred Bock, *a.a.O.*, S. 441 und Olaf Ihlau, *a.a.O.*, S. 180 f. und passim. Ich bereite eine Darstellung vor unter dem Arbeitstitel *Karl Schröder und 'Der Bücherkreis'*.

60 Diese Ansicht vertritt auch der Leiter des 'Archivs für Arbeiterdichtung und Soziale Literatur' in Dortmund, Fritz Hüser, der zu Karl Schröder vor 1933 Kontakte hatte (Brief an Verf. vom 19.3.1974). Gestützt wird diese Vermutung auch durch den folgenden Sachverhalt: Im *Jahrbuch der deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1928*, S. 210 wird für das Jahr 1929 angekündigt als Buchtitel für den 'Bücherkreis': Barthel, Jung, Wöhrle, *Das Dreimännerbuch.* Dieser Band erschien dann 1929 unter dem Titel: *Das Vier-Männer-Buch. Erlebnis-Novellen von Barthel, Jung, Scharrer, Wöhrle.* Berlin 1929, d.h. Scharrer trat als Autor erst hinzu, als Karl Schröder die Gesamtleitung des Bücherkreises übernommen hatte.

61 Adam Scharrer, *Ippen IV*, in: *Der Bücherkreis*, Jg. 4 (1929), H. 1, S. 5-8. In *Ippen IV* schildert der – ungelernte – Schiffskoch „Heinrich" Ausschnitte aus seinem Leben auf dem Küstenmotorschiff Ippen IV. Da Scharrer seine Jugenderinnerungen sämtlich in die Figur des „Heinrich Sperber" verlegt, scheint die Zurechnung zum Korpus der Erinnerungen berechtigt.

Das „Vier-Männer-Buch", in dem gleich zwei KAPD-Mitglieder als Autoren vertreten waren, wurden den Lesern der Zeitschrift „Kulturwille" vorgestellt als ein „Experiment", um zu zeigen, „aus wie verschiedenen Quellen unsere Klassengegenwart zusammenfließt". [62] Von kommunistischer Seite scheint es auf diese Publikationen Scharrers keine Reaktion gegeben zu haben.

3) Gleichfalls Anfang 1929 wurde im kommunistischen 'Internationalen Arbeiter-Verlag' die Episode „In der Kaserne" aus Scharrers Roman „Vaterlandslose Gesellen" vorveröffentlicht, und zwar in dem von Kurt Kläber herausgegebenen Sammelband „Der Krieg". [63] Auf welche Weise und über wen Adam Scharrer, der in seinen Aufsätzen im „Proletarier" KPD und Komintern heftig des Revisionismus und der Kollaboration mit dem Imperialismus bezichtigt hatte, Kontakte zur KPD anknüpfte, die es ihm ermöglichten, in den Parteizeitungen und den der Partei nahestehenden Verlagen zu publizieren, ist unbekannt.

4) Ende 1929 erschien Scharrers Roman „Vaterlandslose Gesellen" im kommunistischen Agis-Verlag (Wien-Berlin); ab 7. März 1930 wurde er zugleich in der „Roten Fahne" und der „Arbeiterstimme" in Fortsetzungen abgedruckt. Der Roman wurde von der sozialdemokratischen Zeitschrift „Kulturwille" sehr positiv besprochen; der Rezensent fügte die Bemerkung an, daß es sich bei Adam Scharrer um einen ‚jungen, vor einem Jahre durch den 'Bücherkreis' zuerst bekanntgemachten Arbeiterschriftsteller" [64] handle.

5) Im April 1930 publizierte Scharer – wiederum in der Zeitschrift „Der Bücherkreis" – eine seiner besten Erzählungen: „Werkmeister Bohnenstroh und seine Erfahrungen". [65]

6) Im Verlag „Der Bücherkreis" erschien 1931 Scharrers autobiographischer Roman „Aus der Art geschlagen", der „Reisebericht eines Arbeiters", der Scharrers Erlebnisse als fahrender Schlosser und 'Kunde' wiedergibt. Dieses Buch wurde in der „Linkskurve" sehr negativ besprochen; der Rezensent knüpfte daran die Überlegung: „Vielleicht war der Verlag bestimmend, der es herausgebracht hat". [66] „Aus der Art geschlagen" war der letzte Beitrag Scharrers für die sozialdemokratische Buchgemeinschaft „Der Bücherkreis".

7) Wiederum im Agis-Verlag erschien 1931 Scharrers Inflationsroman „Der große Betrug. Geschichte einer proletarischen Familie", der ab 5. Dezember 1931 in der „Roten Fahne", der „Arbeiterstimme" und der „Volkswacht" in Fortsetzungen abgedruckt wurde. [67]

62 *Kulturwille,* Rückseite von H. 3 des Jahrgangs 7 (1930).

63 Adam Scharrer, *In der Kaserne,* in: *Der Krieg. Das erste Volksbuch vom großen Krieg,* Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin, Wien, Zürich 1929 (Verantwortlich für Zusammenstellung und Herausgabe: Kurt Kläber), S. 20 f.

64 – etz – [d. i. Johann Kretzen], [Rezension zu:] Adam Scharrer, *Vaterlandslose Gesellen,* in: *Kulturwille* Jg. 7 (1930), H. 12, S. 236.

65 [Adam] Scharrer, *Werkmeister Bohnenstroh und seine Erfahrungen,* in: *Der Bücherkreis,* Jg. 5 (1930), H. 4, S. 45 - 51. Jüngst wieder abgedruckt in: *Sammlung proletarisch-revolutionärer Erzählungen.* Herausgegeben von Walter Fähnders, Helga Karrenbrock und Martin Rector, Darmstadt und Neuwied 1973, S. 202 - 208. – Werkmeister Bohnenstroh taucht als „Werkmeister Schulz" unter spezifischen Veränderungen wieder auf in Scharrers Roman *Familie Schuhmann* (1937). Eine Untersuchung der Funktionsveränderung häufig wiederkehrender Episoden in Scharrers Arbeiten wäre lohnend.

66 A.H. [d. i. Albert Hotopp], A. Scharrer, *Aus der Art geschlagen,* in: *Die Linkskurve* Jg. 3 (1931), H. 2, S. 37.

67 Angaben für *Arbeiterstimme* und *Volkswacht* nach: *Veröffentlichungen deutscher sozialistischer Schriftsteller,* S. 454.

8) 1932 schrieb Scharrer vier kleinere Beiträge für kommunistische Zeitschriften [68]; 1933 ging er ins Exil.

Da über Scharrers Exil in Prag und in der UdSSR bisher so gut wie nichts bekannt ist, seien hierzu im folgenden einige Angaben aus Scharrers autobiographischen Aufzeichnungen mitgeteilt, obgleich Scharrers Biobraphie und Werk nach 1933 nicht Gegenstand dieser Untersuchung sein können. In einer 1943/44 entstandenen und nach 1945 überarbeiteten autobiographischen Darstellung schreibt Scharrer: „Nach der Machtübernahme durch die Faschisten mußte ich Deutschland verlassen und ging nach Prag in die Emigration. Seit 1931 bin ich mit Charlotte Scharrer, geborene Buss verheiratet. Da auch sie durch mich kompromittiert war und verfolgt wurde, mußte auch sie in die Emigration gehen. Es gelang ihr, meine Manuskripte aus Deutschland herauszuretten". [69]

Diese Darstellung wird ergänzt durch eine Notiz Scharrers von 1947: „Nach dem Sieg des Faschismus hielt ich mich eine Zeitlang illegal in Deutschland verborgen, mußte aber nach Erlaß eines Steckbriefes gegen mich flüchten und wurde später wegen meiner revolutionären Tätigkeit ausgebürgert". [70] Der Steckbrief gegen Scharrer wurde in Verfolgung eines Verfahrens wegen 'literarischen Hochverrats' erlassen. Ein Prozeß fand nicht statt, da Scharrer im Sommer 1933 nach Prag fliehen konnte. Daraufhin wurde er formell ausgebürgert. [71] Der Zeitpunkt seiner Flucht nach Prag läßt sich näherungsweise auf Ende Juli 1933 datieren, da Johannes R. Becher in seinem „Bericht über die Tätigkeit während meiner Reise vom 5. Juli bis 27. September 1933" von seiner ersten Station aus Prag berichtet, daß Adam Scharrer zu diesem Zeitpunkt „gerade in Prag eintraf" [72]. Über die weiteren Umstände von Scharrers Prager Exil, in dem er den Roman „Maulwürfe" beendete, scheint nicht mehr bekannt, als daß er Kontakte zu den Schutzbündlern hatte. [73]

68 In den *Veröffentlichungen deutscher sozialistischer Schriftsteller*, S. 454 sind angegeben: (1) *Erlebnisse eines proletarischen Rundfunkautors*, in: *Arbeiter-Sender*, Jg. 5 (1932), Nr. 52, S. 5 f.; (2) *Traven und sein Erfolg*, in: *Die Linkskurve*, Jg. 4 (1932), Nr. 3, S. 29 - 32; (3) *Fürs Vaterland*, in: *Der Weg der Frau* Jg. 2 (1932), Nr. 5, S. 9 ff. (es handelt sich hierbei um die Veröffentlichung einer Episode aus Scharrers Roman *Maulwürfe;* diese Angabe fehlt in den *Veröffentlichungen).* (4) [Antwort auf eine Umfrage der *Literaturzeitung* Moskau], in: *Internationale Literatur*, Jg. 3 (1933), H. 1, S. 135 (daß die Antwort bereits 1932 verfaßt wurde, geht hervor aus: *Aktionen, Bekenntnisse, Perspektiven. Berichte und Dokumente vom Kampf um die Freiheit des literarischen Schaffens in der Weimarer Republik*, Berlin und Weimar 1966, S. 267).

69 Scharrer-Archiv, Nr. 53 (der zweite und dritte Satz des zitierten Abschnitts sind mit Tinte bei der Überarbeitung durchgestrichen).

70 Scharrer-Archiv, Nr. 54.

71 Die Ausbürgerung von Scharrer ist im *Reichsanzeiger* von 1937, Nr. 216, S. 1, veröffentlicht worden.

72 Johannes R. Becher, *Bericht über die Tätigkeit während meiner Reise vom 5. Juli bis 27. September 1933*, in: *Zur Tradition der sozialistischen Literatur in Deutschland. Eine Auswahl von Dokumenten*, 2. durchgesehene und erweiterte Auflage , Berlin und Weimar 1967, S. 570 - 590, S. 572 f. Becher bemerkt dazu in Klammern: „Scharrer möchte einige Zeit in der UdSSR verbringen". – Hans Albert Walter, *Bedrohung und Verfolgung bis 1933. Deutsche Exilliteratur 1933 - 1950.* Bd. 1 (Darmstadt und Neuwied 1972), schreibt S. 164, bei Scharrer sei die Dauer seines illegalen Aufenthalts in Deutschland nicht bekannt; S. 232 konstatiert er, Scharrer habe „Deutschland im ersten Halbjahr 1933 verlassen".

73 Den Aufsatz von Rael, *Scharrer und Plievier bei den Schutzbündlern*, in: *Deutsche Zentral-Zeitung* Jg. 1934, Nr. 252, konnte ich nicht erreichen.

Über seine Emigration in die Sowjetunion im August 1934 schreibt Scharrer: „1934 wurden ich und meine Frau, Charlotte Scharrer, durch das Präsidium des Sojus Sowjetski Pisateli in die Sowjetunion eingeladen, und ich nahm am I. Kongreß der Sowjetschriftsteller als Delegierter teil". [74] Eine spezifiziertere Darstellung seines Exils in der UdSSR gibt Adam Scharrer in einer am 8. April 1944 entstandenen und nach 1945 überarbeiteten autobiographischen Notiz: „Im August 1934 übersiedelte ich auf Einladung des Verbandes der Sowjetschriftsteller in die Sowjetunion. Ich lebte erst einige Monate in Moskau, nahm auf Einladung des Verbandes an dem ersten Kongreß der Sowjetschriftsteller teil, dann übersiedelte ich mit meiner Frau in die Ukraine und lebte dort zweieinhalb Jahre in Kollektivwirtschaften des Odessaer und Dnepropetrowsker Gebiets. Im Herbst 1937 kehrten wir dann nach Moskau zurück und wir lebten in Peredelkino bei Moskau bis wir im Oktober 1941 vom Verband der Sowjetschriftsteller nach Taschkent evakuiert wurden". [75]

Über die Umstände der Evakuierung nach Taschkent gibt es – zumeist memoirenhafte – Zeugnisse von Mitreisenden aus dem 'Schriftstellerzug' : von Hildegard [76] und Theodor Plievier [77] und von Julius Hay. [78] Über seine Rückkehr nach Moskau schreibt Scharrer nur kurz: „Im Jahre 1943 wurden wir reevakuiert und seit dieser Zeit leben wir wieder in Peredelkino im Gorodok Pisateli". [79] Wahrscheinlich wird sich die Rückkehr nach Moskau so vollzogen haben: im Mai 1942 scheinen alle Schriftsteller, die nach Taschkent evakuiert worden waren, nach Ufa (Ural) umgesiedelt worden zu sein, [80] um im März 1943 schließlich nach Moskau zurückzukehren. [81]

74 Scharrer-Archiv Nr. 53 (erste Satzhälfte bei der Überarbeitung mit Tinte korrigiert, zweite Satzhälfte mit Bleistift durchgestrichen). – Hans Albert Walter, *Asylpraxis und Lebensbedingungen in Europa. Deutsche Exilliteratur 1933 - 1950.* Bd. 2, Darmstadt und Neuwied 1972, S. 356 schreibt, Scharrer habe am Moskauer Schriftstellerkongreß als „Gast" teilgenommen. Richtig dürfte sein, was Scharrer in seiner „Autobiographie" in: *Internationale Literatur,* Jg. 8 (1938) H. 6, S. 156 schreibt: „Ende 1934 reiste ich in die Sowjetunion und nahm als Gast-Delegierter am ersten Unions-Kongreß der Sowjetschriftsteller teil". – Einen atmosphärischen Bericht vom Schriftstellerkongreß inklusive einer – möglicherweise aus Konkurrenzgründen – ins Groteske verzerrten Charakteristik Adam Scharrers ist enthalten in: Oskar Maria Graf, *Reise in die Sowjetunion 1934. Mit Briefen von Sergej Tretjakow.* Hrsg. von Hans-Albert Walter, Darmstadt und Neuwied 1974.

75 Scharrer-Archiv, Nr. 58 (zur Entstehung der Autobiographie vgl. Schurig, *Findbuch,* S. 32). – Detailliertere Informationen über Scharrers Tätigkeit im sowjetischen Exil wären möglicherweise zu erhalten, wenn man alle publizistischen Beiträge Scharrers aus dieser Zeit auswerten würde, die in den *Veröffentlichungen deutscher sozialistischer Schriftsteller* (S. 454 - 457) verzeichnet sind.

76 Hildegard Plievier, *Flucht nach Taschkent,* Frankfurt/M., 1960. Erwähnungen Scharrers finden sich auf den Seiten 28, 32 und 53.

77 Vgl. Harry Schulze-Wilde, *Theodor Plievier. Nullpunkt der Freiheit. Biographie,* München, Wien und Basel 1965, S. 384.

78 Vgl. Julius Hay, *Geboren 1900. Erinnerungen,* Reinbek bei Hamburg 1971, S. 257. – Hay berichtet übrigens S. 207, daß er (1936?) gemeinsam mit Adam Scharrer aufgefordert wurde, ein Filmmanuskript für Piscator zu schreiben; aus dem Projekt wurde jedoch nichts.

79 Scharrer-Archiv, Nr. 53.

80 Vgl. Harry Schulze-Wilde, *a.a.O.,* S. 393 und Hildegard Plievier, *Flucht nach Taschkent,* S. 184 - 187. Hildegard Plievier gibt S. 188 an, daß nur die „Wissenschaftler, die Forscher, die Techniker und auch die Maler" noch in Taschkent zurückblieben – mithin also alle Schriftsteller nach Ufa fuhren.

81 Zeitangabe nach Harry Schulze-Wilde, *a.a.O.,* S. 397.

Am 15. Mai 1945 [82] wurde Scharrer mit eine Gruppe weiterer Schriftsteller, die bei der Konstituierung des „Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands" zu helfen die Aufgabe hatten, nach Berlin geflogen. Bis zu seinem Tode widmete Scharrer sich der Arbeit des Landesverbandes Mecklenburg des 'Kulturbundes', in dem er die Funktion eines 'Leiters der Sektion Literatur' [83] wahrnahm.

II

„Der grandiose Verrat der Sozialdemokratie 1914 war das Resultat der Hörigkeit der Massen. Was damals – historisch betrachtet – begreiflich war, daß von seiten der Linken dieser Verrat nicht rechtzeitig theoretisch erkannt und ihm organisatorisch begegnet werden konnte, ist eine solch eindeutige Lehre, daß ihr Vergessen ein Verbrechen an der revolutionären Sache wäre". [84] *Adam Scharrer, 1924*

Die historisch-dokumentarische Bedeutung des Romans „Vaterlandslose Gesellen" ließe sich präzise umreißen nur vor dem Hintergrund einer Darstellung der Entwicklungstendenzen des Weltkriegsromans in der Weimarer Republik. Da es eine solche Darstellung bislang nicht gibt, [85] muß hier zur Klärung der Situation im Jahre 1929 der Hinweis genügen, daß zu diesem Zeitpunkt den marktbeherrschenden Anteil noch die 'pazifistischen' Kriegsromane hatten, deren bekannteste Repräsentanten „Der Streit um den Sergeanten Grischa" (1928) von Arnold Zweig, „Krieg" (1928) von Ludwig Renn und „Im Westen nichts Neues" (1929) von Erich Maria Remarque waren.

82 *A.a.O.*, S. 410.

83 Vgl. Wolfgang Lehmann, *Die Zeit Adam Scharrers* (Anm. 4) S. 164. In der *Landeszeitung Schwerin* vom 12.6.1949 schrieb Willi Bredel in einem Aufsatz über Adam Scharrer: *Zum 60. Geburtstag des Arbeiterdichters am 13. Juli:* „Nach dem Zusammenbruch des Hitlerstaates kehrte Adam Scharrer nach Deutschland zurück. Er wäre anfangs gern in Berlin geblieben, denn die Wohnung, in der er vor der Emigration gelebt hatte, war erhalten geblieben. Die Umstände brachten es jedoch mit sich, daß er nach Mecklemburg ging". (Adam-Scharrer-Archiv, Nr. 73).

84 Adam Scharrer, *Der Kurs der KAPD II*, in: *Proletarier* H. 2 (Dezember 1924) S. 17 - 20, S. 19. Mit den Lehren von 1914 beschäftigt sich Scharrer auch in seinem Aufsatz: *Der heranreifende Weltkrieg*, in: *Proletarier*, H. 7 (Mai 1925) S. 137 - 142. Vgl. dazu ebenfalls den – wahrscheinlich von Scharrer verfaßten – Beitrag: *Der kommende Krieg und die Arbeiterparteien*, in: *KAZ*, Jg. 8 (1927), Nr. 75. In diesen Aufsätzen ist die Tendenz klar erkennbar, das Versagen der SPD 1914 zum Anlaß zu nehmen, um düstere Prognosen für die KPD aufzustellen; vgl. dazu *KAZ*, Jg. 8 (1927), Nr. 75: „Für das revolutionäre Proletariat ist es daher von ungeheurer Bedeutung, die wirklichen Ursachen, die die Sozialdemokratie 1914 ins imperialistische Lager trieben, zu erkennen, um so praktische Schlüsse für sein künftiges Verhalten ziehen zu können. Nur diese Erkenntnis liefert den Schlüssel, auch die III. Internationale und die KPD richtig einzuschätzen und deren 'Kampf' gegen den Krieg zu durchschauen. [. . .] Wie die Sozialdemokratie 1914 ihren Chauvinismus bemäntelte mit der Phrase des Kampfes gegen die russische Reaktion, so wird Moskau seinen Verrat am Proletariat zu beschönigen suchen mit der Phrase gegen die Reaktion, die den 'Arbeiterstaat' angreift".

85 Es gibt zwar – wenngleich nicht sehr zahlreiche – Untersuchungen zu einzelnen Kriegsromanautoren (z.B. zu Renn und Zweig; vorwiegend aus der DDR), aber keinen Versuch, die Unmenge der vor allem zwischen 1928 und dem Ende der Weimarer Republik entstandenen Kriegsliteratur in übergreifende politische und literaturgeschichtliche Zuammenhänge einzuordnen.

Von diesen pazifistischen Kriegsromanen wird Scharrers Roman, der im Untertitel „Das erste Kriegsbuch eines Arbeiters" heißt, in einer Rezension der „Kommunistischen Arbeiter-Zeitung" abgehoben,die aller Wahrscheinlichkeit nach von Scharrer selbst stammt: „Seit zirka eineinhalb Jahren ist eine wahre Flut von Kriegsromane über uns herniedergegangen. Jeder bürgerliche Intellektuelle fühlte sich berufen, seine Kriegserlebnisse zu Papier zu bringen. Aber alle diese bürgerliche Kriegsliteratur endet in einem hilflosen Gestammel über den bösen Krieg oder in einem pazifistischen Gejammer und in einem Appell an das 'Weltgewissen', das zum Schluß in den hysterischen Schrei mündet: 'Nie wieder Krieg!'
Der Kleinbürger sieht in dem Kapitalismus einen riesenhaften Hexenkessel und versteht nicht die Feinheiten des imperialistischen Systems. Diese Leute sind blind in den Krieg gegangen, und das Blut, das ihre Augen geblendet, hat ihr Sehschärfe nicht erhöht. Die Kunst des Kleinbürgertums kann kein Bild über die wirklichen Ursachen des Weltkrieges geben. Eine Antwort auf die Frage nach den Schuldigen ist in jener Literatur nicht zu finden. [...] Und so hat bisher der klassenbewußte Arbeiter die große Menge der Kriegsliteratur aus der Hand gelegt mit dem Gefühl, hier fehlt das, was wir wollen. Es kann sich für ihn nicht darum handeln, nur zu zeigen, wie furchtbar der Krieg ist, sondern aus den Schilderungen muß zugleich die Quintessenz hervorgehen: man muß die kapitalistische Welt vernichten, die den Krieg hervorruft! Und dieses Kriegsbuch, das die kapitalistische Welt vom Standpunkte des Klassenbewußtseins aus ansieht, fehlte bisher". [86]

Im Gegensatz zu den 'bürgerlichen Helden' der pazifistischen Kriegsromane, die aufgrund ihrer Fronterlebnisse zu pazistischen Kriegsgegnern werden, bzw. aus deren Schicksal und Erlebnissen an der Front eine pazifistische Tendenz der Romane resultierte, steht im Mittelpunkt des 'ersten Kriegsbuchs eines Arbeiters' der Dreher Hans Betzholdt, der von Kriegsbeginn an militanter Kriegsgegner ist. [87] Betzoldt erkennt gleich nach Kriegsausbruch, daß die deutsche Sozialdemokratie am 4. August 1914 versagt hat: „Ich sah in dem Zusammenschluß der Rechtlosen den großen Versuch, die Ohnmacht des geknechteten Individuums zu durchbrechen, das nichts zu verlieren hat als den Fluch seiner Ketten, die man verlogenerweise 'Recht' nennt. Ich glaubte, daß dieser Zusammenschluß der unterdrückten Proletarier stark genug sei, den Panzer des Chauvinismus zu durchlöchern, der die Menschheit in den Abgrund reißt. – Ich habe mich geirrt! Die Sozialdemokratie und ihre Organisationen waren noch keine Gemeinschaft, die diesem Anprall standhielten. Der erste Stoß schon riß den trügerischen Schleier fort". [88]

Die Zielrichtung des Kampfes, den die Opposition in der SPD vertrat, der Hans Betzoldt gleich zu Kriegsbeginn sich anschließt, ist folglich nicht das „Nie wieder" der pazifistischen Kriegsromane, sondern, wie zu Beginn des Romans ein Genosse Betzoldts formuliert: „Es

86 Anonym, [Rezension zu:] *Adam Scharrer, Vaterlandslose Gesellen,* in: *KAZ* Jg. 11 (1930), Nr. 1.

87 Vgl. *Vaterlandslose Gesellen,* S. 9: „ich war die Tage vordem in der Stadt unter denen, die gegen den Krieg demonstrierten". – Ich zitiere nach der Ausgabe: Adam Scharrer, *Vaterlandslose Gesellen.* Berlin o.J. (1973). Bei dieser Ausgabe fehlt der nicht unwesentliche Untertitel des Romans *„Das erste Kriegsbuch eines Arbeiters".* – Nach Abschluß meines Manuskripts erschien eine Neuauflage der maßgeblichen Edition im Aufbau-Verlag, Berlin und Weimar 1974 (= Adam Scharrer, *Gesammelte Werke in Einzelausgaben,* Bd. 1).

88 Adam Scharrer, *Vaterlandslose Gesellen,* S. 16; vgl. auch S. 37 f., wo die oppositionellen Sozialdemokraten aus dem Versagen der SPD 1914 die Konsequenz ziehen: „Wir müssen wieder ganz von vorn anfangen".

gibt keinen anderen Kampf gegen den Krieg, als den Kampf auf Leben und Tod. Das ist eben der Kampf der Proletarier um den Sozialismus, das ist eben die Revolution" (S. 38). Diese Zielrichtung des Kampfes resultiert aus einer Einsicht in den Charakter des Krieges, wie sie Karl Liebknecht am 2. Dezember 1914 zur Begründung seiner Ablehnung der Kriegskredite formulierte und wie sie Scharrer seine Hauptfigur Hans Betzoldt teilen ließ: „Der Krieg, den keines der beteiligten Völker selbst gewollt hat, ist nicht für die Wohlfahrt des deutschen oder eines anderen Volkes entbrannt. Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, einen Krieg um die kapitalistische Beherrschung des Weltmarkts, um die politische Beherrschung wichtiger Siedlungsgebiete für das Industrie- und Bankkapital. Es handelt sich vom Gesichtspunkt des Wettrüstens um einen von der deutschen und österreichischen Kriegspartei gemeinsam im Dunkel des Halbabsolutaismus und der Geheimdiplomatie hervorgerufenen Präventivkrieg. Es handelt sich auch um ein bonapartistisches Unternehmen zur Demoralisation und Zertrümmerung der anschwellenden Arbeiterbewegung. Das haben die verflossenen Monate trotz einer rücksichtslosen Verwirrungsregie mit steigender Deutlichkeit gelehrt". [89]

Diese Einsicht in den Charakter des Krieges bemüht sich Scharrer in der Konzeption seines Romans zum Tragen zu bringen: rein quantitativ dominieren die Schilderungen der 'Heimatfront' die der Erlebnisse an der militärischen Front beträchtlich. Bei der Schilderung der Erlebnisse Hans Betzoldts während seiner militärischen Ausbildung und an der West- und Ostfront stehen nicht so sehr die militärischen Einsätze im Vordergrund, sondern die Darstellung des Klassenunterschieds zwischen den gemeinen Soldaten und den Offizieren in bezug auf die Unterbringung (S. 65 f., S. 142 u.ö.), die Verpflegung (S. 131 f.), die Urlaubsvergabe (S. 151) usw.

Der Mythos der 'Frontkameradschaft', der nicht nur in den konservativ-revolutionären, sondern auch in den pazifistischen Kriegsromanen, besonders bei Renn und Remarque, eine tragende Rolle spielt, wird bei Scharrer mit wenigen Sätzen zerstört: „Wenn die Granaten über uns krepieren, die zerschundenen Nerven den Angriff erwarten, Patrouillen nach vorn schleichen oder ein Angriff bevorsteht, dann gibt dir der Leutnant eine Zigarette, der Bauernsohn oder Gutsbesitzer ein Stück Wurst. 'Nimm Kamerad!' sagen sie dann. Was wollen sie noch damit, wenn die Kugel sie trifft? Es ist dann gut, einen Kameraden zu haben, auf den man sich verlassen kann.
Sie ist billig, diese Kameradschaft – und hört sofort auf, wenn wir etwas weiter vom Schuß sind. [. . .] Die Kameradschaft im Kriege ist die größte Lüge, die je erfunden wurde. Sie war niemals eine freiwillige, sondern immer nur eine Gemeinschaft von Todeskandidaten" (S. 67).

Das Hauptgewicht in Scharrers Roman „Vaterlandslose Gesellen" liegt auf der Schilderung der Zustände an der 'Heimatfront', der Zeichnung des 'Antlitzes des Krieges in Zivil' (S. 91). Wegen einer Fußkrankheit vom Militärdienst freigestellt, wird Hans Betzoldt 1915 in die Kanonen-und Munitionsfabrikation „zur Firma Krupp nach Essen beurlaubt" (S. 88) und lernt hier die 'lebensgefährliche Arbeit' (S. 88) unter den Bedingungen des Burgfriedens kennen: den Zwölfstundentag (S. 91) ohne Einhaltung der Arbeitsschutzbestimmungen. Hans Betzoldt erfährt, daß die Arbeiter nur durch die Angst vorm Schützengraben in dieser Fabrik gehalten werden (S. 92), aber die Arbeitsbedingungen machen ihm klar: „Hier kann

89 Karl Liebknecht, *Zur Kriegssitzung des Reichstags (vom 2. Dezember 1914)*, in: Susanne Leonhard (Hrsg.), *Unterirdische Literatur im revolutionären Deutschland während des Weltkriegs* (= Archiv sozialistischer Literatur 10) Frankfurt/M. 1968. (Erstauflage 1920), S. 14; entsprechende Einschätzungen des Krieges vgl. Scharrer, *Vaterlandslose Gesellen*, S. 37, S. 53, S. 80, S. 110 u.ö.

man auch den Heldentod fürs Vaterland sterben" (S. 89). Als Betzoldt 1915 in einer Hamburger Granatenfabrik arbeitet, die unter militärischer Kontrolle steht (S. 109), werden neue 'Spezialmaschinen' aufgestellt, an denen „Frauen billiger arbeiten" (S. 109); die um ihren Arbeitsplatz gebrachten Männer werden an die Front versetzt. [90]

Zum Jahresende 1917 wird Hans Betzoldt vom Militärdienst an der Ostfront für den Einsatz als Dreher in einer Berliner Munitionsfabrik reklamiert, die nach den Streiks von 1917 von allen 'Hoch- und Landesverrätern' „gesäubert" (S. 195) ist. Hier bereitet er die Januarstreiks und -demonstrationen von 1918 mit vor und erfährt die Reaktionen der Polizei auf die Demonstrationen am eigenen Leibe (S. 241).

Scharrer berücksichtigt in seinem Roman „Vaterlandslose Gesellen" überdies ein Stück historischer Realität des antimilitaristischen Kampfes im Ersten Weltkrieg, das sich in keinem pazifistischen Kriegsroman findet und das Susanne Leonhard treffend in dem Satz umrissen hat: „Die Geschichte der deutschen vorrevolutionären Epoche in der Kriegszeit ist nicht nur die Geschichte des Kampfes gegen den Krieg und für die Herbeiführung der Revolution im Sinne eines bloßen Defaitimus; sondern sie ist die Geschichte der gigantischen Auseinandersetzung zwischen den im Klassenkampf gegen die kapitalistische kriegshetzerische Bourgeoisie und Militärdiktatur stehenden verschiedenen ideologischen Strömungen des revolutionären Proletariats untereinander." [91]

Während Scharrer zu Beginn des Romans lediglich von 'der Opposition' in der SPD spricht, die „Fühlung untereinander" (S. 41) gewinnt und später Betriebsagitation betreibt (S. 111), schildert er ausführlicher, wie nach Hans Betzoldts Rückkehr von der Ostfront 1917 sich in Hamburg bei einem Oppositionellentreffen Vertreter der „Fraktion Liebknecht" (S. 186) [92] mit Anhängern der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft", der späteren USPD, auseinandersetzen. Der Vertreter der „Fraktion Liebknecht" kritisiert die Argumentation seines Vorredners von der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft" mit den Worten:
„Ich habe hier eure Begründung für die Verweigerung der Kriegskredite, daß Deutschlands Grenzen nun 'frei vom Feind' seien! Wenn das maßgebend ist, dann können wir uns darauf gefaßt machen, daß ihr bei der nächsten besten Gelegenheit – wenn die deutschen Heere eine Schlappe erleiden und über die Grenzen zurückgehen müssen – wieder in die patriotische Front einschwenkt. Ihr steht – laut eurer Begründung – nicht auf dem Boden des internationalen Klassenkampfes, sondern macht eure Taktik abhängig von dem Kriegsglück der deutschen Regierung. Eure Stellung zum Krieg ist keine proletarisch-revolutionäre, sondern eine bürgerlich-pazifistische.
Unsere Meinung aber ist, daß der kapitalistische Frieden nur auf dem Rücken des Proletariats möglich ist, genauso wie der imperialistische Krieg. Der proletarische Frieden ist aber nur möglich durch die Revolution. [. . .] Es ist der große Irrtum des Pazifismus, daß er den untrennbaren Zusammehang von Krieg und Kapitalismus nicht sehen will. Eine solche Taktik,

90 Die Steigerung der Frauenarbeit betrug 1916 gegenüber dem Vorkriegsstand 319 v.H.; die Lohndifferenz zwischen berufstätigen Männern und Frauen war beträchtlich; vgl. dazu einige Angaben bei Walter Bartel, *Die Linken in der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen Militarismus und Krieg*, Berlin (Ost), 1958, S. 377.

91 Susanne Leonhard, *a.a.O.*, S. 11.

92 Offiziell bezeichnete sich die Liebknecht/Luxemburg-Richtung seit ihrer ersten Reichskonferenz am 1. Januar 1916 als „Gruppe Internationale", nach der Zeitschrift *Die Internationale*, deren erste Nummer im April 1915 erschienen war.

die nicht von den großen historischen Zusammenhängen ausgeht, dient nicht der großen Aufgabe der Internationalisierung der proletarischen Gedankenwelt, sondern bleibt in 'nationalen Belangen' stecken und zerreißt die internationale Solidarität der Arbeiter". [93]

1917 wird Hans Betzoldt in Berlin zum Vertrauensmann der Dreher in seinem Betrieb gewählt (S. 218). In einer Branchenversammlung der Dreher kämpft er gegen die Strategie der Gewerkschaftsfunktionäre, sich in ihren Ämtern ohne Diskussion ihres Tätigkeitsberichts bestätigen zu lassen (S. 225 f.). In den Januarstreiks 1918, die er in Kontakt mit der Spartakusgruppe mit vorbereitet, setzt sich Hans Betzoldt – erfolglos – für die Weiterführung des Streiks gegen die Mitglieder der SPD und USPD ein (S. 245 f.). Wegen dieser Tätigkeit wird Betzoldt im Sommer 1918 von der 'rechten Hand der Direktion gemaßregelt' (S. 257) und erneut zum Militärdienst einberufen. Als seine Einheit rebelliert, fährt Beztoldt sofort nach Berlin zurück, wo die Arbeiter- und Soldatenräte die Macht in den Betrieben übernehmen; die Schlußsätze des Romans lauten:
„Ganz Berlin ist zusammengeströmt. Die Millionenmassen der Arbeiter haben auch die letzten Widerstände niedergezwungen. Alles ist in unseren Händen.
Aus den Seitenstraßen kommt Gesang.
'Rot ist das Tuch, das wir entrollen!'
Karl Liebknecht spricht.
Auf dem Schloß weht die rote Fahne" (S. 271).

Während im vorhergehenden Abschnitt die wesentlichen Unterscheidungsmerkmale von Scharrers Roman „Vaterlandslose Gesellen" gegenüber den 'pazifistischen' Kriegsromanen grob umrissen wurden, ist im folgenden auf die autobiographischen Elemente einzugehen, die für dessen Rezeption nicht bedeutungslos geblieben sind. Die Frage des autobiographischen Gehalts von „Vaterlandslose Gesellen" ist in der bisherigen Scharrer-Literatur umstritten: die Positionen reichen von Wolfgang Lehmann, der behauptet, „daß Scharrer mit jenem Hans Betzoldt, der in 'Vaterlandslose Gesellen' seine Schicksale während des ersten Weltkrieges erzählt, im wesentlichen identisch ist," [94] bis zu Heinz Hund, der „Vaterlandslose Gesellen" zu Scharrers 'künstlerisch frei gestalteten' Werken rechnet, in denen „Autobiographisches" nur in „objektivierter Form" [94a] vorkommt.

Die autobiorgraphischen Elemente in Scharrers Roman lassen sich aufgrund der im Adam-Scharrer-Archiv erhaltenen Dokumente etwas präziser beschreiben. Anhand der Arbeitsbescheinigungen Scharrers läßt sich nachweisen, daß Scharrer wie die Hauptfigur seines Romans

93 Adam Scharrer, *Vaterlandslose Gesellen*, S. 188 f. Diese Abgrenzung entspricht im Grundsatz derjenigen, die im Namen der „Gruppe Internationale" in Nr. 16 ihrer *Politischen Briefe* vom 30. März 1916 vorgenommen wurde, vgl. dazu *Spartakusbriefe*. Hrsg. vom IML beim ZK der SED, Berlin (Ost) 1958, S. 127 - 133. Vgl. ferner die Stellungnahme, die eine Vertreterin der „Gruppe Internationle" auf der Reichskonferenz der SPD vom 21. - 23. September 1916 abgab, in: Susanne Leonhard, *Unterirdische Literatur*, S. 69 - 73.

94 Wolfgang Lehmann, *a.a.O.*, S. 166.

94a Heinz Hund, *Zwei Dichter der proletarisch-revolutionären Literatur (Adam Scharrer, Otto Gotsche)*, in: *Bibliothekar* Jg. 18 (1964), S. 818 - 823, hier S. 819.

zu Kriegsbeginn wegen Mobilmachung entlassen wurde, [95] daß er wie Hans Betzoldt mehrfach kurzfristig in Hamburger Fabriken arbeitete [96] und daß er schließlich wie Betzoldt von Anfang 1917 bis September 1918 in den Rumpler-Werken in Berlin beschäftigt war. [97] Die im Roman dargestellte Arbeit Hans Betzoldts bei Krupp in Essen (S. 88 - 93) läßt sich für Scharrer nicht belegen, wie auch einer kurzfristigen Beschäftigung Scharrers in Kiel Ende 1914 [98] keine literarische Darstellung im Roman „Vaterlandslose Gesellen" entspricht.

Daß das bei aller Solidarität als problematisch gestaltete Verhältnis Hans Betzoldts zu seiner Frau Sophie [99] weitgehend autobiographisch sein dürfte, legt die bereits angezogene Erzählung „Weintrauben" nahe. Alfred Klein hat darauf hingewiesen, wie sehr Hans Betzoldt in seinem ganzen Verhalten durch die Beziehung zu seiner Frau geprägt ist; [100] die Beziehung wirkt bis in den Bereich des politischen Verhaltens und der politischen Aktivität Betzoldts hinein.

Die Frage, inwieweit Adam Scharrer mit der Hauptfigur des Romans tatsächlich „identisch" ist, scheint, zumal sie sich letztlich nur spekulativ beantworten läßt, für die Bedeutung des Romans belangslos; erkennbar ist in dem Roman Scharrers Bemühen, seine persönlichen Erlebnisse in einen engen Zusammenhang mit dem antiimperialistischen Kampf der Spartakusgruppe zu bringen. Kaum möglich scheint mir aber eine Interpretationsweise, die die Stärken in der Gestaltung der Hauptfigur des Romans dem Talent des Verfassers zuschreibt, für ihre Schwächen aber den autobiographischen Gehalt des Romans verantwortlich macht. [102]

95 Vgl. Adam-Scharrer-Archiv, Nr. 517 die folgende Arbeitsbescheinigung der Firma „Bernhard Dyckhoff, Maschinenfabrik und Fabrik für gelochte Bleche. Hamburg Wandsbek" mit dem Text: „Hiermit bescheinige ich, daß Adam Scharrer aus Kleinschwarzenlohe vom 2.4. bis zum heutigen Tage in meinem Betriebe als Dreher und Maschinenbauer zu meiner Zufriedenheit beschäftigt war. Fleiß und Pünktlichkeit waren zufriedenstellend. Die Entlassung erfolgt wegen Mobilmachung. Scharrer war Mitglied der Ortskrankenkasse. Hamburg-Wandsbek, den 3. August 1914, gez. Bernhard Dyckhoff".

96 Das belegen drei Arbeitsbescheinigungen Scharrers aus Hamburg, die zwischen Mai und Oktober 1915 ausgestellt wurden (Adam-Scharrer-Archiv, Nr. 517).

97 Vgl. die entsprechende Arbeitsbescheinigung Scharrers der „Rumpler-Werke A.G. Berlin-Johannistahl" vom 23.1.1917 bis 4.9.1918. (Adam-Scharrer-Archiv, Nr. 517).

98 Arbeitsbescheinigung Scharrers vom 9.12. bis 24.12.1914 (Adam-Scharrer-Archiv, Nr. 517).

99 Vgl. dazu Adam Scharrer, *Vaterlandslose Gesellen,* S. 49 f., S. 82, S. 107, S. 201 u.ö.

100 Alfred Klein, *a.a.O.*, S. 263. Klein fährt allerdings fort: „Hans Betzoldt gewinnt durch seine Ehe endlich ein wirkliches Zuhause und festen persönlichen Halt, und seine Frau entwickelt sich an seiner Seite zu einer verständnisvollen Lebens- und Kampfgefährtin, die ihre mütterliche Fürsorge bald mit tätiger Anteilnahme an der politischen Arbeit verbindet". Dieser Satz beschreibt eine Idylle, die in Scharrers Roman nicht gestaltet ist, vgl. nur S. 93 und S. 107.

101 Adam Scharrer, *Vaterlandslose Gesellen,* S. 53 beschreibt, wie Hans Betzoldt „trotz des Materials", das ihm oppositionelle Genossen über die „Ursachen des Weltkriegs" geschickt haben, seine Situation beim Militär so „unerträglich" findet, daß ihn nur noch die „Gedanken an Sophie aufrecht" erhalten. Vgl. auch *a.a.O.*, S. 233.

102 Alfred Klein, *a.a.O.*, S. 261 arbeitet bei der Charakterisierung Hans Betzoldts dessen Hang zu Depressionen genau heraus, fährt dann aber fort: „An solchen Stellen gibt Scharrer ziemlich unreflektiert eigenen Stimmungen und Erlebnissen Raum".

Als Schwächen der Hauptfigur kennzeichnet Alfred Klein Hans Betzoldts häufige Rückfälle in 'depressive Stimmungen' und deren Pendant, Betzoldts 'revolutionäre Ungeduld', die ihn zur Erwägung der „verzweifelsten Methoden zur Aufrüttelung seiner Umgebung" [103] treibt. Als Beispiel für diese Hans Betzoldt den ganzen Roman hindurch charaktirisierenden Eigenschaften [104] sei hier eine Stelle wiedergegeben, die Hans Betzoldts Stimmung unmittelbar vor Beginn der Januarstreiks 1918 schildert:

„Ich gehe zu den Sitzungen, komme zurück, oft recht leer. Die Kräfte, die gegen den Strom schwimmen, sind zu vereinzelt, konstatieren immer wieder den alten Stand der Dinge. Alle möglichen Rezepte tauchen auf: 'Laß sie verrecken!' sagt einer, und kommt nicht mehr. Andere sind bei einer Einbrecherkolonne. Wieder andere leben nur noch von der Entrüstung über das Blutvergießen, ihre Energien lösen sich auf in Hysterie. Die letzten packt der tierische Selbsterhaltungstrieb. Sie schuften Tag und Nacht, sind ununterbrochen auf der Jagd nach dem Fressen. Wollen sich auf diese Art über die große Zeit retten. Abenteurer tauchen auf. Spitzel lauern überall.
Die Massen der Arbeiter blieben stumm, nur in den Tiefen treibt die Strömung, gelegentlich ein Ausbruch in den Versammlungen, aber nichts organisatorisch Greifbares, nur immer ein Echo.
Und doch immer wieder dieses Echo. Es fehlt der Anstoß – nur der Anstoß! Ich grüble, was ich ohne Sophie beginnen würde.
Ich werde provozieren, in Versammlungen alles, alles sagen, werde ihnen zum Tanz aufspielen, und dann: – Krach! Dann laß sie machen, was sie wollen. Ja, das werde ich tun. Das müßte jeder tun!
Aber das kann ich nicht, wegen Sophie. Wenn sie stirbt, . . . dann! Soll sie deswegen sterben? – Oder soll ich, trotz ihr, meinen Weg gehen, fort von ihr? " [105]

Obgleich diese Stimmung bei Hans Betzoldt auch nach dem Januarstreik 1918 sich noch einmal durchsetzt (S. 250), ist in der bisherigen Literatur über Scharrer stets behauptet worden, daß Hans Betzoldt im Roman eine 'positive Entwicklung' [106] durchmache. Daß eine solche Feststellung sich auf Indizien im Roman nicht stützen kann, ist m.E. offensichtlich; durch die am Schluß des Romans geschilderte Eroberung der Macht durch die Arbeiter ist die politische Isolation der Hauptfigur aufgehoben, nicht aber eine 'Entwicklung' des Helden gekennzeichnet.

Darauf, daß der Schluß des Romans selbst sehr problematisch ist, verweist schon die unterschiedliche Einschätzung, die er in der Literatur über Scharrer in der DDR erfahren hat: während Edgar Kirsch ihn für berechtigt hält, weil er „Zuversicht" gibt und den Leser mit „Opti-

103 *A.a.O.*, S. 264.

104 Vgl. Scharrer, *Vaterlandslose Gesellen*, S. 56, S. 93, S. 107 f., S. 166, S. 233, S. 250 u.ö.

105 *A.a.O.*, S. 233. – Diese Stimmungen vermag bei Hans Betzoldt nur der solidarische Zusammenhalt mit den Genossen fernzuhalten, vgl. S. 41, S. 111, S. 163 u.ö.

106 Dieter Noll, *Erzähler und Geschichtsschreiber. Zum 5. Todestag Adam Scharrers*, in: *Aufbau* Jg. 9 (1953), S. 285 - 288, hier S. 286.

mismus" [107] erfüllt, kritisiert Alfred Klein [108] mit Recht den mangelnden Realitätsgehalt der Schlußpassage.

Über die Frage, weshalb Scharrer den Roman „Vaterlandslose Gesellen" mit dem 9. November 1918 an einem heroischen Augenblick der deutschen Arbeiterbewegung beschließt [109] und welche Funktion dieser Schluß 1929 gehabt haben mag, [110] läßt sich spekulieren; festzustellen ist, daß die Hauptfigur des Romans sich unter die Kategorie des 'proletarischen Helden' in der Definition, wie sie ihr in der Scharrer-Literatur immer wieder zugewiesen worden ist, schwerlich subsumieren läßt. Hans Betzoldt ist kein „einfacher proletarischer Held: mutig, klug und fleißig", [111] wie Jürgen Bonk ihn charakterisiert hat. Hans Betzoldt ist als Hauptfigur des Romans durch die politischen Überzeugungen, die er vertritt, nicht ausdefiniert; die Schwierigkeiten, die ihm in allen Lebensbereichen jene 'nervenfressende Selbstdisziplin' [112] bereitet, die notwendig ist, um den Kampf der Spartakusgruppe durchzuhalten, dürften gleichwohl keine individuellen gewesen sein. Während Alfred Klein die „Aufrichtigkeit"kritisiert, „mit der Hans Betzoldt über alle seine Erlebnisse und Gefühle während des Krieges Rechenschaft gibt", weil sie zu einer „unkritischen Darstellung seiner Schwächen und Grenzen" führt und das „Individuelle ins Individualistische" [113] abgleiten läßt, ist in der Rezeption des Romans „Vaterlandslose Gesellen" in der Weimarer Republik hervorgehoben worden, daß die Glaubwürdigkeit des Romans unmittelbar mit der Offenheit zusammenhängt, mit der der 'Held' als Vertreter seiner Klasse in seinen Stärken und Schwächen dargestellt ist. [114] Diese Qualität des Romans, die auch die übrigen autobiographischen Romane Scharrers kennzeichnet, mag Georg Lukács in seiner Abhandlung über die „Deutsche Literatur im Zeitalter des Imperialismus" dazu veranlaßt haben, dem „Berichtstil", den für ihn „die junge Literatur der deutschen Arbeiterklasse, Bredel, Marchwitza, Weinert, Wolf und andere" verkörpern, „die größere Lebendigkeit der Erzählungen Adam Scharrers" gegenüberzustellen, die für ihn darauf beruht, daß Scharrer mehr „an ältere naturalistische

107 Edgar Kirsch, *Die deutsche Novemberrevolution in den Romanen „Der 9. November" von Bernhard Kellermann und „Vaterlandslose Gesellen" von Adam Scharrer*, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg*, Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe 8, (1958/59) S. 155 - 159, hier S. 159.

108 Alfred Klein, *a.a.O.*, S. 260.

109 Die Frage ist deshalb nicht uninteressant, weil die Illusion, die Arbeiterklasse habe 1918 tatsächlich die Macht in ihren Händen gehabt, Adam Scharrer 1929 nicht zuzumuten ist; nicht umsonst läßt er in seinem Roman *Der große Betrug*, Berlin-Wien 1931, S. 27, einen Arbeiter die desillusionierende Einsicht gewinnen: „Wir glauben nämlich, wir haben eine Revolution gemacht und merken nun mit einem Male, daß wir genau so wenig zu sagen haben, wie vorher".

110 Jürgen Bonk, *Adam Scharrer*, S. 22 schreibt, die Schlußsätze des Romans „hatten eine starke optimistische Wirkung auf die Kampfsituation im Jahre 1929". Selbst wenn – was zu beweisen wäre – diese Feststellung zuträfe, bliebe die Frage, ob dieser Optimismus berechtigt war.

111 *A.a.O.*, S. 17.

112 Adam Scharrer, *Vaterlandslose Gesellen*, S. 205.

113 Alfred Klein, *a.a.O.*, S. 262.

114 Vgl. z.B. die Rezension in der kommunistischen *Welt am Abend* Jg. 7 (1929) Nr. 299: „Es [Scharrers Buch] ist wahr, erlebt, ungekünstelt erzählt und umso ergreifender". Vgl. auch die unter Anmerkung 140 zitierte Rezension der sozialdemokratischen Zeitschrift *Kulturwille*, Jg. 7 (1930), H. 12, S. 236.

Traditionen anknüpft". [115]

Wenngleich Adam Scharrer den Roman „Vaterlandslose Gesellen" weitestgehend auf autiobiographischem Material aufbaute, konnte er um den Preis seiner literarischen Wirkungslosigkeit jene Erfahrungen in den Roman nicht mit einfließen lassen, die ihn in die linke Opposition der KPD(S) und später in die KAPD geführt hatten: dies mag ein Motiv unter anderen dafür sein, daß er den Roman mit dem 9. November 1918 enden ließ.

Alfred Klein hat überzeugend nachgewiesen, daß es Scharrer 1929 in der Konzeption des Romans gleichwohl weder gelungen ist, seine eigene Beurteilungssperspektive, die die eines KAPD-Mitgliedes war, konsequent zu neutralisieren, noch eine Beurteilungsperspektive zu wählen, die mit der der KPD am Ende der Weimarer Republik identisch war. [116] Als „Linksradikalismen", die von der KPD-Politik abweichen, kritisiert Klein erstens, daß Scharrer in seinem Roman zwar „für die Lieknecht-Luxemburg-Richtung Partei nimmt, es aber unterläßt, den Spartakusbund als Vorläufer der Kommunistischen Partei Deutschlands zu charakterisieren", [117] zweitens rechnet er zu den „Linksradikalismen" Scharrers „Beharren auf dem Begriff 'Weltrevolution'": „Scharrer bleibt bei der bloßen Negation des Nationalismus und Sozialchauvinismus stehen. [. . .] Selbst die Idee vom proletarischen Vaterland taucht nicht auf, was zweifelos unmittelbar mit dem Festhalten Scharrers an der überholten Vorstellung von einer möglichst bald zu bewerkstelligenden 'Weltrevolution' zusammenhängt". [118]

115 Georg Lukács, *Deutsche Literatur im Zeitalter des Imperialismus,* in: ders.; *Skizze einer Geschichte der neueren deutschen Literatur,* Berlin (Ost) 1955, S. 93 - 153 und S. 139 f. Daß Lukács den Begriff „Naturalismus" in diesem Zusammenhang positiv verwendet – was er sonst wahrlich selten tut – läßt sich nur dadurch erklären, daß er dem älteren Naturalismus an dieser Stelle noch mehr Widerspiegelungsqualität einräumt als dem „Berichtstil" der proletarisch-revolutionären Literatur. Daß die Kritik an letzterer nicht eine bloß ästhetische, sondern eine politische ist, wird aus dem Kontext des Zitats deutlich; Lukács führt hier über die proletarisch-revolutionäre Literatur aus: „Diese Literatur bringt zwar thematisch manches Neue ins deutsche Schrifttum, aber ihre Darstellungshöhe reicht nicht aus, um damit in breiten Kreisen selbst innerhalb der Arbeiterklasse starken und unmittelbaren Eindruck zu erzielen. Ein weiteres Hemmnis ist, daß im Widerspruch zum formalen Berichtstil die meisten dieser Bücher inhaltlich in einer Welt spielen, nicht wie sie in Wahrheit ist, sondern wie sie nach der Meinung der Autoren sein soll. Wünsche und Hoffnungen der Schriftsteller werden in die Wirklichkeit hineinprojiziert und in den literarischen Berichten die Kräfteproportionen im deutschen Klassenkampf und in den Richtungskämpfen der Arbeiterklasse verzerrt widergespiegelt". Daß Lukács die hier freimütig geübte politische Kritik an der proletarisch-revolutionären Literatur zu Zeiten der Weimarer Republik bis zur Unkenntlichkeit in ästhetische Argumentationen einlagern mußte, darauf hat Udo Köster in seiner Studie *Zum Verhältnis von proletarisch-revolutionärer Belletristik und kommunistischer Politik in Deutschland 1929 - 1932,* in: *IWK,* Jg. 1972, H. 17, S. 1 - 15 hingewiesen. Die für Lukács in seinen literaturkritischen Beiträgen in der Weimarer Republik spezifische Verschränktheit von politischer und ästhetischer Argumentation, die seine Widersacher vor schier unlösbare Probleme stellte und so zur Transformation der Debatten in einen gereizten Abtausch ästhetischer Lehrmeinungen erst führte, bedarf allerdings noch der genaueren Bearbeitung.

116 Vgl. Alfred Klein, *a.a.O.,* S. 256-259.

117 *A.a.O.,* S. 259.

118 *A.a.O.,* S. 258; vgl. auch S. 256.

Gerade Scharrers Insistieren auf dem Begriff der Weltrevolution und die Negation jeglichen Nationalismus legen aber die Auffassung nahe, daß es sich bei dem ersten Kritikpunkt Kleins nicht um eine zufällige, sondern um eine bewußte Unterlassung Scharrers handelt. Wenn Scharrer seine Haupgfigur versichern läßt „Ein guter Patriot zu sein, wie billig wäre das. Ich bin es nicht und – will es nicht sein" (S. 169) und die diffamierende Bezeichnung „Vaterlandslose Gesellen" zum Titel seines Romans wählt, so ist das eine Konsequenz jenes vorbehaltlosen Internationalismus, wie er für die „Gruppe Internationale" um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verbindlich war. In den „Leitsätzen", die auf der ersten Reichskonferenz der „Gruppe Internationale" am 1. Januar 1916 verabschiedet wurden, lautet der 5. Satz:

„Der Weltkrieg dient weder der nationalen Verteidigung noch den wirtschaftlichen oder politischen Interessen irgendwelcher Volksmassen, er ist lediglich eine Ausgeburt imperialistischer Rivalitäten zwischen den kapitalistischen Klassen verschiedener Länder um die Weltherrschaft und um das Monopol in der Aussaugung und Unterdrückung der noch nicht vom Kapital beherrschten Gebiete. In der Ära dieses entfesselten Imperialismus kann es keine nationalen Kriege mehr geben. Die nationalen Interessen dienen nur als Täuschungsmittel, um die arbeitenden Volksmassen ihrem Todfeind, dem Imperialismus, dienstbar zu machen". [119]

Wenngleich Scharrers Hauptfigur dieser Auffassung in der Praxis nicht ganz konsequent folgt [120], so trifft doch Clara Zetkins Versicherung, daß 'auch den 'Vaterlandslosen Gesellen' ihre Nationalität und ihr Vaterland teuer sei', [121] für Adam Scharrer nicht zu. Die KAPD hat in der Frage des Internationalismus die Auffassungen der Spartakusgruppe bis in die völlige politische Isolation hinein bewahrt [122] und die Assimilation nationalbolschewistischer Tendenzen durch die KPD – z.B. im sogenannten Schlageter-Kurs 1923 – scharf bekämpft. [123] In einem „Der heranreifende Weltkrieg" überschriebenen Beitrag für den

119 *Spartakusbriefe*, S. 113 f., Satz 5. Diese These, die auch von Rosa Luxemburg in der *Junius-Broschüre* vertreten wurde, wird von Walter Bartel, *Die Linken in der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen Militarismus und Krieg*, S. 288, kritisiert.

120 Bei der Schilderung einer Angriffsszene an der Westfront bezeichnet Hans Betzoldt die angreifenden Franzosen als „Hunde" und „Schweine" (*Vaterlandslose Gesellen , S. 69).* Edgar Kirsch (vgl. Anm. 107), S. 158 hat zu dieser Stelle bemerkt: „Im Banne des militärischen Auftrags wird das Klassendenken mindestens zeitweilig ausgeschaltet". – Es handelt sich hier zweifellos um eine der nicht seltenen inhaltlichen und literarischen Schwächen des Romans, dessen dokumentarischer Wert erheblich bedeutsamer ist als sein litearischer.

121 Clara Zetkin, *Unser Patriotismus*, in: dies., *Ausgewählte Reden und Schriften*, Bd. 1, Berlin (Ost) 1957, S. 317. Wenn Scharrers *Vaterlandslose Gesellen* in einem – anonymen – Vorwort der Auflage im Aufbau-Verlag Berlin 1952 als ein „patriotischer Roman" bezeichnet wird, so steht diese Auffassung in einem deutlichen Kontrast zu Scharrers Selbstverständnis.

122 Im Parteiprogramm der KAPD heißt es dazu u.a.: „Die K.A.P.D. ist sich bewußt, daß der Endkampf zwischen Kapital und Arbeit nicht innerhalb nationaler Grenzen ausgefochten werden kann. Ebensowenig wie der Kapitalismus an den Landesgrenzen Halt macht und auf seinem Raubzuge durch die Welt sich durch irgendwelche nationale Skrupel Einhalt gebieten läßt, ebensowenig darf das Proletariat unter der Hypnose nationaler Ideologien den fundamentalen Gedanken der internationalen Klassensolidarität jemals aus dem Auge verlieren". Zitiert nach dem Abdruck bei Hans Manfred Bock, *a.a.O.*, S. 407 - 417, hier S. 416.

123 Vgl. hierzu den Artikel *Der nationale Gedanke im proletarischen Klassenkampf*, in: *KAZ*, Jg. 4 (1923), Nr. 81.

„Proletarier" weist Scharrer 1925 auf die „Orgien" hin, die „der Nationalismus der III. Internationale" im Schlageter-Kurs „feierte" und schärft als Lehre aus dem letzten Weltkrieg ein: „Das Proletariat muß durch die Lehre des letzten Weltkrieges begriffen haben, daß der heutige kapitalistische Zustand, die heutige kapitalistische Politik, keinen Raum mehr läßt für 'nationale Zwischenlosungen' ". [124] Auch die Tatsache, daß die KPD in ihrem „Programm der nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes" vom August 1930 die Idee des 'proletarischen Vaterlands' weidlich ausschlachtete und Johannes R. Becher 1931 für die proletarisch-revolutionären Schriftsteller in der KPD die 'zentrale Losung' „Verteidigung der Sowjetunion" [125] ausgab und sie vor die Alternative „Faschismus oder Sowjetdeutschland" [126] stellte, hat Scharrer an seinem konzessionslosen Internationalismus nicht irre gemacht.

In einem 1966 erstmals publizierten Brief an das „Sekretatiat des Präsidiums der Weltinternationale für revolutionäre Literatur" vom 7. Juli 1931 schreibt Scharrer u.a.: „Ich wurde von der Redaktion der 'Linkskurve' aufgefordert meine Stellung zu einem kommenden Kriege gegen die SU erneut zu formulieren, und komme diesem Ersuchen hiermit nach:
Ich habe bereits vor einem Jahre meine Stellung zu dieser Frage kurz dahin präzisiert: Der Krieg ist die Fortsetzung der kapitalistischen Politik mit anderen Mitteln. Die Arbeiterschaft hat keine andere Möglichkeit, den Krieg abzuwehren, als ihrerseits den Kampf gegen die Bourgeoisie zu verschärfen, ihr die Macht zu entreißen, den Krieg unmöglich zu machen durch die Überwindung des Kapitalismus als einer 'Ordnung', zu der soziale und politische Katastrophen gehören wie die tötende Giftfrucht zu einer giftigen Pflanze.
Meiner Meinung nach ist die Parole: 'Verteidigung der SU' falsch. Diese Parole hat keinen konkreten Sinn, leistet allen opportunistischen und pazifistischen Elementen Vorschub und führt, wenn ein kapitalistischer Staat aus imperialistischen Interessen 'neutral' zu bleiben sucht, geradewegs zur Einheitsfront mit der Bourgeoisie. Die Vergangenheit beweist, daß diese Bündnispolitik, um mit Hilfe kapitalistischer Verbündeter einen anderen kapitalistischen Gegner niederzuwerfen, Verwirrung und Niederlage bedeutet". [127]

In seiner Antwort auf eine Enquete der „Literaturzeitung" (Moskau) schrieb Scharrer Ende 1932 auf die Frage „Wie verhalten Sie sich zur Oktoberrevolution? ": „Die Oktoberrevolution war die einzig mögliche und geschichtlich notwendige Antwort des russischen Proletariats auf das Verbrechen des Weltimperialismus: den vierjährigen Massenmord für den Profit. Ich bin jedoch der Meinung, daß die klassenlose Gesellschaft in einem Lande nicht errichtet werden kann; die Entscheidung über den endgülitgen Sieg vorerst bei dem westeuropäischen,

124 Adam [Scharrer], *Der heranreifende Weltkrieg*, in: *Proletarier*, H. 7 (Mai 1925), S. 137 - 142, hier S. 141. In dem Aufsatz *Der Imperialismus sein Kampf gegen die erwachsenden Kolonien und das Proletariat*, in: *Proletarier* H. 9 (August 1925), S. 185 - 189, hier S. 189, schreibt Scharrer: „Jeder Versuch, die Arbeiterklasse einzuspannen für nationale Bestrebungen, Selbstbestimmungsrecht usw. ist – wie schon Rosa Luxemburg in ihrer Kritik an der russischen Revolution betonte – eine Komödie, die enden muß mit einer Tragödie".

125 Johannes R. Becher, *Die Kriegsgefahr und die Aufgaben der revolutionären Schriftsteller*, in: *Zur Tradition der sozialistischen Literatur in Deutschland*, S. 221 - 260, hier S. 233.

126 *A.a.O.*, S. 249.

127 Zitiert nach: *Aktionen, Bekenntnisse, Perspektiven. Berichte vom Kampf um die Freiheit des literarischen Schaffens in der Weimarer Republik*, Berlin und Weimar 1966, S. 265 f. Bereits 1930 hatte Scharrer eine Antwort auf die Umfrage „Wie verhalte ich mich, wenn die Imperialisten die Sowjetunion überfallen? " verfaßt, vgl. *Inprekorr*, Jg. 10 (1930), Nr. 104 (3. Dezember), wieder abgedruckt in: *Aktionen, Bekenntnisse, Perspektiven*, S. 512 f.

vor allen Dingen bei dem deutschen Proletariat liegt; die Weltkommune nur möglich ist durch die Weltrevolution". [128]

Wenn Scharrer somit einerseits persönlich in einer für die Politik der KPD und der Komintern entscheidenden Frage, nämlich der des 'proletarischen Nationalismus' und der 'Verteidigung der Sowjetunion' eine linksradikale Opposition vertrat und wenn andererseits in Scharrers Romanen – nach Alfred Kleins hier abgewogenem Urteil – seine „aus 'linken' Vorbehalten herrührenden Differenzen mit der Stategie und Taktik der KPD [. . .] konzeptionell spürbar" [129] blieben, so erhebt sich die Frage, weshalb Scharrers Roman „Vaterlandslose Gesellen" von der Presse der KPD so emphatisch und rückhaltlos begrüßt wurde.

„Die Rote Fahne" schickte ihrem Abdruck des Romans einen Vorspann voraus, in dem es u.a. hieß: „Es erschienen bisher, besonders in der letzten Zeit, sehr viele Kriegsromane, aber kein einziger, der den Proleten im Krieg gezeigt hätte. Seelische Ereignisse und die Erlebnisse und Entwicklungen des Intellektuellen, aber nirgends die proletarischen Massen und ihr Klassenkampf. Dies zu zeigen, mußte ein Prolet erstehen, der auf der anderen Seite, in der hunderttausende 'vaterlandslose Gesellen' diese Greuel erlebt und überlebt hatte [sic] und Augen hatte, die Geschehnisse, die Leiden, aber besonders die heldenhaften Kämpfe dieser Klasse klar zu sehen. Adam Scharrer, ein Betriebsprolet, der Verfasser des Romans, geht in den Krieg als Sozialist, als Kriegsgegner und sein Held, Hans Betzoldt, Schlosser, erzählt in einfachen Worten alles vom Krieg, was in anderen Kriegsbüchern nicht steht: Die langsame Entwicklung und der Ausbruch des revolutionären Handelns. Dieses großzügige Bild ist umrahmt mit einer schlichten Schilderung des Arbeiterlebens, das in seiner Wirklichkeit spannender in diesem Roman, als alle raffinierten Detektivromane. Nicht nur politisch, sondern auch künstlerisch ist dieser Roman ein vollkommenes Werk.
Wir bitten unsere Leser, ihre Meinung und Kritik auch über diesen Roman uns mitzuteilen und damit uns [zu] helfen bei dem Aufbau der proletarisch-revolutionären Literatur". [130]

Klaus Neukrantz, Verfasser der „Barrikaden am Wedding", wies in seiner Rezension von „Vaterlandslose Gesellen" in der „Linkskurve" darauf hin, daß die Geschichte der antimilitaristischen Kämpfe des Proletariats bis zu Scharrers Roman unterschlagen worden sei: „Ganz still und ohne Sensationsreklame hat uns ein Arbeiter ein Buch auf den Tisch gelegt: So, Genosse, so war es, genau so – und das andere ist alles gelogen. So war es draußen im Felde, so war es zu Hause bei unseren Frauen und Kindern, so war es in den reformistischen sozialpatriotischen Gewerkschaften, so war es bei dem Munitionsarbeiterstreik 1917 und so 1918, als wir noch Waffen und rote Fahnen in den Fäusten hielten". [131] – Auf ganz ähnliche Weise

128 *A.a.O.*, S. 267. Scharrers Antwort ist in diesem Band gleich zweimal abgedruckt, einmal (S. 267 f.) mit Anschreiben, einmal (S. 512 f.) ohne. Zuerst wurde diese Antwort abgedruckt in: *Internationale Literatur*, Jg. 3 (1933), H. 1, S. 135.

129 Alfred Klein, *a.a.O.*, S. 259. – Daß Scharrer seine 'linken Vorbehalte' gegen die KPD in privaten Schreiben noch deutlicher zum Ausdruck brachte als in veröffentlichten Texten, wird aus Auszügen von Briefen Adam Scharrers an Paul Mattick deutlich, die Walter Fähnders *(Linksradikalismus und Literatur*, Bd. 2, S. 248 und S. 262) veröffentlicht: Scharrer teilt hier mit, daß es für ihn nicht in Frage kommt, Mitglied der KPD zu werden oder in der Presse der KPD zu publizieren (S. 248); der KPD wirft er jene „politische Sturheit und Revolutionsphantasterei" (S. 262) vor, die seine eigenen programmatischen Äußerungen in den Publikationsorganen der KAPD stets geprägt hatte.

130 Zitiert nach: *Die Rote Fahne*, Jg. 13 (1930), Nr. 55 (6. März).

131 Klaus Neukrantz, [Rezension zu:] *Adam Scharrer, Vaterlandslose Gesellen*, in: *Die Linkskurve*, Jg. 2 (1930), H. 2, S. 28 f.

wurde der Roman auch den Lesern der „Internationalen Presse-Korrespondenz" [132] und der kommunistischen Tageszeitung "Welt am Abend" [133] empfohlen.

In seinem Beitrag „Romane über den imperialistischen Krieg. Der Klassenkampf in der Kriegsliteratur – von 1914 bis 1930", in dem Arnold Zweigs 'Grischa' ebenso wie Remarques „Im Westen nichts Neues" unter die Kategorie „Aufrüstungsliteratur" [134] subsumiert, Zweig als „Courths-Mahler des Kurfürstendamms" [135] und Remarque schlicht als „Aufrüstungskriegsdichter" [136] vorgestellt werden, schrieb Karl August Wttfolgel, einer der Theoretiker der „Linkskurve", über Scharrers Roman: „Scharrers schlichter, die Kriegsvorgänge an der Front und daheim immer wieder an der wesentlichen Stelle kennzeichnender Roman muß, zumal wenn man seine Darstellung der revolutionären Gegenbewegung einschließt, trotzdem auch Scharrer nicht alle Möglichkeiten des geschichtlichen Stoffs ausgenutzt hat, als der vorläufig politisch reifste Roman über den letzten Krieg gelten". [137]

Ludwig Renn schließlich, dessen Buch „Krieg" Wittfogel in seinem Beitrag kenntnisreich ausgespart hatte, schätzte Adam Scharrers Roman höher ein als seinen eigenen: „Ich habe keinen Kriegsroman mit wirklicher Zustimmung lesen können. Überall war da etwas, was mich kalt stimmte, und zwar nicht nur in Einzelheiten, sondern in der Gesamtanlage. Da las ich Scharrers 'Vaterlandslose Gesellen' und merkte gleich, daß hier etwas da ist, was kein anderer hat. Von der ersten bis zur letzten Zeile ist hier das, wozu ich ja sage, ohne Einschränkung.
[. . .] Man hat – übrigens gutgläubig – mein Buch 'Krieg' das Buch des einfachen Mannes im Schützengraben genannt. Das hat sich als ein Irrtum herausgestellt. Man wird ein Buch in diesem Sinne nicht bekommen, weil der einfache Mann im Schützengraben, der Arbeiter im Waffenrock, den Krieg auf eine Weise betrachtet, die den Kriegführenden durchaus nicht angenhm ist. Bei Scharrer ist die Auffassung des Arbeiters im Waffenrock in ihrer Konsequenz durchgeführt. Dieses Buch bedeutet einen Abschnitt und vielleicht einen letzten Schritt in der Literatur über den Weltkrieg 1914/18". [138]

Die Frage, weshalb die kommunistischen Rezensenten Scharrers Roman vorbehaltlos lobten und „Die Rote Fahne" außer diesem Roman auch Scharrers nächsten, „Der große Betrug", abdruckte, läßt sich ohne detailliertere Untersuchungen zur kommunistischen Literaturpoli-

132 J.G., [Rezension zu:] *Adam Scharrer, Vaterlandslose Gesellen,* in: *Inprekorr,* Jg. 10 (1930), Nr. 14, S. 348.

133 G., [Rezension zu: Adam Scharrer] *Vaterlandslose Geesellen,* in: *Welt am Abend* (Berlin) Jg. 7, (1929), Nr. 299.

134 Karl August Wittfogel, *Romane über den imperialistischen Krieg. Der Klassenkampf in der Kriegsliteratur – von 1914 bis 1930,* in: *Die Rote Fahne,* vom 26.7.1930, wieder abgedruckt in: Manfred Brauneck (Hrsg.), *Die Rote Fahne. Kritik, Theorie, Feuilleton 1918 - 1933,* München 1973, S. 391 - 404, und S. 399 - 401.

135 *A.a.O.,* S. 400.

136 *A.a.O.,* S. 401.

137 *A.a.O.,* S. 403.

138 Ludwig Renn, [Rezension zu: Adam Scharrer] *Vaterlandslose Gesellen,* in: *Die Weltbühne* 34 (1930), Zitiert nach dem Abdruck in: Alfred Klein, *a.a.O.,* S. 682 - 84.

tik, als sie bis heute vorliegen, nicht beantworten; [139] festzuhalten ist, daß in der kommunistischen Rezeption von Scharrers Roman keiner der von Alfred Klein gegen den Roman erhobenen politischen Vorbehalte überhaupt nur erwogen wurde.

Mindestens genauso erklärungsbedürftig wie die uneingeschränkte Zustimmung, die Scharrers Roman in der kommunistischen Presse erfuhr, ist die, soweit ich sehe, durchgehend wohlwollende Aufnahme des Romans „Vaterlandslose Gesellen" durch die sozialdemokratische Presse. In der Zeitschrift „Kulturwille" stellte Johann Kretzen den Roman u.a. mit der folgenden Charakterisitik vor: „Dies Buch [. . .] ist durch und durch politisch, es beginnt schon

139 Da es inzwischen zwar eine ansehnliche Menge von Dokumenten und Aufsätzen zur Literaturpolitik der KPD am Ende der Weimarer Republik gibt, aber noch keinen Versuch ihrer historischen und systematischen Aufarbeitung, kann man zu dieser Frage noch eine ganze Reihe von Hypothesen verfolgen:
1. Eine globale Hyothese wäre die folgende: Es gab in der KPD am Ende der Weimarer Repbulik zwar Bemühungen und Auseinandersetzungen um, aber keinen Konsens über ein konsistentes Programm einer kommunistischen Literaturpolitik, das es erlaubt hätte, politische und ästhetische Links- bzw. Rechtsabweichungen eindeutig und konsequent zu diskriminieren und nach Maßgabe einer solchen Überprüfung Romane in der kommunistischen Presse zu publizieren und zu rezensieren. Nach dieser Hypothese hätte es keinen Zusammenhang zwischen der Theoriediskussion in der kommunistischen Publizistik, vor allem der *Linkskurve,* und der publizistischen und literaturkritischen Praxis der kommunistischen Presse gegeben. Eingeschränkt auf die Arbeiterkorrespondenten und ihre Förderung durch die kommunistische Presse ließe sich eine solche Hypothese stützen z.B. durch einen Aufsatz von Alfred Kurella über *Die Reserven der proletarisch-revolutionären Literatur in den kapitalistischen Ländern,* in dem Kurella u.a. ausführt: „Die Arbeiter-Schriftsteller Scharrer, Plivier, Hotopp, Turek, Lorbeer, Bredel, Marchwitza, Körner, Ginkel, Ring, Fodor und andere sind heute schon Faktoren in der deutschen Literatur und spielen mit ihren Arbeiten eine gewisse Rolle in der ideologischen Entwicklung der deutschen Arbeiterklasse. Die 'Entdeckung' und Heranziehung dieser neuen Kräfte kann aber nicht als das Resultat planmäßiger Bemühungen gebucht werden. Sie sind vielmehr 'von selbst' gekommen, und man hat sie dann oft aus vorwiegend verlegerischen Gründen 'lanciert'. In Zukunft geht das natürlich nicht weiter". Zitiert nach: *Zur Tradition der sozialistischen Literatur in Deutschland,* S. 295 - 313, hier S. 307. Der Aufsatz wurde zuerst in *Der Rote Aufbau* Jg. 1930, H. 12 und Jg. 1931, H. 1, abgedruckt.
2. Statt dieser globalen könnte man auch differenzierte Hypothesen geringerer Reichweite – möglicherweise in Kombination untereinander -- untersuchen:
a) Scharrers Roman wurde von der KPD-Presse gefördert, weil Scharrer selbst Arbeiter-Korrespondent war und sein Roman in eine Phase des BPRS fiel, in der dieser sich radikal von bürgerlichen 'Mitläufern' distanzierte und nahezu ausschließlich Arbeiterkorrespondenten protegierte. Vgl. dazu einige Angaben bei: Helga Gallas, *Marxistische Literaturtheorie,* Neuwied und Berlin 1971, S. 47 - 51.
b) In der Phase der 'linken' Politik der KPD werden 'Linksabweichungen', zumal belletristische, toleriert. Als Indiz für diese Hypothese kann die Tatsache gewertet werden, daß *Die Rote Fahne* nicht nur zwei Romane von Scharrer, sondern auch zwei Romane von Theodor Plievier abdruckte (*Des Kaisers Kulis,* 1929 und *Der Kaiser ging, die Generäle blieben,* 1932).
c) Der Abdruck und die Förderung von Romanen richtete sich nicht nach einer vermuteten positiven Übereinstimmung der Romane mit der Politik der KPD, sondern lediglich danach, ob in den Romanen dieselben Gegner wie von der KPD bekämpft wurden, wie z.B. der „Sozialfaschismus" und „Pazifismus"; vgl. entsprechende Forderungen bei Johannes R. Becher, *Die Kriegsgefahr und die Aufgaben der revolutionären Schriftsteller,* in: *Zur Tradition der sozialistischen Literatur in Deutschland,* S. 221 - 250, bes. S. 230 - 233 und S. 235 - 239. Als Indiz für diese Hypothese kann die Tatsache gewertet werden, daß Scharrers Romane von der gesamten KPD-Presse gelobt wurden, während Plieviers Roman *Des Kaisers Kulis* von Klaus Neukrantz in der *Linkskurve* das Prädikat „revolutionär" aberkannt bekam, weil in ihm „vollständig die verräterische Rolle" fehlte, „die von Anfang an die SPD unter den Matrosen gespielt hat" (Klaus Neukrantz, Rezension zu Plievier, *Des Kaisers Kulis,* in: *Die Linkskurve* Jg.2 (1930), H. 1, S. 31). Vgl. dazu auch die Replik Plieviers und die Entgegnung A. [ndor] G. [abors] auf sie in: *Die Linkskurve* Jg. 2 (1930), H. 2, S. 20.

mit den Einsichten, die für die meisten Arbeiter erst im Kriegsverlauf deutlich wurden. [. . .] Scharrers Buch ist von Anfang bis Ende von proletarischem Klassenbewußtsein erfüllt. Der 'Held' steht immer im Klassen-, im Massenschicksal. Er steht da mit der Stärke, aber auch mit der Schwäche seiner Klasse in der kapitalistischen Welt. So klassenbewußt das Buch auch geschrieben ist, es enhält keine Deklamationen. Es überzeugt durch die Fülle und Wahrhaftigkeit seiner Schilderungen, durch die Kraft der Darstellung". [140]

In einer Rezension der 'Zeitschrift für sozialistische Buchkritik', der „Bücherwarte", äußerte der Rezensent Vorbehalte gegenüber den ästhetischen Qualitäten des Romans, konstatierte aber: „Immerhin: künstlerisch von manchen übertroffen, steht es uns sachlich näher als zahlreiche andere". [141] Die sozialdemokratische „Volksstimme Mannheim" schrieb am Schluß einer Rezension von Scharrers Romanen „Aus der Art geschlagen" und „Vaterlandslose Gesellen": „Man wird ohne Übertreibung sagen können, daß Scharrer durch seine beiden Bücher mit einem Schlage in die erste Reihe der deutschen Arbeiterdichter gerückt ist, ja daß er wahrscheinlich heute d e r Arbeiterdichter in Deutschland ist". [142]

Schlußbemerkungen

1. Die Phase seiner eigentlichen literarischen Produktion begann Adam Scharrer als Vierzigjähriger zu einem Zeitpunkt, da zu einer politischen Verwirklichung des maximalistischen Programms der KAPD keine Chance mehr bestand.

2. Realiserbar mag Scharrer in der Zeit seiner literarischen Aktivität nur noch ein Punkt des Parteiprogramms der KAPD erscheinen sein, nämlich einen Beitrag zu leisten zur „Selbstbewußtseinsentwicklung des deutschen Proletariats", die im KAPD-Programm als „das Problem der deutschen Revolution" [143] schlechthin bezeichnet wurde.

3. Bei Strafe seiner literarischen Wirkungslosigkeit durfte Scharrers Beitrag zur „Selbstbewußtseinsentwicklung des deutschen Proletariats" nicht erkennbar aus der Perspektive eines politischen Führers der KAPD konzipiert werden. Da für Scharrer autobiographische und politische Erfahrungen ein Ganzes bildeten, konnte er diese Perspektive in seinen Arbeiten nicht vollständig unterdrücken.

140 – etz –, [d. i. Johann Kretzen, Rezension zu: Adam Scharrer, Vaterlandslose Gesellen] In: *Kulturwille* Jg. 7 (1930), H. 12, S. 236.

141 Franz Diederichs, [Rezension zu:] *Adam Scharrer, Vaterlandslose Gesellen,* in: *Bücherwarte. Zeitschrift für sozialistische Buchkritik.* Jg. 1 (1930), H. 7, S. 98.

142 *Volksstimme Mannheim* vom 21.1.1931, zitiert nach: Adam-Scharrer-Archiv, Nr. 336. – Auch in der *Literarischen Welt* erhielt Scharrers Roman eine positive Rezension. Dort schrieb ein m.r. über *Vaterlandslose Gesellen:* „Ein Arbeiter schreibt ohne literarischen Ehrgeiz seine Erlebnisse während des Krieges nieder. Aber es bleibt keine Biographie. Es ist ein klassenbewußter Arbeiter, und so wird die Niederschaft seines Lebens auch zur Aufzeichnung der Kämpfe und Schicksale seiner Klasse. Wie die revolutionäre Bewegung in der Heimat aus einer Geste bewußter Einzelner, vorerst Liebknechts, wieder zu einer Massenbewegung wird und sich allmählich als stärker erweist als die nationale Phraseologie, wie die Widerstandskraft der Front erlahmt, das ist klar und für jeden, der sich erinnern will, brauchbar dargestellt. Der Stoff schon macht es interessanter als die meisten Publikationen privater Kriegserlebnisse. Das Buch ist sauber und gerade in seiner revolutionären Tendenz. Nie versucht es, auf die Sentimentalität zu wirken. Dazu ist es gut geschrieben. Sein literarischer Wert erschöpft sich allerdings in der Inhaltsangabe". In: *Die literarische Welt* Jg. 6 (1930), H. 11, S. 6.

143 Parteiprogramm der KAPD, zitiert nach dem Abdruck bei Hans Manfred Bock, *a.a.O.*, S. 410.

4. Von 1929 bis 1931 gleichzeitig in der SPD und KPD nahestehenden Verlagen publizierend, wählte Scharrer mit der autobiographischen Erzählung, bzw. dem autobiographischen Roman, eine literarische Form, in der persönliche und politische Erfahrungen miteinander verknüpft in einer Erzählkonzeption dargestellt wurden, die nicht auf spezifische Organisationsziele einer Partei der Arbeiterklasse bezogen war.

5. Der Roman „Vaterlandslose Gesellen" von Adam Scharrer wurde von der KPD publiziert und in Rezensionen gefördert, obgleich er nicht positiv deckungsgleich mit den strategischen und taktischen Zielen der Literaturpolitik der KPD war. Der Roman wurde von den der SPD nahestehenden Zeitschriften wohlwollend rezensiert und zur Lektüre empfohlen, obgleich im Roman die SPD als der Hauptgegner des antimilitaristischen Kampfes im Ersten Weltkrieg dargestellt wurde.

6. Wenn – was zu belegen ist – die hier am Fall Adam Scharrers festgestellte Rezeption linksradikaler Literatur durch die Presse der KPD und der SPD kein insignifikanter Einzelfall ist, so bedürfte wohl die Erforschung der kommunistischen, vor allem aber auch der sozialdemokratischen Literatur-'Politik' einer Revision einiger ihrer traditionellen Hypothesen.

QUELLEN ZUR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG IM STAATSARCHIV IN BÜCKEBURG

Von Horst-Rüdiger Jarck

Das Niedersächsische Staatsarchiv in Bückeburg * ist für den Bereich des ehemaligen Fürstentums Schaumburg-Lippe und der Grafschaft Schaumburg zuständig. Beide Territorien gingen 1647 aus der Teilung der alten Grafschaft Schaumburg hervor.

Graf Philipp zur Lippe aus der Linie Alverdissen begründete aus dem ihm zufallenden Teil die Grafschaft Schaumburg-Lippe, die über die Teilnahme am Rheinbund, den Norddeutschen Bund und die Einsetzung eines Reichskommissars am 9.3.1933 bis zur Gründung des Landes Niedersachsen selbständig blieb. Sozialgeschichtlich herausragende Ereignisse waren die Revolution von 1848, die Einführung der konstitutionellen Verfassung von 1868 und, nach der Abdankung des Fürsten Adolf 1918, die neue Verfassung vom 24.2.1922. Die Bestände des Fürstentums Schaumburg-Lippe sind nahezu vollständig überliefert, obwohl sie in ihrer Bestandsgeschichte mehrfach verlagert wurden. [1]

Die Grafschaft Schaumburg stand ab 1647 in Personalunion mit Hessen, wurde 1821 der Provinz Niederhessen zugeschlagen, ging dann 1866 an Preußen und gehörte zur Provinz Hessen-Nassau bis sie 1932 zur Provinz Hannover gelegt wurde. Das Archiv der hessischen Grafschaft Schaumburg entstand in Rinteln. Große Teile wurden im zweiten Weltkrieg vernichtet. Die Rintelner Restbestände und verschiedene Ablieferungen, die schon vorher an das Staatsarchiv Marburg abgegeben worden waren, wurden der Grundstock des Archivs der Grafschaft Schaumburg, das nach der Gründung des Landes Niedersachsen in das Staatsarchiv Hannover gegeben wurde. Die Archivalien beider Territorien lagen nach dem Zweiten Weltkrieg in Hannover und wurden 1961 in das neugegründete Niedersächsische Staatsarchiv in Bückeburg gegeben.

Die nachfolgende Zusammenstellung strebt eine möglichst große Vollzähligkeit der Akten zur Arbeiterbewegung und zur Stellung der Arbeiter an. Das Gesinde und der Bereich des Handwerks finden keine Berücksichtigung. Es wurden die Akten der Regierungen in Bückeburg und Rinteln, der Ämter und Gerichte ausgewertet, ebenso das sehr umfangreiche Stadtarchiv Bückeburg. Eine chronologische Ordnung erwies sich als nicht sinnvoll. Daher sind die Akten soweit möglich nach Reihenfolge und Bezeichnung in den Findbüchern angegeben.

Eine Übersicht über den Gesamtbestand des Staatsarchivs in Bückeburg ist bislang noch nicht veröffentlicht worden. Eine im Archiv vorliegende maschinenschriftliche Bestandsübersicht gibt einen Überblick über die vorhandenen Provenienzen.

* Anschrift: 4967 Bückeburg, Schloß.

1 Vgl. zur Registraturgeschichte die Bestandsübersicht von Franz Engel, *Die Schaumburg-Lippischen Archive und zentralen Registraturen. Ihre Geschichte und ihr Inhalt* (= Veröffentlichungen der Nieders. Archivverwaltung, H. 4), Göttingen 1955.

Die Archivalien können im Lesesaal des Staatsarchivs eingesehen werden (Öffnungszeiten: Montag und Dienstag 8.30 – 16.30 Uhr, Mittwoch und Freitag 8.00 – 16.00 Uhr). Es gelten die Benutzungsbedingungen für die niedersächsischen Staatsarchive vom 29.11.1971 (Nds. MBl. Nr. 1/1972. S. 3 - 7).

Die Literatur zur Geschichte der regionalen Arbeiterbewegung ist in der Schaumburgischen Bibliographie nachgewiesen. [2]

2 Vgl. Friedrich Busch, *Schaumburgische Bibliographie* (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen, Bd. 31), Hildesheim 1964.

Übersicht

A. Fürstentum/Land Schaumburg-Lippe

I. Regierung
1. Regierungsregistratur 1777 - 1909
2. Regierungsregistratur 1909 - 1949

II. Regionalbehörden
1. Amt Bückeburg (mit Arensburg) 1648 - 1880
2. Amt Stadthagen (mit Hagenburg) 1648 - 1938

B. Grafschaft Schaumburg

I. Regierung
1. Regierung Rinteln 1820 - 1927

II. Regionalbehörden
1. Landratsamt Rinteln

III. Lokalbehörden
1. Stadt Bückeburg - Stadtarchiv

IV. Gerichte
1. Obergericht 1821 - 1866

Bestände

A. FÜRSTENTUM/LAND SCHAUMBURG-LIPPE

I. REGIERUNG

1. Regierungsregistratur 1777 - 1909

L 3

Bh Nr. 50a Ausführung des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie 1878-1883

Bh Nr. 50b dass. 1883-1888

Da Nr. 1 Politische Bewegungen und Veränderungen in Folge der französischen Revolution vom 24.2.1848 1848-1849

Da Nr. 18 Bekanntmachung der in Frankfurt a.M. am 27.12.1848 erlassenen sog. Grundrechte des deutschen Volkes im hiesigen Lande und deren Wiederaufhebung vom 23.8.1851 1849-1851

Le Nr. 20 Ergänzung der Wahlen zu der durch Gesetz vom 6.12.1848 behuf Vereinbarung einer Landesverfassung berufenen Volksvertretung, deren Wiedereinberufung und Vertagung 1867-1868

Le Nr. 24a Wahlen zu den auf Grund des Gesetzes vom 17.11.1868 zu berufenen Landtagen, deren Convocation, Vertagung 1869-1870

Le Nr. 24b dass. 1870-1879

Le Nr. 24c dass. 1881-1887

Le Nr. 24d dass. 1887-1894

Le Nr. 24e dass. 1894-1904

Va Nr. 55 Gesetzgebung über die Presse 1854-1855

Va Nr. 56a Gesetzgebung über das Vereinswesen 1854-1884

Findmittel: Findbuch

2. Regierungsregistratur 1909 - 1949

L 4

Gewerbe und Handwerk

7995 Industriearbeiter 1915-1916

8392 Arbeitszeitverkürzung 1931-1933

8405 Schutz für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter 1909-1913

8405a Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter. Beschäftigung in Steinkohlenbergwerken 1913
8406 Arbeiterschutzvorschriften für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter 1922-1944
8407 Jugendschutzgesetz und Bergbau 1938-1941
8408 Gewerbliche Beschäftigung von Schulkindern 1924-1925
8409 dass. 1925-1944
8410 Beschäftigung von Arbeiterinnen vor und nach der Niederkunft 1927-1928
8411 Bauarbeiterschutz 1930-1942
8413 Arbeiterschutzvorschriften. Verschiedenes 1917-1939
8451-52 Deutsche Arbeitsfront 1933-1946
8480 Tarif- und andere arbeitsrechtliche Streitigkeiten, Lohnpolitik 1933-1934
8482 Heimarbeit 1925
8483 dass. 1934-1938
8484 dass. 1937-1940
8515-18 Reorganisation des Arbeiterversicherungswesens 1904-1946
8519 Festsetzung der Ortslöhne 1913-1914

Polizeiwesen – Landespolizei

9043 Die Anmeldung und Überwachung öffentlicher Versammlungen 1890-1903
9168 Hoch- und Landesverrats-Verbrechen 1894-1934
9169 dass. 1934-1941
9171 Ausweisung und Aufenthaltsbeschränkungen bestrafter Inländer 1908
9174 Einrichtung einer Landeskriminalpolizei, Organisation, Instruktionen und Auflösung 1923
9175 Neuordnung der staatlichen Kriminalpolizei 1936-1939
9186 Kommunistische Zersetzungstätigkeit gegen Reichswehr und Polizei 1932-1933

Polizeiwesen – Ortspolizei

9276 Polizeiliche Führungszeugnisse. Fernhalten von Mitgliedern der kommunistischen Partei von Polizei und Reichswehr 1907-1947
9277 Mitteilungen des Reichskommissars für Überwachung der öffentlichen Ordnung 1924-1929

Polizeiwesen – Sicherheits- und Verkehrspolizei

9376 Streiks und die gegen dieselben getroffenen Maßregeln 1886-1920
9377 Arbeiterausstände 1910-1921

Polizeiwesen – Vereins- und Versammlungspolizei

9658 Ausführung des Reichsvereinsgesetzes vom 19.4.1908 1907-1932
9659 Gesetzgebung über das Vereinswesen 1885-1897
9660 dass. 1897-1908
9661 Anregung zur Abänderung des Vereinsgesetzes 1896-1899
9662 Überwachung öffentlicher Versammlungen von Bauhandwerkern, Gründung eines Fachvereins der vereinigten Bauhandwerker 1888-1893
9663 Gesetzgebung über das Vereinswesen. Anmeldung der Versammlungen 1906-1932
9664 Berg- und Glasarbeiterversammlungen 1900-1901
9665 Reichsvereinswesen. Verschiedenes 1908-1936

Polizeiwesen – Politische Polizei

9669 Erlaß und Durchführung des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21.10.1878 1900-1911

9670 Maßnahmen gegen den Anarchismus und die Sozialdemokratie 1898-1905

9671 dass. 1905-1918

9672 Sozialdemokratische Versammlungen 1912-1933

9673 Beschlagnahmte oder eingezogene sozialdemokratische und anarchistische Schriften 1906-1926

9674 Maßnahmen gegen die NSDAP 1926-1941

9677 Maßnahmen gegen die „Antifa" 1930-1931

9678 Verbot, Schutz und Überwachung öffentlicher politischer Versammlungen und Umzüge 1930-1931

9679 dass. Gesuche um Genehmigung von Ausnahmen 1931

9680 Zusammenstoß von Mitgliedern der NSDAP und des Reichsbanners in Evesen am 27.2.1931, später in Bückeburg und in Hagenburg 1931-1933

9681 Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen 1931-1933

9682 Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat 1933-1941

9683 Statistische Angaben der Polizeibehörden 1931-1932

9684 Statistik über rechtskräftige Verurteilungen 1931-1932

9685 VO des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28.3.1931. Gesuche um Genehmigung von Ausnahmen 1931-1932

9686 dass. 1932-1935

9687 Polizeilicher Schutz aus Anlaß von politischen Versammlungen und Umzügen 1931-1932

9688 Heranziehung der Reichswehr zur Bekämpfung politischer Unruhen sowie Bewachung der militärischen Anlagen durch die Polizei für den Fall des Abrückens der Truppen aus den Standorten bei inneren Unruhen 1931-1933

9689 Schießveranstaltungen politischer Vereinigungen 1932

9690 Haussuchungen nach Waffen und verbotenen Schriften. Beschlagnahme von staatsfeindlichem Vermögen 1933-1944

9693 Kosten für die Schutzhaftgefangenen 1933-1939

9694 Uniformverbot 1931-1933

9695 Beschlagnahmungen bei Verbänden und Vereinen 1933-1934

9696 Beschlagnahme und Sicherstellung des Vermögens der SPD in Steinhude 1933-1934

9697 Einziehung des Vermögens des feindlichen Vermögens 1933-1949

9698 dass. 1933-1941

9699 dass. 1933-1934

9701 Zusammenarbeit der politischen Partei mit Detmold und Bielefeld 1933

9702 Einzeihung des Vermögens des Arbeiterbildungsvereins Schaumburg-Lippe e.V. Stadthagen, sowie Auflösung und Verbot des Vereins 1933-1934

9703 Konzentrationslager. Errichtung, Unterbringung von Schutzgefangenen 1933-1936

9704 Bekämpfung der kommunistischen Bewegung und Gottlosenbewegung 1931-1934

9705 Verbot und Einziehung von Zeitungen und Druckschriften 1931-1933

9706-07 dass. 1933

9708 dass. 1933-1934

9709-10 dass. 1934

9711 dass. 1934-1937

9712 dass. 1938-1939

9713 dass. 1939

9715 Bekämpfung politischer Gewalttaten 1931-1932

9716 Maßnahmen politischer Natur in kirchlichen Angelegenheiten 1935-1937

9718 Politische Polizei. Verschiedenes 1910-1924

9719 Maßnahmen gegen die Kommunisten. Verschiedenes 1924-1943

10193 Politische Polizei. Geheime Staatspolizei 1934-1941

10194 Kriminalpolizei und Geheime Staatspolizei in Schaumburg-Lippe 1937-1943

Kunst, Wissenschaft, Pressewesen

10314a Errichtung von Volksbibliotheken 1930-1945

10318 Das Volksbüchereiwesen in Schaumburg-Lippe 1933-1938

10319 dass. 1938-1947

10320 Säuberung der volkstümlichen Büchereien von unerwünschtem Schrifttum 1935-1947

10328-36 Zeitungen und Zeitschriften 1907-1948

10358-60 Förderung allgemeiner Volksbildungsbestrebungen 1926-1947

Wohlfahrtseinrichtungen. Gemeinnütziges

10464 Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen 1902-1906

10465 Wohlfahrtspflege 1907-1908

10467 Volksbibliothek in Lauenhagen 1907

10468 Volksbibliothek in Steinbergen 1908

10779 Erfassung und Verwertung des Vermögens der marxistischen Arbeiter- Turn- und Sport- Organisationen 1933-1938

10780 Auflösung der Arbeiter-, Turn-, Sport- und Spiel-Vereine und Aufnahme derselben in anerkannte Sportorganisationen 1933-1938

10781 Gleichschaltung der Arbeitergesangsvereine 1933-1937

10782 Erfassung und Verwertung des Vermögens der marxistischen Arbeiter-, Turn- und Sportorganisationen 1933-1935

Vereinswesen

10884 Untersuchungen gegen Kriegervereine wegen sozialdemokratischer Betätigung ihrer Mitglieder 1914

10886-87 Kriegervereine 1907-1916

10888-94 Turnvereine und Sportvereine 1909-1925

10895 Christlicher Bergarbeiterverband in Schaumburg-Lippe 1904-1909

10899 Eingaben des Handwerkervereins 1905-1929

10905 Sparverein der Arbeitnehmer, Steinhude 1910

10911 Sozialdemokratischer Verein Schaumburg-Lippe 1913

10916 Deutscher Volksbund für Gerechtigkeit 1920

10922 Gewerkschaftswesen 1925-1946

10930 Vereinswesen. Verschiedenes 1909-1927

Verschiedenes

12531 Verbände, Vereinigungen 1933-1935

12532 Illegale Betätigung der früheren KPD und ihrer Nebenorganisationen 1933-1944

Findmittel: Findbuch

II. REGIONALBEHÖRDEN

1. Amt Bückeburg (mit Arensburg) 1648 - 1880

L 101a

0c Nr. 2 Anmeldung und Überwachung von Versammlungen insbesondere politischer Art 1884-1904

Findmittel: Findbuch

2. Amt Stadthagen (mit Hagenburg) 1648 - 1938

L 101b

N 1 Gesellenkrankenverein in Hagenburg 1855-1871
S 1a-m Reichstagswahlen 1907-1938
S 2, 3a-b Wahl des Reichspräsidenten 1925,1932
S 4 Volksbegehren 1924
S 6a Volksabstimmung vom 19.8.1934 1934
S 7a-g Landtagswahlen 1911-1931
S 8 Volksbegehren und Enteignung des Fürstenvermögens 1926
S 9a-d Kreistagswahlen 1923-1933
S 10 Wahlen zur Nationalversammlung 1919 1919

Findmittel: Findbuch

B. GRAFSCHAFT SCHAUMBURG

I. REGIERUNG

1. Regierung Rinteln 1820 - 1927

H 2

III 7 Nr. 9a Revolutionäre Bestrebungen und politisch Verdächtige 1832-1851
III 7 Nr. 15 Die in Rodenberg entstandenen unruhigen Bewegungen und deshalb getroffene Maßnahmen 1848
III 7 Nr. 18 Turn-, Gesang- und dergleichen Vereine 1847-1895
III 7 Nr. 26 Unter besondere polizeiliche Aufsicht gestellte Personen aus dem Kreis Schaumburg 1846-1849
III 7 Nr. 28 Die am 7. und 8. Mai 1849 in Rinteln vorgefallenen Ruhestörungen 1849
III 7 Nr. 29 Revolutionäre Umtriebe 1849-1863
III 7 Nr. 148 Die in den Steinbrüchen von Oberkirchen entstandenen Exzesse wegen Annahme fremder Arbeiter 1857
III 7 Nr. 198 Die ausländischen Glasarbeiter 1825-1849
III 9 Nr. 1 Vol. 1: Das Zensurwesen in der Grafschaft Schaumburg 1818-1836
III 9 Nr. 1 Vol. 2: dass. 1846-1848
III 9 Nr. 2 Zensur des Wochenblattes für die Grafschaft Schaumburg 1837
III 9 Nr. 10 Überwachung der Tagespresse, Handhabung der Vorschriften wider Pressvergehen, verbotene Zeitschriften 1850-1888
III 9 Nr. 15 Vollziehung des Bundesbeschlusses zur Verhinderung Mißbrauches der Pressefreiheit vom 25.7.1854 1854-1895
III 10 Nr. 6 Der Aufenthalt ausländischer Glasmacher-Familien auf der Glasfabrik zu Obernkirchen 1826-1847
III 10 Nr. 7 dass. 1846-1848
III 14A Nr. 10 Die Verbesserung der Lage der ärmeren Volksklasse in der Grafschaft Schaumburg 1853-1854
III 14B Nr. 11 Sicherung der Gesundheit der Arbeiter in den Fabriken 1850-1852
V 6 Nr. 20 Heranziehung der Bergleute zu den städtischen Ausgaben und Lasten 1824-1838
VIII 13 Nr. 3 Beschäftigung der Schulkinder in Obernkirchen zur Nachtzeit auf den Glasfabriken 1859-1862

Findmittel: Findbuch

II. REGIONALBEHÖRDEN

1. Landratsamt Rinteln 1868 - 1928

H 7

Sicherheitspolizei

Fach 31 Nr. 1 Presseangelegenheiten 1878-1928
Fach 31 Nr. 2 dass. 1895-1928
Fach 32 Nr. 7 Die sozialdemokratische Bewegung 1910-1914
Fach 32 Nr. 9 Arbeiterorganisation 1901-1906
Fach 32 Nr. 12 Die Bestrebungen der kommunistischen Partei 1922-1928
Fach 33 Nr. 3 Das Kriegervereinswesen 1910-1917

Gewerbepolizei

Fach 55 Nr. 1 Arbeitseinstellungen (Streiks) und Arbeitsaussperrungen 1870-1925
Fach 55 Nr. 2 dass. 1894-1928
Fach 55 Nr. 3 Maßregeln zur Verhinderung der Arbeitslosigkeit 1894-1920
Fach 55 Nr. 4 Beschäftigung von Arbeitern und Arbeiterinnen in Fabriken und gewerblichen Anlagen, Arbeitsordnung, Arbeitsbücher 1892-1927
Fach 55 Nr. 5 Arbeitsbücher für die minderjährigen Arbeiter der unter Aufsicht der Bergbehörden stehenden Betriebe 1892-1928
Fach 55 Nr. 6 Bewilligung von Überarbeit 1894-1928
Fach 55 Nr. 7 Arbeitsordnungen 1892-1920
Fach 55 Nr. 10 Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben 1901-1926
Fach 55 Nr. 11 Unterbringung gewerblicher Arbeiter 1908-1919
Fach 55 Nr. 12 Beschäftigung von Arbeitern und Arbeiterinnen in Fabriken und gewerblichen Anlagen, Arbeitsbücher 1919-1928
Fach 61 Nr. 1 Berg-, Hütten- und Salinenwerke, Steinbrüche, Gruben 1868-1927
Fach 61 Nr. 2 Gesundheitsgefahren der Arbeiter in Sandsteinbrüchen 1899
Fach 61 Nr. 3 Steinbrüche im Deister und Bückeberge 1868-1871

Genossenschaften

Fach 85 Nr. 3 Unterstützungskasse des Arbeitervereins 1900-1920
Fach 85 Nr. 8 Renten der Pensionskasse für die Arbeiter der Eisenbahngemeinschaft 1900-1912
Fach 85 Nr. 12 Hannoversche Baugewerks-, Berufs- Genossenschaft 1913-1926

Volkswohlfahrt

Fach 89 Nr. 1 Verbesserung der Wohnverhältnisse der minderbemittelten Bevölkerungsklasse 1888-1927
Fach 90 Nr. 1 Volksbibliotheken 1853-1922
Fach 90 Nr. 2 dass. 1910-1924
Fach 90 Nr. 3 Verteilung patriotischer Kalender an die Bevölkerung 1910-1919

Findmittel: Findbuch

III. LOKALBEHÖRDEN

1. Stadt Bückeburg - Stadtarchiv

Depositum 9

P Nr. 40 Gemeingefährliche Bestrebungen der Sozialdemokratie 1878-1924
P Nr. 41 Anarchisten 1898-1916
P Nr. 46 Streiks und Aussperrungen 1898-1923
P Nr. 104 Unterstützungsverein der Telegraphen-Arbeiter 1907-1913

P Nr. 314 Ausstellung von Arbeitsbüchern 1902-1928
P Nr. 315 Arbeitskarten für Kinder 1912-1928
P Nr. 316 Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Fabriken 1884-1927
P Nr. 317 Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen in der Kleider- und Wäschekonfektion 1902-1927
P Nr. 417 Schutz der Republik 1920-1935

Findmittel: Findbuch

IV. GERICHTE

1. Obergericht 1821 - 1866

H 21

A Nr. 129 Vollziehung des Gesetzes vom 26.8.1848 wider Preßvergehen 1848
D Nr. 7a Anklage wegen Aufruhr und Landfriedensbruch. Rinteln 1848-1850

Findmittel: Findbuch

ERGEBNISSE UND TENDENZEN DER NEUEREN JAPANISCHEN FORSCHUNGEN ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG

Von Tatsuru Miyake

In meinem früheren Artikel [1] habe ich darauf hingewiesen, daß die japanischen Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung sich seit etwa 1960 zunächst besonders auf ideengeschichtliche Fragestellungen konzentriert haben. Dagegen macht sich in den letzten Jahren die neue Tendenz, die Arbeiterbewegung in ihren konkreten Beziehungen zu den sozialen und politischen Verhältnissen bzw. im Kontext der geschichtlichen Realität der Massen selbst zu betrachten, stärker bemerkbar. Dabei ist nicht zu übersehen, daß sich diese Arbeiten nicht nur an der Entwicklung und dem schließlichen Sieg des Nationalsozialismus, sondern auch an der Entfaltung und Niederlage der revolutionären Massenbewegungen in der deutschen Revolution orientieren.

Für diese neue Tendenz sind zweifellos auch die das tägliche sowie intellektuelle Leben der japanischen Historiker stark erschütternden Protestbewegungen der Studenten gegen die soziale und politische Situation Japans in den sechziger Jahren, als das herrschende System dazu tendierte, auch die oppositionellen Bewegungen zu integrieren, entscheidend gewesen.

In diesem Zusammenhang ist es sehr bezeichnend, daß vor kurzem hintereinander zwei einschlägige Zeitschriften gegründet worden sind, und zwar 1971 „Kikan shakai shiso" (Vierteljahrshefte Soziale Ideen), und 1972 „Shakai undo shi" (Geschichte der sozialen Bewegungen). In der ersteren sind bisher Aufsätze unter anderem zu den Themen Nationalismus, Anarchismus, Faschismus, Austro-Marxismus und Nationalsozialismus erschienen, in der letzteren wurden Studien zur Geschichte der sozialen bzw. nationalen Bewegungen in Europa und Asien veröffentlicht.

Zunächst möchte ich eine kurze Übersicht über die Arbeiten geben, die gesellschaftliche Zusammenhänge betonen: Yasushi Yamaguchi („Die geheime Wiederaufrüstung Deutschlands und die SPD" und „Die Wehrdebatte innerhalb der SPD in der zweiten Hälfte der Weimarer Republik") [2] ist der Meinung, daß man bei der bisherigen, hauptsächlich ideengeschichtlich ausgerichteten Betrachtung der SPD und der Revisionismuskontroverse nicht stehen bleiben dürfe, und widmet deshalb der an der Regierung beteiligten SPD der Weimarer Zeit (besonders in Preußen) große Aufmerksamkeit. In den obengenannten Aufsätzen, die sich u.a. auf die Akten der Reichskanzlei und des Büros des Reichspräsidenten sowie auf die Nachlässe von Wilhelm Groener, Kurt von Schleicher, Carl Severing, Otto Braun und Albert Grzesinski stützen, analysiert Yamaguchi die stufenweise Entwicklung der geheimen Wiederaufrüstung und das Verhältnis der SPD hierzu, das von der Spannung von „realpolitischer" Wehrpolitik der Parteileitung und den starken pazifistischen Neigungen der Anhängermassen geprägt war.

1 *Ergebnisse und Tendenzen der Studien zur deutschen Arbeiterbewegung in Japan nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: *IWK*, Jg. 4 (1968), H. 6, S. 1 - 7.

2 *Ritsumeikan hôgaku*, 71-73, 75/76, 80, 1967-68; *ibid.*, 81/82, 1968.

Nach Yamaguchi bedeutete das Resultat der Wehrdebatte auf dem Magdeburger Parteitag 1929 zwar einen Sieg der sich auch am Nationalismus der Massen orientierenden realpolitischen Parteileitung, erwies sich zugleich im Hinblick auf ihre Zusammenarbeit mit der Reichswehr als eine unüberschreitbare Schranke. Dadurch wurde die Spaltung der Parteileitung in bloß realpolitische Politiker wie Hermann Müller und Carl Severing auf der einen, und Politiker mit radikaldemokratischer Prägung und eigenem Machtbewußtsein, wie z.B. Otto Braun und Albert Grzesinski, auf der anderen Seite verursacht. Der Staatsstreich gegen die sozialdemokratisch geführte preußische Regierung sollte die Antwort der Reichswehrleitung darauf sein.

Neben dieser Arbeit, die als der eigentliche Beginn der Forschungen zur SPD der Weimarer Zeit bewertet werden kann, haben wir Yasuko Toyonagas „Probleme um das Agrarprogramm der SPD 1918 - 27". [3] Die Verfasserin untersucht u.a. anhand der Parteitagsprotokolle die Entwicklung der verschiedenen agrarpolitischen Strömungen innerhalb der Partei nach dem Ersten Weltkrieg und weist darauf hin, daß, während die Parteileitung vor allem auf Produktionserhöhung und Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln Gewicht legte, viele Mitglieder auf dem Lande sich für die Organisierung der Kleinbauern einsetzten. Das Kieler Agrarprogramm von 1927, welches eine Zusammenfassung beider Richtungen darstellte, sei jedoch im Grunde genommen ein Programm für die Produktionserhöhung zugunsten der Konsumenten gewesen, was zur Folge gehabt habe, daß die Partei schließlich die Bauern nicht für sich gewinnen konnte. Hiroshi Haradas „Die SPD und das Kieler Agrarprogramm" [4] gibt eine kritische Würdigung dieses Programms in bezug auf sein Verhältnis zur damaligen ökonomischen Situation.

Die SPD im Ersten Weltkrieg und in der deutschen Revolution untersucht Toshio Shinozuka in seinen Arbeiten („Die SPD und die Julikrise 1917", „Die SPD und der Januarstreik 1918" und „Die SPD und der Ausbruch der deutschen Revolution"). [5] Hauptsächlich anhand der verschiedenen in der BRD und der DDR erschienenen Quellensammlungen behandelt Shinozuka das schwankende Verhalten der SPD zu den herrschenden Kräften auf der einen, und den Massenbewegungen auf der anderen Seite. Yoshiko Kuriharas „Die Zentralarbeitsgemeinschaft in der deutschen Revolution" [6] verfolgt Entwicklung und Verfall der Zusammenarbeit zwischen den Unternehmerverbänden und den Freien Gewerkschaften, welche im wesentlichen mit dem Aufschwung und dem Abebben der revolutionären Massenbewegungen parallel verliefen.

Auch in den Untersuchungen über die SPD im Zweiten Kaiserreich wurde gesellschaftlichen Zusammenhängen größere Aufmerksamkeit gewidmet. Tatsuru Miyakes „Die geschichtlichen Voraussetzungen der von Bülow und Kautsky repräsentierten sozio-politischen Situation um 1900" [7] ist ein Versuch, die Revisionismuskontroverse in ihrer wechselseitigen Beziehung

3 In: *Die geschichtliche Struktur des deutschen Kapitalismus (Doitsu shihonshugi no shiteki kôzô)*, hrsg. von E. Ôno u.a., Vlg. Yûhikaku 1972. Bei allen Büchern ist, falls nicht anders angegeben, Tokio der Verlagsort; japanischer Gewohnheit folgend werden nur Verlag und Jahr angegeben.

4 *Shakai kagaku ronshû* (Kyûshû-Universität), 12, 1972.

5 *Seiyô shigaku*, 80, 1968; *Rekishigaku kenkyû*, 353, 1969; *Seiyô shigaku ronshû* (Kyûshû-Universität), 17, 1970.

6 *Hôgaku ronsô* (Kyôto-Universität), XCI, 3, 4, 1972.

7 *Sundai shigaku*, 24, 1969.

zur damaligen sozialen und politischen Situation zu betrachten. Der Verfasser analysiert anhand der Verhandlungsberichte des Reichstags und des Preußischen Abgeordnetenhauses sowie des CDI und des BdI die verschiedenen Strömungen innerhalb der Unternehmerschaft gegenüber der Arbeiterbewegung zu Ende des letzten Jahrhunderts. Aufgrund der wachsenden Macht der Arbeitgeberverbände glaubten die Nationalliberalen – im Gegensatz zu den Reichsparteilern – das „Kleine Sozialistengesetz" sowie die „Zuchthausvorlage", von denen sie eine agrarisch-konservative Herrschaft bzw. den völligen Verlust des „vaterländischen Gedankens" bei den Arbeitermassen befürchteten, ablehnen bzw. modifizieren zu können. Gerade unter dem Druck der Arbeitgeberverbände verstärkte sich andererseits bei führenden Repräsentanten der Freien Gewerkschaften die Tendenz, die „Vernunft" der Führer gegenüber der „Begeisterung" der Massen hervorzuheben.

Seishû Ans „Einführung in die Geschichte der SPD" [8] ist die umfassendste Arbeit in dieser Richtung. Das Hauptziel dieses Buches, das den Zeitraum von der Reichsgründung bis zur Entstehung der Weimarer Republik umfaßt, besteht darin, die stufenweise Wandlung des kaiserlichen Staates und dessen herrschender Klassen sowie die entsprechende stufenweise Veränderung des Charakters der SPD und die damit Hand in Hand gehende Machtverschiebung innerhalb der Partei zu verfolgen. Der Verfasser hebt dabei besonders hervor, daß im Verlauf des Wandlungsprozesses der SPD die ursprüngliche Zielsetzung der Demokratisierung des Staates als Ganzem zu der der Demokratisierung des Wahlsystems herabsank, und kommt zu dem Ergebnis, daß der Umstrukturierungsprozeß der SPD unter dem Druck außenpolitischer Momente im wesentlichen schon um 1907 vollendet gewesen sei.

Auch die mehr ideengeschichtliche Erforschung der Geschichte der Sozialdemokratie zwischen Kaiserreich und Republik ist in den letzten Jahren weiter entwickelt worden. Dabei ging es hauptsächlich um die Fragenkomplexe Staat, Gesellschaft, Demokratie, Bewegung und Imperialismus bzw. Nationalismus.

Shun'ichi Hisamatsu („Die Genesis von Bernsteins sozio-ökonomischem Denken" und „Bernsteins Gesellschaftsauffassung") [9] betrachtet Bernsteins Revisionismus in dessen Entstehungsphase und mißt seinem Parlamentarismus, der die aktive Teilnahme der SPD an den preußischen Landtagswahlen befürwortete und die schließliche Aushöhlung des „Staates" durch die „Gesellschaft" implizierte, große Bedeutung bei. Hisamatsu hebt dabei Bernsteins doppelte Betrachtungsweise der Arbeitermassen hervor: Die Proletarier erscheinen nicht nur als von den Produktionsverhältnissen bestimmte „Klasse", sondern auch als von der Gesellschaft bestimmte „Individuen".

Nobuhiro Takemoto („Rosa Luxemburgs Auffassung der sozialistischen Bewegung") [10] untersucht, in welcher Weise R. Luxemburg das Problem der Verbindung des Kampfes für Reformen mit der revolutionären Praxis zu lösen versuchte. Nach Takemoto bestand ihre Antwort einmal in dem demokratischen Kampf, der sich unmittelbar zum Kampf um die Macht ausweiten müsse, zum anderen aber, und zwar im wesentlichen, in dem „Prozeß" der politischen Reifung bzw. Selbsterziehung der proletarischen Massen in und durch Kampfaktionen. Dabei

8 *Doitsu shakaiminshutô shi josetsu,* Vlg. Ochanomizu shobô 1973.

9 *Keizai ronsô* (Kyôto-Universität), XCIX, 5, 1967; *ibid.*, C, 1, 1967.

10 *Shisô,* 531, 1968. Dieser Aufsatz ist heute mit anderen Aufsätzen Takemotos in den Sammelband: K. Sakai u.a., *Aufsätze zu Rosa Luxemburg (Rôza rukusemburuku ronshû),* Vlg. Jôkyô shuppan 1970, aufgenommen.

weist Takemoto besonders darauf hin, daß R. Luxemburg nicht erkannt habe, daß der bürgerliche Staat bzw. die bürgerliche Demokratie die das ganze Volk umschließende Organisation des Bürgertums ist, und sieht im Fehlen des organisatorischen Gesichtspunktes eine große Schwäche in ihrer Auffassung der sozialistischen Bewegung.

Samon Yamamoto („Situationseinschätzung und Taktik der SPD-Führung 1890 - 1900" und „Die politische Linie der SPD-Führung nach der Revisionismuskontroverse") [11] verfolgt anhand der Parteitagsprotokolle und der „Neuen Zeit" die Entwicklung der Situationseinschätzung und der Taktik bei Kautsky und kommt zu dem Ergebnis, daß auch Kautsky mit seiner Befürwortung der Ermattungsstrategie und besonders der Abrüstungspoltiik schließlich im reformistischen Lager landete. Dabei hebt Yamamoto als eine wesentliche Schwäche in Kautskys Denken seine zu optimistische Einschätzung des Verteidigungspotentials des Proletariats hervor. Sadayoshi Itô („Die innerparteilichen Auseinandersetzungen der SPD im Jahre 1919")[12] untersucht ebenfalls anhand der Parteitagsprotokolle, der „Neuen Zeit", der „Sozialistischen Monatshefte" sowie des „Vorwärts", den Entstehungsprozeß dreier Gruppen innerhalb der SPD, indem er die gegensätzlichen Situationseinschätzungen und Taktiken der verschiedenen Strömungen am Beispiel der preußischen Wahlrechtsbewegung sowie der Budgetbewilligung in Baden betrachtet. Itô schenkt dabei der Frage von „Nord" und „Süd" innerhalb Deutschlands besondere Aufmerksamkeit.

Was das Verhalten der deutschen Sozialdemokratie gegenüber der Weltpolitik bzw. dem Imperialismus betrifft, wäre zunächst Shûji Iidas „Einige Tendenzen der Forschung zur Geschichte der SPD" [13] zu nennen. Iida weist auf die divergierenden Tendenzen zwischen der Forschung in den außerdeutschen Ländern und der der BRD nach dem Zweiten Weltkrieg bei der Bewertung der Aufnahme des „Nationalismus" bzw. „Nationalstaats"-Gedankens durch die SPD hin, und betont den engeren Zusammenhang zwischen dem Nachlassen der Imperialismus-Kritik und dem Vorwärtstreiben innenpolitischer Reformen. Setsuko Tarumis („Die SPD und die Politik des imperialistischen Zeitalters") [14] analysiert anhand der „Neuen Zeit", der „Süddeutschen Monatshefte" sowie des „Vorwärts" die sich unter dem Eindruck des Ausgangs der Reichstagswahlen von 1907 wandelnden Auffassungen der verschiedenen Strömungen innerhalb der Partei und hebt das allgemeine Nachlassen der Imperialismuskritik nach den Wahlen hervor.

Masao Nishikawa stellt in seiner Arbeit: „Die Zweite Internationale und die Kolonialfrage", [15] die sich u.a. auf die französischen sowie die deutschen Texte der Protokolle der internationalen Sozialisten-Kongresse stützt, die Entwicklung der verschiedenen Standpunkte der europäischen Sozialisten zur Kolonialpolitik dar und analysiert in diesem Kontext die Gegensätze innerhalb der deutschen Sozialdemokratie auf dem Stuttgarter Kongreß von 1907. Dabei deutet er an, daß die humanistischen und zugleich patriarchalischen Befürworter der „sozialistischen Kolonialpolitik" wie van Kol und Vandervelde die Kolonialfrage viel realistischer als die prinzipiellen Gegner der Kolonialpolitik betrachteten und stellt am Schluß die Frage, ob sich nicht erst durch die fortschreitenden kolonialen Freiheitsbewegungen das patriarchalische Verhalten der europäischen Sozialisten geändert habe.

11 *Hokudai hôgaku ronshû*, XIX, 2, 3, 1968-69; *ibid.*, XXI, 3, 4, 1970-71.

12 *Rekishigaku kenkyû*, 371, 1971.

13 *Seiyô shigaku*, 73, 1967.

14 *Ochanomizu shigaku*, 13, 1970.

15 *Rekishigaku kenkyû*, 381, 1972.

Eine besondere Gruppe bilden die Arbeiten zur Entstehung und Entwicklung des Imperialismus-Verständnisses innerhalb der Sozialdemokratie. Abgesehen von den mehr theoretisch orientierten Arbeiten möchte ich hier nur die folgenden nennen: Toshihiko Hozumi („Die Schutzzollfrage und die SPD")[16] betrachtet Hilferdings frühe Studien zum deutschen Imperialismus im Zusammenhang mit der Kontroverse über die sozialdemokratische Handelspolitik um die Jahrhundertwende und hebt die Wichtigkeit seines Artikels „Der Funktionswechsel des Schutzzolles" für seine weitere theoretische Entwicklung hervor. Minoru Kuratas Arbeit „Die Entstehung von 'Das Finanzkapital' " [17], welche sich auf Hilferdings verschiedene Artikel in der „Neuen Zeit" sowie die Materialien im IISG stützt, verfolgt die Entwicklungsgeschichte der theoretischen Arbeit Hilferdings und kommt zu dem Ergebnis, daß „Das Finanzkapital" eigentlich als ein Versuch zur Überwindung der Wirtschaftstheorie des Revisionismus entstanden ist. Takashi Sakagami („Die Geschichtsauffassung der deutschen Sozialdemokratie")[18] hebt hervor, daß Kautsky zu Beginn des 20. Jahrhunderts in seinen Analysen der Wirtschaftskrisen bzw. der Kolonialpolitik als erster die Strukturveränderungen des Kapitalismus erkannt habe, und zwar dadurch, daß er seinen Blickwinkel von der inneren ökonomischen Entwicklung in Richtung auf den Weltmarkt erweiterte. Um den bedrohten Frieden, den er als die wichtigste Voraussetzung für den Sozialismus betrachtete, zu bewahren, habe er jedoch schließlich den Kampf für die Abrüstung sowie eine Einheitsfront auch mit einem Teil des Bürgertums befürwortet und dabei seine These vom Imperialismus als einer innerhalb des Rahmens des Kapitalismus veränderbaren Politik entwickelt.

Kazuo Yamaguchi setzt mit „Parvus' Auffassung der Revolution in Rußland" und „Parvus und der Imperialismus" [19] frühere Arbeiten über Parvus fort. Er weist dabei auf die Korrelation zwischen ideologischer Radikalität und weltweitem Gesichtspunkt hin und mißt Parvus' Konzept der Weltrevolution vor und während der russischen Revolution von 1905 sowie seiner Imperialismusinterpretation nach den Reichstagswahlen von 1907 große Bedeutung bei. [20] Eiichi Hizen („Einige Charakteristika von Rosa Luxemburgs Kapitalismusauffassung") [21] sieht dagegen unter anderem in der konsequenten Ablehnung des nationalwirtschaftlichen Gesichtspunktes durch R. Luxemburg einen wesentlichen subjektiven Faktor für das Versagen der deutschen Revolution.

16 *Seiyô shigaku*, 78, 1968.

17 *Shisô*, 585, 1973.

18 In: *Marxismus-Studien (Kôza Marukusu-shugi)*, Bd. 7, Vlg. Nihon hyôronsha 1969.

19 *Shisô*, 520, 1967; *ibid.*, 568, 1971.

20 Diese und andere Arbeiten Yamaguchis (darunter auch Aufsätze zu Max Weber) sind in seinem Buch *Studien zur Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland (Doitsu shakaishisô shi kenkyû)*, Kyoto, Vlg. Mineruva shobô 1974, enthalten. Zu Parvus gibt es noch eine Arbeit Yoshiaki Tanakas, welche dessen Auffassungen zum Weltkapitalismus, zur Agrarfrage sowie zum Massenstreik in den neunziger Jahren im Zusammenhang mit dem Erfurter Programm betrachtet: *Die Voraussetzungen des Imperialismus-Verständnisses der SPD-Linken, Keizaigaku zasshi* (Ôsaka shiritsu-Universität), LXVIII, 4, 1973.

21 In: *Die geistige Struktur des Kapitalismus (Shihonshugi no shisô kôzô)*, hrsg. von Y. Uchida und N. Kobayashi, Vlg. Iwanami shoten 1968. Dieser Artikel ist jetzt in Hizens *Einführung in die Geschichte der deutschen Wirtschaftspolitik (Doitsu keizaiseisaku shi josetsu)*, Vlg. Miraisha 1973 aufgenommen. Darin ist auch eine Abhandlung über die in den neunziger Jahren unter anderem von R. Luxemburg, Haecker und Kautsky geführte Kontroverse über die Möglichkeiten des polnischen Nationalismus enthalten.

Keiichi Maruyama behandelt „Rosa Luxemburg und die nationale Frage". [22] Er untersucht R. Luxemburgs Äußerungen zur Türkei, worin sie unter dem Gesichtspunkt der ökonomischen Entwicklung sowie der Abwehr des russischen Vordringens für die Selbständigkeitsbestrebungen der unterdrückten christlichen Nationen innerhalb des osmanischen Reiches eintrat. Mit dem gleichen Thema beschäftigt sich Takayuki Itôs sehr ausführliche Untersuchung „Die marxistische Auffassung des nationalen Selbstbestimmungsrechts und die Nationalitätenfrage in Osteuropa: Rosa Luxemburg" [23], die sich weitgehend auf die polnischen Schriften R. Luxemburgs stützt. Nach Itô unterschied R. Luxemburg zwei Begriffe der „Nation": „Nation" als Gemeinschaft der Menschen, die sich in einem Staat zusammenfinden, und „Nation" als Gemeinschaft der Menschen, die eine Nationalität im ethnologischen Sinne gemein haben. Während sie nichts gegen die Manifestierung der Nationalität in der außerpolitischen, vor allem kulturellen Sphäre gehabt habe, habe sie das politische Selbstbestimmungsrecht der im ethnologischen Sinne gefaßten Nation entschieden abgelehnt. Dagegen sei ihr Denken und politisches Handeln von der allgemeinen ökonomischen Entwicklung und dem Stand der Klassenkämpfe, d.h. letzten Endes von den Interessen des klassenbewußten Proletariats der betreffenden unterdrückten Nation, bestimmt gewesen. R. Luxemburg habe also die polnische Frage gerade durch die Aufnahme der in Westeuropa entwickelten Ideen lösen wollen. Als sie jedoch mit der Übernahme der Losung von der „Landesautonomie" der Forderung nach politischer Selbständigkeit in Osteuropa, und zwar als Privileg der polnischen Nation, nachgegeben habe, sei die innere Kohärenz ihrer Position zusammengebrochen.

Narihiko Itôs „Die sozialistische Bewegung in Japan und Rosa Luxemburg" [24] ist eine Betrachtung der Rezeption R. Luxemburgs in Japan vom Beginn des 20. Jahrhunderts bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Itô hat auch den deutschen Originaltext der „Briefe an Mathilde Jacob (1913 - 1918)" von Rosa Luxemburg u.a. [25] herausgegeben.

In den letzten Jahren ist die Erforschung der revolutionären Gruppen bzw. Massenbewegungen auffallend in den Vordergrund getreten. Hier sind zunächst Toshio Shinozukas Arbeiten über die revolutionären Obleute („Die revolutionären Obleute und der Spartakusbund – Die Vereinigungsverhandlungen Ende Dezember 1918" und „Die revolutionären Obleute und die deutsche Revolution") zu nennen. [26] Im ersten Aufsatz weist der Verfasser darauf hin, daß die Führung der revolutionären Obleute nicht die Absicht hatte, in die KPD einzutreten, sondern vielmehr auf die Klärung innerhalb der USPD hoffte, und daß sie deshalb, im Gegensatz zum Spartakusbund, auf ihrer negativen Einschätzung der „Straßentaktik" bestand. Im zweiten Aufsatz, der auch die Artikel von Ernst Däumig und Richard Müller aus der Zeitschrift „Der Arbeiterrat" heranzieht, behandelt Shinozuka deren Einschätzung der Revolution und der Räte, und hebt die unterschiedlichen Auffassungen von Spartakusbund und linkem USPD-Flügel über Charakter der Staatsmacht nach der Revolution hervor. In seiner Arbeit „Der Gründungsparteitag der KPD" [27] beschäftigt sich Yukio Tominaga mit den subjektiven Bedingungen des Versagens der deutschen Revolution. Er verfolgt ausführlich die Meinungskämpfe auf dem Parteitag und weist darauf hin, daß es zwischen den

22 *Hôgaku zasshi* (Ôsaka shiritsu-Universität), XIX, 2, 1972.

23 *Suravu kenkyû*, 18, 1973.

24 *Shisô*, 568, 1971.

25 Vlg. Kyokutô shoten 1972.

26 *Seiyô shigaku ronshû* (Kyûshû-Universität), 16, 1967; *ibid.*, Sonderheft, 1968.

27 *Gendaishi kenkyu*, 24, 1970.

Linksradikalen, d.h. den früheren IKD-Leuten, und der Spartakuszentrale nahezu auf der ganzen Linie erhebliche Gegensätze gab, und daß auch Liebknecht von der revolutionären Begeisterung des Parteitages erfaßt wurde, was die radikale Atmosphäre weiter steigerte. Seiji Kimura [28] gibt eine wertvolle Übersicht über die jüngsten Studien sowie die Archiv-Bestände der BRD zur Geschichte der KPD, in der er auch dem Linksradikalismus große Aufmerksamkeit schenkt.

Hideyuki Yamamotos „Anton Pannekoek und die Sozialdemokratie Bremens" [29] ist eine Analyse des deutschen Linksradikalismus in seiner Entstehungsphase und stützt sich dabei insbesondere auf Pannekoeks Artikel in der „a.p.-Korrespondenz". Yamamoto untersucht auf der einen Seite die theoretische Entwicklung Pannekoeks in den Fraktionskämpfen innerhalb der holländischen sozialistischen Bewegung nach dem Generalstreik von 1903 und, auf der anderen die Geschichte der Sozialdemokratie Bremens in der für die SPD problematischen Situation zwischen 1906 und 1910. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, daß der Theoretiker Pannekoek sich in der Befürwortung außerparlamentarischer Massenaktionen mit einer Reihe von militanten Journalisten, Gewerkschaftlern, Lehrern sowie der sozialistischen Jugend Bremens einig war und sieht darin die Herausbildung des Kerns des deutschen Linksradikalismus.

Tatsuru Miyakes „Die Welt der deutschen 'Proletarier' im Ersten Weltkrieg" [30] ist ein Versuch, ein Bild der deutschen Revolution aus der Perspektive des Fühlens, Denkens und Handelns der einfachen Leute zu gewinnen. Der Verfasser stützt sich dabei auf verschiedene Arbeiterautobiographien sowie das Kriegstagebuch eines Matrosen und verfolgt, wie sich im Verlauf des Krieges, auch bei denjenigen Arbeitern, die sich zunächst mit dem wilhelminischen Reich stark identifiziert hatten, aus dem Haß auf den Krieg und den „Militarismus" der Herrschenden proletarisches Bewußtsein entwickelte. Dieses führte jedoch nicht notwendigerweise zu sozialistischem Bewußtsein, sondern manchmal auch, insbesondere gegen Ende des Krieges, – bedingt durch das Mißtrauen gegenüber den proletarischen Genossen sowie die Angst vor der persönlichen und nationalen Zukunft nach dem Kriege – zu nationalsozialistischen Neigungen. Miyake ist der Meinung, daß man der Frage des Lebensgefühls bzw. der Lebensweise der Bevölkerung größere Aufmerksamkeit schenken müsse, und führt als Beispiele dafür die verschiedenartigen Verhaltensweisen einmal eines katholischen Matrosen aus Bayern (Stumpf) und zum anderen die eines jungen Arbeiters aus polnischer Familie (Tureck) in Krieg und Revolution an.

Über die Massenbewegungen in der deutschen Revolution liegen zwei Aufsätze von Seiji Kimura vor. „Die Bergarbeiterbewegung im westlichen Ruhrgebiet und die deutsche Revolution" [31] ist eine Darstellung der Hintergründe und der Entwicklung der radikalen Bergarbeiterbewegung um Hamborn Mitte November bis Ende 1918. Kimura interpretiert die Lohnforderungen als Selbstäußerung der lange Zeit unterdrückten Bergarbeiter und hebt den Gegensatz zwischen den Interessen der Basis und denen von Bergarbeiterverbandsleitung, Unternehmern und Freikorps hervor. Dabei mißt er dem autonomen Charakter und der Stoßkraft dieser Bewegung große Bedeutung bei. In „Die Matrosenbewegung und der Soldatenrat in

28 *Shigaku zasshi,* LXXIX, 11, 1970

29 *Shakai undô shi,* 3, 1973.

30 *Gendaishi kenkyû,* 27, 1973.

31 *Shakai undô shi,* 3, 1973.

Kiel" [32] untersucht er die Entstehung des Kieler Matrosenaufstandes anhand der Literatur aus der Weimarer Zeit sowie der neueren Quellenveröffentlichungen. Kimura kommt zu dem Ergebnis, daß die Sehnsucht nach Frieden und Mißtrauen und Haß auf das Offizierskorps den Hintergrund der Matrosenbewegung bildeten und sich ihre Ziele dementsprechend in der Forderung nach Frieden und die Beseitigung des Militarismus erschöpften. Nach Kimura waren die unter anderem von den der USPD angehörenden Soldatenräten Artelt und Popp vorgelegten politischen Forderungen nicht aus der eigentlichen Matrosenbewegung heraus gestellt sondern vielmehr von außen an die Bewegung herangetragen worden, um die Bewegung politisch auszurichten. Während so der Soldatenrat im wesentlichen als Resultat des unorganisierten Aufstandes entstanden sei, sei der Kieler Arbeiterrat hauptsächlich ein Organ zur Sicherung der einheitlichen Aktion der beiden sozialistischen Parteien gewesen.

Eine Gemeinschaftsarbeit von Yukio Tominaga, Yûichi Shimomura, Masao Nishikawa und Tatsuo Kage („Die Faschismusauffassung der Komintern") [33], behandelt das Verhältnis der KPD der Weimarer Zeit zum Nationalsozialismus und zur Sozialdemokratie. In dieser Studie, die sich u.a. auf die „Inprekorr." und ihre Nachfolgerin, die „Rundschau" sowie „Die Internationale" stützt, weist Tominaga darauf hin, daß die KPD zunächst vom Standpunkt der Weiterentwicklung der Einheitsfrontpolitik die eine Seite des Faschismus als politische Bewegung der proletarisierten kleinbürgerlichen Massen betonte. Nach der Niederlage des „deutschen Oktober" habe sie dagegen seinen großbürgerlichen Charakter hervorgehoben und Sozialdemokratie und Faschismus als zwei Erscheinungsformen derselben Diktatur des Großkapitals gleichgesetzt. Shimomura weist darauf hin, daß die Sozialfaschismus-These der KPD vor dem Hintergrund der Innen- und Außenpolitik der Sozialdemokratie als Regierungspartei entstand, und daß sie andererseits bewirkte, daß die drohende Gefahr der Organisierung der Massen unter nationalistischen Losungen zu gering eingeschätzt worden sei.

Hiroshi Nakajima verfolgt in „Die Agrarpolitik der KPD" [34] anhand ihrer Parteitagsberichte und der „Internationale" die Entstehungsgeschichte des Agrarprogramms von 1920 und die daraus abgeleitete agrarpolitische Konzeption der KPD, die letzten Endes nicht nur bei der Gewinnung der Bauern sondern auch bei der Organisierung der Landarbeiter versagte.

Zur Problematik „Die deutsche Revolution und der Faschismus" [35] stellt Hisashi Sekiguchi eine umfassende Betrachtung an. Danach war die deutsche Revolution eigentlich eine bürgerliche Revolution, die unter Leitung des Proletariats in Verbindung mit den Bauern und dem Kleinbürgertum (sowie dem „demokratischen" Kapital) hätte ausgeführt werden müssen. Diese Verbindung kam jedoch einmal wegen des traditionellen sozialdemokratischen Dogmas vom unvermeidlichen Untergang des Mittelstandes, sodann wegen des tief verwurzelten gegenseitigen Mißtrauens zwischen Arbeitern und Bauern bzw. Kleinbürgern nicht zustande. Der Aufbau einer auf dem Binnenmarkt fußenden selbständigen Wirtschaftsstruktur, die erst jene Verbindung ökonomisch hätte festigen können, sei von den revolutionären Kräften nicht einmal in Erwägung gezogen worden. Sekiguchi sieht in diesem Versagen der deutschen Revolution den wesentlichen Grund für den schließlichen Sieg des Nationalsozialismus, der durch den „Mittelstandssozialismus", durch „nationale" Kritik sowie das „Führerprinzip" die Weimarer Republik habe zerstören können. Diese Auffassung der deutschen

32 *Kikan shakai shisô*, III, 3/4, 1974.

33 *Ibid.*, II, 3, 1972.

34 *Gendaishi kenkyû*, 27, 1973.

35 *Keizaigakû ronshu* (Tôkyô-Universität), XXXIV, 2, 1968.

Revolution als einer unvollständigen bürgerlichen Revolution kritisiert Eiichi Katô in seinem Buch: „Die wirtschaftliche Struktur des Weimarer Systems". [36] Er hält die deutsche Revolution für eine fehlgeschlagene sozialistische Revolution und sieht die eigentliche Schwierigkeit des Weimarer Systems gerade in der sozialen Gleichberechtigung der Arbeiterschaft, die der deutsche Kapitalismus als Preis für die Abwendung der sozialistischen Revolution hinnehmen mußte. In dieser Hinsicht bezeichnet Katô den deutschen Kapitalismus der Weimarer Zeit als einen verfrüht entstandenen staatsmonopolistischen Kapitalismus, und analysiert die Strukturveränderungen des Akkumulationsprozesses des Kapitals sowie die damit zusammenhängende Weiterentwicklung der sozial-, handels- und finanzpolitischen Aufgaben des Staates.

Als Gesamtdarstellung wäre Jûjirô Uesugis „Geschichte der deutschen revolutionären Bewegungen" [37] zu nennen, die sich im wesentlichen auf die DDR-Historiographie stützt und die Zeitspanne vom Ersten Weltkrieg bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges umfaßt. Osamu Nomura hat in: „Dokumentarische Zeitgeschichte 2: Die deutsche Revolution", [38] Augenzeugenberichte und andere Quellen zu den revolutionären Ereignissen in den Jahren 1918 - 1923 gesammelt. Nomura ist auch der Autor des Buches „Gespräche in Svendborg", [39] welches Brecht, Korsch und Benjamin vor und in den dreißiger Jahren behandelt.

Zusammenfassend läßt sich über die japanischen Arbeiten der letzten Jahre zur deutschen Arbeiterbewegung sagen, daß die Sozialdemokratie im Zweiten Kaiserreich zwar den zentralen Forschungsgegenstand bildet, daß aber besonders in neuester Zeit auch Studien zur Arbeiterbewegung während der deutschen Revolution sowie der Weimarer Republik beträchtliche Fortschritte gemacht haben. Es ist zu hoffen, daß die hier gegebenen Ansätze noch weiter entwickelt werden. Hierfür wäre es besonders fruchtbar, wenn man das Studium auf die alltäglichen Lebensbedingungen der Arbeitermassen und ihrer Bewegungen, und zwar vor allem auf lokaler Ebene, mehr in den Mittelpunkt der Forschung stellte und zugleich die Arbeiterbewegung nicht isoliert, sondern im Kontext der jeweiligen sozialen, politischen und auch der geistigen Sitaution betrachten würde. Von großem Wert wäre dabei die engere Zusammenarbeit mit der Nationalsozialismusforschung, die auch neuerdings sozial- bzw. regionalgeschichtliche sowie sozialideengeschichtliche Arbeiten in Angriff genommen hat. [40]

Ich möchte hier noch einige Bemerkungen zu einzelnen Studien zur Arbeiterbewegung vor und während der Märzrevolution hinzufügen, die mir im Zusammenhang mit den oben behandelten Themen wichtige Hinweise zu enthalten scheinen.

Hisatsugu Kubo weist in seiner Arbeit „Die Schichten-Differenzierung der deutschen Arbeiterschaft im Vormärz" [41] darauf hin, daß sich die in Lohnunterschieden ausdrückende Arbeiterhierarchie nicht nur aus den unterschiedlichen Arbeitsfunktionen, sondern auch

36 *Waimaru taisei no keizai kôzô,* Vlg. Tôkyô daigaku shuppankai 1973.

37 *Doitsu kakumei undô shi,* 2 Bde., Vlg. Aoki shoten 1969.

38 *Dokyumento gendaishi 2: Doitsu kakumei,* Vlg. Heibonsha 1972.

39 *Suvenboru no taiwa,* Vlg. Heibonsha 1971.

40 Vgl. dazu z.B. Okio Murase, *Regionale Eigenarten des Nationalsozialismus: Schleswig-Holstein,* in: *Kikan shakai shisô,* II, 3, 1972; Eizô Yarita, *Ein Aspekt der Entstehung der nationalsozialistischen Regimes: Eine sozio-ökonomische Analyse des Handwerkers,* in: *ibid.,* III, 3/4, 1974 und Hiroshi Kageyama, *Die Auflösung der Weimarer Republik und der Tatkreis, ibid.* Über die Hauptströmungen und die geschichtlichen Hintergründe der Nationalsozialismusforschung in Japan haben wir jetzt Okio Murases Übersicht: *Nationalsozialismusforschung in Japan seit 1945,* in: *Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts,* hrsg. von Immanuel Geiss und Bernd Jürgen Wendt, Düsseldorf 1973.

41 *Shakai keizai shigaku,* XXXVI, 1, 1970

aufgrund der auf die modernen Produktionsverhältnisse übertragenen ständischen Ordnung entwickelte. Während die Facharbeiter der Metallindustrie aus den Sparten, die auch schon in der Handwerkerwelt großes Ansehen genossen hatten, stammten, seien die meisten Fabrikarbeiter der Textilindustrie aus dem „Pöbel", der innerhalb der alten Gesellschaft unterhalb der Handwerker rangierte und kein Bürgerrecht genossen hatte, gekommen. Gleichzeitig hätten die Lohnmeister der Heimindustrie, die wirtschaftlich gesehen nichts als Lohnarbeiter waren bzw. ein noch „proletarischeres" Dasein als diese führten, verzweifelt versucht, an ihrem traditionellen Stande als Handwerksmeister festzuhalten.

In seinen „Studien zur deutschen Märzrevolution" [42] untersucht Osamu Yanagisawa die verschiedenen sozialen Bewegungen der Volksmassen (Bauern, Handwerker sowie Gesellen und Arbeiter) während der Revolution und das Verhalten des Bürgertums ihnen gegenüber. Dabei stützt er sich u.a. auf die Verhandlungsberichte der Nationalversammlung, der Constituierenden Versammlung für Preußen sowie des in Frankfurt a. M. veranstalteten ersten Handwerker-Kongresses. Danach bildeten süddeutsche Handwerksgesellen, die von dem Handwerker-Kongreß de facto ausgeschlossen worden waren und sich jetzt auch „Arbeiter" nannten, den Kern des gleichfalls in Frankfurt a.M. veranstalteten Allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses. Das Ziel, das der antiabsolutistische Kongreß sich gesetzt habe, der „Föderalismus", sei sowohl gegen den Kapitalismus als auch gegen den Kommunismus gerichtet gewesen und letzten Endes auf Reform bzw. Demokratisierung der Zünfte hinausgelaufen. Dagegen sei der Arbeiter-Kongreß zu Berlin, der die „Arbeit" als eine Art „Besitz" ansah und den gesetzlichen Schutz der „Assoziation der Arbeit" forderte, nicht antikapitalistisch gewesen, sondern könne als Ansatz für eine moderne Gewerkschaftsbewegung bewertet werden, obwohl auch er den Schutz des Zunfthandwerks befürwortete. Der Kölner Arbeiterverein wiederum habe unter Leitung des Bundes der Kommunisten das Gewicht zunehmend auf die politischen Aufgaben der demokratischen und sozialen Umwälzung gelegt.

Zum Schluß möchte ich darauf hinweisen, daß in der 30-bändigen Weltgeschichte „Iwanami kôza: Sekai rekishi" [43] mehrere Aufsätze mit wichtigen Hinweisen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung enthalten sind. In diesem Zusammenhang ist eine Reihe von wertvollen bibliographischen Arbeiten Masao Nishikawas anzuführen, so die „Geschichte der Zweiten Internationale und der deutschen sozialistischen Bewegung bzw. Arbeiterbewegung: Bibliographie", „Rosa Luxemburg: Quellen und Literatur" und „Bibliographie der japanischen Literatur zur neueren Geschichte und Zeitgeschichte Deutschlands" (diese in Zusammenarbeit mit Tetsuko Aoki). [44] Nishikawa hat daneben noch eine kurze Übersicht über: „Recent Japanese Studies in European Labor History" [45] geschrieben, in der auch einige Bemerkungen zu den neuerdings besonders lebhaften japanischen Marx- und Frühsozialismus-Studien enthalten sind. Vor kurzem ist noch von Chikara Rachi eine umfangreiche Quellensammlung: „Der deutsche Frühsozialismus: Dokumente" [46] herausgegeben worden.

42 *Doitsu sangatsu kakumei no kenkyû*, Vlg. Iwanami shoten 1974.

43 Vlg. Iwanami shoten 1969 - 1971.

44 *Gendaishi kenkyû*, 24, 1970; *Shisô*, 559, 1971; *Shisô* (Tôkyô joshi-Universität), 23, 1971.

45 *Newsletter* (Study Group on European Labor and Working Class History, c/o Department of History, Univ. of Southern California, Los Angeles), 4, 1973.

46 *Shiryô: Doitsu shoki shakaishugi*, Vlg. Heibonsha 1974.

FORSCHUNGS- UND PUBLIKATIONSVORHABEN ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG UND ANGRENZENDER GEBIETE (23).

Bearbeitet von Ursel Fadle

Die IWK versucht, systematisch alle Forschungs- und Publikationsvorhaben zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und angrenzender Gebiete zu erfassen. In dieser Rubrik werden regelmäßig die Ergebnisse dieser Erhebungen veröffentlicht. Bei der weiten Verbreitung der IWK in Fachkreisen ist mit der Anzeige eines Forschungsvorhabens gewährleistet, daß es allgemein zur Kenntnis genommen, somit Doppelarbeit vermieden und Kooperation gefördert wird. Die Redaktion bittet daher alle Bearbeiter einschlägiger Projekte – die in Frage kommenden Themenbereiche sind nachstehend erläutert – um Ergänzung und Rücksendung des Fragebogens, der in jedem Heft als Anhang abgedruckt ist. Auf Wunsch werden Ihnen weitere Fragebogen von der Redaktion übersandt. Auch die Mitteilung von Projekten Dritter ist erwünscht. Juristische Bedenken hiergegen bestehen insofern nicht, als eine Titelanzeige in der IWK nur nach Rücksprache mit dem Bearbeiter erfolgt.

Die Kriterien für die Aufnahme in das Titelverzeichnis sind nicht immer scharf abzugrenzen. Neben Projekten zur Geschichte der deutschen, österreichischen und schweizerischen Arbeiterbewegung, zur Geschichte der Internationalen und zur Marx-Forschung finden verwandte Untersuchungen der Politologie und der empirischen Soziologie sowie Arbeiten zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Berücksichtigung, soweit sie sich mit den Problemen der Industrialisierung, Firmengeschichte und Unternehmerbiographie befassen. Einschlägige Vorhaben über andere Länder werden dann aufgenommen, wenn ein breiteres Interesse der deutschsprachigen Forschung vorausgesetzt werden darf oder wenn sie von Gelehrten der Bundesrepublik bearbeitet werden.

Wenn eine Arbeit von uns angezeigt wurde, bitten wir um Nachricht bei Titeländerung, Abschluß und ggf. wo sie publiziert wird.

Titelverzeichnis

BzG	=	Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung
ZfG	=	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
AIMS	=	American Institute for Marxist Studies, Newsletter
Newsletter	=	Newsletter, European Labor and Working Class History

A. GESCHICHTSWISSENSCHAFT, HILFSMITTEL

2412 LIEBER, Hans-Joachim, Hrsg. (Deutsche Sporthochschule Köln): **Lexikon zur Marx-Ausgabe.** – Voraussichtlicher Ms.-Abschluß Frühjahr 1976.

2413 HÖGL, Günther (Universität München): **Die Entstehung und Geschichte der USPD im Spiegel der historischen Forschung.** – (Quellen: Freiheit, Parteitagsprotokolle u.a.) – Staatsexamensarbeit (bei Dr. Ludwig Hammermeyer). – Ms. Abgeschlossen. – Arbeit wird als Diss. fortgesetzt.

B. QUELLENVERÖFFENTLICHUNGEN, NEUDRUCKE, ÜBERSETZUNGEN

2414 PARIS, Robert (Hrsg.): **Édition d' ensemble des écrits d' Antonio Gramsci.** – Französische Ausgabe. Erscheint im Verlag Gallimard, Paris. – **Écrits politiques** (3 Bände) sind für Anfang 1975 geplant, **Cahiers de prison** (4 Hefte) und **L'Ordine Nuovo** für 1975/76.

2415 WEBER, Hermann (Mannheim): **Aktionismus und Kommunismus. Unbekante Briefe von Max Hoelz.** – Erscheint in Bd. XV des Archivs für Sozialgeschichte.

2416 OTTWALD, Ernst: **Schriften.** – (Aufsätze und Erzählungen aus: Berliner Volkszeitung, Linkskurve, Neue Deutsche Blätter, Das Wort, Internationale Literatur, Der Gegenangriff, Die Neue Weltbühne, Deutsche Zentral-Zeitung und Unveröffentlichtes aus dem Nachlaß.) – Umfang ca. 200 Seiten. Erscheint 1975. – Zu beziehen durch: europäische ideen, 1 Berlin 37, Mühlenstr. 17b.

2417 OTTWALD, Ernst: **Deutschland erwache! Geschichte des Nationalsozialismus.** Wien 1932. – Soll als fotomechanischer Neudruck 1975 erscheinen. – Umfang ca. 400 Seiten. – Erscheint 1975. – Zu beziehen durch: europäische ideen, 1 Berlin 37, Mühlenstr. 17b.

C. SOZIALISTISCHE THEORETIKER/ BEITRÄGE ZUR IDEENGESCHICHTE

2418 SCRIABINE, Christina (Brown University): **Upton Sinclair and the Literature of Protest, 1900 - 1940.** – Diss. – Abgeschlossen. – Hinweis in AIMS 11 (1974), Nr. 6.

2419 RUBEL, Maximilien und Margret MANALE (I.S.E.A. Paris): **Marx without Myth. Chronology of his life and times.** – (Ein Portrait des Menschen, revolutionären Denkers und Militanten.) – Erscheint April 1975 im Verlag Blackwell, Oxford.

2420 NEUMANN, R.P. (State University College): **Karl Marx on Love, Mariage and the Family.** – Abgeschlossener Aufsatz. – Hinweis in Newsletter 5 (1974), S. 35.

2421 RUBEL, Maximilien (I.S.E.A. Paris): **Stalin.** – (Stalin ist nur vom Stalinismus her zu verstehen, einer vorgegebenen sozialhistorischen Konstellation, deren ethische Problematik im Antagonismus von Staat und Gesellschaft beschlossen ist.) – Erscheint im April 1975 bei Rowohlt.

2422 KOHL, Thomas (Berlin): **Marx, die europäische Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert und das Problem des Kommunismus.** – (Die Auffassungen der wichtigsten Parteien der europäischen Arbeiterbewegung im 20. Jh. über die kommunistische Gesellschaft und die kommunistische Revolution werden auf der Grundlage der Marx-Forschung kritisiert.) – Diss. (bei Prof. Narr). – Ms.-Abschluß voraussichtlich Frühjahr 1976.

D. BIOGRAPHISCHE BEITRÄGE

2423 LOEWENBERG, Peter (University of California): **Otto Bauer, Austromarxism and the First Austrian Republik.** – (Persönlichkeit und politischer Führungsstil in den Krisen von 1919, 1927, 1933 und 1934.) – Monographie. – Anfangsstadium der Bearbeitung.

2424 KYKAL, Inez und Karl Rudolf STADLER (Hochschule Linz): **Odyssee eines Rebellen. (Richard Bernaschek).** –(Leben und politisches Wirken des Linzer Schutzbundführers B., seine ideologische Entwicklung vom Arbeitervertrauensmann zum Parteihochschulabsolventen, Stellung in der sozialdemokratischen Partei. Der Februaraufstand. Verhandlungen mit den Nationalsozialisten in München mit dem Ziel eines gemeinsamen Kampfbündnisses gegen Dollfuß. Pläne zur Gründung einer sogenannten Überpartei mit Hilfe der 3. Internationale. Verbindung zu Widerstandsgruppen. 1945 Tod im KZ Mauthausen.) – Monographie. – Erscheint Frühjahr/Sommer 1975 im Europaverlag, Wien.

2425 BRAND, Urs (Bern): **Jean Jaurès und Deutschland.** – Arbeitsstitel. – (Deutschlandbild von Jean Jaurès 1880 - 1940. Seine Aktivität im Rahmen der deutsch-französischen Beziehungen und innerhalb der II. Internationale. Quellenbasis: alle einschlägigen Texte von J. sowie Archivmaterial aus Paris und Amsterdam.) – Habil. Schrift (bei Prof. Walther Hofer). – Ms.-Abschluß Ende 1975.

2426 KNOLL, Joachim H. und Julius H. SCHOEPS (Hrsg.): **Friedrich Albert Lange, Leben und Werk.** – (Sammlung von Aufsätzen verschiedener Autoren über F.A. Lange, die zu einem großen Teil auf dem Nachlaß L.'s im Stadtarchiv Duisburg beruhen. [Vgl. auch Projektverzeichnis, Heft 1/74, Nr. 2195: Hirsch, Helmut (Duisburg), „Friedrich Lange und der Amerikanische Bürgerkrieg".]) – Aufsatzsammlung. – Erscheint 1975 als Bd. 21 der „Duisburger Forschungen" im Walter Braun Verlag, Duisburg.

2427 AUGÉ, Nicole (Université de Grenoble): **Zensl Mühsam, innocente victime de trois États totalitaires.** – Travail d' Étude et de Recherche (bei Françoise Derré). – Abgeschlossen 1972 (138 S., mit Illustrationen und Dokumenten).

2428 BRUNIER, Bernadette (Université de Grenoble): **Le rôle de Willi Münzenberg pendant la République de Weimar.** – (72 S., mit Illustrationen.) – Travail d' Étude et de Recherche (bei Françoise Derré). – Abgeschlossen 1974.

2429 COLLIN DUFRESNE, Margret (Université Grenoble): **Willi Münzenberg face à la montée du fascisme.** – Travail d' Étude et de Recherche (bei Françoise Derré). – Abgeschlossen 1972 (141 S., mit Illustrationen).

2430 WIEGENSTEIN, Sigrid (FU Berlin): **Luise Otto-Peters. Schriftstellerin und Publizistin.** – (Untersuchung der schriftstellerischen und journalistischen Arbeit unter literargeschichtlichen Aspekten.) – Diss. – Anfangsstadium der Bearbeitung.

2431 LAFLEUR, Ingrun (Grand Valley State Colleges, Allendale): **Adelheid Popp: An Approach to Learning and Teaching Socialist Feminism.** – (P. als Führerin der proletarischen Arbeiterbewegung in Österreich.) – Soll im Verlag „Feminist Studies" erscheinen.

2432 MYTZE, Andreas W.: **Ottwald.** – (Leben und Werk des vergessenen revolutionären deutschen Schriftstellers. Im Anhang bisher unveröffentlichte Dokumente.) – Umfang ca. 200 Seiten. – Erscheint 1975. –

Zu beziehen durch: europäische Ideen, 1 Berlin 37, Mühlenstr. 17 b.

2433 MAIER, Rolf (Universität Heidelberg): **Bruno Schoenlank (1859 - 1901) Sozialdemokrat und Journalist.** – (Rezeption marxistischer Kategorien am Beispiel des sozialdemokratischen Intellektuellen Sch. Seine politischen Aktivitäten in München, Nürnberg, Berlin und Leipzig. Quellen: Legale Arbeiterblätter und „Sozialdemokrat" 1883 - 1890, wissenschaftliche Zeitschriften, Parteiprotokolle, Sten. Berichte des Reichstags, sozialdemokratische Presseorgane nach 1890 (u.a. „Vorwärts" und LVZ). Archive: Amsterdam, Bonn-Bad Godesberg, Nürnberg, München, Potsdam, Mainz, Göttingen und Koblenz.) – Diss. (bei Prof. Groh). – Ms.-Abschluß voraussichtlich Ende 1975.

2434 VERZELONI, Yves (Université de Grenoble): **Gerhart Seger, l'un des premiers prisonniers du IIIe Reich.** – Travail d' Étude et de Recherche (bei Françoise Derré). – Abgeschlossen 1973 (72 S., mit Illustrationen).

2435 HEDLIN, Myron (Ohio State University): **A Political Biography of Grigorii Zinoviev.** – In Bearbeitung. – Hinweis in Newsletter 5 (1974), S. 37.

E. DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG

I. Allgemeine Darstellungen und Darstellungen über größere Zeiträume

2436 LAFLEUR, Ingrun (Grand Valley State Colleges, Allendale): **Die Rolle der proletarischen Arbeiterbewegung in der Gesamt-Sozialistischen Arbeiterbewegung.** – In Bearbeitung.

2437 KEALY, Maura McDowell (University of California, Berkeley): **Comparative Study of Political Decision Making vis-a-vis Major Strikes in the United States and Germany during the Transition to Organized Capitalism.** – Diss. – In Bearbeitung. – Hinweis in Newsletter 5 (1974), S. 35.

2438 PRIAMUS, Heinz-Jürgen (Universität Bochum): **Ständisches Denken und gewerkschaftliche Orientierung am Beispiel des Deutschen Werkmeister-Verbandes. Zum Verhältnis von ökonomischer Lage und gesellschaftlichem Selbstverständnis.** – Magisterarbeit. – 1974 abgeschlossen.

2439 KEUTER, Klaus (Universität Köln): **Zur Geschichte der Vertrauensleute.** – (Unter besonderer Berücksichtigung der Metallindustrie und des Metallhandwerks soll die Bedeutung und der Funktionswandel der gewerkschaftlichen Vertrauensleute seit Bestehen der Gewerkschaften aufgezeigt werden.) – Diplomarbeit (bei Prof. Blume). – Ms.-Abschluß voraussichtlich Juli 1975.

II. Darstellungen in zeitlicher Folge

a) Von den Anfängen bis zum Ende des Sozialistengesetzes

2440 OFFERMANN, Toni (Universität Bonn): **Arbeiterbewegung und Liberalismus. Die Konstituierung der deutschen Arbeiterbewegung 1859 - 1863.** – (Entstehung der deutschen Arbeiterbewegung vor Lassalle. Quellen: Nachlaß Hatzfeld/ADAV, geplante Na'amansche Quellenedition [vgl. Projektverzeichnis Heft 7/1968, Nr. 798] Zeitgenössische Zeitschriften, Zeitungen und Broschüren.) – Staatsexamensarbeit. – Ms. abgeschlossen.

2441 ZWAHR, Hartmut (Karl-Marx-Universität Leipzig): **Zur Konstituierung des Proletariats während der industriellen Revolution.** – (Führungsrolle und der Beitrag der Leipziger Arbeiterbewe-

gung zur Konstituierung der deutschen Arbeiterklasse.) – Diss. – Abgeschlossen März 1974. – Hinweis in BzG 1 (1975), S. 146.

2442 VESKOVIĆ-VANGELI (Humboldt-Universität Berlin): **Der Einfluß der deutschen proletarischen Frauenbewegung in den jugoslawischen Ländern von den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des ersten Weltkrieges.** – Diss. – Abgeschlossen Januar 1974. – Hinweis in ZfG 11 (1974), S. 1253.

b) 1890 – 1914

2443 RAGENFELD, Norma von (University of Connecticut): **Revolutionsfurcht im Deutschen Bürgertum, 1889 - 1906.** – (Antisozialismus am Beispiel der preußischen Beamtenschaft in der Rheinprovinz. Empirische Erhebung der politischen Stellungnahme der Beamtenschaft gegenüber der Sozialdemokratie. Quellen: Personal- und Sachakten der Provinzialbehörden in den Staatsarchiven Düsseldorf und Koblenz.) – Diss. (bei Prof. Henning). – Anfangsstadium der Bearbeitung.

2444 WÖLK, Monika (Historische Kommission zu Berlin und PH Berlin): **Schulbildung und Wählerverhalten im Deutschen Kaiserreich.** – Diss. – In Bearbeitung.

2445 GRUNZE, Christine (PH Berlin): **Die Reichstagswahl von 1890.** – In Vorbereitung. – Hinweis in: Abhandlungen aus der Pädagogischen Hochschule Berlin, Bd. I, 1974, S. 230.

2446 MÖBES, Hans-Gerd (PH Berlin): **Die Reichstagswahl von 1893.** – In Bearbeitung. – Hinweis in: Abhandlungen aus der Pädagogischen Hochschule Berlin, Bd. I, 1974, S. 230.

2447 WÖLK, Wolfgang (Berlin): **Die Reichstagswahl von 1907. Eine Untersuchung zum Zusammenhang von Sozialstruktur, Parteiensystem und Wählerverhalten in Deutschland während der Phase der Hochindustrialisierung.** – Erscheint als Studie der DFG. – In Bearbeitung.

2448 LAFLEUR, Ingrun (Grand Valley State Colleges, Allendale): **Die Frauenwahlfrage 1906 - 1907.** – In Bearbeitung.

2449 ZIELINSKI, Wladystaw (Śląski Instytut Naukowy, Kattowitz): **Polski ruch socjalistyczny w Niemczeck (1890 - 1914).** [Die polnische sozialistische Bewegung in Deutschland (1890 - 1914]. – (Anfänge, Programm, PPSpA und SPD, Agitation und Propaganda. Quellen: aus den Archiven in Merseburg, Potsdam, Dresden, Kattowitz, Posen, Bromberg, Breslau, Warschau.) – Monographie. – Anfangsstadium der Bearbeitung. – Soll 1976 im Śląski Instytut Naukowy, Katowice, erscheinen.

c) Weltkrieg und Revolution

2450 MAI, Gerlind (Universität Marburg): **Die innenpolitische Stellung und Bedeutung der Militärbefehlshaber in den Anfangsjahren des Ersten Weltkrieges (1914 - 1916). Unter besonderer Berücksichtigung des X. Armeekorps (Hannover).** – (Analyse des Verhältnisses des regionalen Militärbefehlshabers zur organisierten Arbeiterschaft.) – Staatsexamensarbeit. – Ms.-Abschluß Januar 1975.

d) Weimarer Republik

2451 REICHMANN, Richard S.: **The German Communist Party, 1918 - 33.** – (Ein kurzer Abriß der Geschichte der KPD.) – In Bearbeitung.

2452 REICHMANN, Richard S.: **The German Communist Party and the „organisational question", 1918 - 33.** – (Organisatorische Experimente der

KPD im Ruhrgebiet.) – Abgeschlossen 1974.

2453 PRIAMUS, Heinz-Jürgen (Universität Bochum): **Von der gewerkschaftlichen Orientierung zur Unterstützung des Nationalsozialismus. Die Entwicklung der Angestelltenschaft in der Weimarer Republik am Beispiel des Gewerkschaftsbundes der Angestellten (GdA).** – (Sozialgeschichtliche Voraussetzungen des Nationalsozialismus, Bewußtseinslage und politisch-soziales Verhalten der Angestellten in der Weimarer Zeit.) – Diss. (bei Prof. D. Petzina). Anfangsstadium der Bearbeitung.

2454 WHEELER, Robert (University of Southern California): **German Women and the Communist International.** – Aufsatz. – Soll in „Central European History" erscheinen. – Hinweis in Newsletter 5 (1974), S. 36.

2455 DUPEUX, Louis (Université Paris): **Le National-Bolchevisme allemand sous la République de Weimar.** – (Die verschiedenen Bedeutungen des Ausdrucks „National-Bolschewismus". Hamburger Richtung der KAPD, die Schlageter-Politik (1923) und die Befreiungspolitik (1930) der KPD.) – Habil.-Schrift. – Wird 1975 im Verlag Presses Universitaires d' Alsace erscheinen.

2456 REICHMANN, Richard S.: **Between Communism and Syndicalism: a history of the Union der Hand und Kopfarbeiter, 1919 - 25.** – (Die Arbeit beschäftigt sich vorrangig mit der FAUD (Gelsenkirchener Richtung) und ihren Folgeorganisationen.) – In Bearbeitung.

2457 WHEELER, Robert (University of Southern California): **Die '21 Bedingungen' und die Spaltung der USPD: Zur Geschichte der Basis.** – Aufsatz. – Soll in „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" erscheinen. – Hinweis in Newsletter 5 (1974), S. 36.

2458 SANDER, Michael (Universität Freiburg): **Die Anfänge der kommunistischen Politik des Klassenbündnisses in Deutschland 1923.** – (Analysen und taktische Konsequenzen von KPD und KI zur Zeit des aufkommenden Faschismus und der Ruhrbesetzung in Bezug auf Nationalismus und Verhältnis zum Kleinbürgertum. Erklärung der „Schlageterpolitik" Karl Radeks im Sommer 1923. Quellen: theoretische Zeitschriften von KPD und KI.) – Staatsexamensarbeit (bei Prof. Gottfried Schramm). – Abgeschlossen 1974.

e) 1933 - 1945

2459 GRUBER, Helmut (Polytechnic Institute of New York): **Socialism's Last Stand: Fascism, the Popular Fronts, and the Second World War.** – In Bearbeitung. – Hinweis in Newsletter 5 (1974), S. 35.

2460 GEDICKE, Günter (FU Berlin): **Die Problematik des antifaschistischen Intellektuellen in Lion Feuchtwangers „Wartesaal"-Triologie.** (Kurzbiographie Lion Feuchtwangers bis 1939 unter besonderer Berücksichtigung seiner politischen Anschauung. Detaillierte historisch-literarische Analyse seiner „antinationalsozialistischen" Trilogie.) – Staatsexamensarbeit. – Abgeschlossen.

2461 GEDICKE, Günter (FU Berlin): **Die Darstellung des Nationalsozialismus in den deutschsprachigen Romanen des beginnenden politischen Exils 1933/34 als Mittel im Kampf gegen die faschistische Diktatur in Deutschland von Lion Feuchtwangers „Die Geschwister Oppenheim" bis Anna Seghers „Der Kopflohn".** – (Historisch-literarische Analyse der politischen Prosa anhand von Rezensionen, Auflagenhöhen, Publikationsarten. Politische Relevanz

dieser Literatur.) – Diss. – Ms.-Abschluß voraussichtlich Frühjahr 1978.

2462 WALESCH, Annegret (TU Hannover): **Das Amt „Schönheit der Arbeit" in der NS-Organisation „Kraft durch Freude" 1933 - 1939.** – (Industrieinteresse und Leistungssteigerung. Bedürfnisse der Arbeiter und „Arbeitsfreude". Die Tätigkeitsbereiche des Amtes „Sch.d.A." Quellen: NS-Propagandaschriften, Reden von Amtsleitern, Berichte von Arbeitstagungen, amtliche Bekanntmachungen, Zeitungen.) – Staatsexamensarbeit (bei Dr. Christian Riechers). – Ms. abgeschlossen.

2463 HAARMANN, Hermann, Lothar SCHIRMER und Dagmar WALACH: **Das „Engels-Projekt", ein antifaschistisches Theater deutscher Emigranten in der UdSSR (1936 - 1941).** – Exiltheater als Form politischen Widerstandes.) – Monographie. – Ms.-Abschluß voraussichtlich März 1975. – Soll Sommer 1975 im Verlag Georg Heintz, Worms, erscheinen.

2464 HOTTOIS, Christian (Université de Grenoble): **Deux aspects de la résistance allemande en régime nazi: Willy B r a n d t et la S.A.P.** – Travail d' Étude et de Recherche (bei Françoise Derré). – Abgeschlossen 1973 (142 S., mit Illustrationen)

f) Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges

2465 KUDERA, Werner, Konrad R U F F und Rudi S C H M I D T (Universität Erlangen-Nürnberg): **Das gesellschaftliche und politische Bewußtsein von Industriearbeitern.** – (Gegenstand: Das gesellschaftliche und politische Bewußtsein von Industriearbeitern als Produkt sedimentierter Erfahrungen von Interessen und deren Durchsetzung auf verschiedenen Ebenen (Produktions- und Reproduktionsbereich, Gesellschaft, Staat) und in unterschiedlichen Organisationsformen (betriebl. Interessenvertretung, Gewerkschaft, Parteien). Theoretischer Ansatz: Anwendung polit-ökonomischer Theorie mit der Absicht, die empirischen Erscheinungsformen individuellen Bewußtseins theoretisch und historisch zu erklären. Verfahren: Qualitative Befragung von 200 Arbeitern aus zwei Großbetrieben der Nutzfahrzeugbranche bzw. dem Maschinenbau in Nürnberg und Mannheim. Zugleich Versuch, die objektiven Arbeits- und Lebensbedingungen anhand zentraler Indikatoren im Rahmen von ökonomischen und politischen Regionalanalysen, Branchen- und Konzernanalysen zu ermitteln.) – Die Studie soll 1975 abgeschlossen werden. Ein Bericht über die Voruntersuchung von H. Jaeger, H. Kühne und R. Schmidt liegt seit September 1972 vor. Im Frühjahr 1975 erscheinen ein Bericht über die Ergebnisse der ökonomischen Analysen (Branchen, Konzerne, Betriebe, Regionen) und ein Bericht über den Streik der bayerischen Metallarbeiter von 1954 als Teil der politischen Regionalanalyse Nürnbergs. Die Abschlußberichte werden Anfang 1976 vorliegen.

2466 WAIBEL, Paul R. (West Virginia University, Morgantown): **Politics of Understanding: The SPD and the Catholic Church, 1945 - 1972.** – (Schwerpunkt der Arbeit liegt auf den Jahren 1959 - 1969). – Diss. – Ms.-Abschluß voraussichtlich Ende 1976.

2467 SCHILDBERG-SCHROTH (Universität Freiburg): **Die Haltung der SPD zur deutsch-französischen Aussöhnung 1958 - 1963.** – (Quellen: publiziertes Material.) – Staatsexamensarbeit (bei Doz. Dr. Bernd Martin). – Ms.-Abschluß Februar 1975.

2468 BOCK, Stephan (Universität Bochum): **Die Darstellung der Aufbauphasen des Sozialismus in der DDR. Untersucht an ausgewählten Romanen und Erzählungen der DDR-Literatur aus den Jahren 1949 - 1956.** – (Versuch einer kritischen Gesamtdarstellung. Vergleich von Realhistorie und dargestellter Wirklichkeit.) – Magisterarbeit (bei Prof. P.G. Klussmann). – Abgeschlossen Oktober 1973. – Soll zur Diss. ausgearbeitet werden.

III. Regionale und lokale Darstellungen

a) Regional

2469 STEINBACH, Peter (FU Berlin): **Industrialisierung und Wahlverhalten (am Beispiel des Fürstentums Lippe) 1848 - 1913 ggf. 1933.** – (Regionale Fallstudie. Verbindung von wahlsoziologischem und wahlpsychologischem Ansatz. Mikrostrukturanalyse auf Stimmbezirksebene. Quellen: Staatsarchiv Detmold, Stadtarchive, Lokalpresse, amtliche Statistik.) – Habil.-Schrift. – Anfangsstadium der Bearbeitung. – Ms.-Abschluß voraussichtlich Ende 1977/Anfang 1978.

2470 HÜLS, Hans (Staatsarchiv Detmold): **Wähler und Wahlverhalten im Land Lippe während der Weimarer Zeit.** – Monographie. – Erscheint im März 1975 als Sonderveröffentlichung des Naturwissenschaftlichen und Historischen Vereins für das Land Lippe, Bd. 22.

2471 WAJDA, Kazimierz Józef (Universität Thorn, Akademie d. Wiss. Warschau): **Sozialgeschichte von Ost- und Westpreußen im 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts.** – In Bearbeitung.

2472 KERMANN, Joachim (Landesarchiv Speyer): **Die bayerischen Vorschriften zur Kinderarbeit und ihre Wirksamkeit in der Pfalz.** – Arbeitstitel. – (Die Kinderarbeit in bayerischen Gesetzen bis zur Übernahme der Reichsgesetzgebung, Sonderstellung der Pfalz durch Fortwirken französischen Rechts, Umfragen und statistische Erhebungen zur Kinderarbeit. Stellungnahmen von staatlichen und kirchlichen Behörden und von Unternehmern. Quellen: überwiegend Archivalien des Landesarchivs Speyer.) – Aufsatz. – Ms.-Abschluß Mitte 1975. – Soll 1975 in „Zeitschrift für die Geschichte der Saargegend" erscheinen.

2473 EMSBACH, Karl (Universität Bochum): **Soziale Betriebsverfassung der rheinischen Baumwollindustrie im 19. Jahrhundert.** – (Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern beim Übergang vom Verlags- zum Fabriksystem.) – Diss. (bei Prof. Adelmann). – In Bearbeitung.

2474 BUNGERT, Gerhard (Universität Saarbrücken): **Das Vereinswesen der Saargegend. Ausgangspunkt: Saarland hat prozentual die meisten Vereine, warum?** – (Beschreibung des derzeitigen Vereinswesens. Untersuchung der Bedeutung von Vereinen als Massenorganisationen bei politischen und sozialen Konflikten (Bergarbeiterstreik 1889, Saarabstimmungen), unter besonderer Berücksichtigung von Arbeitersport und -kulturvereinigungen. Auswirkungen der spezifischen Formen der Industrialisierung der Saargegend auf die Vereinsbil-

dung.) – Diss. (bei Prof. Chr. Helfer). – Im Anfangsstadium der Bearbeitung.

2475 GREIFFENHAGEN, Sylvia (Universität Stuttgart): **Die SPD in Württemberg von 1914 - 33.** – (Flügelbildung, Kriegsausbruch, Parteispaltung, Revolution, Regierungszeit. Quellen: Akten in den Staatsarchiven Stuttgart und Ludwigsburg, „Schwäbische Tagwacht", „Sozialdemokrat", „Rote Fahne" und „Gleichheit".) – Diss. (bei Prof. E. Jäckel). – Ms.-Abschluß Sommer 1975.

b) Lokal

2476 SCHLOR, Siegbert (Univ. Tübingen): **Der Crimmitschauer Textilarbeiterstreik 1903/04 und seine sozialen Folgen.** – (Vorgeschichte, Lage der Arbeiter, Ausbruch, Verlauf, Abbruch, Folgen.) – Staatsexamensarbeit (bei Prof. Born). – Abgeschlossen November 1973.

2477 SCHOMBERUS, Heilwig (Universität Heidelberg): **Die Maschinenfabrik Esslingen und die Stadt Esslingen. Untersuchung zum Status der Arbeiter in der Fabrik und in der Stadt 1845 - 1914.** – (Soziale Lage der Arbeiter, inner- und außerbetriebliche Gruppenbildung. Quellen: Inventuren und Teilungen der Stadt E., Personalbücher der Maschinenfabrik E., sonstige Akten des Firmenarchivs, Hauptbücher usw.) – Diss. (bei Prof. Werner Conze). – Ms.-Abschluß voraussichtlich Ende 1975.

F. DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG ANDERER GEBIETE

England

2478 WEISSER, Henry (Colorado State University): **British Working Class Movements and Europe, 1815 to 1848.** – Soll in Manchester University Press erscheinen. – Hinweis in Newsletter 5 (1974), S. 37.

Frankreich

2479 MOSS, Bernard H. (University of Southern California): **Producers' Association and the Origins of French Socialism: Ideology from Below.** – Aufsatz. – Soll in „Journal of Modern History" erscheinen. – Hinweis in Newsletter 5 (1974), S. 36.

2480 McBRIDE, Theresa M. (College of the Holy Cross): **Rural Tradition and the Process of Modernization: Domestic Servants in Nineteenth-Century France.** – Diss. – Abgeschlossen 1973. – Hinweis in Newsletter 5 (1974), S. 36.

Niederlande

2481 JADOUL, J.D.M.J. (Kath. Universität Nijmegen): **Het N.V.V. en het Marshall-Plan.** (Der N.V.V. (niederl. Gewerkschaftsbund) und der Marshall-Plan.) – (bei Prof. Manning) – Abgeschlossen.

Norwegen

2482 BJØRGUM, Jorunn, Edvard BULL, Odd-Bjørn FURE, Arne KOKKVOLL, Einhart LORENZ und Per MAUSETH: **Radikaliseringen innen norsk arbeiderbevegelse** (= Arbeiderbevegelsens årbok, 1). [Die Radikalisierung innerhalb der norwegischen Arbeiterbewegung.] – (Fünf Aufsätze über verschiedene Aspekte der Radikalisierung in der norwegischen Arbeiterbewegung zwischen 1911 und 1921, u.a. Bulls Artikel aus Grünbergs' Archiv (1922) und eine Reihe verschiedener Dokumente.) – Soll im September 1975 bei Pax erscheinen.

Österreich

2483 LAFLEUR, Ingrun (Grand Valley State Colleges, Allendale): **Linzer Parteiprogramm 1926 und Frauenfrage.** – In Bearbeitung.

2484 **Widerstand und Verfolgung in Wien 1934 - 1945.** Herausgegeben vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Bearbeiter: Wolfgang Neugebauer u.a. – (Bd. 1, 1934 - 1938, Bd. 2, 1938 - 1945. Quellen: Polizei- und Gestapo-Akten, Gerichtsakten, illegale Drucke, Berichte und Befragungen.) – Edition. – Erscheint im April 1975 im Österreichischen Bundesverlag/ Verlag Jugend und Volk, Wien.

2485 WEBER, Friedrich (Universität Salzburg): **Die Linksopposition in der SPÖ 1945 - 1950.** – (Rechtsentwicklung in einem Land, durch das die Grenzlinien des Ost-West-Konfliktes verlaufen. Rechts- und linkssozialistische Lernvariante aus den Erfahrungen mit dem Faschismus. Parteidemokratie im Kalten Krieg. Linkssozialisten und sozialdemokratische Linke. Quellen: Parteitagsprotokolle, Funktionärszeitschriften, Parteiorgane von SP, KP und ÖVP, „Zukunft", Interviews mit Beteiligten.) – Diss. (bei Prof. Erika Weinzierl). – Ms.-Abschluß voraussichtlich Frühjahr 1975. – Wird 1975 oder 1976 in den „Veröffentlichungen des Historischen Instituts der Universität Salzburg" beim Verlag Geyer erscheinen.

2486 PRADER, Hans (Universität Salzburg): **Probleme kooperativer Gewerkschaftspolitik am Beispiel der Politik des ÖGB im Wiederaufbau 1945 - 1951.** – Diss. (bei Prof. Leser). – Ms.-Abschluß voraussichtlich Frühjahr/Sommer 1975.

2487 GRUBER, Ronald (Universität Wien): **Der Oktoberstreik 1950.** – (Quellen: persönliche Erinnerungen von Beteiligten, Zeitungen, Zeitschriften, Betriebszeitungen, Flugblätter und Akten des Innenministeriums und der Sicherheitsdirektionen.) – Diss. (bei Prof. Ludwig Jedlicka). – Ms.-Abschluß voraussichtlich Sommer 1975.

Palästina

2488 OFFENBERG, Mario (FU Berlin): **Vom Zionismus zum Internationalismus: Die Entstehungsgeschichte der kommunistischen Partei Palästinas (P.K.P.), 1919 - 1925.** – (Der antizionistische und antiimperialistische Kampf der jüdisch-arabisch zusammengesetzten PKP. Quellen: kommunale und staatliche Akten.) – Diss. (bei Prof. Agnoli). – Abgeschlossen Mai 1974.

UdSSR

2489 OBERLÄNDER, Erwin (Köln): **Sowjetgewerkschaften und Internationaler Gewerkschaftsbund 1919 - 1939.** – (Darstellung der Beziehungen, Dokumente zu den einzigen direkten Verhandlungen zwischen den Spitzen der sowjetischen Gewerkschaften und des IGB im November 1937.) – Aufsatz und Dokumentation. – Ms.-Abschluß Sommer 1974. – Soll im International Review of Social History, Amsterdam, erscheinen.

USA

2490 FISCHER, Adam (University of Massachusetts): **The Proletarian Novel in America.** – Diss. – Abgeschlossen. – Hinweis in AIMS 11 (1974), Nr. 6.

2491 McBRIDE, Theresa M. (College of the Holy Cross): **Social Mobility for the Lower Class: Domestic Servants.**

– Aufsatz. – Soll in „Journal of Modern History" erscheinen. – Hinweis in Newsletter 5 (1974), S. 36.

2492 WALD, Alan (University of California, Berkeley): **James T. Farrell: The Revolutionary Socialist Years.** – Diss. – Abgeschlossen. – Hinweis in AIMS 11 (1974), Nr. 6.

2493 MANCINI, Matthew (Emory University): **Mythic Themes in American Anarchism, 1881 - 1908.** – Diss. – Abgeschlossen. – Hinweis in AIMS 11 (1974), Nr. 6.

2494 KLACZYNSKA, Barbara (Temple University): **Working Women in Philadelphia, 1900 - 1918.** – Diss. – Abgeschlossen. – Hinweis in AIMS 11 (1974), Nr. 6.

G. DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICHTE DER INTERNATIONALE

2495 GRASS, Martin: **Arbetarskandinavism 1912 - 1920: Kommittén för skandinaviska arbetarrörelsens samarbete, nagra aspekter.** [Arbeiterskandinavismus 1912 - 1920: Das Komitee für die Zusammenarbeit der skandinavischen Arbeiterbewegung, einige Aspekte.] – Aufsatz. – Erscheint in Årbog for arbejderbevaegelsens historie 4/1974.

2496 JEMNITZ, Janos: **Die Internationale Arbeiterbewegung im ersten Weltkrieg 1914 - 1917.** – Diss. – Erscheint in Kürze in ungarischer Sprache.

2497 BLANSDORF, Agnes (Universität Kiel): **Die 2. Internationale und der Krieg 1914 - 1918. Teil I, 1914 - 1917.** – Diss. – Abgeschlossen 1974. – Hinweis in Newsletter 5 (1974), S. 35.

2498 NATION, Craig (Duke University): **The Zimmerwald Left; Roots of the Communist Alternative in the First World War.** – Diss. – In Bearbeitung. – Hinweis in Newsletter 5 (1974), S. 35.

Nachträge zum Titelverzeichnis

Heft 1, Nr. 77

Die als Diss. angezeigte Arbeit von Robert WHEELER "The Independent Socialists and the Internationals: An Examination of Socialist Internationalism in Germany, 1915 to 1923" (siehe auch Nachtrag in Heft 13/71) soll unter dem Titel „Socialist Internationalism in a Revolutionary Epoch: The USPD and the Crisis of the International" [in deutscher Übersetzung] im Verlag Ullstein erscheinen. – Hinweis in Newsletter 5 (1974), S. 36.

Heft 5, Nr. 640

Das Thema der angezeigten Arbeit von Martin GRASS hat sich geändert. Der neue Titel lautet: „Friedensaktivität und Neutralität. Die skandinavische Sozialdemokratie und die neutrale Zusammenarbeit im ersten Weltkrieg, August 1914 bis Februar 1917." Die Arbeit wird im Frühjahr 1975 in der Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung erscheinen und wird gleichzeitig als Diss. der Universität Uppsala vorgelegt.

Heft 6, Nr. 728

Die Arbeit von Gudrun SCHÄDEL wurde bereits 1973 unter dem Titel „Die Kommunistische Partei Deutschlands in Nordrhein-Westfalen von 1945 - 1956" von der Universität Bochum als Diss. angenommen.

Heft 9, Nr. 1139

Der 1. Bd. der Studie von Richard S. REICHMANN „The German Communist Party in Rhineland-Westphalia, 1918 - 33" umfaßt den Zeitraum von 1918 - 25 und wurde von der Universität Oxford als Diss. angenommen. Bd. 2 (1925 - 1933) ist abgeschlossen und soll demnächst veröffentlicht werden.

Heft 9, Nr. 1148

Die Arbeit von Volker ULLRICH ist 1975 unter dem Titel „Die Hamburger Arbeiterbewegung vom Vorabend des ersten Weltkrieges bis zur Revolution 1918/19" als Diss. von der Universität Hamburg angenommen.

Heft 13, Nr. 1549

Das Thema der Arbeit von Knut HARTMANN wurde geändert. Der neue Titel lautet: „Der Weg zur gewerkschaftlichen Organisation. Die elementare Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet unter den Herausforderungen des kapitalistischen Bergbaus. 1851 - 1889". Ms.-Abschluß voraussichtlich Herbst 1975.

Heft 16, Nr. 1729

Die Arbeit von Max SCHWARZ ist abgeschlossen und wird unter dem Titel „Bibliographie des Verlages ‚Vorwärts' Berlin 1891 - 1922" voraussichtlich im Verlag Dietz Nachf., Bonn-Bad Godesberg, erscheinen.

Heft 17, Nr. 1893

Die angezeigte Arbeit von Jürgen REULECKE wurde als Aufsatzsammlung unter dem Titel „Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Rheinland-Westfalen" 1974 im Hammer-Verlag, Wuppertal, veröffentlicht.

Heft 3/74, Nr. 2329

Das Thema der Arbeit von Alexander BRANDENBURG wurde geändert. Die Darstellung wird um den Theoriebildungsprozeß des Bundes der Kommunisten bis 1850 erweitert. Fragestellungen: Quellentheorie des Arbeiterkommunismus und sein Verhältnis zum wissenschaftlichen Sozialismus. Ms.-Abschluß voraussichtlich September 1975.

DIE SOZIALISIERUNGSFRAGE IN DER DEUTSCHEN REVOLUTION 1918/19. ZU EINIGEN NEUEREN DARSTELLUNGEN

von Hans Dieter Hellige

Im Unterschied zu der leidenschaftlichen und ausgiebigen Sozialisierungsdiskussion der Jahre nach 1918 hat die Geschichtswissenschaft in der BRD bisher dem Sozialisierungsproblem verhältnismäßig wenig Beachtung geschenkt. In der Forschung standen politische Fragen wie das Problem staatlicher Kontinuität, Strukturmängel der Weimarer Verfassung und das Verhältnis von Parlamentarismus und Rätesystem im Vordergrund. Obwohl Peter von Oertzen schon 1958 in seinem Aufsatz „Die großen Streiks der Ruhrarbeiterschaft im Frühjahr 1919" [1] auf den „unlösbaren Zusammenhang von Rätebewegung und Sozialisierungsbewegung" hingewiesen hatte, reduzierte die Forschung die Frage nach der Vergesellschaftung der Produktionsmittel weitgehend auf das Problem der Optimierung staatlicher Wirtschaftspolitik und isolierte von diesem „Bereich bloß instrumentaler technisch-ökonomischer Eingriffe" [2] die Rätediskussion, die unter vorwiegend politikwissenschaftlichem und verfassungsrechtlichem Vorzeichen stand.

Die Trennung von Politik und Ökonomie war auch konstitutiv für die erste umfassende Behandlung der Sozialisierungsfrage in Hans Schiecks Dissertation „Der Kampf um die deutsche Wirtschaftspolitik nach dem Novemberumsturz 1918" (masch.schr. Diss. Heidelberg 1958). Schieck ging von einem „Primat der Politik über die Wirtschaft" aus und sah seine Aufgabe als Wirtschaftshistoriker darin, „unter Übernahme der normativen außerwirtschaftlichen Ziele als Daten den rationellsten wirtschaftlichen Weg zu diesen politisch bestimmten Zielen zu erarbeiten", um damit der Wirtschaftspolitik eine theoretische Hilfe zu geben (S. 15). Die dezisionistische Zielsetzung wird im Verlauf der Darstellung jedoch durchbrochen, weil Schieck nicht von starren „außerwirtschaftlichen Normen" ausgeht, sondern immer wieder deren Entstehungszusammenhang und Abhängigkeit von ökonomischen Verhältnissen ansatzweise reflektiert. Im einzelnen will er nachweisen, daß nach dem Ersten Weltkrieg eine Vollsozialisierung, d.h. ein prinzipieller Wechsel des Wirtschaftssystems, wegen der ungeheuren Kompliziertheit des hochindustrialisierten Kapitalismus und der Interventionsdrohungen der Entente zwar nicht möglich gewesen sei, daß aber die damals maßgebliche sozialdemokratische und gewerkschaftliche Führung über einen erheblichen, bislang unterschätzten wirtschaftspolitischen Spielraum verfügt habe. Die Chance zu einer Ausweitung und Intensivierung staatlicher Wirtschaftsregulierung und Infrastrukturpolitik wurde von ihr jedoch infolge einer prinzipiellen Konzeptionslosigkeit und Befangenheit im Kautskyschen Determinismus nicht genutzt. Schieck übernimmt Rosenbergs These, wonach erst der Verzicht der Volksbeauftragten auf eine sozialistische Initiative die großen Streiks und die verzweifelten Selbsthilfeversuche der Arbeiterschaft hervorgebracht habe. Die brutale Unterdrückung der spontanen Bewegung der Arbeiter durch die „Revolutionsregierung" sei die fatale Konsequenz ihrer Absage an jegliche aktive Wirtschaftspolitik gewesen. Ausführlich stellt Schieck dar, wie sich infolge des Entscheidungsvakuums an der Regierungsspitze die

1 In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, Jg. 6 (1958), S. 231 - 262, wiederabgedruckt in: Eberhard Kolb (Hrsg.): *Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik* (= Neue Wissenschaftliche Bibliothek, 49), Köln 1972, S. 185 - 217, besonders S. 187 f.

2 Peter von Oertzen, *a.a.O.*, S. 187.

Konzeption der Teilsozialisierung (Vergesellschaftung einiger „reifer" Wirtschaftszweige nach Vorschlägen der Sozialisierungskommission) und das gemeinwirtschaftliche Programm der (Rathenau)-Moellendorff-Wissellschen „Planwirtschaft" gegenseitig lähmten und ausschalteten, so daß der Wiederaufstieg und schließliche Sieg des „Wirtschaftsliberalismus" möglich wurde. Schieck kommt zum Ergebnis, daß das Versagen bei der wirtschaftspolitischen Normensetzung, insbesondere der Verzicht auf die trotz aller Hemmnisse mögliche Sozialisierung des Bergbaus und der Bodenschätze, die Integrationsfunktion von SPD- und Gewerkschaftsführung gegenüber der Arbeiterschaft zerstörte und so die Zustände herbeiführte, die sie mit ihrer Anpassungs- und Verzögerungstaktik gerade vermeiden wollte; andererseits habe die wirtschaftspolitische Passivität der Mehrheitspartei und ihre Fixiertheit auf verengte, letztlich bürgerliche Vorstellungen von Produktivitätssteigerung, Arbeitsdisziplin, „Produktionspolitik" und davon abgehobener Verteilungssphäre die Bemühungen des Bürgertums zur Restitution der alten Produktionsverhältnisse geradezu herausgefordert. Diese für 1958 erstaunlichen Thesen wären ein geeigneter Ausgangspunkt für eine Diskussion des Zusammenhangs von politischer und ökonomischer Neuordnung in der Revolution gewesen. [3] In der Folgezeit geriet jedoch dieser wirtschaftshistorische Ansatz wieder aus dem Blick. Die Diskussion wurde vielmehr von der Kontroverse zwischen der traditionellen (Erdmannschen) These einer tragischen Alternative – Bolschewismus oder konservative Republik – und der auf Rosenberg aufbauenden Konzeption eines „Dritten Weges" beherrscht. [4] Selbst die Rätediskussion klammerte in ihrer Fixiertheit auf die parlamentarische Gegenposition den Produktionsbereich weitgehend aus und konzentrierte sich auf die politische, rechtliche und soziologische Problematik einer verbesserten Teilung und Kontrolle staatlicher Macht, obwohl Peter von Oertzen in seiner Untersuchung über die „Betriebsräte in der Novemberrevolution" [5] besonders die Bedeutung der „Demokratisierung der Wirtschaft" – darunter versteht er demokratische Wirtschaftsplanung, Sozialisierung der Schlüsselindustrien und betriebliche Mitbestimmung – für die Demokratisierung des Staates herausgearbeitet hatte.

Während in der DDR in den sechziger Jahren eine ganze Reihe von *empirischen* Darstellungen über die Kämpfe der deutschen Arbeiter nach 1918 für „Produktionskontrolle", „Mit-

3 Da Hans Schiecks bei Werner Conze gefertigte Dissertation trotz ihrer Qualität nicht im Druck erschien, konnte der darin erbrachte Nachweis des wirtschaftspolitischen Versagens der reformistischen SPD- und Gewerkschaftsführung mit seinen fatalen Konsequenzen nur von der engeren Fachwissenschaft aufgenommen werden. Erst 1972 erschien in dem in Anm. 1 erwähnten Reader von Eberhard Kolb ein überarbeiteter Auszug unter dem Titel *Die Behandlung der Sozialisierungsfrage in den Monaten nach dem Umsturz* (S. 138 - 164).

4 Vgl. hierzu vor allem Reinhard Rürup, *Probleme der Revolution in Deutschland 1918 - 1919* (= Institut für Europäische Geschichte Mainz, Vorträge, Nr. 50), Wiesbaden 1968; Helga Grebing, *Konservative Republik oder soziale Demokratie? Zur Bewertung der Novemberrevolution in der neueren westdeutschen Historiographie*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, Jg. 20 (1969), S. 18 - 27, wiederabgedruckt in: Eberhard Kolb (Hrsg.), *a.a.O.*, S. 386 - 403; Kolbs Einleitung, *a.a.O.*, S. 9 - 32.

5 In der Reihe: Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 25, Düsseldorf 1963. Vgl. auch die Zusammenfassung der Diskussion über *Das Problem der Räte bei der Entstehung der Weimarer Republik*, in: *Bericht über die 26. Versammlung deutscher Historiker in Berlin 1964*, Stuttgart 1965, S. 42 - 51.

bestimmung" und „sozialistische Nationalisierung" erschienen, [6] die sich zum Teil mit dem radikaldemokratischen Konzept des „Dritten Weges", besonders mit dem „Zentrismus" von Oertzens, [7] kritisch auseinandersetzten, begann in der BRD unter dem Einfluß der Studentenbewegung eine stärker *theoretische* Beschäftigung mit Fragen der Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Im Rahmen der studentischen Rätekonjunktur um 1968 wurden Felix Weils „Versuch einer begrifflichen Grundlegung" der Sozialisierung [8] sowie Karl Korschs Schriften zur Sozialisierung [9] nachgedruckt und Ernest Mandel gab 1971 eine umfassende „Anthologie" über „Arbeiterkontrolle, Arbeiterräte, Arbeiterselbstverwaltung" heraus.

Völlig unbeeinflußt von den Debatten der Fachhistoriker und der Studentenbewegung behandelt Kurt Trüschlers Marburger Dissertation von 1968 „Die Sozialisierungspolitik in der Weimarer Republik (1918 - 1920)". [10] Als neue Quelle erschließt Trüschler lediglich einige Briefe und die Sozialisierungsakte im Kautsky-Nachlaß im IISG Amsterdam, während ihm die in Potsdam lagernden Aktenbestände der Sozialisierungskommissionen, des Reichswirtschaftsamtes bzw. -ministeriums und des Reichsschatzamtes, von denen Schieck einige Teile benutzt hatte, nicht zugänglich waren. Die mangelnde Ausweitung der Materialbasis wird auch nicht durch eine präzisere theoretische Aufarbeitung des Gegenstandes kompensiert. Trüschler geht von einigen ausgewählten Klassiker-Texten (Kommunistischem Manifest, Kautsky, Korsch, Ströbel, Hilferding und Parteiprogrammen) aus und stellt dann, oft in starker Parallelität zu Schiecks Studie, den Prozeß des Scheiterns der beiden Wirtschaftskonzeptionen Teilsozialisierung und Gemeinwirtschaft dar. Statt Schiecks Thesen bzw. die Ergebnisse anderer Darstellungen der Sozialisierungsfrage als Ausgangspunkt für eine eigene, fest umrissene Fragestellung zu nehmen, stellt Trüschler in einem theorielosen und

6 Erika König, *Die Sozialisierung ist da!*, in: Horst Heininger, Erika König, Walter Tuchscherer, *Ökonomisch-historische Aufsätze*, Berlin (DDR) 1958; Werner Richter, *Gewerkschaften, Monopolkapital und Staat im Ersten Weltkrieg und in der Novemberrevolution (1914 - 1919)*, (= Beiträge zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Bd. 1), Berlin (DDR) 1959; Dieter Baudis, *Zur Geschichte des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse um die Kontrolle über die Produktion während der Novemberrevolution und der Massenstreiks im Frühjahr 1919*, wirt. wiss. Diss. Berlin (DDR) 1960; Gerhard Brehme, *Die sogenannte Sozialisierungsgesetzgebung der Weimarer Republik*, Berlin (DDR) 1960; Hans Habedank, *Über Verlauf und Wesen der Sozialisierungsbewegung im Ruhrgebiet während der Novemberrevolution*, in: *Beiträge zur Geschichte der Novemberrevolution*, (= Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Schriften des Instituts für Geschichte, Reihe III, Vorträge und Tagungen des Instituts für Geschichte, Bd. 5), Berlin (DDR) 1960, S. 42 - 61; Helga Albert, *Die Auseinandersetzungen um die Sozialisierung des sächsischen Steinkohlenbergbaus nach dem 1. Weltkrieg*, Ing. Diss. Freiberg 1963; Gerhard Meisel, *Zur Entwicklung der Rätebewegung von 1919 bis 1921, unter besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen Räteorganisation*, in: *Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Jg. 8 (1966), S. 209 - 226; Hans Habedank, *Um Mitbestimmung und Nationalisierung während der Novemberrevolution und im Frühjahr 1919*, Berlin (DDR) 1967. Vgl. auch die bibliographischen Angaben in der zuletzt genannten Darstellung, S. 299 ff.

7 Hans Habedank, *Um Mitbestimmung*, S. 23 ff.

8 Felix Weil, *Sozialisierung. Versuch einer begrifflichen Grundlegung nebst einer Kritik der Sozialisierungspläne* (= Praktischer Sozialismus, hrsg. von Karl Korsch, Nr. 7), Berlin-Fichtenau 1921, Neudruck Berlin 1966.

9 Karl Korsch, *Was ist Sozialisierung? Ein Programm des praktischen Sozialismus*, Hannover 1919, Neudruck Berlin und Frankfurt/M., o. J. (ca. 1969); ders., *Schriften zur Sozialisierung*, hrsg. v. Erich Gerlach, Frankfurt/M. 1969.

10 Dissertationsdruck Marburg 1968.

bisweilen sogar beziehungslosen Nebeneinander den bloßen Gang der Entscheidungsabläufe in den jeweiligen Institutionen dar: 1. und 2. Sozialisierungskommission, Vorläufiger Reichswirtschaftsrat, Reichskohlenrat, Reichswirtschaftsamt, Arbeiter- und Soldatenräte, Parteien, Gewerkschaften sowie, sehr pauschal, Industrie und Handel. Bei dieser schematischen, institutionellen Darstellungsform und der nicht sehr sinnvollen Reihenfolge geht die komplizierte Tektonik der Entscheidungsprozesse und deren jeweiliger gesellschaftlicher Stellenwert verloren. Da nicht einmal die von Walter Eucken entlehnten Begriffe Marktwirtschaft und Zentralverwaltungswirtschaft reflektiert und in die Analyse integriert werden, kommt Trüschler zu keinen neuen Ergebnissen und erreicht auch nicht annähernd das Niveau der Schieckschen Untersuchung.

Nachdem eine Reihe von sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Untersuchungen zur Schlußphase des Krieges und Regionalstudien zur Rätebewegung die Zusammengehörigkeit von politischer und ökonomischer Neuordnung in der Novemberrevolution wieder stärker in den Mittelpunkt gerückt hatten, beschäftigte sich die 7. Internationale Linzer Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung 1971 mit dem Generalthema „Massenbewegungen der Arbeiterschaft am Ende des Ersten Weltkrieges". [11] Gerald D. Feldman, Eberhard Kolb und Reinhard Rürup behandelten in einem gemeinsamen Referat die Gründe für das Scheitern der proletarischen Massenbewegung, deren Entstehung sie aus den sozioökonomischen Bedingungen der Kriegswirtschaft ableiteten und die sie im Unterschied zur bisherigen Forschung in der BRD nicht nur als Störfaktor bei der demokratischen Neuordnung bzw. als Ergebnis einer verfehlten Wirtschafts- und Integrationspolitik werteten, sondern als Ausdruck der objektiv revolutionären Situation. Die Hauptursache für das Scheitern der Massenbewegungen sahen die Referenten daher nicht in den sozioökonomischen Verhältnissen, sondern in der mangelnden Reife des „subjektiven Faktors", im Fehlen der theoretischen und politischen Vorbereitung und eines strategischen Konzepts: „Da die Parteiführung der SPD, teilweise aber auch der USPD, nicht gewillt war, die ihr von den Massen zugedachte Führungsrolle zu übernehmen, und da der Massenbewegung andererseits die Radikalität fehlte, um auf die Dauer auch gegen die neuen Regierungen revolutionäre Änderungen durchzusetzen, blieb schließlich der Staatsumsturz vom November der Höhepunkt des Erfolgs, statt zum Ausgangspunkt für einen Prozeß wirklicher revolutionärer Umwälzungen zu werden . . . " [12] Mit Recht betonte Wolfgang Ruge darüberhinaus, daß die sozialdemokratischen Führer nicht nur passiv versagt, sondern aktiv an der Abwiegelung und Zerschlagung der Massenbewegung mitgewirkt hätten, doch es gelang ihm infolge seines mit verkürzten Vermittlungen arbeitenden Ansatzes (Verrat, Bestechung durch die Bourgeoisie, Verspießerung, Bürokratisierung) nicht, das spezifische Versagen der Führer der Mehrheitspartei als notwendiges Resultat reformistischer Strategie darzustellen, bzw. das Reformismusproblem in seinem prinzipiellen Zusammenhang mit der bürgerlichen Gesellschaft und der Erscheinungsform des Staates zu sehen.

In der 1972 abgeschlossenen Dissertation des Amerikaners Michael William Honhart „The Incomplete Revolution. The Social Democrats' Failure to Transform the German Economy 1918 - 1924" (Phil. Diss. Duke University) wird die Sozialisierungsfrage wiederum als miß-

11 Vgl. den Tagungsbericht von Hans H. Biegert in: *IWK*, H. 14 (Dez. 1971), S. 97 - 103.

12 *A.a.O.*, S. 99.

lungene wirtschaftspolitische Innovation von der proletarischen Massenbewegung isoliert behandelt. Honhart spricht in der Einleitung selbst den Verdacht aus, deutschen Lesern könnte der größte Teil seiner Studie vor allem von Schiecks Dissertation her bekannt sein, hofft indessen, daß die stärkere Konzentration auf die Rolle von MSPD und Gewerkschaftsführung neue Gesichtspunkte über die „Möglichkeiten radikaler Wirtschaftsreformen und sozialer Revolution" nach dem Ersten Weltkrieg hervorbringt. Dies trifft leider nur bedingt zu, denn der Anspruch, den Gesamtkomplex der 'economic policy' darzustellen und besonders die historische Verlaufsschilderung veranlassen ihn ständig, seine zentrale Problemstellung aus den Augen zu verlieren, nämlich die Frage: „What practical steps might have been taken between November 1918 and June 1920 that would have been consistent with the broader goals of the Majority Socialists, that would have taken into account the critical situation of 1918 - 1920, and that would have partially fulfilled the Social Democrats' pledge to social revolution? " (S. 4). Wie bei Trüschler steht am Beginn der Untersuchung statt einer theoretischen und methodischen Einleitung ein Zitatenschatz vom Kommunistischen Manifest über das Erfurter Programm zu Hilferding und Kautsky. Da Honhart jedoch erkennt, daß die offizielle ideologische Plattform nicht das Gesamtverhalten der Partei erklären kann, fügt er Meinungsäußerungen maßgeblicher sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Spitzenpolitiker wie Friedrich Ebert, Heinrich Cunow, Max Schippel, Otto Hue, Carl Legien und Paul Umbreit hinzu, beschränkt sich aber im wesentlichen auf einzelne programmatische Äußerungen, ohne nach ihrem Verbreitungsgrad zu fragen, und läßt das konkrete Verhalten von Partei- und Gewerkschaftsbürokratie gegenüber der staatsmonopolistischen Kriegswirtschaft außer acht. Es gelingt ihm daher nicht, die innerparteiliche bzw. innergewerkschaftliche Kontroverse über den nach dem Krieg einzuschlagenden wirtschaftspolitischen Kurs und die Bedeutung der sich bereits 1917 deutlich abzeichnenden unterschiedlichen Konzeptionen der Übergangswirtschaft – Verstaatlichung einzelner monopolistischer Wirtschaftszweige oder gemeinwirtschaftliche Organisation der gesamten Wirtschaft auf der Basis kriegswirtschaftlicher Zwangssyndizierung – für die strategischen Differenzen in der Revolution herauszuarbeiten. [13]

Im Hauptteil seiner Studie stellt Honhart noch einmal – ergiebiger als Trüschler, doch weniger zielgerichtet als Schieck – dar, wie Konzeptionslosigkeit und Entscheidungsangst des Rates der Volksbeauftragten zur Einsetzung der Sozialisierungskommission führten, deren Vorschläge dann mit den von Wichard von Moellendorff, August Müller und Rudolf Wissell entwickelten Gemeinwirtschaftsplänen konkurrierten und wie beide Programme scheiterten, einerseits wegen der gezielten Gegensteuerung des mit dem Monopolkapital kooperierenden Demobilmachungsamtes und Reichsschatzamtes, andererseits wegen der Hinhaltetaktik der SPD-Führung und der Obstruktion der Generalkommission, die an der vorrevolutionären Arbeitsgemeinschaftspolitik festhielt, um die erzielte Kompetenzerweiterung nicht aufs Spiel zu setzen. Durch die Verwendung der Sozialisierungs- und Handelsakten der Reichskanzlei (Bundesarchiv Koblenz, R 43/I und verfilmte Bestände) sowie einiger Bände der Nachlässe Wichard von Moellendorffs und Rudolf Wissells arbeitet Honhart streckenweise recht gut heraus, wie sich der zentrale gesellschafts- und wirtschaftspolitische Konflikt in der Form zunehmender Auseinandersetzungen und gegenseitiger Blockierung von Teilen der staatlichen Bürokratie abspielte. Da er jedoch nur Moellendorffs Handakten aus der

13 Vgl. dazu jetzt Friedrich Zunkel, *Industrie und Staatssozialismus. Der Kampf um die Wirtschaftsordnung in Deutschland 1914 - 1918* (= Tübinger Schriften zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 3), Düsseldorf 1974, S. 68 ff.

Zeit als Unterstaatssekretär, und auch die nur zum Teil, nicht aber die umfangreiche Korrespondenz und die Kriegsmaterialien benutzt hat, erkennt Honhart nur unzureichend, daß das Konzept der Gemeinwirtschaft aus der staatsmonopolitischen Kriegswirtschaft entwickelt wurde und daß Moellendorff trotz seines scheinbaren Antikapitalismus nur Widersprüche und Verwertungshindernisse des bestehenden Wirtschaftssystems abbauen wollte. Eine genauere Betrachtung hätte die Frage verdient, warum der sozialdemokratische Volksbeauftragte und Wirtschaftsminister Rudolf Wissell, ein ehemaliger Arbeitersekretär, seit 1908 Mitglied des Zentralarbeitersekretariats, zum Befürworter des Hilfsdienstgesetzes und der Arbeitsgemeinschaftspolitik im Ersten Weltkrieg sowie des Moellendorffschen „Konservativen Sozialismus" in der Revolution wurde und warum überhaupt bürgerliche Gemeinwirtschaftsprogramme in der Arbeiterbewegung, vor allem bei Gewerkschaftsvertretern, eine so starke Resonanz fanden. [14]

Da Honhart das Versagen von SPD- und Gewerkschaftsführung jedoch nicht erklären, sondern nur „darstellen" will, entgeht ihm das Problem der Affinität von sozialdemokratischen bzw. gewerkschaftlichen Vorstellungen, die unter Sozialismus nur eine effektivere, höhere Produktivität garantierende Form der Organisation der Volkswirtschaft verstanden, zu berufsständischen Wirtschaftskonzeptionen, die die Willkür der Einzelkapitale in einem ökonomisch und technisch durchrationalisierten nationalen Kapitalismus aufheben wollten. Bezeichnenderweise nahm der Staatssekretär im Reichswirtschaftsamt und ehemalige rechte Gewerkschaftsführer August Müller die Frage des Taylorismus auf dem Höhepunkt der Massenstreikbewegung in Angriff, da er in der Rationalisierung des „deutschen Arbeitsvermögens den entscheidenden Faktor einer etwaigen Wiedergesundung des deutschen Wirtschaftslebens" sah und aufgrund der „Demokratisierung Deutschlands" die Gefahr ausschloß, daß der „Kapitalist die Früchte der veränderten Arbeitsweise ernten würde". [15] Einen Tag

14 Vgl. dazu die von Honhart nicht ausgewerteten Memoiren Rudolf Wissells: *Aus meinen Lebensjahren. Erinnerungen*, Kopie des Manuskripts im Besitz der Historischen Kommission zu Berlin. Zum Hilfsdienstgesetz S. 115: „Durch die Mitarbeit der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag, der ja auch viele Gewerkschafter angehörten, gelang es, bei der Beratung der Gesetzesvorlage das Gesetz so zu gestalten, daß es zu grundlegender Bedeutung für die spätere Sozialpolitik wurde, [...] Der damalige Leiter des Kriegsamts erklärte, daß 'ohne die Gewerkschaften ein solches Gesetz nicht gemacht werden könne'. Es hat zwar lange gedauert, bis diese Erkenntnis sich Bahn brach, aber sie kam und die gleichberechtigte Mitarbeit der Gewerkschaften in sozialpolitischen Fragen blieb, wenn auch nicht ohne weitere schwere Kämpfe mit der Regierung und besonders mit der Schwerindustrie". Zur ZAG bemerkt er S. 122: „die Vereinbarung [habe] in der bis dahin schwersten Zeit Deutschlands über viele sonst zweifellos ausgebrochene schwere Streiks hinweggeholfen". Das ständige Bestreben von Gewerkschaftsführern nach Gleichstellung mit den Gegnern, bzw. in der zweiten Kriegshälfte Verhandlungspartnern, den Unternehmerverbänden, ließ Wissell und andere Gewerkschafter die ZAG als Fusion der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände und zugleich als das geeignete Fundament für die Sozialisierung erscheinen. Zu diesem Problem vgl. jetzt auch Friedrich Zunkel, *Industrie und Staatssozialismus*, S. 68 f. und 72 f.

15 Schreiben August Müllers vom 13.1.1919 an die Reichsregierung, Zentrales Staatsarchiv Potsdam, Reichskanzlei Nr. 2500, Bl. 28. Die Anregung ging sicherlich von Wichard von Moellendorff aus, der schon vor dem Krieg Anhänger des Taylorismus war. In diesem Zusammenhang ist die Mitteilung des aus dem Bosch-Kreis stammenden Gemeinwirtschaftlers Erich Schairer an von Moellendorff vom 28.7.1920 von Interesse, „daß eine Umstellung der Wirtschaft auf Gemeinwirtschaft in der Übergangsperiode an die Selbstverleugnung der Arbeiterschaft ziemliche Anforderungen stellen wird, weil sie nicht ohne Freisetzung zahlreicher Arbeitskräfte, also mehr oder weniger vorübergehende Arbeitslosigkeit, Ortswechsel, Umstellung auf andere Berufstätigkeit denkbar ist". (BA Koblenz, Nachlaß von Moellendorff (neu), Nr. 54).

später schrieb der Sekretär der Sozialisierungskommission Eduard Heimann an den Vorsitzenden des Betriebsangestelltenausschusses der Agfa: „Die Sozialisierungskommission legt gerade das größte Gewicht darauf, die Produktivität der Arbeiter ungeschmälert zu erhalten und nach Möglichkeit sogar zu steigern, wie dies in einzelnen Industriezweigen durch Rationalisierung in der Organisation zweifellos möglich ist. Das Problem liegt darin, den Fortgang des Betriebes unabhängig von etwaigen Änderungen der Eigentumsverhältnisse zu sichern". [16] Diese Zitate belegen, wie sehr die Sozialisierungsdiskussion von Fragen der Produktivität und rationellen Organisation der Wirtschaft beherrscht wurde. Illusionen in der Nachfrage und Überschätzung der Einflußmöglichkeiten des Staates auf einen in den Eigentumsverhältnissen und daher der Form nach unveränderten gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß führten viele Repräsentanten der Arbeiterbewegung in das Lager bzw. in die Nähe bürgerlicher Ideologie und Ökonomie und machten sie zu Vertretern einer „möglichst weitgehenden privaten Vergesellschaftung", [17] die – bei nach wir vor bestehendem Verwertungszwang – lediglich die Überwindung bestimmter Verwertungsschranken ermöglichen sollte. Eine derartige Problemstellung würde möglicherweise zu dem Ergebnis führen, daß der Konflikt zwischen sozialdemokratischen bzw. gewerkschaftlichen Gemeinwirtschaftlern und jener – schließlich siegreichen – Fraktion, die unter dem Schutzschild Kautskyscher Orthodoxie den kriegswirtschaftlichen Interventionsapparat abbauen und das „freie Spiel der Kräfte" wiederherstellen wollte, auf eine unterschiedliche Anpassung an den Kapitalismus zurückgeführt werden kann und im wesentlichen ein Reflex auf die in der Bourgeoisie sich abspielenden strategischen Auseinandersetzungen war.

Auch nach Honharts Darstellung des Ringens der wirtschaftspolitischen Konzeptionen in Sozialdemokratie und Freien Gewerkschaften bleibt die Analyse des Zusammenhangs von staatsmonpolistischer und reformistischer „Gemeinwirtschaft" eine noch zu leistende Aufgabe. Leider ist die bürgerliche Plan- bzw. Gemeinwirtschaft noch immer vorwiegend ein Gegenstand biographischer Forschung, die ständig der Gefahr unterliegt, allgemeine systematische Probleme personalisiert zu behandeln. Der Anschluß an die Theoriediskussion – Organisierter Kapitalismus, Staatsmonopolistischer Kapitalismus – muß hier erst noch geleistet werden.

Die direkte Einflußnahme der Unternehmer und ihrer maßgeblichen Verbände auf die Sozialisierungspolitik dokumentiert Honhart anhand einzelner Beispiele, es gelingt ihm aber trotz der Verwendung von Materialien aus Firmenarchiven nicht, neue Erkenntnisse über die Strategie der einzelnen Kapitalfraktionen zu erzielen. Die von ihm im Werksarchiv der Fa. Bayer (Duisberg-Nachlaß), der Hoesch AG und dem Westfälischen Wirtschaftsarchiv Dortmund (Dortmunder IHK - Akten) eingesehenen Bestände belegen in der Regel nur den gut funktionierenden Informationsaustausch zwischen Staatsapparat, vor allem der Wirtschaftsbürokratie, und den Leitern der Unternehmen, über die die Sozialisierung angeblich hinwegmarschieren sollte. Aus dem Siemensarchiv benutzt Honhart nur ein paar Protokolle des Zentralvorstands der Zentralarbeitsgemeinschaft im Nachlaß Wilhelm von Siemens', nicht dagegen die für die Sozialisierungsfrage und Wirtsachaftspolitik dieses Zeitraums so

16 Zentrales Staatsarchiv Potsdam, Sozialisierungskommission, Nr. 15, Bl. 1.

17 So bezeichnete der Generaldirektor der GHH Paul Reusch in einem Brief an August Haniel vom 29.3.1919 die gemeinwirtschaftlichen Bestrebungen des Reichswirtschaftsamtes, die seiner Meinung nach „trustfreundlicher Natur" seien. HA/GHH, 300193000/5.

wichtigen politischen Akten des Nachlasses Carl Friedrich von Siemens'. Ein Blick in das gut zugängliche, von vielen amerikanischen Historikern schon benutzte Historische Archiv der Gutehoffnungshütte, insbesondere in den sehr ergiebigen Nachlaß Paul Reusch, und eine intensivere Beschäftigung mit dem von ihm verwendeten Nachlaß Silberberg hätte ihm zu einer besseren Einsicht in das gezielte und geschickte, mit Sozialpartnerschaftstricks, finanziellen und sozialen Konzessionen operierende Krisenmanagement der Schwerindustrie verholfen. [18] Die übrigen von Honhart angegebenen Archivbestände, besonders die zahlreichen Nachlässe aus dem Archiv der sozialen Demokratie, des IISG und des Bundearchivs wurden, wie es auch die Anmerkungen zeigen, nur sehr sporadisch bzw. gar nicht ausgewertet.

Eine Ausnahme bildet das Kapitel über die Versuche partieller Sozialisierung nach dem Rücktritt Wissells im Juli 1919 bis zur Wahlniederlage der SPD im Juni 1920. Anhand von sorgfältiger gesichtetem Aktenmaterial zeichnet Honhart sehr anschaulich nach, wie es dem Wirtschaftsminister Robert Schmidt trotz intensiver Bemühungen nicht gelang, durch die „Verstaatlichung" der Ilseder Hütte, die Schaffung eines „Eisenwirtschaftsbundes" und einer versuchten Einflußnahme auf die Kohlepreisbildung die Monopolmacht der Montanindustrie zu brechen. Die schwerindustriellen Verbände verstanden es, mit Hilfe der ihnen nahestehenden Parteien vorzüglich, die Pläne der hilflos zappelnden Mehrheitssozialdemokratie zu durchkreuzen. Als diese dann, unter Erfolgszwang stehend, mit Hilfe staatlicher Subventionen wenigstens einen Ausgleichsfonds schaffen wollte, versagte der Deutsche Metallarbeiterverband seine Mitwirkung, weil er die an den Interessen der Arbeiter vorbeigehende Sozialisierungsersatzpolitik nicht mehr mitzumachen gedachte. Vielleicht könnte sich Honhart entschließen, diesen gelungenen, Neues enthaltenden Teil seiner Arbeit in einer deutschen Zeitschrift zu publizieren, da amerikanische Dissertationen in der Regel bibliothekarisch schwer zugänglich sind. Er sollte allerdings auch dabei seine Fragestellung, evtl. durch systematische Vergleiche, noch präzisieren. Eine Gegenüberstellung der Scheinsozialisierung der Ilseder Hütte und des gescheiterten Versuchs des Preußischen Fiskus, durch den Erwerb der Hibernia-Zeche (1904) Einfluß auf die Monopolpreise des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats zu erlangen, würde deutlich erkennen lassen, daß die Sozialisierungspolitik in der 2. Hälfte des Jahres 1919 wieder eindeutig den Charakter der schon

18 Als besonders interessanter Beleg für die Public-Relations-Politik der Schwerinudstrie sei hier eine Passage aus einem Brief des Generaldirektors der Mannesmannwerke, Nicolaus Eich an das Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, Max Steinthal vom 2.12.1918 über seinen Vortrag gegen die Vergesellschaftung wiedergegeben: „Bemerken möchte ich, daß es durchaus unerwünscht wäre, wenn etwas über die Veranstaltung in die Zeitungen käme, weil die Absicht besteht, daß die ganze Industrie in Rheinland und Westfalen innerhalb der ihr im einzelnen nahestehenden Kreise, ähnlich wie wir es hier getan haben, durch Erörterung in kleinen Versammlungen den Rechts- und Links-Sozialisten die Überzeugung beizubringen sucht, daß Bestrebungen auf Vergesellschaftung nicht zum guten Ende für Deutschland führen können. An dem Vortrag hier nahmen außer demokratisch Gesinnten auch einige Arbeitervertreter teil, und es ist beabsichtigt, einen zweiten Vortrag vor einem weiteren Kreis von Arbeitervertretern zu veranstalten. Erfreulich war es, festzustellen, daß die erschienenen Arbeitersekretäre nicht nur dankbar für die ihnen gewordenen Aufklärungen waren, sondern daß sie auch in ihrer bisherigen Auffassung von den guten Folgen solcher Vergesellschaftungs-Maßnahmen erschüttert waren und die Erkenntnis mit nach Hause nahmen, daß ein solches Vorgehen nie und nimmer zum Segen auch für die Arbeiterschaft ausschlagen kann". Archiv der Mannesmann AG, Akte Steinthal, Nr. 32.

vor dem Krieg angestrebten staatsinterventionistischen Verstaatlichungen annahm: Die von Robert Schmidt initiierten Staatseingriffe dienten nicht mehr der Vorbereitung einer „Übergangswirtschaft", sondern waren als Gegengewicht zur „Diktatur der Schwerindustrie" (Rathenau) gedacht, die ihre Monopolstellung besonders 1919/20 dazu mißbrauchte, die Preise der grundlegenden Produktionsmittel Kohle und Eisen zu Lasten der verarbeitenden Industrie hochzuschrauben, und durch diese Form der Krisenbewältigung in der eigenen Branche die Krise der Gesamtwirtschaft noch verschärfte. Mit Hilfe einer die bürgerlichen Verstaatlichungen einbeziehenden Darstellung der Niedergangsphase der Sozialisierungsbewegung ließe sich die Annäherung der Sozialdemokratie an staatssozialistische Positionen darstellen – ein Prozeß, der nicht erst im Kriege einsetzte, sondern sich bereits in Kautskys Theorie der Vergesellschaftungsreife *einzelner* monopolisierter Schlüsselindustrien, insbesondere des Rohstoff- und Verkehrsbereichs, sowie in den unentschiedenen Stellungnahmen der SPD zu Fiskalmonopolen und Staatsinterventionen gegen Privatmonopole ankündigte.

Die relative Unergiebigkeit der Honhartschen Studie – (die Führungen von Mehrheitspartei und Freien Gewerkschaften seien trotz der von November 1918 bis Januar 1919 bestehenden Chance einer „radikalen Wirtschaftsreform und sozialer Revolution" im Interesse der eigenen institutionellen Machtposition zu Vertretern des Status quo geworden und hätten sich permanent im Widerspruch zu den erklärten Programmzielen verhalten) – macht deutlich, daß die seit dem Ende der fünfziger Jahre entwickelten Thesen von der „unvollständigen Revolution", dem „Versagen der politischen Führung" und der „verpaßten Gelegenheit" einer sozialistischen Reformalternative in gewisserweise ausgeschöpft sind oder jedenfalls mit Hilfe der historischen, auf explizite Theorien und Fragestellungen verzichtenden Darstellungsform nicht weitergebracht werden können.

Künftige Analysen der Niederlage der Arbeiterbewegung in der Revolution 1918/19 sollten von dem Versagen der reformistischen Partei- und Gewerkschaftsleitung ausgehen, die Differenz zwischen marxistischen Parolen und realer, systemkonservierender Politik nicht ständig erneut bestaunen oder beklagen und den Schwerpunkt auf die systematische Erforschung der gesellschaftlichen und ökonomischen Gründe für die Integration in den bürgerlichen Staat legen. Der Erklärungsansatz für die Formierung der Ordnungskoalition aus SPD und Bürgertum darf jedoch nicht nur einzelne Momente wie Bürokratisierungstendenzen der Parteiapparate, sozialpsychologische Mechanismen, ideologische Assimilation, Auswirkungen staatlicher Sozialpolitik, Entwicklung des Lohnniveaus usw. aufzählen und gegeneinander ausspielen, sondern muß diese in ihrem strukturellen Zusammenhang darlegen. [19]

Der internationale Vergleich sowie ein Blick auf die Sozialisierungsbewegung nach dem Zweiten Weltkrieg können dabei zeigen, daß das Versagen der deutschen Sozialdemokratie nach 1918 nicht ein einmaliger Vorgang aufgrund bestimmter subjektiver oder einzelner objektiver Faktoren ist, sondern daß es sich um ein strukturbedingtes Versagen des Reformismus handelt. [20] Auch in Österreich, England und Frankreich sowie in den deutschen Ländern Sachsen, Bayern und Württemberg wurden die Sozialisierungsbewegungen durch

19 Vgl. Georg Fülberth, Jürgen Harrer, *Die deutsche Sozialdemokratie. 1890 - 1933* (= Arbeiterbewegung und SPD, Bd. 1), Darmstadt und Neuwied 1974, S. 139 - 146.

20 Vgl. Ralph Miliband, *Der Staat in der kapitalistischen Gesellschaft. Eine Analyse des westlichen Machtsystems*, Frankfurt/M. 1972, S. 131 - 159.

Installierung wissenschaftlicher Institutionen abgeblockt, die den Klassenkampf mit theoretischen Mitteln weiterführen sollten, sich indessen zu professoralen Beratergremien, bzw. zu wissenschaftlich überhöhten Ständeparlamenten entwickelten. [21] Selbst wenn der Anspruch systemüberwindender Reformpolitik vorhanden war, gelang es nur, den einen oder anderen Wirtschaftszweig der staatlichen Infrastruktur hinzuzufügen, ohne daß dadurch ein neuer gesellschaftlicher Zusammenhang hergestellt worden wäre. Die Unterdrückung spontaner Vergesellschaftungsbestrebungen, die Verkürzung von Sozialisierung auf Maßnahmen der Staatsintervention oder Infrastrukturpolitik, der Rückgriff auf die vorrevolutionäre Sozialpolitik als „Ersatz für sozialistische Wirtschaftspolitik" (Schieck), mit einem Wort – die Wiederherstellung bzw. Bewahrung der Funktionsfähigkeit des bürgerlichen Staates waren die logische Konsequenz der reformistischen Grundentscheidung, den Staat zum alleinigen Subjekt gesellschaftlicher Veränderungen zu erheben. Als staatliche Funktionsträger wurden die Repräsentanten der Arbeiterbewegung zu Garanten des Systems, das zu verändern sie ursprünglich vorhatten.

21 Für die Sozialisierungsinitiaitiven auf Landesebene, insbesondere über die Sozialisierungskommissionen in Bayern, Württemberg und Sachsen gibt es noch keine zusammenfassende Studie. Zu Österreich vgl. Alois Brusatti: *Die historischen Grundlagen der österreichischen Verstaatlichung,* in: *Wissenschaft, Wirtschaft und Technik,* Festschrift für Wilhelm Treue zum 60. Geburtstag, hrsg. von Karl-Heinz Manegold, München 1969. Zu anderen Ländern vgl. den Artikel *„Sozialisierung"* im *Handwörterbuch der Staatswissenschaften,* 4. Aufl. Jena 1926, Bd. 7, S. 575 ff. sowie das *Handwörterbuch der Sozialwissenschaften,* Stuttgart, Tübingen und Göttingen 1956, Bd. 9, S. 455 ff.

NEUE LITERATUR

NEUMÜLLER, Michael: **Liberalismus und Revolution. Das Problem der Revolution in der deutschen liberalen Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts** (= Geschichte und Gesellschaft, Bochumer Historische Studien). – Düsseldorf: Pädagogischer Verlag Schwann 1973. 312 S.

Geschichte der Historiographie im 19. Jahrhundert nicht als bloßes Kompendium von Biographien, sondern als Problemgeschichte zu begreifen – diese Bewertung erfährt die erweiterte Fassung von Neumüllers Dissertation durch dessen Lehrer Ferdinand Seibt. Als das zentrale Problem streicht Neumüller selbst das gespannte Verhältnis des deutschen Liberalismus zur Revolution heraus – ein Thema, das ebenso wie die politische Bedeutung der Revolution, bisher in der historischen Fachliteratur vernachlässigt wurde. Beide Aspekte – das Geschichtsbild des deutschen Liberalismus und die Revolutionslehre des deutschen Liberalismus – sind die zentralen Gegenstände von Neumüllers Untersuchung.

Im ersten Teil, bei der Behandlung der Frage nach Stellung und Bedeutung der Revolution im liberalen Geschichtsbild, beginnt die Darstellung zeitlich mit dem universalistisch-idealistischen Geschichtsbild Rottecks und wird weiterverfolgt bis zur nationalistisch-historischen Geschichtsideologie Sybels und Treitschkes. Jedoch geht es hierbei nicht – wie bisher überwiegend geschehen – darum, zu referieren, was die einzelnen Historiker des 19. Jahrhunderts geschrieben haben; Neumüller sucht zugleich den Ideologiecharakter der verschiedenen historischen Konzeptionen, die je politisch-soziale Funktion der historischen Aussagen aufzuzeigen. Diesem zweiten Aspekt ist der andere Hauptteil der Arbeit gewidmet. Im ersten Teil entscheidet sich Neumüller für „wirkliche Ideengeschichte" als methodischem Ansatz, im zweiten Teil für Strukturgeschichte, die ihm ermöglicht, die prinzipielle Unterscheidung geschichtsideologischer und politisch-sozialer Aussagen zu treffen.

Im Rahmen dieses methodischen Ansatzes zerlegt Neumüller den historisch-politischen Zusammenhang des Revolutionsproblems in zwei Bestandteile, die es gestatten sollen, eine Darstellung der bürgerlich-liberalen Revolutionsproblematik zu schreiben: zum einen besteht eine enge Wechselbeziehung zwischen Geschichtsideologie und Politik (dies hat nicht zuletzt seinen formalen Ausdruck auch in der praktisch-politischen Tätigkeit der meisten der behandelten Historiker); zum anderen bestehen gerade zwischen beiden Bereichen Widersprüche, ein „Dualismus von geschichtsideologischem utopischen Fortschrittsdenken und gemäßigt liberaler Reformpolitik".

Die Schlußfolgerungen aus diesem Ansatz seien hier referiert, weil sie zugleich auch eine wissenschaftspolitische und methodische Kritik des heutigen Forschungsstandes miteinschließen: „Zusammenfassend lassen sich drei grundsätzliche Widersprüche in der liberalen Revolutionsproblematik feststellen:

1. der Widerspruch in der politischen Theorie der „Reform-Revolution", die sich selbst ad absurdum führt, da in der Revolution eine gemäßigte und zugleich bestimmt auftretende Haltung der Mitte nicht existieren kann, weil man entweder alles oder nichts sein muß.

2. der Widerspruch in der historischen Geschichtskonzeption, der darin besteht, daß die Revolution a) die einzig mögliche, historisch – im doppelten Sinn – „notwendige" Form des Fortschritts war, daß nur durch sie das alte System zerstört werden konnte; und daß sie aber b) selbst nichts positives Neues schaffen kann, da sie auf der historisch gegebenen Grundlage des Ancien régime nur dieses System negieren kann, ihr Charakter aber (durch die Kontinuität der Gesellschaft und der revolutionär-absolutistischen Politik) vom Ancien régime als ihrer historischen Grundlage bestimmt wird; daß sie also in der streng historischen Geschichtskonzeption bestenfalls die „Negation der Negation" (Marx) sein kann.

3. der Widerspruch zwischen Punkt 1 und 2, also zwischen politisierender und historisierender Darstellung in der politischen Geschichtsschreibung. Denn die politische, genauer politisierende Darstellung basiert auf der Freiheit menschlichen Handelns, die historische aber auf der „Notwendigkeit", der historischen Erscheinungen. Die in den liberalen Revolutionsdarstellungen exemplifizierte liberale Politik, die „geschichtliche Politik", ist daher in dieser Form das genaue Gegenteil einer „geschichtlichen Politik", wie sie der Liberalismus versteht, da sie ihre eigenen historischen Voraussetzungen und den tatsächlichen, aufgrund dieser Voraussetzungen geschehenen „notwendigen" Ablauf negiert, während umgekehrt der „notwendige" Ablauf die „Reform-Revolution" in Frage stellt."

Neben der Leistung, die oben zitierten Thesen am historischen Material vorzüglich nachgewiesen zu haben, muß bei Neumüllers Untersuchung hervorgehoben werden, daß er in Auseinandersetzung mit dem Forschungsstand zur Geschichtswissenschaft des 19. Jahrhunderts dessen Verhaftung in der liberalen Ideologie aufzeigt. So verbindet die heutige Historiographie mit dem bürgerlich-liberalen Geschichtsbild des 19. Jahrhunderts das Bewußtsein der Krise, die Erfahrung der Diskontinuität und damit zugleich das Bemühen, diese Diskontinuität aufzuheben in der „Vergeschichtlichung der Gegenwart". Die Konstruktion des 'Deutschen Sonderwegs' angesichts der westeuropäisch revolutionären Entwicklung zeigt auch dort, wo eine „wirkliche Neubesinnung versucht wurde, [daß] man oft Geschichte und Geschichtsideologie verwechselt" hat. Zugleich können hier wiederum die oben erwähnten Widersprüche in der politischen Theorie einerseits, in der Geschichtskonzeption andererseits und im Widerspruch von politischer Freiheit und historischer Notwendigkeit aufgezeigt werden, der eben auch dem heutigen Forschungsstand unserer Zunft eigen ist.

Dorothea Fitterling

Karl Marx, Verker i utvalg. Redigert av Jon Elster og Einhart Lorenz
(Ausgewählte Werke. Redaktion Jon Elster und Einhart Lorenz), 7 Bde. – Oslo: Pax Forlag 1970/71. Bd. 1, Filosofiske skrifter. Innledning av Audun Ofsti (Philosophische Schriften. Einleitung von Audun Ofsti), 196 S.;
Bd. 2, Skrifter om den materialistiske historieoppfatning. Innledning av Jon Elster (Schriften zur materialistischen Geschichtsauffassung. Einleitung von Jon Elster), 256 S.;
Bd. 3, Historiske skrifter. Innledning av Per Maurseth (Historische Schriften. Einleitung von Per Maurseth) 267 S.;
Bd. 4, Politiske skrifter. Innledning av Einhart Lorenz (Politische Schriften. Einleitung von Einhart Lorenz), 254 S.;
Bd. 5, Kapitalen. Del I (Das Kapital, Teil 1), 300 S.;
Bd. 6, Kapitalen. Del II (Das Kapital. Teil 2), 326 S.;
Bd. 7, Kapitalen. Del III. Med etterord av Dag Østerberg (Das Kapital. Teil 3. Mit einem Nachwort von Dag Østerberg), 312 S.

Bert Brecht veranschlagte in seinen „Flüchtlingsgesprächen" die Kosten für „eine halbwegs komplette Kenntnis des Marxismus" auf 20 - 25.000 Goldmark. Das war der Stand der 30er Jahre. In der BRD der 70er Jahre ist, wenn wir die Schätzung Bernd Rabehls zugrunde legen wollen, bereits eine Investition von 60 - 80.000 DM vonnöten. Und damit ist nur der Bibliotheksteil abgegolten. Hinzu kommen noch 7 bis 10 Jahre „an der Universität herumdrücken" (Rabehl); meine Schreibmaschine weigert sich, diese Zeitspanne in konkrete Geldsummen umzusetzen.

Was den Marx-Teil der oben erwähnten Bibliothek betrifft, so haben die skandinavischen Epigonen der Marx-Renaissance im norwegischen Pax-Verlag anscheinend einen sparbewußten Verbündeten gefunden, der gewillt ist, ihr Budget zu schonen. Beim gegenwärtigen Wechselkurs müssen für den käuflichen Erwerb der siebenbändigen Marx-Ausgabe lediglich rd. DM 55,– inve-

stiert werden. Und dafür hat man trotzdem die größte Marx-Taschenbuchausgabe erworben, die zur Zeit im Westen zu kaufen ist. Ob die Edition auch ihrem Inhalt nach diesem Prädikat gerecht wird, soll gemessen werden am Anspruch und der Intention der Herausgeber einerseits und ihrer Bedeutung und Wirkung für die Theorie und Praxis der norwegischen, wenn nicht gar der skandinavischen Linken andererseits.

Eins scheint mir sicher zu sein: die sieben Bde können Studenten und anderen Geistesarbeitern durchaus als Textgrundlage für die Marxschen Schriften dienen. Ferner ist die Übersetzung von Tom Rønnow – die Ausgabe enthält außerdem drei bereits früher von Torunn Johansen übersetzte Schriften – als durchweg gelungen zu bezeichnen. Rønnow ist kein sklavisch wortgetreuer Übersetzer und seine sprachlichen Freiheiten sind in der Regel ein Gewinn. Bei der Umformung von „Politische Ökonomie" zu „Sozialökonomie" dagegen ist die Grenze dieser Freiheiten m.E. erreicht. Der Akribiker wird auch feststellen können, daß dasselbe Zitat an verschiedenen Stellen unterschiedlich übersetzt auftaucht: als Beispiel sei auf einen Satz aus dem XXIV. Kapitel des Kapitals verwiesen, der in den Entwürfen und im Brief an Vera Sassulitisch aufgegriffen wird. Derartige kleine Ungenauigkeiten sind jedoch in der vorgesehenen 2. Auflage leicht und mit wenig Aufwand zu beseitigen.

Ein wesentlicherer Kritkpunkt hingegen sind die Auswahlkriterien der Redakteure Jon Elster und Einhart Lorenz. Ihr Versuch und die Intention, den Leser zur Marxinterpretation aufgrund von Marx' Originalschriften befähigen zu wollen, ist zwar in einigen Teilbereichen geglückt, wird von der Gesamtedition jedoch nicht eingelöst. Insbesondere Jon Elster scheint der Versuchung erlegen zu sein, seine Spezialauslegung des Marxschen Theorieverständnisses und dessen historische Stellungnahmen zur Marxschen Theorie recht einseitig und über Gebühr zu betonen. Der Abschnitt aus den „Grundrissen" über „Formen, die der kapitalistischen Produktion vorhergehn", steht in keinem vertretbaren Verhältnis zum Stellenwert der meisten anderen ausgewählten Schriften und kann seinen Platz nur aus der Argumentationskette der Elsterschen Einleitung zu den Schriften über die materialistische Geschichtsauffassung rechtfertigen.

Die noch im besten Sinne des Wortes eindeutig marxologische Tendenz des ersten Bandes der Edition verformt sich im zweiten Band zu einer verengten Marxwiedergabe, die den ursprünglichen Intentionen der Redakteure widerspricht. Indem die von Marx gelegentlich angestellten pragmatischen Bezüge weggelassen werden, wird gerade die Potenz des Marxschen Werkes in Richtung auf Theoriebildung und Praxisanleitung geschmälert. Zwar sind die bereits erwähnten Briefentwürfe an Vera Sassulitsch in die Ausgabe aufgenommen worden – allerdings in der entgegengesetzen, oben kritisierten Absicht –, dagegen sind z.B. die Briefe an Kugelmann vom 12.4. und 17.4.1871, in denen Marx innovative und klare Aussagen zur „marxistischen" Staatstheorie macht, nicht enthalten.

Und unter diesen Kritikpunkt fällt auch die Beurteilung von Bd. 5 - 7 der Edition; „Das Kapital" wird m.E. nicht leichter lesbar, wenn die abstrakten, resümierenden und theoretisch weiterführenden Kapitel enthalten sind und dafür Kapitel mit Hinweisen auf die Marxsche Mehrwerttheorie sowie Konkretionen, die das Verständnis der abstrakten Kapitel erst ermöglichen, fehlen. Diese Vorgangsweise bei der Auswahl wird erst im Zusammenhang mit dem oben aufgezeigten Kritikpunkt sichtbar.

Ein bei der zweiten Auflage ebenfalls abzustellender Mangel berührt die Einleitungen. Leider haben die Herausgaber kein gemeinsames Editorial, das dem ersten Band vorangestellt sein sollte, verfaßt. Die Intentionen der beiden müssen vielmehr aus ihrem jeweiligen Vorwort herausgelesen werden und die klarste Aussage zur Intention ist noch auf dem Waschzettel zu finden. Lediglich ein mit der skandinavischen Entwicklung vertrauter Zeitgenosse kann aus

der Eigenart der norwegischen Arbeiterbewegung und dem Verlauf der Studentenrevolte Kriterien für den aktuellen Anlaß einer solchen Edition finden. Wo etwas darüber stehen müßte, nämlich in der Einleitung des ersten Bandes, steht kein Wort. Stattdessen nimmt hier Audun Øfsti in medias res eine Einstufung des Philosophen Karl Marx zwischen Kant und Hegel vor, daß dem marxbegierigen Neustudiker Hören und Sehen vergeht. Zur Entschuldigung muß allerdings gesagt werden, daß zeitliche Faktoren den Verlagsredakteuren bei der Gestaltung des ersten Bandes offensichtlich einen Strich durch den Plan gemacht haben.

Wenn Rezensenten Vorschläge zur Verbesserung machen dürften, dann würde meiner darauf hinauslaufen, einen Band Marxscher Briefe mitaufzunehmen, – wie ursprünglich vorgesehen, was aber aus Kostengründen nicht realisierbar war – oder, bei gekürzten und konzentrierten Vor- und Nachworten, die jeweils wichtigsten Briefe zu den Themen mitaufzunehmen. Dabei denke ich neben den bereits erwähnten Briefen an Kugelmann an diverse Briefe an Engels, in denen Marx kurz und knapp erläutert, wie er die Geschichte, den Klassenkampf und das Kapital beurteilt. Verbunden mit diesem Wunsch ist ein weiterer Kritikpunkt: Die Edition enthält bis auf die „Kritik des Gothaer Programms" und die Antwort an Vera Sassulitsch nichts vom Marxschen Spätwerk. Aus dieser Schaffensperiode von Marx erscheinen mir zumindest Teile von „Konspekt von Bakunins Buch 'Staatlichkeit und Anarchie" und der im April 1880 für die französischen Sozialisten verfaßte „Fragebogen für Arbeiter" editionswürdig. Ferner das „Zirkular an die Führer der Sozialdemokratie", wobei ich davon ausgehe, daß die Aufnahmekriterien einer Werkedition zumindest so weit gefaßt sein müssen, daß auch Werke, an denen der Verfasser nicht jedes Wort selbst geschrieben hat, miteinbezogen werden können.

Als letzter Punkt kann im Anschluß an die vor mir kritisierte Sonderinterpretation der theoretischen und praktischen Kapazität des Marxschen Werkes noch das Fehlen von Schriften wie „Lohnarbeit und Kapital" und „Lohn, Preis und Profit" angesprochen werden. Für die bundesrepublikanische Marxrezeption ist m.E. typisch, daß gerade diese pragmatischen Werke mit ihrem didaktischen Wert für die Schulung, für die Masse der studentischen Linken die ersten und zunächst zentralen Marxschen Schriften gewesen sind. An „Das Kapital" kam man erst viel später, es wurde sozusagen als wissenschaftsmethodologisches Textbuch zur geplanten Analyse der ökonomischen Bewegungsgesetze und Hintergründe der 67er Rezession hinzugezogen. Nach einem weiten Schwenk über Konjunkturtheorien, revisionistische und orthodoxe Marx-Rezeption und eine Reihe ähnlich zentraler Themen, orientiert sich heute der Rezeptionswille der studentischen Massen an der Auslegekunst verschiedener ehemaliger Studentenführer, die im Zuge der wissenschaftlichen Emeritierung und damit verbundener intellektueller Höhenflüge als Halbgötter auf inzwischen durch ihr eigenes Dazutun abgeschafften Lehrstühlen hocken und ihre Weisheiten, oft als kaum verständliche Perlen getarnt, unter die studentischen Säue werfen.

Leider lag mir für die Rezension der im September 1973 erschienene Band „Marx i ett bind" (Marx in einem Band) nicht vor, der inzwischen auch ins Schwedische übersetzt wurde. Er enthält laut Verlagsprospekt unter anderem im Wesentlichen zur Schulung geeignete Schriften von Marx, ein Modellseminar von Elster und Engelstad, eine Biographie sowie eine Bibliographie. Die weitere Entwicklung muß erhellen, ob somit der Tendenz zur personenkultistischen Monopolisierung der „rechten Marx-Interpretation" ein Riegel vorgeschoben werden konnte.

Lutz Mez

MARX, Karl und Friedrich ENGELS: **Die russische Kommune. Kritik eines Mythos.** Hrsg. von Maximilien Rubel. – München Hanser 1972. 381 S.

Wenn man bedenkt, daß Engels bei den von Marx hinterlassenen Büchern und Materialien nicht nur eine „ganz russische Bibliothek" sondern auch „an russischer Statistik allein über 2 Kubikmeter Bücher" (S. 224 f.) zu ordnen hatte, kann man sich eine Vorstellung davon machen, wieviel empirisches und theoretisches Material Marx verarbeitet hat, um seine Positionen zu entwickeln und seine Schlußfolgerungen zu ziehen. Maximilien Rubel hat die wichtigsten ihrer Schriften, Briefe und Textstellen über Rußland für diesen Band in chronologischer Reihenfolge zusammengestellt, kommentiert und mit einem ausführlichen Nachwort versehen. Nicht mit aufgenommen wurden sämtliche Arbeiten von Marx und Engels, „die ausschließlich gegen die zaristische Autokratie und deren 'unwandelbare' Welteroberungspläne gerichtet sind" (S. 8).

Obwohl eine solche Textsammlung schon als solche für die Marx - Forschung und für die Erforschung der Vor- und Zeitgeschichte der UdSSR von Bedeutung ist, besteht das Hauptanliegen des Herausgebers nicht in einer möglichst vollständigen Edition der Schriften von Marx und Engels über Rußland. Er will mit den Texten die auf dem Buchumschlag gestellte Frage beantworten: „Ist der Sowjetstaat die sozialistische Gesellschaft, die Marx und Engels entworfen haben? " In mehr als hundert Texten haben Marx und Engels die Möglichkeit verneint, daß ein Agrarland in den Kommunismus springen könnte, ohne zuvor eine kapitalistische, d.h. industrielle Phase durchzumachen. Allerdings sahen beide noch bis 1882 die theoretische Möglichkeit, daß Rußland in direkter Verbindung mit der kommunistischen Revolution in Westeuropa von der (bereits damals schon sehr zersetzten) Form des urwüchsigen Gemeineigentums am Boden, unmittelbar in eine höhere kommunistische Form des *Grund*eigentums übergehen könnte (S. 71). Ohne eine kommunistische Revolution im Westen – so sagten und schrieben sie wiederholt – stünde Rußland das „russische 1793" bevor (S. 27).

Im Nachwort zitiert und kommentiert der Herausgeber unter anderem Texte von Marx und Engels über die Frage, was geschähe, wenn nicht die Bourgeoisie sondern arbeitende Klassen historisch zu früh an die Macht kommen würden. Sie würden gezwungen sein – so lautet ihre Antwort –, die historischen Aufgaben der Bourgeoisie durchzuführen.

Offensichtlich ist diese Hypothese im 20. Jahrhundert in mehreren Bereichen der Welt zu einer Realität geworden. Ob unter der Führung der bolschewistischen Partei, Maos oder der brasilianischen Militärdiktatur, in historisch unterschiedlichen Formen und Variationen setzt sich auch ohne eine „klassische" bürgerliche Revolution, in der Art der französischen, das Kapitalverhältnis durch. Denn wie Marx immer wieder betonte: „Die Herrschaft der Sache über den Menschen, der toten Arbeit über die lebendige, des Produkts über den Produzenten. Historisch betrachtet erscheint diese Verkehrung als der notwendige Durchgangspunkt, um die Schöpfung des Reichtums als solchen, d.h. der rücksichtslosen Produktivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit, welche allein die materielle Basis einer freien menschlichen Gesellschaft bilden können, auf Kosten der Mehrzahl zu erzwingen" (Vgl. Karl Marx, „Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses", Frankfurt/M. 1970, S. 17 f.). Warum sollte die UdSSR von dieser Gesetzmäßigkeit ausgenommen sein?

Für Historiker, die jede Kritik an der Sowjetunion als reaktionär und antikommunistisch bezeichnen, wird Rubels Buch eine Provokation sein, gewissermaßen eine Majestätsbeleidigung, da sie das Monopol der Interpretation der Marxschen Theorie beanspruchen. Für ernsthafte Marx-Forscher und Historiker der Arbeiterbewegung Rußlands kann diese Textsammlung als ein unerläßliches Hilfsmittel bezeichnet werden. Das Nachwort und die einzelnen Kommentare, mit denen die Texte präsen-

tiert werden, fordern zu einer weiteren Auseinandersetzung mit den Texten von Marx und Engels heraus.

Darüberhinaus dürfte die Auseinandersetzung mit der UdSSR auch von allgemeinerem Interesse sein. Denn was ist eigentlich die gewollte oder ungewollte Wirkung der Behauptung, die UdSSR sei eine sozialistische Gesellschaft? Zerstört sie nicht die Hoffnung auf eine grundsätzliche ökonomische, soziale und individuelle Veränderung unserer Welt? Wenn die UdSSR eine nachkapitalistische Gesellschaft sein soll, d.h. eine Gesellschaft, die der Welt den Spiegel ihrer Zukunft vors Gesicht hält . . . Wer erschrickt nicht vor einer solchen „Zukunft"?

Thomas Kohl

REUTER, Ernst: **Schriften, Reden.** Im Auftrage des Senats von Berlin hrsg. von Hans E. Hirschfeld und Hans J. Reichardt. Mit einem Vorwort von Willy Brandt. – Berlin: Propyläen Verlag.
Bd. 1: Briefe, Aufsätze, Referate 1904-1922, 1972, 812 S.; Bd. 2: Artikel, Briefe, Reden 1922-1946. Bearb. von Hans J. Reichardt. 1973, 871 S.

Die Ausgabe der Werke Ernst Reuters ist auf vier Bände angelegt, die beiden vorliegenden umfassen Arbeiten und Briefe bis 1922, also die Jugend, die Tätigkeit Reuters in der KPD und SPD sowie seine Emigration. Die beiden folgenden Bände sollen die Rolle Reuters als Regierender Bürgermeister von Berlin dokumentieren.

Ernst Reuter, 1889 geboren, hatte sich 1912 der SPD angeschlossen, in russischer Kriegsgefangenschaft bekannte er sich zur bolschewistischen Oktoberrevolution, wurde im Mai 1918 politischer Leiter der deutschen Wolgarepublik, kehrte im Dezember 1918 nach Deutschland zurück und wurde (unter dem Pseudonym „Friesland") Mitglied der KPD. Er war zunächst für die Partei in Oberschlesien aktiv, der III. KPD-Parteitag 1920 wählte ihn zum Kandidaten der Parteizentrale. Nach der Abspaltung der linksradikalen KAPD organisierte Reuter die KPD in Berlin neu und wurde deren Führer. Der VII. Parteitag im August 1921 wählte ihn schließlich zum Generalsekretär der KPD. Doch wenige Monate später verließ er diese Partei, schloß sich der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft Paul Levis an, kam mit dieser zur USPD und 1922 zurück zur SPD. Bis 1926 Redakteur des „Vorwärts", dann bis 1931 Stadtrat in Berlin, war Reuter 1931 bis 1933 Oberbürgermeister von Magdeburg. Nach Inhaftierung und KZ-Haft emigrierte Reuter 1935 in die Türkei, von dort kehrte er 1946 nach Berlin zurück.

Schon die Skizzierung von Reuters ungewöhnlichem Lebensweg, der in beiden vorliegenden Bänden dokumentiert ist, läßt die Bedeutung der Schriften für die Geschichte der Arbeiterbewegung erkennen. Die Verbindung Reuters zu verschiedenen Richtungen des Sozialismus gibt auch Einblicke in unterschiedliche Gruppen und Parteien. Da in den Bänden die meisten Briefe erstmals veröffentlicht werden und einige kaum bekannte Artikel und Materialien abgedruckt sind, werden nicht nur die Auffassungen Reuters deutlich, sondern auch Hintergründe von Problemen der Arbeiterbewegung sichtbar gemacht.

Die Arbeiten Reuters sind im wesentlichen chronologisch geordnet. Dabei ist den Dokumenten jeweils eine Einleitung vorangestellt, die sachlich-nüchtern die politischen Umstände und Zeiten beschreibt. Ein ausgezeichneter Anmerkungsapparat erleichtert die Benutzung ganz erheblich.

In Bd. 1 sind zunächst Briefe aus Reuters Gymnasiasten- und Studentenzeit wiedergegeben, die für seine persönliche Entwicklung bemerkendwert sind. Doch sind diese über 250 Seiten politisch ziemlich bedeutungslos, sie wären für den ohnehin sehr aufwendig gestalteten Band entbehrlich gewesen, in dem ja vor allem der Politiker Reuter zu Wort kommen soll. Die Zeitungsartikel aus Reuters früher Zeit (1912 - 1914), für sozialdemokratische Blätter geschrieben,

heben sich nicht von der damaligen SPD-Sicht ab. Es sind meist historische Gedenkartikel, aus denen nur ein eigenwilliger Beitrag über „Gebärstreik" (S. 330 f.) hervorsticht.

Über Reuters erste wichtige Funktion 1918 in der Republik der Wolgadeutschen ist von ihm leider nichts überliefert, daher sind nur zwei Beschlüsse aus dieser Zeit abgedruckt. Auch über die Anfänge der KPD-Tätigkeit kann der Band wenig Auskunft geben, es sind Reden auf Parteitagen und Artikel aus der „Roten Fahne" wiedergegeben. Die Briefe Reuters aus jener Zeit sind (wohl mit Absicht) auf meist unpolitische Fragen beschränkt. Wesentlicher sind die Dokumente zur Krise der KPD 1921, die auch zum Austritt Reuters aus der Partei führte. Hier ist vor allem auf den Abdruck der äußerst seltenen Broschüre Reuters „Zur Krise unserer Partei" (S. 590 ff.) hinzuweisen. In dieser Broschüre ist auch das Protokoll einer Sitzung des Polbüros der KPD vom 12.12.1921 enthalten, also ein kaum bekanntes Dokument über die interne Diskussion der damaligen KPD-Spitzenführung.

In Bd. 2 sind zunächst Artikel abgedruckt, in denen sich Reuter ebenfalls mit Problemen des Kommunismus auseinandersetzt. Als Journalist und Stadtverordneter wandte er sich aber zunehmend der Kommunalpolitik zu. Die meisten Artikel und Reden Reuters während seiner Tätigkeit als Berliner Stadtrat und Magdeburger Oberbürgermeister sind dieser Thematik gewidmet. Hervorzuheben ist ein Artikel über die Gefahr des Faschismus, den Reuter im November 1932 vor der Wahl in der Zeitung des „Reichsbanner" veröffentlichte. Wie andere Sozialdemokraten auch, glaubte er an den Niedergang Hitlers, wobei allerdings seine Parole „Angriff und immer wieder Angriff" seine kämpferische Haltung demonstriert.

Eine Reihe von Dokumenten gibt über die KZ-Haft Reuters 1933 und 1934 Auskunft, im Abschnitt über die Emigration kommt er wieder selbst zu Wort. Vor allem sind es Briefe an politische Freunde (die meisten 1943 - 1946 geschrieben), die Reuters Stellung zu den aktuellen politischen Fragen und den zukünftigen Problemen Deutschlands verdeutlichen. Bemerkenswert ein interessanter Briefwechsel mit Thomas Mann, aber auch die Isolierung Reuters in der Türkei, die sich in den Briefen widerspiegelt.

Bereits die beiden ersten Bände der Schriften Reuters zeigen eine große Breite der Probleme, Reflexionen des unruhigen Lebens dieses Politikers. Die Einschätzung in Willy Brandts Vorwort bestätigt sich hier (dürfte aber in den folgenden Bänden noch deutlicher werden), daß nämlich „das Klischee der öffentlichen Meinung auch in diesem Fall dem Mann nicht gerecht wird". Brandt konstatiert: „Der leidenschaftliche Kämpfer für die Freiheit war kein primitiver Antikommunist. Der überzeugte Sozialdemokrat und wirksame Volksredner verabscheute kleinlichen Parteienzwist. Der souveräne Verwaltungschef war unbürokratisch und schöpfte aus reichen geistigen Quellen".

Hermann Weber

DUTSCHKE, Rudi: **Versuch, Lenin auf die Füße zu stellen. Über den halbasiatischen und den westeuropäischen Weg zum Sozialismus. Lenin, Lukács und die Dritte Internationale** (= Politik, 53). – Berlin: Wagenbach 1974, 349 S.

Wer Rudi Dutschke, den glänzenden, mitreißenden Redner aus der Zeit der Berliner Studenten-Unruhen kennt, sieht mit Erstaunen, wie aus dem leidenschaftlichen Agitator ein gründlicher, wissenschaftlicher Arbeiter geworden ist. Allerdings deutet bereits seine „Ausgewählte und kommentierte Bibliographie des revolutionären Sozialismus von K. Marx bis in die Gegenwart" [1] diese Entwicklung an.

1 Rudi Dutschke, *Ausgewählte und kommentierte Bibliographie des revolutionären Sozialismus von Karl Marx bis in die Gegenwart* (= Kleine Agitationsbroschüre, Nr. 1). – Heidelberg, Frankfurt/M., Hannover und Berlin 1969.

Die vorliegende Arbeit ist keine leichte Lektüre. – Der Verfasser selbst gibt in der Einleitung eine „Lesehilfe", schlägt vor, welche Kapitel man zuerst lesen solle, ehe man das Buch als Ganzes durcharbeitet. Wie schon im Titel des Buches angedeutet, verbindet er drei Themen miteinander, die nicht unbedingt in dieser Form gemeinsam behandelt werden müssen: 1. die Entwicklung Lenins unter Berücksichtigung der Tatsache, daß in Rußland auch zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch ein „halbasiatischer" Kapitalismus besteht; 2. die verhängnisvolle Vorherrschaft der Moskauer Leitung der Dritten Internationale; 3. Die Entwicklung von Georg Lukács und der KPU.

Von diesen drei Themen ist das erste das wichtigste. Dutschke führt Lenins Sonderstellung in der Diskussion um Marx und den Sozialismus vor 1917 und die Schwierigkeiten nach 1917 weitgehend auf das zurück, was er „Asiatschina" (Asiatentum) nennt, was Lenin einmal als „halbasiatische Kulturlosigkeit" bezeichnet. Hier liegt, so will mir scheinen, der entscheidende Irrtum Dutschkes. Lenin lebte, von einem kurzen Zwischenaufenthalt in Rußland im Oktober/November 1905 abgesehen, vom 29. Juli 1900 bis zum 16. April 1917 (Ankunft in Petrograd) in Mittel- und Westeuropa im Exil. In dieser Zeit, wie auch schon vorher, stand er in leidenschaftlichem Kampf mit den von den russischen Sonderverhältnissen ausgehenden Volkstümlern bzw. Sozialrevolutionären. Aber er bekämpfte Narodniki und Sozialrevolutionäre nicht vom Standpunkt einer besonderen russischen „Asiatschina" sondern ausgehend von der These, daß Rußland auch den europäischen Weg des Kapitalismus gehen müsse.

Lenins für seine Organisationsideen und auch für die Organisation aller leninistisch-stalinistischen Parteien entscheidendes Buch „Was tun? " (1901) trägt als Motto ein Zitat von Lassalle, betont die Bedeutung Lassalles für die Organisation der deutschen Sozialdemokratie und ist daneben vorwiegend von Karl Kautsky beeinflußt. Wenn er auch einmal betont: „Ich spreche natürlich hier und weiter unten nur vom Rußland der Selbstherrschaft", so wird diese Einschränkung doch mindestens seit 1917 aufgegeben. „Was tun? " war für alle Parteien der Dritten Internationale das Standardwerk zu Organisationsfragen. Der von Lenin verkündete, von Rosa Luxemburg leidenschaftlich bekämpfte „Zentralismus" kam von Lassalle, der in seiner berühmten Ronsdorfer Rede erklärt hatte: „Wir müssen unser aller Willen in einem Hammer zusammenschmieden und diesen Hammer in die Hände eines Mannes legen, zu dessen Intelligenz, Charakter und gutem Willen wir das Zutrauen haben, damit er aufschlagen könne mit diesem Hammer". [2]

Die neben dem Zentralismus geforderte Trennung von Arbeitern und Revolutionären, die Forderung des ganz und gar der Revolution ergebenen „Berufsrevolutionärs" kam allerdings von Kautsky, der in einer Stellungnahme zum Programm-Entwurf der Sozialdemokratischen Partei Österreichs die These aufgestellt hatte: „Das sozialistische Bewußtsein ist also etwas in den Klassenkampf des Proletariats von außen Hineingetragenes, nicht etwas aus ihm urwüchsig entstandenes". Daß beides, der Zentralismus wie die Lehre vom Klassenkampf, die von außen in das Proletariat hineingetragen werden müsse, mit Marx nichts zu tun hat, haben Kautsky und Lenin nie begriffen.

Lenin schrieb 1914 in seinen Notizen zu Hegels „Wissenschaft der Logik": „Man kann das 'Kapital' von Marx und besonders das erste Kapitel nicht vollkommen begreifen, wenn man nicht die ganze Logik Hegels durchstudiert und begriffen hat. Folglich hat nach einem halben Jahrhundert keiner von den Marxisten Marx begriffen !" [3] Lenin nimmt sich selbst von diesem Urteil nicht aus.

2 Ferdinand Lassalle, *Gesammelte Reden und Schriften*, hrsg. und eingeleitet von Eduard Bernstein, 12 Bde., Berlin 1919/20, Bd. 4, S. 225.

3 Wladimir Iljitsch Lenin, *Werke*, hrsg. vom IML beim ZK der SED, 40 Bde., Berlin 1963/64, Bd. 38, S. 170.

In anderem Zusammenhang schreibt der polnische Marxologe Adam Schaff über die erst in den 20er und 30er Jahrenunseres Jahrhunderts veröffentlichten Schriften von Marx: „Da sie weder diese noch eine Reihe weniger wichtige Marxsche Texte kannten, verfügten sowohl Kautsky wie auch Rosa Luxemburg, Plechanow, Gramsci und Lenin über ein nur unvollkommenes Wissen um den Marxismus." [4]

Besonders hart über Lenins „Marxismus" urteilt der alte holländische Marx-Theoretiker und Räte-Kommunist Anton Pannekoek, wenn er schreibt: „Der Marxismus Lenins und der bolschewistischen Partei ist eine Legende. Lenin hat den wirklichen Marxismus nie gekannt. . . . Daß . . . Lenin den Marxismus als Theorie der proletarischen Revolution nicht verstand, daß er das Wesen des Kapitalismus, der Bourgeoisie, des Proletariats in seiner höchsten Entwicklung nicht verstand, das zeigte sich, sobald nach 1917 von Rußland aus, durch die III. Internationale, das Westeuropäische Proletariat zur 'Weltrevolution' geführt werden sollte, und auf die Warnungen der Marxisten des Westens nicht geachtet wurde ". [5]

Die von Dutschke so stark betonten Ausführungen von Karl Marx über den Ursprung der Vorherrschaft Rußlands in Europa, die als Ergänzungsheft zur „Neuen Zeit" von Rjasanow 1909 herausgegeben wurden, [6] sind für Lenins Entwicklung ohne Bedeutung. Wenn Marx in seinem Brief an Vera Sassulitsch von der Möglichkeit spricht, in Rußland von den vorkapitalistischen Verhältnissen direkt zu sozialistischen Formen überzugehen, so stellt er dabei die Bedingung, daß der Westen bzw. Europa inzwischen den Kapitalismus überwunden und Rußland nicht den kapitalistischen Weg eingeschlagen haben.

Als Lenin 1917 mit der bolschewistischen Kampforganisation, die keine Arbeiterpartei war, die Macht übernahm, tat er es in der Überzeugung, daß hier nur das Signal für die sozialistische Revolution in den hierfür reifen Ländern Mittel- und Westeuropas gegeben würde. Aber die westliche Revolution blieb aus. Lenins These vom verfaulenden, niedergehenden Kapitalismus erwies sich zum mindestens in ihrem Zeitmaß als falsch. Gewiß: Die kapitalistische Wirtschafts- und Sozialstruktur ist vom Tage ihrer Geburt an zum Untergang verurteilt. Aber über den Zeitpunkt ihres Zerfalls haben schon Marx und Engels geirrt. Lenins Irrtum wurde deutlich am 15. Januar 1918, als mit der Ermordnung von Liebknecht und Luxemburg der Revolution in Deutschland das Rückgrat gebrochen wurde.

Lenin erkannte das. Auf dem X. Parteitag erzwingt er gegen starken Parteiwiderstand den Übergang zur N.E.P., d.h. die Liquidierung des „Kriegskommunismus". Deutlich sagt er: „Wenn in Deutschland die Revolution noch zögert auszubrechen, so ist es unsere Aufgabe, am Staatskapitalismus der Deutschen zu lernen, ihn mit aller Macht zu übernehmen, mit diktatorischen Mitteln nicht zu geizen". [7]

Erst Stalin machte daraus den „Aufbau des Sozialismus in einem Lande", den er in seiner letzten Schrift „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR" mit der für jeden Marx-Kenner grotesken Formulierung begründete: Die Rolle der Sowjetmacht und ihre Besonderheit liege u.a. darin, „daß sie, da es im Lande keiner-

4 Adam Schaff, *Marxismus und das menschliche Individuum,* Wien, Frankfurt/M. und Zürich 1965, S. 9.

5 Anton Pannekoek, *Lenin als Philosoph,* Frankfurt/M. 1969, S. 121.

6 Dutschke weist mit Recht darauf hin, daß diese Ausführungen in der in Ostberlin erschienenen Ausgabe, Karl Marx und Friedrich Engels, *Werke,* hrsg. vom IML beim ZK der SED, 40 Bde., Berlin 1962 - 1968, nicht enthalten sind, dabei ist jedoch anzumerken, daß sowohl Hans-Joachim Lieber (Hrsg.) Karl Marx, *Werke, Schriften, Briefe,* 7 Bde., Stuttgart 1962 ff., Bd. 3, 2, S. 799 ff. und Maximilien Rubel (Hrsg.), Karl Marx und Friedrich Engels, *Die russische Kommune. Kritik eines Mythos,* München 1972, S. 120 ff., den Text in ihre Ausgaben aufgenommen haben.

7 Wladimir Iljitsch Lenin, *Werke,* Bd. 32, S. 347.

lei fertige Keime der sozialistischen Wirtschaft gab, die sozialistischen Wirtschaftsformen, sozusagen 'aus dem Nichts heraus' schaffen mußte". [8]

In diesem Zusammenhang kann man bei Stalin tatsächlich von „Asiatschina" sprechen. Anfänge dazu zeigen sich bereits nach Lenins Erkrankung; Lenins leidenschaftlicher Versuch, vom Krankenbett aus das Anwachsen der stalinsitischen Bürokratie zu verhindern, ist ein Kampf gegen die sich wieder ausdehnenden Machtansprüche der asiatischen Traditionen des alten zaristischen Rußland. Stalin gegen Lenin, das ist auch der Kampf asiatischer Traditionen gegen europäische Ideen auf dem alten russischen Boden. (Diese Formulierung kann, wie der Rezensent weiß, zu groben Mißverständnissen führen.)

Dutschke übertreibt die asiatischen Einflüsse und übersieht die europäischen Einflüsse – Lassalle und Kautsky – auf Lenins pseudo-marxistische Ideen. Wer aber auf dem Boden der Lehren und Erkenntnisse von Marx hier und heute arbeiten will – und das will Rudi Dutschke zweifellos! –, der muß zunächst, wie es etwa Karl Korsch getan hat, die Marxentstellungen des Leninismus-Stalinismus und seiner Kautskyschen Quellen überwinden, muß aber auch erkennen, daß Marx sicher einer der größten Geister des 19, Jahrhunderts war, wir aber im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts leben und manche Fragen heute neu gestellt werden müssen.

Die Arbeitsmethode und der Geist von Marx leben, auch wenn manche seiner Einzelergebnisse überholt sind. Wer nicht den Mut hat, jeden Satz von Marx zu prüfen und in Zweifel zu ziehen, ist kein „Marxist". Trotz mancher Einwände wird die Arbeit Dutschkes diesem Kriterium gerecht.

Otto Martin Hoffmann

8 Josef W. Stalin, *Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR*, Berlin 1952, S. 7.

Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus. Grundrisse. Von einem Autorenkollektiv. Leitung K. Trifonow. Aus dem Russischen. – Berlin: Verlag die Wirtschaft 1973. 308 S.

In den letzten Jahren können in der DDR und in der UdSSR Änderungen in den theoretischen Kapitalismus- und Sozialismus-Konzeptionen festgestellt werden, die besonders seit dem 8. Parteitag der SED in der DDR manifest werden. Dies äußert sich z.B. darin, daß die Restauflage des 1968/69 entstandenen, konzeptionell grundlegenden Buches „Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR" eingezogen wurde. An seine Stelle traten mehrere aus der UdSSR übernommene Lehrbücher, die kürzlich H. U. Förderreuther als in ihrer Verwendung der Marxschen Kategorien korrekter und, besonders was das Problem der Warenproduktion betrifft, Marx' Sozialismus-Vorstellungen näherkommend analysiert hat (vgl. „Mehrwert, Beiträge zur Kritik der Politischen Ökonomie", Jg. 1973, Nr. 4). Im gleichen Zeitraum erschien erstmals eine lehrbuchartige Darstellung der Debatten über den sozialistischen Charakter des wirtschaftlichen Aufbaus in der Sowjetunion seit 1917. Die von Hennicke und Ehrlich edierten, in der Bundesrepublik erschienenen Bücher über die Übergangsgesellschaften bzw. über die Industrialisierungsdebatte in der SU signalisieren ein paralleles Interesse, das insbesondere auf das Problem der sozialistischen Warenproduktion ausgerichtet ist.

Der vorliegende Band wendet sich vor allem an studierende und lehrende Wirtschaftswissenschaftler in der UdSSR, bzw. der DDR. Es werden zunächst Gegenstand und methodologische Probleme der „PolÖkSoz" (DDR-Studentenjargon) behandelt, dann die Produktivkräfte, die Arbeitsteilung, das sozialistische Eigentum, das sozialistische ökonomische Grundgesetz, die Planung, die Ware-Geld-Beziehungen, Effektivität und notwendiges Produkt, Verteilungsprobleme, Angebot

und Nachfrage, Handel, Grundrente und schließlich das sozialistische Weltwirtschaftssystem. Dabei werden jeweils die Debatten vor allem der 20er und 30er Jahre geschildert, und , damit verbunden, der heutige Diskussionsstand dargelegt.

Theoriegeschichtlicher Ausgangspunkt der „PolÖkSoz" ist – implizit – Engels' Definition: „Die politische Ökonomie, im weitesten Sinne, ist die Wissenschaft von den Gesetzen, welche die Produktion und den Austausch des materiellen Lebensunterhalts in der menschlichen Gesellschaft beherrschen". (Friedrich Engels, „Anti-Dühring", in: MEW Bd. 20, S. 136). Damit wird im Kern das Verständnis Smiths und Ricarods von Politischer Ökonomie übernommen, das, eingedeutscht zur „Volkswirtschaftslehre", Basisdefinition der traditionell bis heute gelehrten und angewandten Disziplin ist. Unbeachtet bleibt, daß Smith und Ricardo keine *politische* Ökonomie im Wortsinne mehr betrieben: der dem Merkantilismus entstammende Terminus bedeutete etwa Finanz- und Steuerverwaltungslehre für absolutistische Fürstenhöfe. Vom Einfluß der Fürsten aber wollte Smith die aufstrebende bürgerliche Wirtschaft und Gesellschaft im England des späten 18.Jahrhunderts befreit sehen, also keine „politische" Ökonomie mehr zulassen. Der Terminus blieb jedoch als Bezeichnung einer Wissenschaft erhalten, die Marx als in ihrer Borniertheit notwendig und überwindbar zugleich analysierte. Der Widerspruch von Wesen und Erscheinung, etwa der Ausbeutung in der Produktions- bei Gleichheit in der Zirkulationssphäre, würde – so Marx – mit der Warenproduktion in ihrer entfaltetsten, der kapitalistischen, Form aufgelöst werden. Als logisches Resultat würde eine Wissenschaft von Produktions- und Austauschgesetzen überflüssig, denn die Produzenten planten die Produktion und Verteilung von Gebrauchs„werten" unmittelbar. Daß diese Position von Buachrin, Rosa Luxemburg u.a. noch zu BEginn des im hier rezensierten Bande behandelten Zeitraums vertreten wurde, wird allzu knapp erwähnt, um bald zu den Ansichten Lenins überzugehen (S. 14 f.). „PolÖlSoz" wird so als „Konkretisierung der grundlegenden Thesen des dialektischen und historischen Materialismus auf die Wirtschaftswissenschaft in ihrer Gesamtheit" (S. 38) bei sozialistischen Produktionsverhältnissen definiert. Deren sozialistischer Charakter wird eher als Resultat der Übergangsperiode (NEP) in den Jahren 1929 und 1930 vollzogener „Veränderungen . . . zugunsten des Sozialismus" (S. 47), d.h. als gegeben, dargestellt, statt – wissenschaftlich – untersucht und begründet zu werden. Nach dem Ende des Bürgerkriegs habe sich 1920/21 für das Volk die Aufgabe gestellt, „den friedlichen wirtschaftlichen Aufbau zu organisieren" (S. 148). Zwar wird dargestellt, daß damals niemand an eine sozialistische Warenproduktion dachte, doch wird deren schließlicher Aufbau fast ausschließlich als nach langen Diskussionen insbesondere von Lenin entwickelte und realisierte Konzeption dargestellt; dabei wird nicht mehr expliziert, daß ein noch vorwiegend agrarisches Land ohne Unterstützung von siegreichen Revolutionären in Mittel- und Westeuropa industrialisiert werden mußte. Daß daher die „Ökonomie der Zeit" (vgl. Karl Marx, „Grundrisse", S. 89) eine besonders restriktive Rolle spielen mußte, wird allzu rasch mit dem „Wirken objektiver ökonomischer Gesetze in der sozialistischen Wirtschaft" (S. 157) identifiziert. Dabei erhält das Wort „objektiv", von Marx im kritischen Sinne als notwendig aus der jeweils bestimmten Form der gesamtgesellschaftlichen Produktion und Reproduktion hervorgehend gebraucht, eher den affirmativen Sinn „aus dem naturgeschichtlichen Prozeß entspringend" (vgl. S. 14).

Ein in diesem Sinne objektives Gesetz kann gelten oder nicht, es kann aber schwerlich „bewußt ausgenützt werden" und „planmäßig wirken", wie dies nach Ansicht der Autoren in der sozialistischen Wirtschaft geschieht (S. 172). Affirmativ in Hinsicht auf das bestehende System ist im Grunde das ganze Buch, dessen Lektüre dennoch unter zwei Aspekten erfreu-

lich sein kann: zum einen öffnet es den Zugang zu ansonsten nur mühsam nachvollziehbaren, weil schwer zugänglichen historischen Diskussionen, zum anderen kann es bei aller Affirmation doch zum Bewußtwerden des spannungsreichen Entstehens gegenwärtiger ökonomischer Systeme beitragen und damit zu ihrer Veränderbarkeit. Dafür spricht die Diskussionsentwicklung seit Erscheinen des Buches vor zwei Jahren.

Gunnar Stollberg

WEBER, Hermann und Gerda WEBER: **Lenin-Chronik. Daten zu Leben und Werk.** – München: Hanser 1974. 276 S.

Wurde 1970 in der DDR das Lenin-Jahr anläßlich seines hundersten Geburtstages begangen, so knüpft die vier Jahre später in der Bundesrepublik erscheinende „Lenin-Chronik" an die fünfzigste Wiederkehr seines Todestages an (vgl. Vorbemerkung). Diese „nüchterne Chronologie" will Lenin – „mehr denn je von Legenden umwoben" – als „überragenden Revolutionär (. . .), (. . .). bolschewistischen Parteiführer und russischen Staatsmann vorstellen". Aber auch das „persönliche Leben" (?), soweit „gesicherte Daten" vorhanden, soll dargestellt werden. Doch die äußerst schwierige Vermittlung von Privatem und Politischem mißlingt den Autoren gründlich. Zweifellos ist es für den Historiker wichtig zu wissen, ob Lenin etwa bei einer wichtigen Entscheidung anwesend oder wegen Krankheit verhindert war, jedoch erscheinen uns die Hinweise auf seinen frühen Haarausfall, die stets wiederkehrende Frühjahrsgrippe, seine Familienkorrespondenz anläßlich unvermeidbarer Festtage, den Basedow von Krupskaja, den Tod eines Schwagers, einen mißlichen Fahrradunfall oder andere ca. 200 redundanten „Daten" zum Leben Lenins nur zu zeigen, daß Gerda und Hermann Weber der Legendenbildung um Lenin anheimgefallen sind, wenn sie sich nunmehr bemühen nachzuweisen, daß Lenin auch Mensch gewesen ist. Wir wollen nicht verhehlen, daß wir keineswegs der Komik abhold sind, die entsteht, wenn die Autoren Privates mit Politischem naiv vermengen, z.B.: „Mitte Juli (1907) in einem Brief an die Schwester Maria schreibt Lenin: ' Ich erhole mich, wie ich mich schon Jahre nicht mehr erholt habe'. Er spricht sich gegen den Boykott der 3. Duma aus. Krupskaja schreibt: 'Wir baden in der See, fahren Rad . . . . Wolodja spielt Schach, holt Wasser heran, eine Zeitlang war es hier Mode, Schafskopf zu spielen' ". (S. 78) An anderer Stelle heißt es: zwischen „4. u. 6. Januar (1908): In Berlin trifft Lenin Rosa Luxemburg. Er und Krupskaja ziehen sich eine Fischvergiftung zu" (S. 80).

Aber auch dann, wenn die Autoren Politisches berichten, erhält der Leser nur Kenntnis vom letzten verdinglichten Bodensatz politischer Entscheidungsprozesse: „9. - 11. Januar: In Krakau konferiert Lenin mit Mitgliedern des ZK. 12. Januar: In einem Brief aus Krakau an David Wijnkoop in Amsterdam kritisiert Lenin die deutsche Sozialdemokratie. Vor dem 15. Januar: Lenin kündigt Ines Armand seine Reise nach Paris und seine Teilnahme am Meeting zum Gedenken des 9. (22.) Januar an.

Zw. 15. und 18. Januar: Lenin trifft in Paris ein (er ist am 15. in Berlin). 20. Januar: Lenin ist bei einem Referat Malinowskis in Paris anwesend. 22. Januar: Lenin spricht in Paris auf zwei sozialdemokratischen Kundgebungen aus Anlaß des Jahrestages des Petersburger 'Blutsonntag'. 23. Januar: Lenin referiert in Paris im großen Saal der geographischen Gesellschaft über 'Die nationale Frage'. 25. Januar: Lenin kommt in Brüssel an, er trifft mit Vandervelde. . . . Am Abend, . . . referiert Lenin über Theorie und Taktik des Bolschewismus in der nationalen Frage in einer Veranstaltung im 'Goldenen Hahn' (vor Delegierten). Zuvor hatte er sich mit zwei Matrosen getroffen, die für konspirative Aufgaben nach Rußland gewonnen worden waren. . . . Januar/Februar: Lenin

erhält von der Pariser Nationalbank die Mitteilung, daß sich 'auf seinem Konto Nr. 2444 am 31. Dezember 1913 399 Franken und 25 Centimes' befanden" (S. 131 f.).

Die wenigen Stellen dieser Chronik, in denen nicht nur Äußerliches berichtet, sondern auch die inhaltlichen Fragen der Politik Lenins skizziert werden, sind zu dünn gesät, als daß der Anspruch des Verlages, diese Chronik sei „ein Standardwerk für alle politisch Interessierten", verwirklicht wird; daran hat das Fehlen eines für derartige Publikationen unverzichtbaren Personen- und Sachregisters seinen gebührenden Anteil. Für wissenschaftliche Zwecke will das Bändchen erst gar nicht taugen.

Dirk H. Müller

KOLLMAN, Erich C. : **Theodor Körner. Militär und Politik.** – München: R. Oldenbourg 1973. 467 S.

Theodor Körner war wohl einer der populärsten und beliebtesten Staatsmänner in der Geschichte der Republik Österreichs. Dies nicht zuletzt deshalb, weil er wie kein anderer in seiner Person – als hoher Offizier der k.u.k. Armee und in der Republik als Funktionär der Sozialdemokratie – gleichsam zwei Welten verkörperte.

Dieser faszinierenden Persönlichkeit spürte der aus Österreich gebürtige Amerikaner Eric C. Kollman nach. In jahrelanger Arbeit trug er Material zur Person Körners zusammen und verarbeitete es zu einer umfangreichen Biographie. Die Arbeit, die keineswegs rein biographisch - deskriptiv vorgeht, sondern auch politologische und ideengeschichtliche Problematiken anreißt, bewegt sich in dem für Körner charakterisichen Spannungsfeld von Militär und Politik.

Nach einer kurzen Schilderung von Kindheit, Jugend und beruflichem Werdegang beschreibt der Autor Körners Rolle im Ersten Weltkrieg. Die folgenden Kapitel behandeln sehr ausführlich die Zeit im Dienste der republikanischen Armee (1918 - 1923) und als sozialdemokratischer Wehrexperte (1924 - 1934). Dem Wirken Körners unter den beiden Faschismen (Austrofaschismus und Nazifaschismus) sind ebenso eigene Kapitel gewidmet, wie seiner Tätigkeit als Wiener Bürgermeister (1945 - 1951) und als erster vom Volke in direkter Wahl gewählter Bundespräsident der Republik Österreich (1951 - 1957).

Vergleicht man die einzelnen Kapitel miteinander, so kann man sagen, daß die letzten Kapitel wohl am aufschlußreichsten für den Beobachter der gegenwärtigen innenpolitischen Situation Österreichs sind: Einige der politischen Differenzen, die Führer der SPÖ wie Schärf und Helmer mit Körner hatten, wie etwa die Frage des Antikommunismus und der Stellung zur sowjetischen Besatzungsmacht, markieren noch heute die Grundpositionen der sozialdemokratischen Bewegung. Freilich gelingt es dem Autor nicht, diese Differenzen über das Niveau persönlicher Auseinandersetzungen hinauszuheben. Vielmehr wird die Ursache dafür häufig im greisenhaften Alter Theodor Körners gesehen. Die Tatsache, daß sich seine ideologische Grundhaltung in manchen Fragen eben doch ganz wesentlich von der seiner Antipoden unterschied, fällt daher vollkommen unter den Tisch.

Die beiden Kapitel über das Wirken Körners in der Ersten Republik stellen die anspruchsvollsten Teile des Werkes dar. Leider gelingt es Eric Kollman nicht immer, diese Ansprüche völlig einzuholen. Die Darstellungsweise reißt zwar in manchen Passagen theoretische Fragestellungen der politischen und militärischen Strsategie des Austromarxismus an, verfällt aber häufig in eine bloße Deskription. Eine mehr an grundsätzlichen Problematiken orientierte Analyse wäre für die Auseinandersetzung Körners mit Julius Deutsch in der Schutzbundfrage ebenso wünschenswert gewesen, wie für das Herausarbeiten der Motivation Körners, sich im Rahmen der österreichischen Sozialdemokratie zu engagieren.

Häufig verfällt der Autor in die Gewohnheit, in seine Schilderung theoretische Begriffe einzustreuen, die er weder näher erläutert noch zum Leitfaden der darauffolgenden Analyse macht. So verwendet Kollman den Ausdruck "Gleichgewicht der Klassenkräfte", der in der Taktik und Strategie des Austromarxismus eine ganz wesentliche Rolle gespielt hat, in mehreren Passagen, ohne auf seine Bedeutung und seinen Ursprung näher einzugehen. Dasselbe läßt sich auch für seinen Faschismusbegriff oder die Einschätzung der Dollfuß-Diktatur anführen.

Das am wenigsten überzeugende Kapitel ist jedoch der Abschnitt über das Wirken Körners in der Zeit der beiden Faschismen. Hier wäre es wünschenswert gewesen, wenn der Autor mehr auf Körners Beziehungen zum österreichischen Widerstand eingegangen wäre. Diese Forderung trifft seine Beziehungen zu den revolutionären Sozialisten ebenso wie seine Kontakte zu Kräften des Widerstandes während der Zeit des Hitlerfaschismus.

Trotz aller geäußerten Kritik muß aber festgehalten werden, daß mit Kollmans Buch eine Biographie über eine der bedeutendsten Persönlichkeiten, die in der österreichischen Arbeiterbewegung je gewirkt haben, vorliegt, die kaum ein Gegenstück haben dürfte. Historiker der Arbeiterbewegung, die sich mit österreichischen Problemen beschäftigen, dürfen diese Arbeit nicht übersehen.

Josef Weidenholzer

ROTH, Karl: **Die 'andere' Arbeiterbewegung und die Entwicklung der kapitalistischen Repression von 1880 bis zur Gegenwart.** – München: Trikont 1974. 395 S.

Roth versucht (und für die NS-Zeit in voller Übereinstimmung mit ihm Elisabeth Behrens) die deutsche Geschichte der letzten hundert Jahre vom Aspekt der spezifischen Arbeitssituation der unqualifizierten Arbeiter aus zu sehen. Wenn er dabei ein eher vernachlässigtes Gebiet zu thematisieren sucht, so nicht, um durch diesen Untersuchungsaspekt zu einem „Neuverständnis" der Geschichte der organisierten Arbeiterbewegung beizutragen.

Für seinen Versuch ist vielmehr die Absicht leitend, die zusammengetragenen Materialien sich zu einer „anderen", ja „totgeschwiegenen" Arbeiterbewegung konstituieren zu lassen. In einer „Klassengeschichte" in Rothschem Sinne geht es daher nicht um den Kampf derjenigen Arbeiter, die seit den Anfängen die Organisationen der Arbeiterbewegung tragen. Diese strikte Trennung zwischen „professioneller" und „anderer" Arbeiterbewegung, wie Roth sie nennt und die offensichtlich sein „Neuverständnis" ausmacht, ist allerdings nur um den Preis der Ignorierung eines Stücks historischer Realität durchhaltbar. So zieht er zwei Traditionslinien. Die eine, von ihm nicht untersuchte, bilden die qualifizierten Arbeiter, deren Organisationsinteresse einzig die Erhaltung ihrer privilegierten Arbeitssituation ist und ihre Organisationen, Sozialdemokratie und Gewerkschaften. Sie sieht der Autor seit den Tagen des Wilhelminischen Reiches nicht in wesentlichem Gegensatz zu Unternehmern und Staat; im Gegenteil: läßt sich schon das „wilhelminische System" den „status quo mit dem Facharbeiter" riesige Summen kosten (S. 25), so wird über den allumfassenden Begriffs-Nenner „reformkapitalistischer Planstaat" die aktiv - militante Funktion von Gewerkschaften und Sozialdemokratie für die Erhaltung des status quo von der Vorgeschichte der Novemberrevolution bis in die Gegenwart stringent behauptet. Diese Seite, das sind nach Roth „Kapital, Staat und Gewerkschaften" (S. 16).

Aus diesem Blickwinkel ist ihm alles seit Ende des 19. Jahrhunderts „reformistisch", konservative Abwehrstrategien gegen die Arbeiterbewegung ebenso wie die klassenemanzipatorischen Reformstrategien der Arbeiterbewegung selbst. Nicht nur der Vertrauensleutekörper der IG Metall und

der Werkschutz befinden sich dann auf einer Ebene. Da seine andere Traditionslinie in der Berufung auf die einzigen bei ihm von jenem gemutmaßten unheuren Repressionskonsens Ausgenommenen, den ungelernten Arbeitern in der modernen Massneproduktion, den „Massenarbeitern", besteht, wird auch der Nationalsozialismus zu einer nur spezifischen Form der an sich gleichen Ausbeutung jener „Massenarbeiter", die „soziale Marktwirtschaft" der Bundesrepublik deren geschicktere und effektivere Form, in „vielen wesentlichen Aspekten der Klassenherrschaft kaum von der voraufgegangenen Periode zu unterscheiden" (S. 195). Die Rolle der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie,gerichtet auf Produktivitätssteigerung,wird zur Fortsetzung der Rolle der NS-Arbeitsorganisation Deutsche Arbeitsfront (S. 200).

Die Alternative, die Roth zu sehen meint, orientiert sich folgerichtig an den „Massenarbeitern"; historisch zunehmend werden sie sich ihrer Arbeitssituation bewußt und kämpfen unmittelbar dagegen, d.h. gegen die „kapitalistische Arbeit" (S. 17). Die sich so (aus Teuerungsstreiks usw.) irgendwann bildende Arbeiterautonomie gegen das Kapital ist revolutionäre Organisation für die bewaffnete Arbeitermacht (S. 17).

Die vorliegende Darstellung ist nach einem so ältesten Rezepte offen ideologiebefangener Geschichtsschreibung gearbeitet; ein Wust von Faktendetails soll dem logisch-vordergründigen Beweis der unbeweisbaren metahistorischen eigenen Prämissen dienen, was scheinbar logisch schlüssig funktioniert, indem Fakten hemmungslos eklektisch und einseitig rezipiert werden. Wo in wissenschaftlicher Historiographie am Gegenstand insgesamt gewonnene und ausgewiesene analytische Kategorien stehen, bewegen sich und handeln dann hier metaphysische Ungeheuer wie das „gesamtkapitalistische Gehirn" (S. 103 oder S. 239: „Das gesamtkapitalistische Gehirn leitete – in wohlproportionierter Dosierung – das große come back von Sozialdemokratie und Gewerkschaften . . ein"). Roths Möglichkeiten, der Komplexität gegenwärtiger und historischer gesellschaftlicher Entwicklung durch schlichtes Ignorieren wesentlicher Teile und Aspekte der Realität beizukommen, finden kaum Grenzen. Dies erklärt wohl auch, warum er sich in der Lage sieht, für seine Darstellung den „Arbeiterstandpunkt" zu reklamieren (S. 19).

Monika Kramme

BURKHARDT, Richard: **Ein Kampf ums Menschenrecht. Hundert Jahre Tarifpolitik der Industriegewerkschaft Druck und Papier und ihrer Vorgängerorganisationen seit dem Jahre 1873.** Hrsg. vom Hauptvorstand der Industriegewerkschaft Druck und Papier. – Stuttgart 1974. 240 S.

Der Autor dieses inhaltsreichen, großformatigen Buches braucht seine Wertprämissen nicht zu explizieren: Er war viele Jahre Leiter der Abteilung Wirtschaft und Technik beim Hauptvorstand der IG Druck und Papier. Er vertritt selbstverständlich die Position seiner Kollegen, aber keineswegs nur aus der Perspektive des hauptberuflichen Funktionärs. Burkhardt zählte in den zwanziger Jahren zu den radikalen Jungbuchdruckern Leipzigs, der „Reichshauptsstadt" des Druck- und Verlagswesens. Das Landgericht Leipzig verurteilte ihn 1934 „wegen Vorrätighaltens hochverräterischer Druckschriften". Ein Jahr darauf wurde er nochmals denunziert, weil Nazis ihm ein Attentat auf den Führer zutrauten. [1] Der „Kampf ums Menschenrecht" war und ist für Burkhardt mehr als ein Buchtitel.

1 Das erhellt aus den Polizeiakten im Staatsarchiv Leipzig unter der Signatur P.-P., Stra. VI. 75, Bl. 37, 39 und Straftabelle, die der Rezensent 1965 mit freundlicher Genehmigung in Leipzig einsehen durfte.

Fachlich orientierte Leser kennen Burkhardt seit vielen Jahren als Autor einschlägiger Schriften über Pressekonzentration und grafische Technik. Wie zahlreiche begabte „Gutenbergjünger" vor ihm, nutzt er seinen Lebensabend, um ein heimliches Steckenpferd endlich in der erwünschten Intensität zu pflegen: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Wir verdanken diesen – im besten Sinne – Laienhistorikern allein in deutscher Sprache einige hundert Titel lokale, regionale und branchenspezifische Sozialgeschichte. Ohne diese Vorarbeiten wären viele historische Episoden vergessen und zahlreiche Dokumente verloren. Manches wissenschaftliche Werk hätte ohne sie nicht entstehen können. Auch so grundlegende Arbeiten wir Jürgen Kuczynskis vielbändige Geschichte der Lage der Arbeiter verdankt diesen Historikern aus der Arbeiterklasse wichtige Daten und Tabellen.

Die ersten Ansätze historischer Selbstreflexion des Proletariats lassen sich bis in die fünfziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zurückverfolgen. Eine erste Blütezeit liegt in den frühen Jahrzehnten unseres Jahrhunderts bis zum Untergang der Weimarer Republik. In Analogie zur „Arbeiterdichtung" läßt sich durchaus von einer Arbeiterhistoriographie oder „Arbeitergeschichte" sprechen. Wie die Literatur der Arbeitswelt (Gruppe 61, Werkkreis Literatur) erlebt die Arbeitergeschichte gegenwärtig eine kleine Renaissance, freilich weniger vom Literaturbetrieb gehätschelt als diese.

Als Geschichtswerk eines schreibenden Arbeiters ist auch Burkhardts Tarifgeschichte zu sehen. Sie zeigt einige Strukturen, die für diese bisher so wenig beachtete literarische Gattung typisch sind: Eine außerordentliche Faktentreue und Liebe zum Detail. Immer wieder werden Episoden eingestreut, die den Leser ablenken aber auch über Nebensachen informieren, die das „Eigentliche" der Geschichte bisweilen ausgemacht haben. Dazu tritt eine Bemühung um lückenlose Vollständigkeit, indem Jahr für Jahr oder Periode für Periode über den laufenden Fortschritt der Geschichte Rechenschaft abgelegt wird. Wo kein Fortschritt war (1933 bis 1945) gab es in diesem Sinne auch keine echte Geschichte.

Das Manuskript entsteht offenbar nicht aus einem systematischen Entwurf, sondern wird aus ersten Ansätzen immer weiter fortgeschrieben, revidiert und ergänzt, so daß aus der Entwicklung des Manuskripts auch ein fortschreitender, literarisch-wissenschaftlicher Lernprozeß abzulesen ist. Es lohnt sich, solche Bücher noch einmal von hinten zu lesen, um das Gewicht der Details im Hinblick auf das Resultat richtig einschätzen zu können. Deutlich sind dann auch zwei Ebenen zu unterscheiden, die der polemischen Auseinandersetzung, also des Kampfes, und die der Information und Aufklärung für das eigene Lager wie für die aufgeschlossene Öffentlichkeit.

Satzbau und Wortwahl bewegen sich in einer gehobenen Volkssprache. Wissenschaftlicher Jargon wird vermieden. Wo ambitionierte Autoren beispielsweise die „Abwesenheit dysfunktionaler Faktoren konstatieren" würden, schreibt Burkhardt einfach„astrein". Gleichwohl hat auch er ein Kommunikationsproblem zu bewältigen: die spezialisierte Berufssprache einzelner Sparten des graphischen Gewerbes und der Papier und Pappe verarbeitenden Industrie, die auch den Fachkollegen innerhalb der gleichen Industriegewerkschaft keineswegs immer geläufig ist. Sozialwissenschaftler mögen vergeblich in ihren Wörterbüchern suchen, wenn Burkhardt über „mise en page" oder „Alphabettarif" oder den „Speckparagraphen" berichtet. Sollen sie ruhig bemerken, daß „Sprachbarrieren" auf Gegenseitigkeit beruhen.

Burkhardt schöpft aus einer praxisnahen Sachkenntnis, die ein universitär ausgebildeter Autor vermutlich nie erlangen kann. Aber er zählt nicht zu den theoriefeindlichen Nur-Praktikern. Gleichwohl schreibt er Tarifgeschichte, ohne eine Lohntheorie ausführlich zu explizieren. Das „eherne Lohngesetz" Lassallescher Provenienz lehnt er

selbstverständlich ab. Er unterstützt die „aktive" und „expansive" Lohnpolitik, wie sie seit Mitte der fünfziger Jahre von den DGB-Gewerkschaften vertreten wird, wendet sich aber gegen die rein voluntaristische Version dieser Lohnpolitik, wie sie in den US-Gewerkschaften anzutreffen ist. Stattdessen neigt er zu einer „datenorientierten" aktiven und expansiven Lohnpolitik, die er dem verstorbenen Vorsitzenden Heinrich Bruns zuschreibt, an deren Entwicklung Burkhardt selbst aber nicht unbeteiligt war. Diese lohnpolitische Konzeption bewegt sich in der Nähe der „Relativlohntheorie", wie sie zuerst von Jürgen Kuczynski Mitte der zwanziger Jahre für die „American Federation of Labor (AFL)" unter William Greene ausgearbeitet wurde.

Freilich bleiben solche Zusammenhänge unberührt. Burkhardt realisiert seine datenorientierte Konzeption nicht, indem er die wissenschaftliche Literatur diskutiert, sondern dadurch, daß er Daten vermittelt, die anders kaum zugänglich wären. Die Datendichte steigert sich mit wachsender Annäherung an die Gegenwart bis in die siebziger Jahre hinein. Die vollständigen Tabellen setzen um 1950 ein, also mit dem Beginn der Tarifpolitik der IG Druck und Papier.

Zur Verteidigung seiner „datenorientierten Tarifpolitik", die von aktionistischer Seite immer wieder attackiert wurde, schreibt der Autor: „Es ist ein weitverbreiteter Irrtum, daß Daten den gewerkschaftlichen Spielraum einengen. In der jüngsten Vergangenheit gab es mehrfach Situationen, in denen die Gewerkschaften bei Lohnbewegungen Zurückhaltung übten. Sie taten es stets aus eigener freier Entscheidung. Es dürfte sich kaum ein Fall nachweisen lassen, in dem eine Gewerkschaft entgegen ihrem ursprünglichen Willen wegen selbst erarbeiteter oder von außen an sie herangetragener Daten von einer Forderung Abstand genommen hat. Was die Gewrkschaft will, kann sie noch immer begründen, weil die Ungleichheit in der Wirtschaft sehr groß ist". Weiter heißt es: „Daten, die für die Tarifpolitik verwertbar sind, stehen reichlich zur Verfügung, allerdings in keinem Falle mundgerecht. Sie müssen aus der großen Zahl wirtschaftlicher Fakten mit Sachverstand aufgespürt und ausgenutzt werden. Es müssen die richtigen, das heißt die maßgeblichen Zahlen sein. Sie müssen, ohne manipuliert zu werden, in verdaubarer Weise dargeboten werden". Burkhardt markiert den Übergang der Tarifpolitik von begründeter Willkür zur wissenschaftlich informierten Aktion.

Das alles ergibt sich in der gegenwärtigen Entwicklung mit voller Berücksichtigung der historischen Dimension. Anlaß zu der vorliegenden Tarifgeschichte war zunächst die hundertjährige Wiederkehr jenes Datums, an dem der Deutsche Buchdruckverband unter Richard Härtel im Frühjahr 1873 den ersten Reichstarif und die erste Tarifgemeinschaft der deutschen Sozialgeschichte erkämpfte. Er begründete damit einen frühen Schritt zur paritätischen Mitbestimmung in Lohnfragen und zur Wirtschaftsdemokratie in Form demokratisch konsentierter Tarifabschlüsse. Daraus resultierte eine Auseinandersetzung in der Arbeiterbewegung, die an Intensität und sozialgeschichtlicher Relevanz nicht hinter der Generalstreikdebatte zurücksteht und im Zusammenhang eines „Systems Brentano" betrachtet werden muß.

Burkhardt verzichtet darauf, all das in der frühen Zeit zu vertiefen. Dadurch gewinnt er Raum für eine sozialgeschichtliche Entwicklung, die sich – von der Öffentlichkeit kaum bemekrt – im Übergang zu den siebziger Jahren angebahnt hat: Die Transformation der überkommenen Tarifstruktur von einer vertikalen Gliederung nach Sparten in einen horizontalen Aufbau nach Qualifikationsstufen. An dieser Umwandlung haben bis zu 120 Tarifexperten fast zehn Jahre lang gearbeitet. Viele Jahre nach der Reform des deutschen Gewerkschaftswesens in Richtung auf die Einheitsgewerkschaft zeigt sich hier endlich die tarifpolitische Konsequenz aus dem Übergang von der Berufsgewerkschaft zum Industrieverbandsprinzip. Die organisatorische Entwicklung wird dadurch irreversibel.

Die Umwandlung der Tarifstruktur ist zugleich ein Stück Kampf ums Menschenrecht, weil überkommene Ungleichheiten durch mehr Egalität und Leistungsgerechtigkeit abgelöst werden sollen. Diese Entwicklung ist der vor hundert Jahren in ihrem epochemachenden Charakter durchaus vergleichbar. Burkharts Buch wird dadurch mehr als eine Tarifgeschichte. Vielmehr ist sie ein seltenes Selbstzeugnis dafür, daß Tarifpolitiker im Bewußtsein langfristiger historischer Erfahrungen Sozialgeschichte in die Zukunft hinein gestalten.

Es fällt schwer, nach dieser Feststellung einzelne Schwächen und konzeptionelle Ungereimtheiten zu kritisieren. Dafür fehlen letztlich gerechte Maßstäbe, denn es gibt keine vergleichbaren Publikationen, auch in der Internationale nicht. Wer als Sozialhistoriker eine Schneise durch die schwierige Geschichte der Tarifentwicklung sucht, der sei nachdrücklich auf Burkhardts Werk hingewiesen. Es bezieht sich fast ausschließlich auf das Tarifgebiet der IG Druck und Papier, aber was sich dort in den letzten hundert Jahren abgespielt hat, war immer wieder richtungsweisend für die allgemeine Entwicklung

Gerhard Beier

SCHERER, Herbert: **Bürgerlich-oppositionelle Literaten und sozialdemokratische Arbeiterbewegung nach 1890. Die „Friedrichshagener" und ihr Einfluß auf die sozialdemokratische Kulturpolitik.** – Stuttgart: J.B. Metzler 1974. VI, 270 S.

Scherers unmittelbarer Untersuchungsgegenstand sind jene „Friedrichshagener Literaten" wie Bruno Wille, die Anfang der neunziger Jahre über die „Freie Volksbühne", über Romanveröffentlichungen z.B. in der „Neuen Welt" sowie über ihre Rezensententätigkeit an der kulturpolistischen Arbeit der Sozialdemokratie beteiligt waren. Durch die Analyse nicht nur ihrer Selbstaussagen, sondern besonders auch ihrer Romane, in denen sie sich mit der Annäherung kleinbürgerlicher Intellektueller an die Sozialdemokratie und deren späterer Abwendung von ihr beschäftigen, gelingt es ihm, deren Ansichten über ihre gesellschaftliche Gegenwart und deren Veränderbarkeit herauszuarbeiten. Bestimmend ist für die Friedrichshagener das volkspädagogische Konzept: die Veredelung des durch seine Lebensumstände verkommenen Arbeiters durch die als klassenunspezifisch gedachte (naturalistische, d.i. die eigene) Kunst. Scherer gelingt der Nachweis, daß diese Ansichten, die zeitgenössisch generell bei der bürgerlichen Sozialreform und nicht bei der Sozialdemokratie lokalisiert wurden, ohne weiteres in die Kulturarbeit der Sozialdemokratie übernommen wurden, wenn sich deren Verfechter nur selbst ausdrücklich zur Sozialdemokratie bekannten, was allerdings nur für Freunde der Friedrichshagener, nicht für diese selbst, zutrifft (so etwa Conrad Schmidt).

Die Möglichkeit hierfür arbeitet Scherer an der Entwicklung der „Freien Volksbühne" heraus: so sensibel die betroffenen Arbeiter auf die eine Seite des volkspädagogischen Konzepts, den undemokratisch-elitären Führungsanspruch der Friedrichshagener, reagieren (1892 kommt es zur Spaltung), so wenig haben sie eine kritische Distanz zu deren Kunstvorstellungen. Versuche Franz Mehrings, 1892 - 1895 durch Propagierung einer parteiischen Rezeption klassischer und moderner bürgerlicher Kunst solche kritische Distanz ausbilden zu helfen, scheitern an der Vereinzelung des Versuchs. Die Naturalismusdebatte auf dem Gothaer Parteitag 1895 sowie die weitere Entwicklung der Volksbühne und die Mitarbeit der Träger des volkspädagogischen Konzepts in der Sozialdemokratie und an deren Zeitungen zeigt dies.

Die Konstatierung des Vorhandenseins eines deutlich ideologischen Konzepts, des Nichtvorhandenseins einer auf breiter Basis durchgehaltenen weniger ideologischen Alternative fordert offensichtlich zur Stellungnahme heraus. Wenn die Arbeitermitglieder,

wie es auch Scherer sieht, hinter der Bildungspolitik ihrer Partei gestanden haben, wenn sie selbst die Aneignung „bürgerlichen" Wissens und „bürgerlicher" Kultur (berufsqualifizierende Kenntnisse, Theater usw.) oft unter Opfern erstrebten, fragt sich, ob Scherer nicht genau an diesem Punkt der fundierten und sensibel interpretierenden eigentlichen Untersuchung einen methodologischen Rahmen unterlegt, der sich selbst der historischen Verifizierung entzieht und die Untersuchungsergebnisse ins Spekulative verlängert. Entgegen den Voraussetzungen des alternativen, realhistorisch damals so nicht vorhandenen Konzepts, das er andeutet, sind die Arbeiter eben nicht ursprünglich unbeschriebene Blätter; welchen Bildungsbedürfnissen sie legitimerweise folgen dürfen, welchen nicht, liegt nicht einfach außerhalb ihrer Kompetenz. Was hier zu geschehen hätte, bestimmt daher nicht bloß die marxistische Analyse. Was hilft da die den Gang der Ereignisse tautologisch und abqualifizierend zusammenfassende Feststellung, es setzten sich „in den Köpfen von sozialdemokratischen Arbeitern"Vorstellungen fest, denen dann „zugestanden wird, sich im innerparteilichen Willensbildungsprozeß der demokratischen Massenpartei durchsetzen zu können" (S. 215). Hier läge nun, meint Scherer, nachdem er doch gerade Mehrings Schwierigkeiten dargelegt hat, „das Versäumnis der linken Kräfte in der Partei", nicht geschafft zu haben, „dagegen die ständige ideologische Gegenoffensive zu organisieren".

Es ist eine ironische Pointe, daß eine Untersuchung, die bei ihrem eigentlichen Untersuchungsgegenstand durchgängig Positionen von Individuen auf Klassenlage und daraus resultierendes Bewußtsein zurückführt, als spekulativ-idealistische Alternative zum Geschichtsverlauf bietet: nur ein anderes (marxistisches) Bewußtsein wäre nötig gewesen – und alles wäre anders gekommen.

Dabei geht der Nachweis, den die Untersuchung führt, in eine andere Richtung: verläßt man die Ebene der programmatischen Aussagen und der traditionellen Theorieanalyse, zeigt sich von neuem, daß die Partei nach dem Sozialistengesetz, so radikal sie auch gegen die herrschenden Verhältnisse und ihre Repräsentanten eingestellt war, mit dem Begriff „marxistisch" nur um den Preis der Sinnentleerung dieses Begriffs abgedeckt werden kann. Vielleicht ließe sich unter diesen Umständen fragen, wozu die damaligen Arbeiterbildungsbestrebungen den Betroffenen dienten. Dies hieße, ihnen die emanzipatorische Qualität für die Rezipienten nicht von vornherein abzusprechen, sondern nach ihrer spezifischen Art zu fragen. Ein Arbeiter, der Schiller zitierte, richtete sich nicht nach der germanistik-wissenschaftlichen Deutung des Zitats. Er unterlegte ihm seinen eigenen Sinn.

Monika Kramme

BIECHELE, Eckhard: **Der Kampf um die Gemeinwirtschaftskonzeption des Reichswirtschaftsministeriums im Jahre 1919. Eine Studie zur Wirtschaftspolitik unter Reichswirtschaftsminister Rudolf Wissell in der Frühphase der Weimarer Republik.** – Rer.pol. Diss., FU Berlin. Diss. Druck. Berlin 1973. 264 S.

The turbulent months that separated the November Revolution from the Kapp Putsch have been investigated in countless monographs, memoirs, and polemics. These works, however, traditionally focused on policital and constitutional transformations within the postwar Reich. The dramatic socio-economic dislocations to which Germany was subjected during the demobilization period have generally become objects of intensive analysis only within the past two decades. Hans Schieck's 1958 Heidelberg dissertation, „Der Kampf um die deutsche Wirtschaftspolitik nach dem Novemberumsturz 1918," was a pioneer in this respect; and Eckhard Biechele's dissertation, which he describes

as a „Beitrag zum Verständnis der Wirtschaftspolitik des Reiches nach der Revolution von 1918", is but a recent addition to a field already beginning to burgeon with titles. Nevertheless, Biechele believes that „Die Wirtschaftspolitik der Weimarer Republik 1918/19 wurde in der Literatur bisher nur bruchstückhaft analysiert" (p. 13). He seeks to fill some of these gaps by presenting an „umfassende Darstellung" of the intriguing but abortive „collectivist" economic program (*Gemeinwirtschaftsprogramm)* devised in 1919 by Economics Minister Rudolf Wissell und his energetic Under State Secretary, Wichard von Moellendorff.

After a lenghty introductory chapter that treats „Sozialisierung, Rätesystem und berufsständische Ordnung" as leitmotivs of post-revolutionary socio-economic debates, Biechele turns to a consideration of the structure and function of the Reich Economics Office (or Reich Economics Ministry, as it was called after February 1919) in the demobilization period. It was here, he argues, that the planless and disorganization of the postwar German economy were most keenly felt; and it was here that full-scale plans were developed to recast German industrial and commercial life on the basis of autarkic, quasi-corporatist, „collective" or "planned" economic principles.

Stranger bedfellows than Wissell and Moellendorff, the principal proponents of this scheme, could scarcely be imagined. Wissell, a product of the Free Trade Union bureaucracy and for a number of years leader of the „Zentralarbeitersekretariat" in Berlin and an associate of Joseph Block's „Sozialistische Monatshefte", had loyally supported the wartime policies of Carl Legien's General Commission and was firmly convinced of the need for cooperation and compromise between industry and labor; economic prosperity and the gradual integration of the industrial proletariat into responsible positions in industrial leadership would pave the way, Wissell thought, for a democratic-socialist transformation of German politics and society. Moellendorff, on the other hand, was the scion of an old Prussian family and an apolitcial, technocratically-oriented engineer. As a result of his close work with Walther Rathenau in the AEG, he played a leading role in the formation and development of the KRA and the „Kriegsgesellschaften" during the First World War. [1] Although he had long been inclined to view parliamentary politics, liberal-democratic institutions, and commercial capitalism with deep suspicion, his wartime experiences convinced him that democratic, private-enterprise principles would necessarily lead the Reich to catastrophe. What was needed, he argued, was the creation of a complex hierarchy of economic councils based on equal *(paritätisch)* representation of various economic-interest groups, including industry and labor. Such councils would be organized on both a regional and an industrial basis; each branch of German industry would be autonomously organized, with planning and direction in the hands of expert *Selbstverwaltungskörper.* Expropriation of the means of production and exchange was not contemplated. [2] Upon his appointment to the Economics Office in the autumn of 1918, Moellendorff assiduously attempted to implement his plans; and after February 1919 he was able to count upon the newly-appointed Economics Minister Wissell as a firm ally. (A useful feature of Biechele's account is his rehabilitation of Wissell,

1 On Moellendorff's wartime activities, see Lothar Burchardt, *Walther Rathenau und die Anfänge der deutschen Rohstoffbewirtschaftung im ersten Weltkrieg,* Tradition 15 (1970), 169 - 196, as well as Gerald D. Feldman, *Army, Industry and Labor in Germany 1914 - 1918* (Princeton, 1966), *passim.*

2 On Moellendorff's ideas, see, *inter alia,* Dieter Schmid, *Wichard von Moellendorff. Ein Beitrag zur Idee der wirtschaftlichen Selbstverwaltung,* Phil. Diss., FU Berlin 1969, and Klaus Braun's forthcoming dissertation *Wichard von Moellendorff zwischen Nationalismus und Sozialismus.*

who has usually been viewed as Moellendorff's puppet within the Economics Ministry. Biechele demonstrates, however, that the relationship between the two men was more complex).

But despite the alacrity with which Wissell and Moellendorff went about their task, their schemeessentially remained a pipe-dream from the start. To be sure, the so-called „Socialization Laws" of March and April 1919 reorganized the coal and potash industries along more or less *gemeinwirtschaftlich* lines; and tentative *Selbstverwaltungskörper* were planned for several other branches of German industry. Still, the Economics Ministry's organizational efforts encountered stiff resistance from economic liberals as well as within Wissell's own party. A compromise on these issues was out of the question, since both Wissell and Moellendorff displayed a stubborn intransigence and an amazing lack of political finesse.The Cabinet finally voted against *Planwirtschaft* in July 1919; and several days later Wissell and Moellendorff resigned.

Biechele concludes that, despite the useful aspects of the *Gemeinwirtschaftsprogramm* (e.g., the proposed creation of a five billion mark *Reichsfonds* to stimulate industrial production), Wissell and Moellendorff failed to appreciate economic realitites in postwar Germany. „Trotz ständiger Bekenntnisse zum sozialistischen Endziel und der Begrenzung der Handlungsfähigkeit der Unternehmer durch wirtschaftliche Selbstverwaltungskörper setzten sie auf die Selbstheilungskräfte des sogenannten kapitalistischen Wirtschaftssystems und erwarteten von diesen die Überwindung der ökonomischen Krise" (p. 236). Nevertheless, these „recuperative forces" – which were dependent upon a favorable investment climate – were not in a position to function „normally" in 1919. Moreover, Wissell and Moellendorff demonstrated an unreasonably optimicstic faith in the willingness of German society to transcend class and interest-group particularism and work for the „common" weal, however that might be defined. „Der von einem starken Pathos getragene Idealismus der Männer des Reichswirtschaftsministerium wich bald einer herben Ernüchterung. Arbeitgeber und Arbeitnehmer waren allzu häufig bereit" – as the experiences of the reorganized coal industry demonstrated – „Vereinbarungen auf Kosten der Konsumenten oder der Allgemeinheit zu treffen" (p. 237). In short, Wissell and Moellendorff failed to recognize that few Germans were prepared, after four exhausting years, to sacrifice still more for the sake of vaguely-defined collectivist economic principles.

Biechele's study is weakest where it attempts to adduce the reasons for this unwillingness of Germans to work together for the total economic reorganization of the Reich; indeed, the author is too often inclined to treat ideas and theories in *abstracto*, and as a result he frequently fails to draw clear connections between collectivist theory and economic-political reality in post-1918 Germany. Moreover, his work tends to be overly schematic and too synthetically concentrated upon a specific problem; thus it suffers from organizational rigidity and repetitiveness. Finally, the author is frequently guilty of problematical lapses in research and explication. He says very little about the decisive impact of the war economy upon Moellendorff's thinking, nor does he cite the important works of Burchardt and Feldman in this regard; the dissertation also contains a number of errors and oversights which by themselves seem trivial but when taken together become worrisome. Thus, for example, in his description of Wissell's reaction to Matthias Erzberger's „Christian solidarist" notions, Biechele simply cites an unprinted manuscipt contained in Wissell's *Nachlaß*. Had he been a bit more thorough, he would have found that the same article appeared in Parvus' journal „Die Glocke", in 1921. In itself this oversight is insignificant; but the study reveals numerous other bothersome examples of hasty and sometimes careless research.

To be sure, Biechele's analysis contains some interesting insights (his chapter on „Die Gemeinwirtschaftskonzeption des Reichswirtschaftsministerium" is particularly interesting); but in the final analysis it suffers from a variety of methodological and organizational shortcomings. To obtain a clear picture of the economic controversies in 1918 and 1919, the interested scholar would still do well to turn first to Schieck's work and only later to more specialized studies such as this one.

David E. Barclay

LÜDECKE, Willi: **Der Film in Agitation und Propaganda der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung (1919 - 1933)** (= Materialistische Wissenschaft, 7). – Berlin: Oberbaumverlag 1973. 111 S.

Dreh- und Angelpunkt der vorliegenden Arbeit ist Willi Münzenbergs programmatischer Aufsatz „Erobert den Film" aus dem Jahre 1925. Er wird auch im Anhang abgedruckt und umfaßt mithin ein Viertel des Bandes. Dieses Buch erscheint als mehr oder weniger gelungen kommentierter Reprint. Seinem Anspruch nach soll es jedoch „der Aufarbeitung des revolutionären Filmschaffens [in der Weimarer Republik] dienen". Und nicht nur der Aufarbeitung, „es soll [auch] der aufstrebenden revolutionären Arbeiterbewegung der BRD und Westberlins als Orientierungshilfe für den Kampf um eine eigene politische Linie in Fragen der Filmpropagandaarbeit dienen". Einleitend wendet sich der Verfasser, bevor er „an die filmpropagandistischen Traditionen der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung anknüpfen will", den Filmproduktionen aus der Zeit und dem Umkreis der Studentenbewegung von 1967 – 1970 zu. Dies gelingt ihm, das Metier scheint vertraut, teilweise recht gut, nutzt aber nur denjenigen, die mit den subkulturellen Gehalten von Begriffen wie „Spontaneismus" und „Aktionsideologie" etwas anfangen können. Dem Anspruch, der „aufstrebenden Arbeiterbewegung Orientierungshilfe geben zu wollen", wird man allein schon durch diesen elitär-arroganten Sprachstil nicht gerecht.

Nach der Lektüre des Buches wirkt der eingangs formulierte Anspruch aufgesetzt, als nachträgliche Legitimation. Hoffnungen darauf, daß man etwas erfährt über die Produktionsbedingungen und Distributionsverhältnisse, innerhalb derer Kulturpolitik im Interesse der Beherrschten betrieben wurde, sind unbegründet. Fragen nach dem Verhältnis von sozio-ökonimischen Strukturen und den daraus entspringenden und auf sie bezogenen Medienproduktionen bleiben unbeantwortet. Eine materialistische Untersuchung, die ja der Titel „Materialistische Wissenschaft" suggeriert, wird nicht einmal im Ansatz geleistet. Stattdessen werden Gemeinplätze, aktuelle Zitate aus Publikationen der Weimarer Zeit und Textstellen aus Münzenbergs „Erobert den Film" aneinandergereiht, deren sinnvolle Kombination abgeleitet wird aus einer imaginierten Sinnhaftigkeit der Chronologie der Ereignisse.

Exemplarisch für den Argumationsstil und die Banalität der Aussage ist folgender Satz: „Die revolutionäre Linie förderte die Manifestationen proletarischer Kultur in Literatur und auf dem Theater, war aber wegen ihres konsequenten Klassenstandpunktes zunehmender Verfolgung ausgesetzt". Der Allgemeinheitsgrad einer solchen Aussage erhellt mitnichten die geschichtlichen, gesellschaftlichen und die daraus resultierenden taktischen und strategischen Bedingungsfaktoren einer zumindest im Ansatz zu leistenden (und von Willi Münzenberg auf jeden Fall geleisteten) kulturpolitischen Praxis.

Die in diesem Buch konstatierten Bemühungen um eine Arbeiterfilmbewegung werden nicht auf eine Relevanz für unsere Gegenwart hin hinterfragt, vielmehr wer-

den sie behandelt wie die Saurier im Museum: es wird gestaunt, begutachtet und ob der Verluste getrauert. Ausgemerzt ist (Medien-) Geschichte als sozioökonomische Entwicklung, als die von Menschen aktiv bewältigte und organisierte Zeit. Diese unmaterialistische Vorgehensweise läßt sich auch nicht dadurch „entschuldigen", daß Filmmaterial schwer zu beschaffen gewesen sei, daß es in den Magazinen des Staatlichen Filmarchivs der DDR „sorgsam bewacht und unzugänglich" sei. Eine solche Polemik braucht das Staatliche Filmarchiv der DDR nicht zu fürchten. Gerade diese Institution war es, die eine Retrospektive „Film im Klassenkampf – Proletarischer Film in Deutschland vor 1933" während der XVI. Internationalen Leipziger Dokumentar- und Kurzfilmwoche 1973 einer breiten interessierten Öffentlichkeit vorstellte und so mithin eine Grundlage schuf zur effektiven Einlösung dessen, was die Autoren dieses Buches für ihr Bemühen nur unterstellen: Aufarbeitung des Erbes proletarischer Medienaktivität für die GEgenwart.

Reinhold Bertlein

CRUSIUS, Reinhard und Manfred WILKE: **Elemente einer Theorie der Gewerkschaften im Spätkapitalismus.** Mit einem Vorwort von Ernest Mandel (= Schriftenreihe Kritische Gewerkschaftspolitik). – Berlin: Verlag Die Arbeitswelt 1971. 126 S.

Die Autoren wollen zur „Diskussion um eine andere Gewerkschaftspolitik" (S. 14) beitragen. Sie unternehmen – so ihre etwas bescheidenere Umschreibung des anspruchsvollen Titels – den Versuch, „den Bezugsrahmen für gewerkschaftliches Handeln im Kapitalismus anzugeben und Erklärungsversuche für die ständig auftauchenden Probleme der gewerkschaftlichen Alltagsarbeit zu finden" (S. 9). Die Darstellung richtet sich gegen die offizielle Politik der DGB-Gewerkschaften, wie auch gegen jene, (vor allem neu-) linken Kritiker, die gewerkschaftlicher Politik als 'reformistischer' pauschal ablehnend gegenüberstehen bzw. -standen.

Die Verfasser nennen drei für ihre Auffassung entscheidende Prämissen:

1) Die Bedürfnisse der Lohnabhängigen sind als Grundlage und Ausgangspunkt gewerskchaftlichen Handelns überhaupt ernst zu nehmen, wenn sie auch in ihrer jeweiligen Erscheinungsform auf Deformationen hin zu untersuchen sind (S. 9).

2) Bedingt durch die Gesetze der Kapitalverwertung werden diese Bedürfnisse immer wieder derart verletzt, daß die Lohnabhängigen durch Maßnahmen der Unternehmer oder des Staates zur – reaktiven – Verteidigung ihrer Interessen gezwungen sind (S. 9).

3) Die zunehmenden Funktionsanreicherungen des Staates im Spätkapitalismus, die darauf zielen, die Profitraten und Ausbeutungsbedingungen zu sichern, lassen Ökonomie und Politik immer mehr verschmelzen und entziehen einer mechanischen Trennung von Partei- und Gewerkschaftspolitik zunehmend die Grundlage (S. 13).

Der Aufbau der Arbeit orientiert sich an den ersten beiden Prämissen. Die Arbeit beginnt mit einer Darstellung der schon im Kapitalismus entstehenden und gewerkschaftlich durchsetzbaren Interessen der Lohnabhängigen (Kapitel B: „Die politische Ökonomie der Arbeiterklasse") und führt über die Darstellung der unterschiedlichen Erwartungen an die Gewerkschaften als Vertreter dieser Intereessen (seitens der Lohanbhängigen, wie auch seitens der Unternehmer, des Staats und der Parteien) schließlich zum Problem der gewerkschaftlichen Bürokratisierung. Die Studie schließt mit zwei Anhängen ab, wobei im zweiten der Versuch unter-

nommen wird, am Beispiel der Lehrlingspolitik die Intention der Arbeit exemplarisch in praktische Forderungen umzusetzen.

Im Anfangskapitel über die „politische Ökonomie der Arbeiterklasse" fassen die Autoren die unmittelbaren Bedürfnisse – die so allgemein untersucht sind, daß eine Abgrenzung weder gegenüber der Gewerkscahftsbürokratie noch gegenüber den linken Kritikern gelingen kann – in folgenden Punkten zusammen: Interesse an ausreichender beruflicher Qualifikation; an einem dementsprechenden Arbeitsplatz, der zudem nicht die Gesundheit ruiniert; an ausreichendem Lohn, genügender Freizeit, Sicherheit vor Willkür im Betrieb und sozialer Sicherung (S. 28).

Hiervon abgetrennt wird abstrakt die Bedrohung der Interessen der Lohnabhängigen durch die Kapitalseite behandelt, nicht jedoch deren konkrete Form im „Spätkapitalismus" oder gar in der BRD. Hierbei wird der Untersuchungsgegenstand zu globalen Erwartungen verdünnt, welche die Unternehmer und der Staat an die Gewerkschaften richten. So „erwarten" die Unternehmer: Fraglosigkeit der Kapitalverwertung, Berechenbarkeit des Arbeitsfriedens, Autorität der Gewerkschaften gegenüber ihren Mtgliedern, schützende Gewerkschaftsaktivität in Krisenzeiten (S. 36 f.). Der Staat „erwartet": Anpassung an Maximen des Wirtschaftswachtums, Mitarbeit in den sozial- und wirtschaftpolitischen Gremien und Organisationen, Mithilfe bei der Überwindung von Systemkrisen (S. 38 f.).

Den Verfassern scheinen Inhalt und Folgen der Methode des „historischen Materialismus" (S. 15) nicht hinreichend klar gewesen zu sein, obwohl sie diese Methode selbst gewählt und als entscheidendes Moment ihres Versuchs hingestellt (S. 9) haben. Sie versuchen die Bestimmung der „Position des Lohnabhängigen", seiner durchzusetzenden Interessen, von der Ebene des Kapitals im allgemeinen aus, während sich diese nur im Durchgang durch empirische Analyse bestimmen läßt. Deshalb erscheinen die Imperative von Kapital und Staat bei den Verfassern etwas willkürlich und formalisiert dargestellt; deshalb sind auch in Inhalt und Aufbau Zusammenhänge zerrissen und zwar sowohl mit den „unmittelbaren Bedürfnissen" der Lohnabhängigen, wie auch mit den Prozessen der gewerkschaftlichen Bürokratisierung, die den Verfassern vornehmlich als eine Funktion arbeitsteilig organisierter Gesellschaft erscheint, wobei sie zudem nicht zwischen Arbeitsteilung und ihrer kapitalistischen Form unterscheiden (Kapitel E).

Die bei einem solchen Vorgehen sich notwendig ergebenden Lücken werden dann durch Griffe in ein politologisches Zitatenkästchen gefüllt, das von Mayntz bis Mandel reicht, und durch eine Gliederung, die zwar sieben Seiten für die Kritik des Begriffs des Unternehmerrisikos vorsieht, verschiedene tatsächlich für die gewerkschaftliche Praxis entscheidende Probleme aber nicht thematisiert, wie beispielsweise das „Ende der Rekonstruktionsperiode", die Auswirkungen interenationaler Kapitalkonzentration und -zentralisiation auf die Konstituierung von Gewerkschaften und ihrer Politik, die Inflation – welchen Ort hat sie in dem Schema der Verfasser von „Normalität" und „Krise"? –, Veränderungen in der Struktur und Funktion der sozialen Basis der Gewerkschaften.

Eine Folge dieser theoretischen Mängel der Studie ist es, daß die Autoren keine Prioritäten gewerkschaftlichen Handelns ableiten und keine Durchsetzungschancen und Widerstände bestimmen können. Deshalb kann ihre Analyse auch keine Anleitung zu praktischem Handeln geben, die die Verfasser zu erarbeiten sich vorgenommen hatten.

So zeigt die Auseinandersetzung mit dieser Arbeit einerseits, wie sich der Stand der Auseinandersetzung um die Bedeutung der Gewerkschaften seit 1971

gewandelt hat: mochte es damals noch einen Sinn gehabt haben, gegen die Sofort- und Nurrevolutionäre den Sinn gewerkschaftlicher Arbeit überhaupt zu betonen, so geht es heute nurmehr um deren Inhalte und die Organisation ihrer Träger. Ex negativo illustriert diese Arbeit andererseits, daß hierüber Aufschluß nicht im Wege „historisch-materialistischer" Pauschalanalysen zu erhalten sein werden.

Uta Stolle

BERGMANN, Joachim, Otto JACOBI und Walter MÜLLER-JENTSCH: **Gewerkschaften in der BRD. Gewerkschaftliche Lohnpolitik zwischen Mitgliederinteressen und ökonomischen Systemzwängen.** Teil 1: **Bedingungen gewerkschaftlicher Lohnpolitik und Entwicklungen im Selbstverständnis, in der tarifpolitischen Praxis und der innerverbandlichen Willensbildung.** Hrsg. vom Institut für Sozialforschung IFS, Frankfurt/M. - Hekt. Frankfurt/M.: 1974. 517 S.

Die vorliegende Studie entstand im Zusammenhang eines langjährigen Forschungsprojekts über „Die Funktion der Gewerkschaften im Prozeß der gesellschaftlichen Entwicklung Westdeutschlands", aus dem u.a. auch Evelies Mayers „Theorien zum Funktionswandel der Gewerkschaften" (besprochen in IWK, Jg. 1973, H. 19/20) hervorgegangen sind. Gegenüber dem „Zwischenbericht" zum Stand der Arbeiten am Forschungsprojekt, der Anfang 1969 herauskam, zeigt sich nun eine Reduktion des hypothetischen Apparates und eine Konzentration der Begrifflichkeit. Das „bürgerlich-positivistische Erkenntnisinteresse" – schon damals Gegenstand der Kritik von links – hat sich weiter durchgesetzt. Vor allem wurde die Entwicklung im Übergang zu den siebziger Jahren voll einbezogen. Insgesamt zeigt sich eine starke Revision des Forschungsansatzes.

Heute bemerken die Autoren eine „zunehmende Bedeutung der Gewerkschaften und des gewerkschaftlichen Kampfes" (S. 2). Die These vom „Funktionsverlust und Niedergang der Gewerkschaftsbewegung" wird nicht mehr in der alten Weise verfochten.

Ausgehend vom tarifpolitischen Verhalten unterschieden die Autoren zwei typische Reaktionsweisen der Gewerkschaften, eine „kooperative" und eine „konfliktorische". Dabei handelt es sich zwar primär um verschiedene Strategien im Verteilungskampf aber zugleich um die empirische Basis einer konstratierenden Typologie: der kooperativen und konfliktorischen *Gewerkschaft*. Beide unterscheiden sich nicht grundsätzlich, sondern in der Priorität, die sie dem einen oder anderen Verhalten einräumen.

Die beiden Typen werden nicht definitorisch abgegrenzt, sondern in ihrem jeweils charakteristischen Verhalten umschrieben: „Kooperative Gewerkschaften versuchen, die Mitgliederinteressen durch Anpassung ihrer tarifpolitischen Forderungen und Strategien an die konjunktur- und wachstumspolitischen Erfordernisse zu realisieren. Sie passen ihre Lohn- und Tarifpolitik unter Abwägung verschiedener Teilinteressen den ökonomischen Konzessionsspielräumen an und lassen sich – bei institutionalisierter Einkommenspolitik – auf die Orientierungsdaten und Leitlinien staatlicher Wirtschaftspolitik ein". Dagegen heißt es: „Konfliktorische Gewerkschaften versuchen, die artikulierten Mitgliederinteressen durch unmittelbare Umsetzung in tarifpolitische Forderungen und Strategien zu realisieren, und lehnen eine Einbettung ihrer Lohnpolitik in die konjunkturpolitische Wirtschaftssteuerung ab. Bei ihren Forderungen werden sie wohl die bestehenden Markt- und Machtverhältnisse in Rechnung stellen, aber eine Verantwortung für den Gesamtzustand der Ökonomie ablehnen" (S. 21). Über beide Gewerkschaftstypen wird weiter gesagt, sie

betrieben „eine pragmatische Politik auf dem Boden des bestehenden kapitalistischen Wirtschaftssystems, das sie nur in ihren Programmen ideell" transzendierten (S. 27).

Damit verbinden die Autoren alternative Prognosen. Einmal meinen sie: „Solange das kapitalistische System" gegenüber den Interessenansprüchen der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder „konzessionsfähig bleibt . . ., ist es wahrscheinlich, daß die Gewerkschaften auf Grund ihrer pragmatischen Orientierung eine einkommenspolitische Kooperation mit Staat und Unternehmern eingehen" (S. 24). Andererseits setzen sie auf eine aktionistische Transformation: „Die Notwendigkeit der Mitgliedermobilisierung und des aktiven Lohnkampfes impliziert die Aktivierung der Mitglieder. Die kollektiven Kampferfahrungen, die sie dabei machen, lösen kollektive Lernprozesse aus und bieten die Chance der Politisierung. Damit wird auch das kapitalistische Herrschaftssystem, das auf der Massenloyalität der unterprivilegierten Massen gründet, in seiner Stabilität erschüttert" (S. 27). Die hermeneutische Nuance entpuppt sich hier als Ansatzpunkt einer kämpferischen Strategie für die Gewerkschaften im Spätkapitalismus. Einheit und Widerspruch mobilisieren den historischen Prozeß.

Dergestalt wird hier ein dialektisches Verständnis neu formuliert, das seit Karl Marx immer wieder zur Bestimmung gewerkschaftlicher Arbeit gedient hat. Vom Vorwurf eines bloßen Positivismus ist der begriffliche Teile dieser Studie deshalb freizusprechen. Auch in dem Versuch, eine gewerkschaftliche Typologie nach Gegensatzpaaren zu schaffen, steht die Studie in einer kritischen Tradition. Schon im vorigen Jahrhundert wurde der Tendenz zur Ausbildung „harmoniegläubiger Unterstützungsvereine" die Parole vom „Kampfverband" gegenübergestellt. In der Spätphase der Weimarer Republik zeigte sich unter Theodor Leipart, Anton Erkelenz und Jakob Kaiser immer stärker der Gegensatz zwischen einer Konzeption der „Volksgewerkschaft", die sich an der „Volksgemeinschaft" orientierte, und einer „Klassengewerkschaft" im zugespitzten Klassenkampf. Die Gewerkschaften in der Bundesrepublik sehen sich immer wieder vor die Alternative gestellt, „Ordnungsfaktor" oder „Gegenmacht" zu sein.

Die Autoren der Studie setzen sich mit diesem historischen Angebot polarisierter Begriffspaare nicht auseinander. Sie kreieren ihre kooperative und konfliktorische Gewerkschaft als rein sozialwissenschaftliche Kategorien, die weder ideologisch, noch polemisch, noch negativ oder gar irgendwie „libidinös" besetzt sind. Das hat Vorteile, denn so entsteht ein leicht handhabbarer Begriffsapparat, der relativ wenige Vorurteile anspricht, dessen Rezeption also weniger Widerstände finden dürfte. Zugleich setzen sie sich dem Verdacht aus, abstrakte sozialwissenschaftliche Kategorien auf eine Wirklichkeit zu projizieren, die in ihrer gewordenen Vielfalt auf diese einfache Weise so gar nicht begriffen werden kann.

Über die „Bewährung" der Kategorien wird sich mehr sagen lassen, wenn ihre spezifische Differenzierung deutlicher zu erkennen ist. Noch bleibt jedenfalls offen, ob diese Begirffe, die in der Analyse des Außenverhältnisses gewonnen wurden, auch die innere Struktur kongruent abbilden, oder ob sich hier ein umgekehrtes Verhältnis zeigt: daß nämlich äußerlich kämpferische Organisationen im Innenverhältnis integrativ strukturiert sind, und umgekehrt gerade die angepaßten Verbände im Innenverhältnis konfliktorische Tendenzen zeigen. Der Sozialhistoriker wird vor allem fragen, unter welchen Bedingungen der eine oder andere Typ sich konstituiert und aufgrund welcher Veränderungen er sich in den anderen verwandelt. Schließlich läßt sich die Wertfrage nicht ausklammern, unter welchen politisch-gesellschaftlichen Gesamtbedingungen das eine oder andere gewerkschaftliche Verhalten vorzuziehen ist.

Während im Zwischenbericht noch die „historische Analyse" gleichberechtigt neben Empirie und Theorie genannt wurde, sind an der vorliegenden Studie besonders die historischen Defizite zu vermerken. Die Entwicklung vor 1945 wird – wie es einleitend in richtiger Selbsteinschätzung heißt – nur skizziert. Aber auch die entscheidend wichtigen Jahre von 1945 bis 1949 kommen nicht in einer eigenen Analyse zur Geltung. Vielmehr werden allerlei Aussagen aus zweiter und dritter Hand übernommen, wie sie bei Theo Pirker, Schmidt/Fichter und – bestenfalls – Eberhard Schmidt zu finden sind. Stopplohn, Arbeitsgemeinschaftspolitik und Lohnverzicht bleiben außer Betracht. Immerhin scheint das veröffentlichte Protokoll des DGB-Gründungskongresses im Original vorgelegen zu haben, aber nichts über den Vorbereitenden Ausschuß für den Gründungskongreß.

Freilich bessert sich das nach dem Stichjahr 1950. Dankbar zu vermerken ist eine Serie „Streik-Fallstudien" von 1951 bis 1971. Dazu kommen Angaben zur Streikstatistik, die sich vor allem auf die Vorarbeiten von Rainer Kalbitz (besprochen in IWK, Jg. 10 (1974), H. 3) stützen. Leider gehen dabei einige kritische Einschränkungen der Kalbitzschen Studie verloren. Besonders die Interpretation der Zunahme spontaner Streiks folgt mehr dem erkenntnisleitenden Interesse des Sozialistischen Büros in Offenbach als der Aussagekraft der Daten. Befremden muß auch, – das sei hier nebenher vermerkt – daß „Fred Oelßner" als Quellenangabe für eine Lohntabelle von 1844 bis 1900 herhalten muß. Da war doch noch jemand?

Sehr kompetent wirkt dagegen die Zusammenstellung wichtiger Daten aus den Jahresgutachten des Sachverständigenrates, des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank (Monats- und Jahresberichte), der Sozialberichte der Bundesregierung und eigenen Berechnungen des Instituts für Sozialforschung, die sich insbesondere auf die Wachstumsrate der Lohnquote und die Differenz zwischen tatsächlicher und bereinigter Lohnquote beziehen. Das alles wird auch in Schaubilder umgesetzt, so daß der Leser hier wichtiges tabellarisches Material zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland findet, das anders nur schwer zugänglich oder garnicht aufgearbeitet wäre. In diesen Teilen hat sich die mehr positivistische Tendenz wohl am stärksten ausgewirkt. Zu fragen bleibt, wieso die Veröffentlichungen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) des DGB in Düsseldorf so wenig zu Rate gezogen wurden. Seit den Zeiten Viktor Agartz', der noch mehrfach Erwähnung findet, sind im WSI ja nicht nur Hermann Adams Studien über die Konzertierte Aktion herausgekommen.

Zum Schluß wagen die Autoren einige äußerst kritische Prognosen, die sich auf die Zunahme der „inoffiziellen Streiks" und auf das Phänomen der „innergewerkschaftlichen Opposition" stützen. Hier wirken sich die historischen Defizite der Studie besonders negativ aus, so daß die Urteilskraft der Autoren darunter leiden muß. Hätten die Herren etwas genauer in die Geschichte der deutschen Gewerkschaften geschaut, dann wäre ihnen nicht entgangen, daß diese Organisationen vor 25 und vor 50 Jahren unter ungünstigeren Voraussetzungen sehr viel härtere Spannungen ausgehalten haben, als sie gegenwärtig anstehen. Es ist das Recht der kritischen Wissenschaft, latente Konflikte zu dramatisieren, um sie über die gesellschaftliche Bewußtseinsschwelle zu heben. Aber das berühmte „Augenmaß" darf – bei aller Leidenschaft – nicht verlorengehen.

Das alles ändert nichts an einer positiven Gesamteinschätzung: Mit der IFS-Studie über die Gewerkschaften in der BRD liegt zum ersten Mal in der Geschichte eine systematische und zugleich umfassende sozialwissenschaftliche Arbeit über mehr als zwanzig Jahre gewerkschaftlicher Entwicklung vor. Für künftige Historiker wird das ein wissenschaftliches Standardwerk werden. Der Teil I soll noch 1975 in einer verbesserten Fassung bei der Europäischen Verlagsanstalt gedruckt erscheinen.

Gerhard Beier

PROBLEME DER GEWERKSCHAFTSFORSCHUNG. KOLLOQUIUM AUS ANLASS DES 50. JAHRESTAGES DER ERÖFFNUNG DES INSTITUTS FÜR SOZIALFORSCHUNG

von Gerhard Beier

Unter der Leitung seines Geschäftsführenden Direktors, Professor Dr. Gerhard BRANDT, veranstaltete das Frankfurter „Institut für Sozialforschung (IFS)" am 10. und 11. Oktober 1974 in den Räumen der Universität ein Kolloquium über **Probleme der Gewerkschaftsforschung.** [1] Von seiten des Instituts referierten Autoren und Mitarbeiter der Gewerkschaftsstudie (vgl. meine Rezension S.125dieses Heftes). Auch die konkurrierenden bzw. kooperierenden Forschungsinstitute wurden beteiligt: so das „Soziologische Forschungsinstitut der Universität Göttingen (SOFI)" durch Michael SCHUMANN, das „Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt" (Starnberg) durch Gernot MÜLLER, das „Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI)" des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Düsseldorf durch Rolf SEITENZAHL, das Münchner „Institut für sozialwissenschaftliche Forschung" durch Burkart LUTZ, das „Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung" durch Hans PORNSCHLEGEL, die „Arbeitsstelle Arbeiterkammer an der Universität Bremen" durch Adolf BROCK, das „Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung an der Freien Universität Berlin" durch Horst W. SCHMOLLINGER. Das Publikum stellten zahlreiche Studenten und Hochschullehrer, dazu Mitarbeiter und Vertreter der verschiedenen, in Frankfurt ansässigen Gewerkschaftsvorstände und Verwaltungsstellen, sowie der „Akademie der Arbeit (AdA)" in der Universität.

Zum Jubiläum des IFS, dessen Geschichte stets mit den Namen Adorno und Horkheimer verbunden bleiben wird, läßt sich wohl sagen, daß eine gewisse Esoterik, die diesem Institut seit seiner Gründung anhaftete, durchaus überwunden scheint. Jedenfalls zeigte das Kolloquium eine Öffnung gegenüber Gesellschaft und Allgemeinheit, die als beispielhaft anerkannt werden muß. Der gefürchtete „Frankfurter Jargon" war kaum noch zu vernehmen. Der eigentliche Jargon wich zwar keinem „Jargon der Eigentlichkeit". Gleichwohl wurde weniger „eskamotiert" als ehedem. Die linguistische „Ranküne" hielt sich in Grenzen. Kurz: anläßlich dieser goldenen sozialwissenschaftlichen Hochzeit entläßt die Dialektik der Aufklärung ihre Enkel als neuhochdeutsch assimilierte Jünger. Ob sie nun in aller Welt und mit aller Welt in jeglicher Zunge reden?

Die neue Aufgeschlossenheit zeigte sich nicht nur im vielschichtigen Teilnehmerkreis des Kolloquiums und in der zugänglicheren Sprache, sondern auch in Themenwahl und Formulierung der Arbeitsgruppenaufträge. Hier wurde keine kultursoziologische Spekulation expliziert und keine Ideologiekritik exekutiert. Es sei denn, man nähme die Reduktion auf vor-

1 Die schriftlichen Unterlagen wurden dem Verfasser freundlicherweise vom IFS zur Verfügung gestellt, so daß die angeführten Zitate nicht auf eigenen Notizen, sondern auf den ausgearbeiteten Papieren beruhen, nach denen meist wörtlich referiert wurde.

nehmlich tarif- und lohnpolitische Fragen als Kritik am Gewerkschafts*wesen* als raffiniertester Version der Ideologie spätbürgerlicher Gesellschaft. Aber das wäre wohl ein böswilliges Mißverständnis des ökonomisch-realistischen Forschungsansatzes, der die vorliegenden Ergebnisse durchdringt.

Offenbar erleben wir hier tatsächlich die letzte Wendung der Frankfurter Schule vom frühen Extrem kritischer Musiktheorie („Odysseus und die Sirenen") zur praktischen Kritik der Konzertierten Aktion, und zwar unter Ausschaltung jeglichen Transfers von der erstgenannten zur letzteren. Der spitzfingrigen Betrachtung degoutanter Verhältnisse scheint ein identifikatorischer Voluntarismus zu folgen. Die Musik ist raus. Nun wird marschiert! Die Franfurter Schule geht unter die werktätigen Massen. Das sei mit einem Schuß Ironie, aber nicht ohne Respekt vor dieser erstaunlichen Erneuerung angemerkt.

In der ersten Plenumsveranstaltung ging es um „Gewerkschaftliche Politik zwischen Mitgliederinteressen und ökonomischen Systemzwängen". Darauf folgten Arbeitsgruppen, die sich teils parallel, teils nacheinander mit fünf speziellen Themen befaßten: 1. Einkommenspolitik und Tarifpolitik; 2. Gewerkschaftliches Bewußtsein; 3. Betriebliche Lohnpolitik; 4. Innergewerkschaftliche Willensbildung; 5. Gewerkschaften im öffentlichen Dienst. – Wissenschaftsdidaktisch hätte es sich empfohlen, nach den Arbeitsgruppen noch ein Plenum mit Berichten und Schlußaussprache durchzuführen. Aber man darf nicht zuviel verlangen. So lag der inhaltliche Schwerpunkt im Plenum des ersten Vormittags.

Joachim BERGMANN referierte die Thesen über „Gewerkschaftliche Politik zwischen Mitgliederinteressen und ökonomischen Systemzwängen", wie sie gemeinsam mit Otto Jacobi, Walther Müller-Jentsch und Eckart Teschner vorgelegt wurden. Sie seien hier – notgedrungen nochmals verkürzt – wiedergegeben: Demnach ist gewerkschaftliche Politik vor allem Tarifpolitik. Damit werden ältere Theorieansätze ausdrücklich beiseite geschoben. Ergänzend tritt die organisationssoziologische These hinzu, daß freiwillige Mitgliederorganisationen unmöglich permanent gegen die Interessen ihrer Mitglieder verstoßen können. Daraus folgt ein Primat der Mitgliederinteressen bei Ausarbeitung und Durchsetzung tarifpolitischer Strategien. Gleichwohl ist gewerkschaftliches Handeln mehr denn je „in ökonomische Funktionszusammenhänge eingespannt". In Reaktion darauf haben sich kooperative und konfliktorische Verhaltensweisen ausgebildet, die beide pragmatisch gehandhabt werden. Im Zusammenhang damit sind seit 1949 eine Reihe schwerwiegender Veränderungen erfolgt: Das Programm der wirtschaftlichen Neuordnung von 1949 wurde revidiert, die expansive Lohnpolitik durch eine aktive Lohnpolitik verwässert und in Form einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik teilweise aufgegeben. In der tarifpolitischen Praxis läßt sich „eine Tendenz zur Zentralisierung der tarifpolitischen Verhandlungen und Entscheidungen" feststellen. Die Konzertierte Aktion brachte eine „Unterordnung der Tarifpolitik unter die konjunkturpolitischen Erfordernisse" Weiter wurde das Schlichtungswesen ausgebaut und die Streikaktivität verringert. Heute stehen die Gewerkschaften vor einem krisenhaften Dilemma, denn es fällt ihnen immer schwerer, „mit ihrer Tarifpolitik zugleich den Systemerfordernissen und Mitgliederinteressen nachzukommen". Indikatoren dieser Zuspitzung sehen die Autoren „sowohl in der merklichen Zunahme der spontanen Betriebsstreiks, . . . als auch in der auf

verschiedenen Organisationsebenen mit alternativen Vorstellungen in Erscheinung tretenden innergewerkschaftlichen Opposition". Sie fürchten, daß „die Gewerkschaftsführung zu einem lohnkämpferischen Aktionismus ohne politische Perspektive Zuflucht nimmt und Umverteilungsillusionen reaktiviert". Aber die konfliktorientierte Gewerkschaftspolitik soll „nicht bei den Lohninteressen der Mitglieder stehenbleiben". Zunächst ist die Basis aufzuklären und zu mobilisieren. Als „unabdingbare Voraussetzungen einer systemsprengenden Politik" sehen die Autoren die „Wiedergewinnung der gewerkschaftlichen Autonomie und die konsequente Praktizierung innergewerkschaftlicher Demokratie". Daraus erwächst den Gewerkschaften die Chance, „wieder zu einem organisatorischen Medium der Selbsterfahrung und Selbstaufklärung der Arbeiterklasse zu werden".

Demgegenüber meinte Michael SCHUMANN in seinem Korreferat, „daß unter dem Aspekt der Befriedigung von Erwartungen und Ansprüchen der Lohnarbeiter der gewerkschaftlichen Tarifpolitik seit jeher nur begrenzte Bedeutung" zukomme. Er bezweifelte auch, daß die Gewerkschaften im gleichen Maße als freiwillige Mitgliederorganisationen interpretiert werden dürften, wie es der Organisationssoziologie beliebig austauschbarer Dienstleistungsorganisationen entspräche. Die Gewerkschaft, so meinte Schumann, „ist für die Arbeiter auch in deren Selbstverständnis in ihrer Funktion als kollektive Interessenvertretung ohne ernsthafte Alternative". Deshalb wäre eine „relative Verselbständigung der gewerkschaftlichen Organisation gegenüber den Mitgliedern" sehr wohl möglich.

In methodischer Hinsicht warf er den Mitarbeitern des IFS vor, daß sie „den nur historisch konkret zu fassenden Vermittlungsprozeß" ausklammerten. Sie hätten eine „Agglomeration von Teiltheorien vorgenommen", die sich auf „unterschiedlichen Abstraktionsebenen" bewegten. In schöner Offenheit bekannte Schumann, „daß eine Theorie des Konstitutionsprozesses von Arbeiterbewußtsein bisher nicht" vorläge, allein diese würde „eine verläßliche Einschätzung der Beziehung von ökonomischen Bedingungen und Bewußtseinsformen ermöglichen". Ins Konkrete gekehrt, meinte der Korreferent, empirische Ergebnisse über das Arbeiterbewußtsein in Perioden der Prosperität dürften nicht einfach auf andere Konstellationen übertragen werden. Es gäbe sehr wohl Belege dafür, „daß krisenhafte Situationen zu einer deutlichen Aufgabe von Ansprüchen auf Verbesserung" führten und nicht zu dem vorausgesagten Basisdruck. Damit falle ein zentrales Versatzstück der vorgelegten Theorie. Ihre politisch-strategischen Konsequenzen würden hinfällig. „So würde sich das Ergebnis der vorgelegten Gewerkschaftstheorie als eine recht voluntaristische Annahme erweisen".

Christel NEUSÜSS, die als zweite Korreferentin aufs Podium stieg, wiederholte den Vorwurf des Voluntarismus. Sie kritisierte die Vernachlässigung vorhandener Theorieansätze. Stattdessen wollte sie „die Diskussion dafür offenhalten, ob nicht nach wie vor die Marxsche Analyse des kapitalistischen Produktionsprozesses Ausgangspunkt der Analyse und politischen Einschätzung der historischen Verhältnisse sein kann und sein muß, geht man, wie es die Studie tut, vom antagonistischen Interessengegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital aus".

Sie bemerkte einen Widerspruch zwischen dem subjektiven Votum der Verfasser und ihrer Form der Theoriebildung, die Züge einer einfachen Verallgemeinerung einiger spezifischer

historischer Erscheinungen unter Absehung anderer" trage. Es handele sich dabei um eine Methode der bürgerlichen Soziologie, „die Historie der Gesellschaft in ahistorische, zeitlos gültige Handlungsmodelle, in Modelle möglicher sozialer Beziehungen aufzulösen, eben Konflikt oder Kooperation, die hier sich im Rhythmus der Konjunkturbewegung" abwechselten. Es zeige sich ein „zirkulares Auf und Ab, dessen historisches Ziel nicht sichtbar" werde.

Demgegenüber entspreche es marxistischer Geschichtsbetrachtung, den Kapitalismus als eine Gesellschaftsformation zu sehen, „in der die Menschen die Natur sich progressiv aneignen, sie beherrschen lernen, die produktiven Potenzen der gesellschaftlichen Arbeit entwickelt werden". Ziel sei die „Aneignung des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses durch die Arbeitenden und Entwicklung des bewußten gesellschaftlichen Individuums". Von hier aus sollten die „wesentlichen Konsequenzen für die Frage nach den Organisationsformen der Arbeiterklasse" gezogen werden.

Otto JACOBI und Walther MÜLLER-JENTSCH verteidigten die Frankfurter Studie, indem sie die Begrenztheit ihres Ansatzes unterstrichen und die verschiedenen Vorwürfe zurückwiesen. Gleichwohl blieb im Publikum ein kritischer Vorbehalt spürbar, denn die methodischen Einwände Michael Schumanns wogen zu schwer. Ein vermittelndes Wort fand Heinz BRAND, der als Veteran der Industriegewerkschaft Metall auf die historische Bedeutung des Gesprächs zwischen Arbeiterbewegung und Wissenschaft hinwies. Er forderte zur solidarischen Kritik der Betroffenen gegenüber den Betreffenden auf. Schließlich fragte er, was denn „Empirie" wäre, doch nicht bürgerliche Statistik, sondern die Summe der Erfahrungen der Arbeiter im Betrieb.

Es ist schwer, über die einzelnen Arbeitsgruppen gleichmäßig zu berichten, weil es zu viele zeitliche Überschneidungen gab. Dennoch soll versucht werden, an Hand der vorgelegten Papiere einen möglichst vollständigen Überblick zu vermitteln: In der ersten Arbeitsgruppe über „Einkommenspolitik und Tarifpolitik" legten Vertreter des IFS eine Ausarbeitung vor, die „Erfolge und Grenzen einer systemkonformen Tarifpolitik im staatlich regulierten Kapitalismus" zum Gegenstand hatte. Demnach läßt sich in der Entwicklung „seit 1969 verdeutlichen, daß die kooperative gewerkschaftliche Tarifpolitik an ihre Grenze gestoßen ist". Die staatliche Wirtschaftspolitik gerät in ein eigentümliches Schwanken zwischen Wirtschaftsdämpfung zur Zügelung der Lohnpolitik und Wirtschaftsankurbelung, „um den Unternehmern den Absatz ihrer Waren zu garantieren und merkliche Arbeitslosigkeit zu vermeiden". Die Gewerkschaften werden auf die Möglichkeiten einer betrieblichen Lohnpolitik hingewiesen, um verbliebene Spielräume voll auszunutzen.

Ergänzend und korrigierend wies Rolf SEITENZAHL darauf hin, daß Tarifpolitik der Gewerkschaften, solle sie den errungenen Status sichern, immer auch kooperativ sein müsse. Er nannte Beispiele gewerkschaftlichen Verhaltens in der Konzertierten Aktion und betonte die Problematik eines dualen Lohnforderungssystems, das auf der zentralen und der betrieblichen Ebene operiert. Des weiteren sei die allgemeine Rede von „*den* Gewerkschaften" in der Bundesrepublik unzutreffend, denn die einzelnen Verbände wären relativ stark und bestimmten Strategie und Taktik ihres lohnpolitischen Vorgehens weitgehend selber.

Thematisch schloß sich die Arbeitsgruppe 3 an, in der es um „betriebliche Lohnpolitik" ging. Das Institut legte dazu einen umfangreichen Text über „Betriebliche Lohnpolitik, Lohnbildung und Leistungsentlohnung" vor, der in folgenden Thesen gipfelte:

„1. Die Gewerkschaften sollten jede Beschneidung ihres Verhandlungsspielraumes verhindern. Das heißt: Verhinderung jeder weiteren Einführung von Analytischer Arbeitsbewertung, Systemen vorbestimmter Zeiten und Analytischer Leistungsbewertung durch Tarifverträge oder Betriebsvereinbarungen.

2. Eine höhere Arbeitsintensität sollte in jedem Fall primär durch verringerte Arbeitszeit und erst sekundär durch erhöhten Lohn kompensiert werden, denn bei höherer Intensität steigt das Belastungsniveau progressiv, nicht proportional wie beim Leistungslohn vorausgesetzt.

3. Den differenzierenden Wirkungen der Arbeitsbewertungs- und Leistungslohnsysteme sollte durch die Durchsetzung einer möglichst geringen Zahl von Einstufungs- und Leistungsgruppen sowie durch einen möglichst geringen Abstand dieser Gruppen voneinander entgegengearbeitet werden.

4. Im Gegensatz zur Orientierung der Leistungspolitik primär an der Verhinderung einer Steigerung in der Gesamtbelastung des Arbeiters sollte sich die Lohnpolitik an der Ausnutzung der durch technologische Innovationen und Arbeitsökonomisierung erreichten Produktivitätserhöhungen orientieren.

5. Das heißt: Obwohl Lohn- und Leistungspolitik in einem unlösbaren Zusammenhang stehen, sollte es das Bestreben der Gewerkschaften sein, beide in ihrer Politik möglichst zu trennen mit dem Ziel, Intensitätserhöhungen durch andere, die Gesamtbelastung des Arbeiters entlastende Faktoren zu kompensieren, durch die Lohnpolitik dagegen die objektiven, auf gesamtwirtschaftlicher, Branchen- und Betriebsebene bestehenden finanziellen Spielräume auszuschöpfen".

Daraus folgt für die „kritische sozialwissenschaftliche Forschung" die Aufgabe der genaueren Untersuchung von Leistungslohnsystemen im Rahmen des gesamten Arbeitsprozesses. Die oben angedeutete Wendung in der Forschungsaktivität des IFS kommt hier wohl am deutlichsten zum Ausdruck. Gleichwohl geht es den Autoren auch hier um Gesichtspunkte der „potentiellen Sprengkraft" unter „kapitalistischen Produktionsbedingungen".

Das Problem der „Gewerkschaften im Öffentlichen Dienst" beschäftigte die Arbeitsgruppe 5. Die Ausarbeitung des Instituts beleuchtete „innerbetriebliche Aspekte des öffentlichen Dienstes als Arbeits- und Herrschaftszusammenhang" und diskutierte „Bedingungen gewerkschaftlich relevanten Bewußtseins öffentlich Beschäftigter". Der differenzierteren Betrachtungsweise entsprechend, läßt sich diese Vorgabe nur schwer auf kurze Formeln bringen. So heißt es: „Die im Auseinanderfallen politischer Willensbildung und konkreter Gestaltung der Arbeitsvollzüge sich äußernde Distanz von Verwaltung und gesellschaftlichen Gruppen ist konstitutiv für den kapitalistischen Staat; Verwaltungsorganisation als blinder Fleck öffentlicher Willensbildung ist Ausdruck der Widersprüchlichkeit gesellschaftlicher Anforde-

rungen an den Staat". Die Verhältnisse wechseln von Behörde zu Behörde. Der aktuellen gewerkschaftlichen und politischen Praxis „fehlt eine historisch fundierte Theorie des Zusammenhangs spezifischer Staatsfunktionen mit besonderen Formen der Arbeitsorganisation im Öffentlichen Dienst unter wechselnden externen ökonomischen und politischen Bedingungen, ebenso wie . . . eine Typologie der Arbeitsformen für Büroarbeiten, die den besonderen Gegenstand von Verwaltungshandeln – die Konkretisierung von Herrschaft – in Rechnung stellt". Dennoch beobachten die Verfasser ein „ausgeprägtes Lohnabhängigen-Bewußtsein" im Öffentlichen Dienst. Die konkreten Reproduktions-Interessen sind stärker ausgeprägt als ein abstraktes Allgemeinwohl-Bewußtsein.

In ihren Gegenthesen „Zur allgemeinen Bestimmung der staatlichen Lohnarbeit" behaupteten Gerhard ARMANSKI, Boris PENTH und Jörg POHLMANN, „schon auf dem gegenwärtigen Theoriestand" wäre es möglich, relativ präzise Angaben über die reproduktiven (Gesundheit, Erziehung, Sozialwesen usw.) und politisch repressiven (Polizei, Justiz, Militär usw.) Funktionen des bürgerlichen Staates zu machen." Sie betonten die allgemeine und konkret-historische „Prägung des Staates durch kapitalistische Reproduktion und Klassenkampf". Von einem Funktionswandel der Öffentlichkeit also kaum eine Spur. Sie forderten die „klassenanalytische Bestimmung der Arbeit im Öffentlichen Dienst". Demgegenüber verkümmerten die Ansätze des IFS zu „Formeln in einer abgehobenen, organisationssoziologischen Betrachtungsweise".

Fragen der „Innergewerkschaftlichen Willensbildung" wurden in Arbeitsgruppe 4 besprochen. Am Anfang stand eine provozierende These Joachim Bergmanns: „Die formale Organisationsstruktur der Gewerkschaften in der Bundesrepublik läßt dem Modell des 'demokratischen Zentralismus' sich zurechnen: gleichberechtigte Teilnahme aller Mitglieder an der Willensbildung des Verbandes, Repräsentation des Mitgliederwillens durch ein mehrstufiges Delegiertensystem, Wahl der Delegierten von unten nach oben, uneingeschränkte Diskussion über Ziele und Strategien bis zur verbindlichen Entscheidung der satzungsmäßigen Organe, Verpflichtung aller Organe auf die getroffene Entscheidung und Durchsetzung der Entscheidung in solidarischer Aktion". In der Diskussion wurde diese Aussage stark relativiert, da sie allenfalls für einzelne Gewerkschaften, nicht aber für den Gewerkschaftsbund zuträfe. Weiter gäbr es wichtige Organisationen, die eher einem demokratischen Föderalismus zuneigten. Helmut DAHMER brachte einige definitorische Differenzierungen an, die den Unterschied zwischen demokratischem und *bürokratischem* Zentralismus in der notwendigen Klarheit herausarbeiteten.

Nach der Kritik Michael Schumanns an der IFS-Studie durfte die Diskussion in Arbeitsgruppe 2 über „Gewerkschaftliches Bewußtsein" mit besonderer Spannung erwartet werden. Freilich wurden die skeptischen Vorahnungen allzu rasch bestätigt. Schon die Vorlage der Institutsvertreter machte überdeutlich, welche Kluft sich zwischen den Ergebnissen einer empirischen Untersuchung des IFS über „Gewerkschaftliches Bewußtsein von Arbeitern" und den voluntaristischen Prognosen auftut. Zugrundegelegt wurden die Resultate einer Befragung von 601 Funktionären und knapp 3 000 Arbeitern und Angestellten, die das Institut selbst durchgeführt hat. Demnach stehen „Absicherung der Effektivverdienste" und „Vermögensbildung" an der Spitze einer Prioritätenliste, gefolgt von betrieblicher und überbe-

trieblicher Mitbestimmung. Die Rangordnung dieser Bedürfnisse bleibt sich wesentlich gleich, ob es sich bei den Befragten nun um Arbeiter und Angestellte, Organisierte und Nichtorganisierte oder haupt- und nebenberufliche Funktionäre handelt. Die Forderungen der Befragten an die Gewerkschaften sind demnach „stark verallgemeinert und stereotyp", wenngleich bei Funktionären ein stärkeres Mitbestimmungsinteresse zu beobachten ist. Auch über die Septemberstreiks von 1969 kommt heraus, daß ihnen „keine grundsätzliche Kritik an den Gewerkschaften und ihrer Politik" unterstellt werden darf, sondern nur gegenüber einzelnen Personen, die sich ungeschickt exponierten. Der Klassenkampf rangierte unter den Bedürfnissen der Arbeiter und Angestellten an allerletzter Stelle, während er bei den Funktionären immerhin noch den drittletzten Rangplatz (von 9) besetzen konnte.

Unbeirrt von diesen Resultaten der eigenen sozialwissenschaftlichen Forschung setzten Vertreter des IFS weiter auf „den Charakter des multinationalen Massenarbeiters" und auf den „tieferen, inhaltlichen Konflikt" der sich in den Kämpfen selber ausdrückt. Edgar WEICK meinte, der vorliegende Zielkatalog wäre zu überprüfen. Es fehle der Interpretationszusammenhang und vor allem der Erfahrungskontext in der lebensgeschichtlichen Dimension der Befragten. Der Widerspruch von Verhalten und Bewußtsein wäre aufzudecken. Die in der Untersuchung artikulierte Loyalität der Befragten gegenüber den Gewerkschaften wäre nur scheinbar. Gerade darin sei die tiefgreifende Krise zu suchen.

Wie schon angedeutet, kam es leider nicht zu einem Schlußplenum, so daß der Berichterstatter nur einige subjektive Bemerkungen anfügen kann: In den Korreferaten und Beiträgen für die Arbeitsgruppen wurde bemerkenswert häufig auf die Notwendigkeit historischer Konkretion hingewiesen. Um möglichen Mißverständnissen vorzubeugen, muß wohl gesagt werden, daß damit keine – im engeren Sinne – historiographischen Bedürfnisse artikuliert wurden. Vielmehr zeigte sich eine allgemeinere Sehnsucht nach ganzheitlicher Geschichtsbetrachtung und sinngebender Einordnung in den historischen Prozeß. Gewiß hätte es sich gelohnt, in diesem Zusammenhang auch etwas über das Geschichtsbewußtsein von Arbeitern und Intellektuellen, über spezifische Erwartungshaltungen und Defizite zu sagen. Um darüber mehr zu erfahren, wäre es wünschenswert gewesen, das Kolloquium über „Probleme der Gewerkschaftsforschung" hätte sich auch als Gespräch über *Forschungs*probleme verschiedener Sozialwissenschaften verstanden, die sich mit ihrem je eigenen Instrumentarium der gewerkschaftlichen Entwicklung angenommen haben. So wurde die *Gewerkschafts*problematik – im Rahmen der gegebenen Zeit – zwar voll realisiert, aber die fächerübergreifenden *Forschungs*probleme kamen zu kurz.

5. JAHRESTAGUNG DER INTERNATIONAL ASSOCIATION OF LABOUR HISTORY INSTITUTIONS (IALHI) VOM 20. – 22. JUNI 1974 IN OSLO

Von Sigrid Krüger und Walter Momper

Die Jahreskonferenz der IAHLHI, [1] deren Mitgliederzahl inzwischen auf 35 Institutionen angewachsen ist, wurde vom „Arbeiderbevegelsens Arkiv" in Oslo ausgerichtet. Den Vorsitz führte der Leiter des Archivs, Arne KOKKVOLL. Neben dem Geschäftsbericht und den die IAHLHI betreffenden Fragen, hatten Referate und Diskussionen die norwegische Arbeiterbewegung und ihre Historiographie zum Inhalt. Dabei zeigte sich, daß die Kenntnisse über die skandinavische Arbeiterbewegung in Westeuropa erstaunlich gering sind, obwohl sich die norwegische Arbeiterbewegung, wenn auch regional unterschiedlich, verhältnismäßig früh organisierte und eine durchaus eigenständige Entwicklung nahm.

„Zur Geschichte der norwegischen Arbeiterbewegung" lautete das Thema des Vortrags von Einhart LORENZ, [2] in dem er mit einer Fülle interessanter Daten einen kurzen Abriß bis zur Gegenwart bot. – Bereits im Jahre 1814 hatte Norwegen es verstanden, „sich eine Verfassung zu erobern, weit demokratischer als irgendeine gleichzeitig in Europa", wie Friedrich Engels im Jahre 1890 in einem Brief an Paul Ernst schrieb. [3] Dies trug u.a. dazu bei, daß sich im Anschluß an die mit Hungersnöten verbundene Krise des Jahres 1847 die norwegischen Arbeiter in der Thraniter-Bewegung zunächst relativ repressionsfrei organisieren konnten. Innerhalb von zwei Jahren erreichte die Bewegung eine Mitgliederzahl von 30 000 bei einer Gesamt-Einwohnerzahl von 1,4 Millonen. Aufgrund der Wirtschaftsstruktur des Landes – die Industrialisierung setzte später ein als in anderen Ländern – rekrutierte sich das Gros der Mitglieder aus den unteren Schichten agrarischer Berufe.

Durch die Verwirklichung liberaler Ideen schon zu Beginn des vorigen Jahrhunderts, wie z.B. die Einführung der kommunalen Selbstverwaltung u.ä., sowie das Bestehen philanthropischer Arbeitervereine, d.h. Organisationen *für* und nicht *von* Arbeitern, war die Motivation zur Organisierung in den 70er und 80er Jahren geringer. Auf Initiative von Christian Holtermann Knudsen wurde im heutigen Oslo 1883 ein „Zentralkomitee der Gewerkschaften" gegründet und 1885 der „Sozialdemokratische Verein", dessen Programm mit dem Gothaer vergleichbar war. Dagegen versuchte die 1887 gegründete „Norwegische Arbeiterpartei" durch ihr weniger progressives Programm auch liberale und unpolitische Volksschichten anzusprechen. Nachdem diese Spekulation sich als Irrtum erwiesen hatte, war es dem Einfluß eines deutschen Studenten, Victor Braune, zu danken, daß sich die Partei, die gleichzeitig Gewerkschaft sein wollte, in stärkerem Maße sozialistisch orientierte. Es bestand aber weiterhin eine bedeutende liberale Strömung innerhalb der Partei, wie auch die Liberalen einen Teil der Forderungen der Arbeiterpartei übernommen hatten. Die praktische Tagespolitik und nicht die Theorie bestimmte die Haltung der Partei, zumal das Hauptziel aller noch die Trennung von Schweden war. Nicht einmal die Revisionismusdebatte spielte in Norwegen eine Rolle.

1 Anschrift: Mrs. Irene Wagner, c/o The Labour Party, Transport House, Smith Square, London SW 1.

2 Vgl. auch Einhart Lorenz, *Arbeiderbevegelsens historie. En innforing. Norsk sosialisme i internasjonalt perspektiv.* Del 1. 1789 - 1930. Del.2 . 1930 - 1973. Oslo 1974.

3 In: Karl Marx und Friedrich Engels, *Werke,* Bd. 37, Berlin 1967, S. 412.

Nach der Gründung des Norwegischen Gewerkschaftsbundes im Jahre 1899 verringerte sich das Engagement der Partei in den ökonomischen Kämpfen, ohne daß es jedoch zu der organisatorischen Arbeitsteilung zwischen Partei und Gewerkschaft kam. Die enge Verbundenheit beider Institutionen fand ihren organisatorischen Ausdruck in der Tatsache, daß dem Spitzengremium der Arbeiterpartei zwei Vertreter der Gewerkschaft und umgekehrt dem Sekretariat des Gewerkschaftsbundes zwei Parteivertreter angehörten. – Im Jahre 1903 erhielt die Arbeiterpartei bei den Parlamentswahlen erstmals mit etwa 10% Stimmenanteil vier Mandate, allerdings nur in den Fischereigebieten Nord-Norwegens, bis 1916 kam sie sogar auf über 40% der Stimmen bei den Gemeindewahlen.

Die Rätebewegung 1917/18 verstand sich in Norwegen nicht als Alternative zum Parlamentarismus, sondern als Korrektiv zur Gewerkschafts- und Parteipolitik und ebbte daher ab, als 1918 die oppositionellen Kräfte in der Partei die Führung übernehmen konnten. Die Arbeiterpartei trat noch 1919 der Komintern bei, allerdings mehr aus Sympathie für Sowjetrußland, als aus theoretischer Übereinstimmung. Die Gegner des Beitritts hatten die Partei verlassen und die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei" gegründet. In der Folge der Auseinandersetzungen um die „21 Bedingungen" die auch in Norwegen geführt wurden, kam es nach vier Jahren zum Bruch mit der Komintern und zu einer neuerlichen Spaltung der Arbeiterpartei. Die Mehrheit unter Führung von Martin Tranmael verurteilte die Politik der Komintern, die sich aus ihrer Sicht zu stark nach rechts orientiert hatte. Die Minderheit konstituierte sich als „Norwegische Kommunistische Partei" und blieb Mitglied der Komintern. Die Ursache zu dieser vergleichsweise frühen Radikalisierung in der Arbeiterbewegung Norwegens ist wahrscheinlich in der extrem schnellen industriellen Entwicklung des Landes zu suchen, weil nun die technische Möglichkeit bestand, den großen Wasserreichtum des Landes zur Elektrizitätsgewinnung und diese wiederum zum Aufbau von Industrieanlagen im großen Stil zu nutzen.

Um der Schwächung der Arbeiterbewegung, hervorgerufen durch die Spaltungen und den negativen Ausgang von Arbeitskämpfen, entgegenzutreten, kam es aufgrund der Initiative des norwegischen Gewerkschaftsbundes zu einer Sammlung, die zu einer Wiedervereinigung der Sozialdemokraten mit der Arbeiterpartei führte. Einen Erfolg konnte sie bereits 1927 verbuchen, als die „Vereinigte Arbeiterpartei" 37% der Stimmen erhielt und damit zur größten Partei Norwegens wurde. Die von ihr gebildete Regierung konnten sich aufgrund des Widerstandes des Finanzkapitals nur vierzehn Tage halten. Diese Erfahrung verstärkte erneut antiparlamentarische Tendenzen innerhalb der Arbeiterpartei. Die Politik der Konservativen und die Wirtschaftskrise in den 30er Jahren, sowie die 1933 errungenen 40% Wählerstimmen bewirkten allerdings dann wieder eine Änderung dieser Einstellung. Die erneute Hinwendung und Verteidigung des bürgerlichen Parlamentarismus ist auf dem Hintergrund der Entwicklung der faschistischen Bewegungen in Mitteleuropa, besonders aber als ein Ergebnis der Auswirkungen der Streikbewegungen von 1931 zu sehen, die zwar ein für norwegische Verhältnisse nie gekanntes Ausmaß annahmen, jedoch im Endeffekt erfolglos blieb, den Mythos vom Generalstreik zerstörte und faktisch zur Unterordnung der Gewerkschaftspolitik unter die Interessen der Regierung führte.

Die erste sozialdemokratische Minderheitsregierung wurde 1935 mit Unterstützung der Bauernpartei gebildet. In den darauf folgenden Jahren konnte die Regierung die gesetzlichen Grundlagen für die relative soziale Sicherheit der arbeitenden Bevölkerung in Norwegen schaffen. Die Arbeiterpartei verteidigte nun die bürgerliche Demokratie und unterstützte das natio-

nale Bewußtsein der Arbeiter. Gleichzeitig wurden wieder zu sozialistischen Parteien anderer Länder Kontakte geknüpft, die nach dem Austritt aus der Komintern sehr vernachlässigt worden waren. Dem Gewerkschaftsbund wurde empfohlen, die Politik der sozialdemokratischen Minderheitsregierung zu unterstützen, um diese nicht zu gefährden.

Nach dem deutschen Überfall auf Norwegen entwickelte sich ziemlich bald eine starke Widerstandsbewegung, an der die Kommunisten, die bis dahin ein Schattendasein geführt hatten, entscheidenden Anteil hatten und sich damit auch große Sympathien unter der nichtkommunistischen Bevölkerung erwarben. Die Regierung, die nach London ins Exil gegangen war, bemühte sich um enge Zusammenarbeit mit den anderen Parteien. Durch die Kompromißbereitschaft aller Gruppierungen wurde ein Programm für die Nachkriegszeit aufgestellt, dem sich später auch die Kommunisten anschlossen.

Nach Kriegsende brachten die Wahlen der Arbeiterpartei erstmals die absolute Mehrheit der Sitze im Storting, die sie bis 1961 halten konnte. Die Kommunistische Partei konnte ebenfalls erhebliche Gewinne verbuchen. Als die Arbeiterpartei die absolute Mehrheit verloren hatte, ging sie kein Koalitionsbündnis mit einer anderen Partei ein. Als Folge der Diskussion um den Beitritt zur EG änderte sich dann schließlich 1973 die Bedeutung der Arbeiterpartei entscheidend, da ihr bei den Wahlen ein linkes Bündnis bestehend aus früheren Mitgliedern der eigenen Partei, der Sozialistischen Volkspartei, der Kommunistischen Partei und parteilosen Sozialisten gegenüberstand, deren Basis größtenteils fest in den Gewerkschaften verankert ist.

Über „Die Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung in Norwegen und anderen skandinavischen Ländern" hielt Svein DAMSLORA ein ausführliches Referat und legte eine Zusammenstellung der wichtigsten Literatur zu diesem Thema vor. Seine Auführungen behandelten die Fragen nach den Initiatoren der Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung, ihren Motiven und Erkenntnisinteressen, sowie das Verhältnis von großangelegten Forschungsprojekten zu Mongraphien. Damslora unterscheidet drei Gruppen von Forschern: 1. Veteranen und Publizisten, die aus der Bewegung selbst stammen. Diese „Amateure" sind die Begründer der Geschichtsschreibung zur norwegischen Arbeiterbewegung; 2. „Reine" Akademiker; 3. eine Gruppe, die sowohl ein Studium der Geschichte absolviert, als auch gleichzeitig in der Arbeiterbewegung politisch aktiv arbeitet.

Von Anfang an gab es kleinen Gruppen innerhalb der Bewegung, die sich auf die Rolle der Arbeiterbewegung im Geschichtsablauf konzentrierten.

Seit 1909 wurde im Arbeiderbevegelsens Arkiv und seit 1932 im Arbeidernes Opplysningsforbund Materialien zur Geschichte der norwegischen Arbeiterbewegung gesammelt. Nach wie vor ist das Interesse sowohl der historischen als auch der sozialwissenschaftlichen inner- und außeruniversitären Institutionen an diesem Themenbereich sehr groß.

Schon vor dem Zweiten Weltkrieg, aber auch heute findet man bei der traditionellen Kombination Historiker/Politiker eine große Zahl von Initiatoren und Lehrern der Bewegung. Eines der Motive, auf dem Gebiet der Arbeiterbewegung zu forschen, ist demzufolge die Tatsache, daß für die politische Arbeit die historischen Forschungsergebnisse gebraucht werden. Die Veteranen schreiben aus politischen und verschiedenen anderen Motiven, während bei den Akademikern das berufliche Fortkommen im Vordergrund steht. Da der Trend besteht, die Forschung auf dem Gebiet der Arbeiterbewegung auf die Universitäten zu konzentrieren,

kann man feststellen, daß weniger politisch motivierte Arbeiten entstehen, als vor dem Zweiten Weltkrieg. Dabei sollte man jedoch nicht übersehen, daß auch in skandinavischen Ländern eine radikale Jugend der Gesellschaft gegenüber sehr kritisch eingestellt ist und Auseinandersetzungen zwischen sozialdemokratischen Parteien und linken Splittergruppen an der Universität ausgetragen und auch in der Öffentlichkeit ernst genommen werden.

Zwei Epochen stehen bei der Aufarbeitung der Geschichte der norwegischen Arbeiterbewegung besonders im Brennpunkt: Die 1848er Bewegung und die Periode von 1911 bis zum Bruch mit der Komintern. In letzter Zeit erhält die Nachkriegszeit, die „Gerhardsen epoch" besondere Bedeutung. Drei Kategorien von Gesichtspunkten stehen dabei im Vordergrund: Die Beschreibung der konkreten Arbeitsbedingungen, die Auseinandersetzungen mit der bürgerlichen Gesellschaft und die Untersuchungen zu Programm und Ideologie der Bewegung.

In der Literatur zur Arbeiterbewegung der nordischen Länder überwiegen die Einzeldarstellungen und es besteht noch ein starker Bedarf an übergreifenden und analytischen Studien. Man bemüht sich heute, an den Universitäten größere wissenschaftliche Projekte zu erarbeiten, um diese Lücke zu schließen und auch verschiedene andere Institutionen, die sich mit der Arbeiterbewegung befassen, planen umfangreiche koordinierte Forschungsprogramme. Unter diesem Aspekt ist besonders darauf hinzuweisen, daß im April vorigen Jahres in Helsinki eine Konferenz zur Gründung der Nordic Society for Research in the History of the Labour Movement stattfand, die künftig jährlich zusammentreten wird und plant, ein Jahrbuch herauszugeben, in dem über die Institutionen und den Stand der Forschung berichtet werden soll.

Arne KOKKVOLL hielt einen anregenden Vortrag über die „Daseinsberechtigung von Institutionen der Geschichte der Arbeiterbewegung am Beispiel des Arbeiderbevegelsens Arkiv in Oslo". Das Archiv bemühte sich von Anfang an, alles zu sammeln, was relevant sein könnte und das Material auch *allen* Interessierten zugänglich zu machen, wie bereits aus dem Text der ersten Statuten zu entnehmen ist. [4] Heute besitzt die Bibliothek allein über 50 000 Bände politischer, soziologischer, ökonomischer und historischer Literatur. Die Tatsache, daß im Vorstand sowohl Repräsentanten der Arbeiterpartei, als auch des Gewerkschaftsbundes und ein Vertreter des Ministers für Erziehungsfragen mitarbeiten, gewährleistet eine große Effektivität, sowohl für die praktische politische Arbeit, als auch für die wissenschaftliche Forschung an den Universitäten. Das Archiv hat sich zu einem Dokumentationszentrum mit historischem und aktuellem Charakter, auch zur internationalen Arbeiterbewegung, entwikkelt, und ist so in der Lage, Forschungen zu initiieren und zu fördern, indem z.B. in Rundschreiben mögliche Themen und das dazu vorhandene, noch nicht bearbeitete Quellenmaterial bekanntgegeben werden. Das Archiv führt Nachweise darüber, in welchen regionalen Institutionen welches Material gesammelt wird. Auch die Zusammenarbeit mit kleineren Archiven ist außerordentlich eng, so daß es kaum Lücken in den Beständen über lokale und Unterorganisationen geben kann. Auch in Norwegen muß die Arbeiterpartei die Genehmigung zur Benutzung von Akten aus jüngerer Zeit erteilen, aber diese wird praktisch nie verwehrt und das Archiv wirkt darauf hin, in absehbarer Zeit die Kompetenz dafür selbst zu erhalten. Durch Rundschreiben, Presseinterviews, sowie Berichte über Gespräche mit Veteranen, bemüht sich das Archiv auf seine Bedeutung aufmerksam zu machen und bittet darum, alle interessanten Materialien an diese Stelle zu schicken. Es ist zu wünschen, daß die Benutzer-

4 Vgl. auch Einhart Lorenz, *Arbeiderbevegelsens Arkiv Oslo,* in: *IWK,* Jg. 1967, H. 4, S. 31.

freundlichkeit des Arbeiderbevegelsens Arkiv auch für alle anderen Archive zur Geschichte der Arbeiterbewegung zur praktizierten Maxime wird.

Auf dem abschließenden Plenum der IALHI wurde beschlossen, auch künftig bei den Jahrestagungen die Geschichte der Arbeiterbewegung in den Ländern der gastgebenden Institutionen stärker zu berücksichtigen. Bemerkenswert war außerdem die Annahme eines Antrages zur Unterstützung von Bibliotheken und Archiven von Arbeiterorganisationen, deren Arbeit und Bestand durch politische Repression gefährdet oder infrage gestellt ist, beziehungsweise von Ländern wie zum Beispiel Portugal, die jetzt die Möglichkeit haben, adäquate Bibliotheken und Archive aufzubauen, dazu allerdings finanziell und inhaltlich nicht in der Lage sind. Die anwesenden Delegierten erklärten sich bereit, nach den Möglichkeiten ihrer Institutionen Hilfe zu leisten, wenn diese erbeten wird. Die Resolution wurde an die Sozialistische Internationale und an die International Confederation of Free Trade Unions (ICFTU) zur Kenntnisnahme gegeben. – Die Jahrestagung 1975 wird, wie bereits angedeutet, vom 18. - 20. Juni in Amsterdam beim Institut für Sozialgeschichte stattfinden.

BERICHTIGUNGEN, ERGÄNZUNGEN UND BRIEFE AN DIE REDAKTION

Ein Brief Hugo Haases an Clara Zetkin aus dem Jahre 1915

Von Richard J. Evans

Am 29. Juni 1916 um 10 Uhr morgens wurde die Wohnung des Stuttgarter Redakteurs Artur Crispien von den Behörden durchgesucht. Einige Schriftstücke wurden, wie es im amtlichen Bericht über die Haussuchung heißt, „vorläufig beschlagnahmt", Sie befinden sich noch in den Akten des Stellvertretenden Generalkommandos des XIII. (Württ.) Armeekorps. Von diesen beschlagnahmten Dokumenten ist nur eins von allgemeinem Interesse: ein handschriftlicher Originalbrief von Hugo Haase an Clara Zetkin. Der Brief ist im folgenden abgedruckt.

Zur Erläuterung bedarf es folgender Bemerkungen. Clara Zetkin wurde am 29. Juli in ihrem Haus bei Stuttgart verhaftet und ins Karlsruher Amtsgefängnis transportiert. Dort wurde sie und andere Parteigenossen beschuldigt, Landesverrat begangen zu haben, indem sie „im Jahre 1915 im Inlande gemeinschaftlich mit anderen handelnd, ein Flugblatt mit dem Vordruck: 'Frauen des arbeitenden Volkes!' verbreitet und so durch Handlungen, die einen Anfang der Ausführung des von ihnen beabsichtigten, jedoch nicht zur Vollendung gekommenen Verbrechens enthalten, den Entschluß bestätigt zu haben, als Deutsche während eines Krieges vorsätzlich der Kriegsmacht des Deutschen Reiches Nachteil zuzufügen". [1] Das betreffende Flugblatt enthielt die Beschlüsse der Berner Frauenkonferenz vom 26. bis 28. März 1915, an deren Entwurf Clara Zetkin maßgeblich beteiligt war. [2]

1 Institut für Marxismus-Leninismus/Zentrales Parteiarchiv (IML/ZPA), Berlin, NL 5/66, S. 36 f.

2 Horst Lademacher (Hrsg.), *Die Zimmerwalder Bewegung*, 2 Bde., Den Haag und Paris 1967, Bd. 2, S. 71 f.

Sie bestritt jedoch, an der Verbreitung des Flugblatts beteiligt gewesen zu sein. [3]

Als Verteidiger wurde von 'Freunden' in Berlin Hugo Haase empfohlen. Der Vorschlag wurde von Zetkin nach einigen Bedenken angenommen. [4] Haase besuchte Zetkin am 23. September und fand sie „verhältnismäßig in guter Gesundheitsverfassung". [5] In den darauf folgenden Wochen erkrankte sie jedoch und wurde aus diesem Grunde am 12. Oktober gegen eine vom Verleger Dietz bezahlte Kaution freigelassen. [6] Da die Verhaftung Zetkins ihre radikalen Berliner Genossinnen zu stürmischen Protesten veranlaßt hatte, die von der Parteileitung als sehr unangenehm empfunden wurden, lag der Verdacht nahe, der Sozialdemokratische Parteivorstand habe in Verbindung mit den Behörden Zetkins Haftentlassung veranlaßt, um die Berliner Genossinnen zu beruhigen. Am 21. Oktober aber dementierte Haase dieses Gerücht in einem Brief an Zetkin. [7] Tatsächlich war Zetkin während dieser Monate noch sehr krank und völlig außerstande, sich an politischer Arbeit zu beteiligen. [8]

Bei dem folgenden Brief handelt es sich in erster Linie um eine Fortführung dieser Auseinandersetzungen zwischen Zetkin und Haase. Im letzten Abschnitt gibt Haase das Gerücht wieder, wonach Karl Liebknecht einen Nervenzusammenbruch erlitten habe; richtig ist vielmehr, daß er am 8. November wegen einer Beinnervenentzündung ins Königsberger Lazarett gebracht worden war. [9] Die sonstigen Einzelheiten des Briefes, [10] Personen usw., werden in den Anmerkungen nicht kommentiert: sie dürften jedem, der sich für den Brief interessiert, bekannt sein.

Hugo Haase

Berlin, 13. November 1915
Kaiser-Wilhelm-Straße 3

Sehr verehrte Genossin Zetkin,

das Gefühl, von dem Genosse Westmeyer und Sie bedrückt sind, daß Sie beide in Freiheit sind, während noch andere Genossen vielleicht nur deshalb, weil niemand für diese Kaution stellt, in Haft gehalten werden, verstehe ich vollständig. Ich habe bereits den Rechtsanwalt Dietz in Karlsruhe ersucht, für alle noch in Haft befindlichen Genossen die Haftentlassung gegen Sicherheitsleistung zu beantragen. Den Parteivorstand habe ich von dem Gespräch,

3 IML/ZPA, 5/66, S. 5 - 10 (Untersuchung am 29. Juli 1915). Der amtliche Bericht über die zweite Aussage Zetkins vor dem Untersuchungsrichter ist in: *Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Reihe II, Bd. 1, Berlin 1958, Nr. 71, S. 198 - 200, abgedruckt; das Flugblatt wurde *a.a.O.*, Nr. 65, Clara Zetkins Bericht über die Berner Frauenkonferenz, *a.a.O.*, Nr. 54, publiziert.

4 Clara Zetkin an Robert Grimm, Brief vom 9.8.1915, in: Horst Lademacher, *a.a.O.*, Bd. 2, S. 290-92.

5 Hugo Haase an Gottschalk, Brief vom 7.10.1915, in: *Hugo Haase. Sein Leben und Wirken. Mit einer Auswahl von Briefen, Reden und Aufsätzen*, hrsg. von Ernst Haase, Berlin o.J. (1929), S. 110 f.

6 Luise Dornemann, *Clara Zetkin. Leben und Wirken*, 5., völlig neubearbeitete und ergänzte Aufl., Berlin 1973, S. 284.

7 Hugo Haase an Clara Zetkin, Brief vom 21.10.1915; in: *Hugo Haase.*, *a.a.O.*, S. 111 f.

8 Luise Dornemann, *a.a.O.*, S. 284 f.; Bertha Thalheimer an Robert Grimm, Brief vom 22.11.1915, Clara Zetkin an Robert Grimm, Brief vom 26.11.1915, Bertha Thalheimer an Robert Grimm, Brief vom 30.11.1915, in: Horst Lademacher, *a.a.O.*, Bd. 2, S. 314, S. 319 und S. 326.

9 Horst Lademacher, *a.a.O.*, Bd. 2, S. 283, Anm. 1.

10 Württembergisches Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Abteilung Heeresarchiv: Bestand 77/I, Bund 98, Nr. 65. Der Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Hauptstaatsarchivs Stuttgart.

das der Untersuchungsrichter mit dem Genossen Westmeyer geführt hat, unterrichtet. Dadurch ist der Boden vorbereitet. Ich halte es jetzt für ratsam, daß einer von den Angehörigen eines Inhaftierten namens sämtlicher Inhaftierten an den Parteivorstand (Lindenstr. 3) das Gesuch richtet, die zur Haftentlassung erforderliche Kaution zu stellen. Da die Summe noch nicht feststeht, wird in dem Gesuch darauf hinzuweisen sein, daß von der Verteidigung auf einen niedrigen Kautionsbetrag hingewirkt wird.

Von der Eingabe, die der Parteivorsrtand an den Reichskanzler in Bezug auf die Karlsruher Angelegenheit gerichtet hat, sende ich Ihnen eine Abschrift.

Ich fahre heute abend in meinen Wahlkreis, weil ich die hiesige Luft kaum ertragen kann. Bei meinen Wählern, vor denen ich Dienstag abends spreche, hoffe ich wieder warm zu werden.

Ist Ihnen bekannt, daß Karl Liebknecht in Königsberg im Lazarett ist, weil er mit seinen Nerven zusammengebrochen sein soll? Wie ich erfahren habe, erholt er sich dort, wo Freunde, in erster Linie wohl Gottschalk, für ihn sorgen. Ich werde ihn morgen sofort besuchen. Mit den besten Grüssen an Sie, den Genossen Westmeyer und den Genossen Zundel, bin ich Ihr

Hugo Haase
(gez.)

Zu Gerhard Beiers Rezension von Jürgen Klein,
„Vereint sind sie alles? "

Auf die Rezension Gerhard Beiers zu meinem Buch „Vereint sind sie alles? " (in : IWK, Jg. 10 (1974), H. 2, S. 262 - 64) schrieb ich im August 1974 eine 12 1/2-seitige Entgegnung, in der ich – anders als Beier – inhaltlich und methodisch begründet die falschen Behauptungen, Verdrehungen, Unterstellungen, Diffamierungen (auch anderer) und Unsachlichkeiten der Rezension zu interpretieren, zurückzuweisen und mit kritischen, auch gesellschaftskritischen Bemerkungen zu vertiefen und verknüpfen suchte, was m.E. mindestens vom Ansatz her weit über Beiers Ausführungen hinausreichte. Nach mehreren Monaten hat sich die IWK-Redaktion aus wenig überzeugenden Gründen zu einer Ablehnung dieser Entgegnung und eines von mir auf 6 1/2 Seiten gekürzten Kompromißvorschlages entschlossen; u.a. mit dem wiederholten Einwand, es könne sonst leicht daraus eine Dauerfehde werden. Dieses, obwohl ich ebenfalls wiederholt wörtlich betont und in meinen Formulierungen, besonders auch in dem Kompromißvorschlag,deutlich machte, daß ich eine Fehde mit Herrn Beier genauso vermeiden wolle!

Immerhin gesteht die Redaktion mir drei Seiten zu. Da es mir um einen wissenschaftlichen Diskussionsbeitrag geht, in dem die ungerechtfertigten von den gerechtfertigten Vorwürfen unterschieden und zugleich exemplarisch eine nicht nur bei Beier auftretende, methodisch unsaubere Rezensionspraxis kritisiert und entlarvt wird, bleiben mir jetzt für die meisten Behauptungen Beiers nur pauschale, unbewiesene Einwände übrig, um wenigstens an einem Beispiel etwas ausführlicher mein ursprüngliches Anliegen darzustellen. Ich hoffe, daß dadurch keine von mir nicht beabsichtigten Mißverständnisse entstehen, und ich bedaure, daß gerade meine eigenen gesellschaftskritischen Vorbehalte gegenüber meiner Arbeit von der

Redaktion nicht gewünscht werden (vgl. daher die 2. Aufl. meiner Arbeit: „Hand in Hand gegen die Arbeiter", Hamburg 1974, S. XVII - XXII).

1. Die Herabsetzung der Arbeiten von Johannes Kolb und Eberhard Schmidt, sowie die Diffamierung aller sich um ein intensives Quellenstudium mühenden Kollegen weise ich entschieden zurück, verbunden mit der Ermunterung, meine Arbeit nach Kräften „auszuschlachten", auch wenn sie nicht zitiert werden soll, wie Beier befürchtet!
2. Der Vorwurf, ich hätte „die innerdeutsche Literatur, die in jeder größeren Fachbibliothek zugänglich ist", nicht herangezogen, zeigt, daß Beier die Arbeit nicht gelesen, sondern nur oberflächlich durchgeblättert hat; das wird noch deutlicher, wo er mir vorwirft, ich hätte die bisherigen Literatur „ohne die Anstrengung der Kritik" benützt!
3. Der Vorwurf, ich habe bestimmte Aktenbestände nicht herangezogen, ist unvollständig und kreidet mir indirekt Schwierigkeiten an, die man bei zeitgeschichtlichen Nachlässen mit Archiven und Kollegen, die „darauf hocken", hat!
4. Die Behauptung, ich sei mit den Quellen und der Literatur „kritiklos" umgegangen, ist wohl der schwerste Vorwurf, der einem Wissenschaftler gemacht werden kann. Dieses zurückzuweisen mit der entgegengesetzten Behauptung, ich sei *doch* kritisch vorgegangen, wirkt lächerlich, wenn es nicht näher nachgewiesen werden kann. Hierzu möchte ich daher folgendes ausführen:

Beier stellt u.a. fest, daß ich versäumte, den gedruckten Bericht der TUC-Delegation heranzuziehen, der nach seiner Meinung die „Mission" der englischen Gewerkschafter, Ende 1945 ihre westdeutschen Kollegen von einer zentralistischen Einheitsgewerkschaft abzubringen, „ in einem völlig anderen Lichte erscheinen läßt". Dabei geht es Beier jedoch weniger um dieses Versäumnis, sondern mehr um die Diktion der Darstellung: er behauptet nicht nur, daß sie ganz anders ausgefallen wäre, hätte ich dieses Dokument herangezogen, sondern kritisiert zugleich, daß ich die „Funktion der TUC-Delegation . . . in Anlehnung an die Memoiren Montgomerys . . . als einen antikommunistischen Eingriff" interpretiere. Dieses belegt er damit, daß ich u.a. auch „den schneidigen Feldmarschall" zitiere.

1. werden dem „schneidigen Feldmarschall" in diesem Zusammenhang auf sieben Seiten ganze vier Zeilen gewidmet; 2. hat aber Montgomery hier eine bei weitem nicht so unbedeutende Rolle gespielt, wie Beier offenbar glaubhaft machen möchte, die hingegen vor allem von Hans Böckler ausdrücklich bezeugt wurde (vgl. meine Arbeit, S. 311); 3. verstand nicht nur Montgomery den Zwang, der mit dem Besuch der britischen Gewerkschafter auf ihre westdeutschen Kollegen ausgeübt wurde, als einen antikommunistischen Eingriff, auch beispielsweise das britische Außenministerium urteilte 1950 ähnlich (vgl. ebenda, S. 309); und 4. schließlich kam es darauf an, aufzuzeigen, wie die damals unmittelbar Betroffenen die Mission der TUC-Delegation empfanden.

So lehnt sich denn auch die Darstellung im wesentlichen an die Eindrücke an, die Hans Böckler und seine engeren Mitarbeiter, aber auch Albin Karl, Willy Willmann und ebenso die TUC-Delegierten oder Frank Kenny von der britischen Manpower Division von dem ganzen spektakulären Vorgang gewannen. Hierzu schien es mir notwendig, in erster Linie *die* Quellen heranzuziehen, die alle in diesem Zusammenhang stehenden Ereignisse und Äußerungen wiedergeben. Speziell in bezug auf die britischen Gewerkschafter waren es die mir bekannt gewordenen Stellugnnahmen der TUC-Delegation: 1. im mündlichen, eindringlichen Vortrag am 23. November 1945 „in Begleitung höhrer Militärs und hoher Zivilvertreter des

britisch besetzten Gebietes " (vgl. ebenda, S. 310); 2. in dem berühmten Brief an Hans Böckler, der in verschiedenen westdeutschen Zeitungen, z.B. im „Hannoverschen Kurier", am 4.12.1945 veröffentlicht wurde (vgl. ebenda, S. 310 und S. 357) und 3. in der sehr ausführlichen Antwort auf Albin Karls „Protestschreiben", die vom 10. Januar 1946 datiert (vgl. ebenda S. 312 f.), und die hektographiert vervielfältigt an alle maßgeblichen Gewerkschaftsfunktionäre der britischen Zone geschickt wurde.

Für den quellenkritischen Historiker gliedern sich nun all' diese Unterlagen zunächst einmal in zwei Kategorien: 1. jene Dokumente, die mit dem Vorgang *unmittelbar* zusammenhängen; das sind: die Protokolle, die, aus Anlaß der Ereignisse und um diese unmittelbar zu beeinflussen, geschriebenen Briefe Albin Karls, Willy Willmanns, Franz Spliedts und anderer, sowie die Briefe der TUC-Delegation an Hans Böckler und an Albin Karl; 2. die Quellen, die mit dem gesamten Vorgang nur *mittelbar* im Zusammenhang stehen; das sind: die Memoiren von Montgomery, der Bericht des britischen Außenministeriums von 1950, mein Gespräch mit Frank Kenny – und last not least, der gedruckte TUC-Rechenschaftsbericht, den Beier als das wichtigste Dokument ansieht, und der deshalb auch für ihn die Diktion der Darstellung abgibt.
In der Interpretation der Quellen und in der Darstellung des historischen Vorganges bezeugen die Unterlagen der ersten Kategorie sodann den Charakter und die Funktion der Mission der TUC-Delegation, die wiederum allein im Zusammenhang der vielfältigen Maßnahmen der Militärregierung gegen die zentralistische Einheitsgewerkschaftskonzeption begriffen werden kann; außerdem lassen sie eindeutige Schlüsse auf den Charakter und die Funktion der Dokumente aus der zweiten Kategorie zu und nicht umgekehrt! So erweist sich der gedruckte TUC-Bericht zugleich als eine gewiß aufrichtig gemeinte Art der Rechtfertigung, eine Verharmlosung, eine Verschönerung der folgenreichen Mission. Das gleiche trifft vor allem auch für die sicher ebenso aufrichtig gemeinten und zu beurteilenden Aussagen Frank Kennys zu, was ich in meiner Darstellung berücksichtigte, während Gerhard Beier das alles „großzügig" übersieht und darüberhinaus „seine" Quellen weit überinterpretiert und völlig falsch einschätzt. So verdreht er die Gewichtigkeit der von mir herangezogenen Quellen, verschweigt wesentliche Merkmale der Darstellung, unterstellt mir unkritisches Vorgehen und suggeriert dem Leser, daß ich in den Mitelpunkt meiner Ausführungen und Interpretation die antikommunistischen Äußerungen des „schneidigen Feldmarschalls" Montgomery gestellt habe.

Auf diese Weise solidarisiert sich Beier dann auch ausschließlich und einseitig mit dem politischen Verständnis der britischen Gewerkschafter und der Manpower Division, indem er erklärt: „es *gelang*" ihnen, „die westdeutschen Gewerkschaften vom Konzept einer zentralistischen Einheitsgewerkschaft abzubringen". Ich hingegen mache deutlich, daß die Briten die westdeutschen Gewerkschafter *zwangen,* von ihrer Konzeption abzugehen! Gerade hierin wird der Unterschied, der eigentliche Vorbehalt, das, was Beier an meiner Arbeit ganz und gar nicht behagt, deutlich: es handelt sich um die politische Diktion der Darstellung. – Beier nennt sich „Historiker der Arbeiterbewegung"! Ich füge hinzu: der sich eindeutig auf die andere Seite der Barrikade stellt!

Jürgen Klein

Autoren dieses Heftes:

Dr. Horst-Rüdiger Jarck, Archivrat am Niedersächsischen Staatsarchiv Bückeburg, 4967 Bückeburg, Schloß.
Dr. Ursula Mittmann, Wissenschaftliche Assistentin am Fachbereich Neuere Geschichte der Universität Köln, 5 Köln 80, Von-Gahlen-Str. 88.
Prof. Dr. Tatsuru Miyake, Ordinarius für Geschichte an der Meji Universität Tokio, Bungaku-bu, 101 Tokio, Chioda-ku, Kanda Surugadai.
Dr. Hans-Harald Müller, Wissenschaftlicher Assistent am Literaturgeschichtlichen Seminar der Universität Hamburg, 2 Hamburg 30, Wrangelstraße 14.

INTERNATIONALE WISSENSCHAFTLICHE KORRESPONDENZ ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG (Zitierweise: IWK)
ISSN 0046-8428
Redaktion: Ursel Fadle, Gunter Krüschet (verantw.), Peter Lösche, Walter Momper, unter ständiger Mitarbeit von Hans H. Biegert.
Anschrift von Redaktion und Vertrieb: 1 Berlin 45, Tietzenweg 79, Tel.: 030/833 30 61.

Die mit dem Verfassernamen gekennzeichneten Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers wieder. Die Verfasser sind verantwortlich für die Richtigkeit der in ihren Beiträgen mitgeteilten Tatbestände. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare übernimmt die Redaktion keinerlei Haftung. Für alle Beiträge behält sich die Historische Kommission alle Rechte vor, auch die Rechte des Nachdrucks, der Übersetzung in fremde Sprachen sowie der fotomechanischen Wiedergabe.
Gerichtsstand: West-Berlin.

Die IWK ist kein Gegenstand des Buchhandels. Sie wird von der Historischen Kommission zu Berlin ausgegeben und erscheint viermal jährlich (März, Juni, September, Dezember).
Preis: Einzelheft DM 10,50 (Studenten DM 7,–), Jahresabonnement DM 42,– (Studenten DM 28,–) zuzüglich Porto und Verpackung. Zahlung nach Erhalt unserer Rechnung auf das Postscheckkonto Historische Kommission – Sonderkonto L, Nr. 215515 - 105, beim Postscheckamt Berlin-West.
Das Abonnement kann mit einer Frist von 6 Wochen zum Ende des Geschäftsjahres (IWK-Jahrgang) gekündigt werden. Andernfalls verlängert sich das Abonnement automatisch um ein weiteres Geschäftsjahr (IWK-Jahrgang). Von den älteren Heften sind noch lieferbar die Nummern 5, 7, 8, 13 - 19/20 und 1 - 4 (1974). Weitere Nachdrucke vergriffener Hefte sind geplant. Ein Gesamtinhaltsverzeichnis für die Hefte 1 - 10 geben wir kostenlos ab.
Gedruckt mit Unterstützung des Senators für Wissenschaft und Kunst, Berlin.
Satz: Composersatz Marschall, Berlin 46, Arnstädter Str. 1.
Druck: Kleinoffset Dressler, Berlin 36, Oranienstr. 10/11.

IWK Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Im Auftrage der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Henryk Skrzypczak

Anschrift: Historische Kommission zu Berlin, IWK-Redaktion, 1 Berlin 45, Tietzenweg 79, Telefon 030/833 30 61

MITTEILUNG ÜBER EIN PROJEKT

N A M E (des Verfassers, Bearbeiters oder Herausgebers):

VORNAME:

ANSCHRIFT:

ORT DER WISSENSCHAFTLICHEN WIRKSAMKEIT (bei Kandidaten: Sitz der Hochschule, an der die Prüfung abgelegt werden soll):

ART DES VORHABENS (z. B.: Edition, Aufsatz, Monographie, phil. Diss., Staatsexamensarbeit):

TITEL DES VORHABENS (Arbeitstitel genügt):

ERLÄUTERUNGEN (Problemstellung, Gliederung, Akzente; Quellenbasis):

WISSENSCHAFTLICHER BETREUER (falls vorhanden):

STAND DER ARBEIT (z. B.: geplant, Anfangsstadium der Bearbeitung, voraussichtlicher Zeitpunkt des Ms.-Abschlusses):

SONSTIGES (z. B.: soll im Herbst 197 . im Verlag . . . . . erscheinen):

MITTEILUNG ÜBER DEN STAND EINES BEREITS ANGEZEIGTEN PROJEKTS

N A M E (des Verfassers, Bearbeiters oder Herausgebers):

VORNAME:

ANSCHRIFT:

ORT DER WISSENSCHAFTLICHEN WIRKSAMKEIT:

TITEL DES VORHABENS (wie angezeigt):

TITELVERZEICHNIS NR.

Zutreffendes bitte ergänzen, ankreuzen bzw. unterstreichen.

Die Arbeit wurde unter dem Titel . . . . . .

. . . . . .

☐ abgeschlossen.

☐ als Staatsexamensarbeit/Magisterarbeit/Dissertation/Habilitationsschrift im Jahre . . . . . von der Universität/Hochschule . . . . . angenommen.

☐ ist/wird voraussichtlich unter dem Titel . . . . . .

. . . . . .

im Jahre . . . . . im Verlag/in der Zeitschrift/im Rahmen des Werkes . . . . .

. . . . . .

erschienen/erscheinen.

☐ Die Bearbeitung dauert an; Abschluß voraussichtlich . . . . . .

☐ Das Thema wurde wie folgt geändert: . . . . . .

. . . . . .

☐ Die Bearbeitung wurde eingestellt.

Sonstiges: . . . . . .

. . . . . .

. . . . . .

IWK Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Im Auftrage der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Henryk Skrzypczak

Wieder lieferbar:

Heft 8 Juni 1969

2. Auflage – Dezember 1974

INHALT

Wolf-Arno Kropat: Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Hessischen Hauptstaatsarchiv Wiesbaden

Herbert Natale: Materialien zur Arbeiterbewegung im Staatsarchiv Sigmaringen

Ulrich Kluge: Quellen zur Geschichte der Rätebewegung 1918/19 in Archiven des Bundesgebietes

Warner W. Pflug: The Labor History Archives, Wayne State University

Helmut Baier: Evangelische Kirche und Arbeiterbewegung – Zur Quellenlage in den landeskirchlichen Archiven

Doris Pröschold: Die „Deutsche Presseforschung" in Bremen

Dieter Schmidt: Das Institut für Marxistische Studien und Forschungen

Herbert Aptheker: The American Institute for Marxist Studies

Alexander Fischer: Beiträge zur Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung in den „Voprosy Istorii KPSS" (1962 – 1966)

Henryk Skrzypczak: Forschungs- und Publikationsvorhaben zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und angrenzender Gebiete VIII

Neue Literatur

21 35 Steinbach

Wilhelmshavener Str. 51

5800